

Zivilgesellschaft in Kaliningrad: eine Explorationsstudie zur Förderung partnerschaftlicher Zusammenarbeit erstellt im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Birckenbach, Hanne-Margret; Wellmann, Christian; Karabeshkin, Leonid

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Birckenbach, H.-M., Wellmann, C., & Karabeshkin, L. (2000). *Zivilgesellschaft in Kaliningrad: eine Explorationsstudie zur Förderung partnerschaftlicher Zusammenarbeit erstellt im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages*. (SCHIFF-texte, Special Issue). Kiel: Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften -SCHIFF- an der Universität Kiel. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-322347>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

S C H I F F

Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedenswissenschaften
an der Christian-Albrechts-Universität Kiel

SCHIFF -texte Spezial

Hanne-Margret Birckenbach & Christian Wellmann
unter Mitwirkung von Leonid Karabeshkin

Zivilgesellschaft in Kaliningrad

**Eine Explorationsstudie zur Förderung
partnerschaftlicher Zusammenarbeit
erstellt im Auftrag
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

SCHIFF-texte sind Veröffentlichungen des *SCHIFF/SHIP*. Sie werden jedoch von den Autorinnen und Autoren verantwortet und stellen - soweit nicht anders vermerkt - keine Äußerungen des Instituts oder seiner Gremien dar.

© bei den AutorInnen

ISSN 0948-1869

Kiel, Juni 2000

SCHIFF / SHIP
Kaiserstr. 2 D-24143 Kiel,
Tel.: +49 - (0)431 / 880-6330, Fax: +49 - (0)431 / 880-6333
e-mail: schiff@schiff.uni-kiel.de
<http://www.schiff.uni-kiel.de/>

The Schleswig-Holstein Institute for Peace Research
at the Christian-Albrechts-University Kiel

S H I P

*Hanne-Margret Birckenbach und Christian Wellmann
unter Mitwirkung von Leonid Karabeshkin**

Zivilgesellschaft in Kaliningrad

Explorationsstudie zur Förderung partnerschaftlicher Zusammenarbeit
erstellt im Auftrag des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Danksagung	4
Zusammenfassung	5
Русские резюме	10
English Summary	15
1. Anlass, Auftrag und Durchführung	21
1.1 Projektteam und Vorgehensweise	22
1.1.1 Seminar "Zivile Gesellschaft – Potenzial, Akteure, Ziele"	23
1.1.2 Intensivinterviews	26
1.2 Zum Verständnis von Zivilgesellschaft	27
1.3 Zur Aussagefähigkeit des Berichts	29
2. Kernfragen zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Kaliningrad	33
2.1 Die Pluralität der kaliningrader Zivilgesellschaft	33
2.2 Besondere Bedingungen zivilgesellschaftlicher Arbeit	40
2.2.1 Das Verhältnis zu den "Machtstrukturen"	41
2.2.2 Spezifika einzelner Themenbereiche	44
2.3 Chancen und Probleme internationalen Engagements	52
3. Profile und Anschriften zivilgesellschaftlicher Organisationen	55
3.1 Inhaltsübersicht für Kapitel 3	55
3.2 Themenbereich Recht	57
3.3 Themenbereich Demokratisierung und Partizipation	72
3.4 Themenbereich Frauen	81
3.5 Themenbereich Migration und Minderheiten	92
3.6 Themenbereich Jugend	98
3.7 Themenbereich Sozialarbeit, AIDS- und Drogenschutz	108
3.8 Themenbereich Umwelt- und Tierschutz	116
3.9 Weitere zivilgesellschaftliche Organisationen	125
4. Leitlinien und Handlungsoptionen	127
4.1 Grundregeln	127
4.2 Leitlinien	129
4.3 Wünsche und Bedürfnisse	131
4.4 Handlungsoptionen	133
5. Anhang	141
5.1 Zeitplan der Gespräche in Kaliningrad	141
5.2 Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Seminars	143

*) Privatdozentin Dr. *Hanne-Margret Birckenbach* und Dr. *Christian Wellmann* sind Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Instituts für Friedenswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (SCHIFF). *Leonid Karabeshkin* ist Doktorant am Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaft, Moskau, und Vorsitzender des Baltic Club, St. Petersburg.

Danksagung

Am Zustandekommen der vorliegenden Explorationsstudie haben viele Menschen mitgewirkt. Allen denen, die uns hilfreiche Tipps gegeben, praktische Probleme für uns gelöst oder sich die Zeit für Gespräche mit uns genommen haben möchten wir herzlichen danken, auch wenn wir sie nicht alle namentlich auflisten können. Schon die Liste der zivilgesellschaftlich engagierten Kaliningrader und Kaliningraderinnen, mit denen wir ausführlich gesprochen haben, würde weit über dreißig Namen umfassen.

Ausdrücklich erwähnen möchten wir aber doch Alexander Songal, Koordinator für auswärtige Beziehungen bei der Gebietsduma, sowie Andrei Malaschenko, Deutschland-Referent im Rathaus von Kaliningrad, die uns nicht nur interessierte Partner für Hintergrundgespräche waren, sondern uns die Lösung organisatorischer Probleme, die mit einer Reise nach Kaliningrad einhergehen, erleichtert haben. Dem Direktor des Deutsch-Russischen Hauses, Dr. Henke, ist für die spontane Zusage zu danken, das Auftaktseminar mit den Kaliningrader NGO-VertreterInnen in seinem Haus durchführen zu können und es zu weiten Teil zu dolmetschen. Ohne ihn und seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wäre eine solche Veranstaltung kaum möglich gewesen. Auch mit seiner "Ortskenntnis" hat er uns geholfen, die Situation in Kaliningrad besser zu verstehen. Das gilt auch für Dr. Stephan Stein, Vertreter der Deutschen Wirtschaft in Kaliningrad. Mit großen und kleinen Tipps haben uns viele geholfen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier Dr. Philipp Adlung, Peter Althini, Denis Belousov, Stephen Dewar, Prof. Dr. Ole Espersen und seine Mitarbeiterin Hanne Fugl, Barbara Eßer, Prof. Gennadij Fjodorov, Tatjana Pavlova, Prof. Gudrun Schmidt-Kärner, Kilian Strauss, Dr. Jurij Sverev und Andreas Wendler genannt.

Danken möchten wir auch Herrn Dr. Jürgen Schöning, Direktor des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Er ist nicht nur der Urheber der Idee für diese Studie zum Stand zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Kaliningrad, sondern hat sich auch maßgeblich dafür eingesetzt, dass die dafür erforderlichen finanziellen Voraussetzungen geschaffen wurden. Allen Verantwortlichen des Landtags ist dafür zu danken, dass sie trotz knapper Haushaltsmittel die Gelder zur Verfügung gestellt haben, die zur Ergänzung der Eigenmittel des SCHIFF notwendig waren, um das Vorhaben zu realisieren.

Viele haben also zum Gelingen der Studie beigetragen, keiner von ihnen ist jedoch für ihren Inhalt verantwortlich. Auch die Fehler und Unzulänglichkeiten verantworten einzig die Autoren.

Zusammenfassung

Am 31. Januar 2000 wurde von den jeweiligen Parlamentspräsidenten ein "Memorandum über die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der Kaliningrader Gebietsduma und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag" unterzeichnet. Die beiden Parlamente ergänzen damit das bestehende Geflecht der Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Akteuren in Schleswig-Holstein und der russischen Oblast Kaliningrad. Zugleich haben die Parlamente aber auch Neuland betreten, wenn sie im Memorandum ihre Absicht erklären, die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu intensivieren, dabei deren Erfahrung und Wissen für den gesellschaftspolitischen Übergangsprozess nutzbar zu machen sowie die Entwicklung einer Zivilgesellschaft zu fördern. Vor diesem Hintergrund hat der Landtag das Schleswig-Holsteinische Institut für Friedenswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (SCHIFF) gebeten, einen Bericht zu erstellen, der den Stand zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Kaliningrad und den Bedarf der dort einschlägig engagierten Organisationen klärt sowie Empfehlungen für die Initiierung grenzüberschreitender zivilgesellschaftlicher Kooperationsprojekte formuliert.

In dem Bericht wird Zivilgesellschaft als die Gesamtheit jener Akteure verstanden, die zwischen gesellschaftlichen Interessen und politischer Macht vermitteln. Zivilgesellschaft umfasst all jene, die über das Private hinaus Verantwortung für einen sozialen Zusammenhang übernehmen, ohne deshalb selber Machtpositionen im staatlichen Gefüge anzustreben, und die sich bemühen, zumindest eine der folgenden Funktionen auszuüben: Kontrolle staatlicher Macht, Politische Bildung, Wertorientierung in Politik und Gesellschaft, Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft, Reformen in Politik und Gesellschaft. Dialogfähigkeit ist ein weiteres Bestimmungsmerkmal für zivilgesellschaftliche Akteure. Sie können ihre Aufgaben dann am besten erfüllen, wenn sie auch in der Politik dialogfähige und dialogbereite Partner finden.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie basieren im Wesentlichen auf Informationen, die während eines Aufenthalts in Kaliningrad in der Zeit vom 23. März bis 9. April 2000 zusammengetragen wurden. Grundlage sind die Erfahrungen bei einem Seminar mit 48 Vertretern und Vertreterinnen von 23 Kaliningrader NGOs, 33 Intensivinterviews mit Repräsentanten und Repräsentantinnen einzelner NGOs, weitere Gespräche mit russischen und deutschen Experten in Kaliningrad sowie zusätzliches schriftliches Material der Organisationen.

Zur Einschätzung der zivilgesellschaftlichen Entwicklung in Kaliningrad

1. Die Ausgangsbedingungen dafür, die Ziele des Memorandums auch umzusetzen, sind vorhanden. Trotz vieler Schwierigkeiten könnten grundsätzlich nahe-

zu alle zivilgesellschaftlichen Akteure in Schleswig-Holstein Partner in Kaliningrad finden, wenn sie dies wollen. In Kaliningrad existiert eine breite zivilgesellschaftliche NGO-Szene. Zivilgesellschaft muss keineswegs erst von Grund auf geschaffen oder gar von außen importiert werden. Auch in Bereichen, in denen man noch nicht von der Existenz einer Zivilgesellschaft sprechen kann, z.B. in Gebieten außerhalb der Großstadt Kaliningrads, gibt es erste Ansätze zivilgesellschaftlichen Denkens und Handelns.

2. Die kaliningrader zivilgesellschaftliche NGO-Szene ist kein homogenes Bündnis, sondern sowohl hinsichtlich der Organisationsformen und Finanzierungsgrundlagen wie hinsichtlich ihrer Themen, Weltanschauungen, politischen Ziele und Zukunftsvorstellungen ein heterogenes, differenziertes und pluralistisches Gebilde. Die in dem Bericht zusammengestellten "Profile zivilgesellschaftlicher Organisationen" und ihre Ergänzung um Namen und Anschriften weiterer Organisationen stellen ein erstes *"Who is Who"* der organisierten Zivilgesellschaft in Kaliningrad dar.

3. Auf den ersten Blick sind zivilgesellschaftliche Gruppen in Kaliningrad mit den gleichen Problemen konfrontiert, wie sie aus westeuropäischen Zusammenhängen geläufig sind: z.B. das Problem der Überforderung, des Finanzmangels, der Fluktuation unter den aktiven Gruppenmitgliedern, des Desinteresses und der Apathie der Bevölkerung, aber auch die Schwierigkeit, wirklich etwas zu bewirken und angesichts von Hindernissen und Misserfolgen nicht zu resignieren. Entsprechend spiegeln sich auch die internen Kontroversen darüber, wie mit diesen Fragen umzugehen sei. Wie kann eine zivilgesellschaftliche Initiative am besten ihre Unabhängigkeit sichern? Mit wem kann man zusammenarbeiten, ohne den eigenen Weg zu verlieren? Wie provozierend darf oder muss man auftreten, um Gehör zu finden?

4. Aber diese Fragen stellen sich in Kaliningrad zugleich anders als in westeuropäischen Gesellschaften, wenn Rechtssicherheit fehlt, die Armut groß, das Wohlstandsgefälle extrem und die soziale Fürsorge zerstört ist, wenn staatliche Institutionen versagen und Medien wenig zum öffentlichen Diskurs beitragen. In Russland kommt hinzu, dass der durchaus spürbare Wunsch nach Weltoffenheit zugleich mit einem traditionellen nationalen Selbstbezug konkurriert. In der prekären Exklavenlage Kaliningrads erhält diese innere Zerrissenheit zusätzliche Dynamik durch die Abhängigkeit von der Außenwelt. Die Zukunft Kaliningrads erscheint den Menschen vorerst vor allem unsicher.

5. Unter solchen Bedingungen ist es weit schwieriger als in Schleswig-Holstein, den für soziale Bewegungen notwendigen Elan zu entwickeln, die moralische und finanzielle Unterstützung derjenigen zu organisieren, die sich selbst nicht engagieren wollen, das Misstrauen untereinander zu überwinden, Kritik an Regierungshandeln unmissverständlich zu artikulieren, für unkonventionelle Werte einzustehen oder die Militär- und Rüstungspolitik des eigenen Staates zu kriti-

sieren, wenn dieser sich im Krieg befindet. Der Unterschied liegt also in erster Linie im anderen gesellschaftlichen, politischen und sozialpsychologischen Kontext, innerhalb dessen die NGOs in Kaliningrad agieren und den sie verändern wollen. Am deutlichsten werden diese Unterschiede am Verhältnis der NGOs zu den "Machtstrukturen" und an den Kernproblemen in einzelnen Themenbereichen.

6. Die kaliningrader Zivilgesellschaft ist kein (westlicher) "Fremdkörper", sondern hat sich von innen heraus gebildet. Sie wird sich auch zukünftig in erster Linie aufgrund der innerrussischen Entwicklungen und in Auseinandersetzung mit ihnen weiter entfalten. Die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Potenziale kann nicht von außen – sei es vermittelt über Internationale Organisationen, sei es im Rahmen einer Zusammenarbeit von Regierungen, Parlamenten oder zivilgesellschaftlichen Organisationen – erfolgen. Sie kann aber von außen gestützt werden.

7. Unter den skizzierten Kontextbedingungen kann sich die Förderung von Zivilgesellschaft nicht darauf beschränken, die Arbeit einzelner NGOs zu unterstützen. Notwendig ist auch die Verbesserung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement sowie der Verständigung in der Politik über die Bedeutung, Arbeitsformen und Wirkungsweisen von Zivilgesellschaft.

8. Die Möglichkeiten und vor allem die Schwierigkeiten transnationaler zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit mit kaliningrader NGOs sind auch themenabhängig. Es gibt Fragen, in denen Kooperation vergleichsweise spontan und direkt möglich ist und gestützt auf bisherige Erfahrungen (zum Beispiel bei Schulpartnerschaften und Jugendbegegnungen) relativ leicht ausgebaut werden kann. Das gilt für viele Aktivitäten in den Bereichen Jugendpolitik, Sozialarbeit und Umweltschutz. In anderen Themenbereichen ist es dagegen notwendig, sich in besonderem Maße mit einzelnen Sachfragen in Kaliningrad vertraut zu machen, artikulierte Sorgen und Wünsche zu reflektieren und Handlungsperspektiven gemeinsam zu entwerfen, damit sie transparent sind und nicht missverstanden werden können. Das betrifft fast alle Fragen der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit, der Demokratisierungshilfe, zu denen auch der Themenbereich Frauenpolitik gerechnet werden kann, und Fragen der Migrations- und Minderheitenpolitik .

9. Internationales Engagement beinhaltet Chancen, aber es kann auch Entwicklungen auslösen, die eine substantielle Entfaltung der zivilgesellschaftlichen Funktionen von NGOs behindern. So besteht ein Mangel an Transparenz hinsichtlich der Frage, welche Initiative, auf welche Weise und nach welchen Kriterien und mit welchem Zweck finanziell von wem gefördert wird. Insbesondere Projekte, die über "die Machtstrukturen" abgewickelt werden, stehen im Verdacht, dass ein Teil der Mittel ihrem Zweck entfremdet wird. Größere Geldsummen gelangen häufig in die Hände relativ großer, etablierter NGOs oder werden,

wenn staatliche Institutionen mit eingeschaltet sind, auf jene Organisationen gelenkt, die politisch genehm sind. Kleinere und kritischere NGOs bleiben leicht unberücksichtigt. Das Zustandekommen von Partnerschaften gerade mit ihnen wird zudem häufig durch die geringe Sprachkompetenz der Beteiligten erschwert.

10. Obgleich ein Ausbau transnationaler Kooperation zur Stärkung von Zivilgesellschaft in Kaliningrad von den Akteuren vor Ort mehrheitlich begrüßt wird, gibt es auch die Furcht davor, die zivilgesellschaftliche Entwicklung könne eine Abgrenzung von Russland bewirken und ungewollte, nicht kontrollierbare Entwicklungen auslösen. Es entspricht zivilgesellschaftlichem Engagement, solche Bedenken ernst zu nehmen und sie durch eine Praxis auszuräumen, die zivilgesellschaftliches Agieren in Kaliningrad als ein Element zur Förderung einer gemeinsamen gesamteuropäischen Perspektive kenntlich macht .

Leitlinien und Handlungsoptionen für zivilgesellschaftliche Kooperation

In einem *partnerschaftlichen Ansatz zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit* geht es nicht um den Export oder Import von Ideen, sondern um einen wechselseitigen Austausch. Dieser wird um so eher gelingen, je mehr einige Grundregeln beachtet werden: Artikulation und wechselseitige Anerkennung von Erfahrungen; Gewährleistung von Vielfalt und Vielschichtigkeit der Aktivitäten und Akteure; Wahrnehmung der kontextbedingten Differenzen, Ausbau vorhandener und Öffnung neuer Wege für diejenigen Themenbereiche zivilgesellschaftlichen Engagements, die in Kaliningrad/Russland als "ordnungspolitisch" relevant wahrgenommen werden.

Wir regen an, bei der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Kaliningrad einige Leitlinien zu beachten. Zu ihnen gehört primär das Friedensgebot: Zivilgesellschaftliches Engagement sollte deutlich machen, dass es sich vom Gedanken der gesamteuropäischen Integration leiten lässt, einen "Code of Conduct" beachtet und sich als Teil eines multilateralen Zusammenhanges versteht. Ferner geht es um eine kontinuierliche Auswertung und Überprüfung von Erfahrungen, die Überwindung von Problemen sprachlicher Verständigung, Sorgfalt im Umgang mit Geld und darum, dem Aufbau längerfristig angelegter Partnerschaften unterschiedlicher Intensität Priorität zu geben, ohne dabei kleinere, vor allem motivationsförderliche, ggf. sogar nur symbolische Maßnahmen zu vernachlässigen.

Für die Umsetzung eines solchen partnerschaftlichen Konzeptes werden in dem Bericht 35 Vorschläge skizziert. Sie beziehen sich auf fünf Bereiche: Koordination, Verbesserung der Rahmenbedingungen, Intensivierung zivilgesellschaftlichen Handelns, Verbesserung der Infrastruktur und Überprüfung der eingeschlagenen Wege. Sie richten sich nicht nur an den Landtag, sondern gleichfalls an die Bürger und Bürgerinnen sowie an NGOs, Hochschulen und Institute in

Schleswig-Holstein, an die Medien, Einrichtungen des Landes, Stiftungen und potenzielle Sponsoren. Zu den Vorschlägen gehören :

1. Aufnahme *direkter Kontakte* zu den Kaliningrader NGOs und Beratung über Möglichkeiten zur Realisierung ihrer in dem Bericht ansatzweise protokollierten Wünsche und Bedürfnisse;
2. Einrichtung eines "*Arbeitskreises Kaliningrad*" beim Landtag oder unter dessen Schirmherrschaft mit dem Zweck, Beratung, Erfahrungsaustausch und Transparenz zu gewährleisten;
3. Ausarbeitung eines "*Code of Conduct*" in deutscher, russischer und englischer Sprache;
4. Vergabe eines *BürgerInnen-Preises* für zivilgesellschaftliches Engagement an eine Person oder NGO in Kaliningrad oder an ein transnationales Kooperationsprojekt durch Landtag und Duma;
5. "*Exkursionen in die Zivilgesellschaft Schleswig-Holsteins*" für russische Studierende an Hochschulen des Landes, für KaliningraderInnen aus Wissenschaft, Kunst und Journalismus sowie für Aktive aus kaliningrader NGOs ;
6. Entwicklung einer *Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit* mit Beteiligung der Partnerstädte Kiel und Coventry sowie NGOs aus ihnen;
7. *Sprachprobleme überwinden*: Einrichtung eines ehrenamtlich arbeitenden Übersetzungspools von Russischkundigen und Russischlernenden; Aktion «говорите по русски» ("Sprechen wir Russisch") und "Fest der *lingua franca*";
8. *Finanzielle Hürden meistern*: Erarbeitung eines Ratgebers mit Hinweisen auf finanzielle Förderprogramme für zivilgesellschaftliche Projekte; Gewinnung von "Sponsoren" für Kleinprojekte; Gespräche mit Stiftungen;
9. "*Zivilgesellschaft on-line*": Einrichtung einer Kontaktstelle mit einer Homepage mit Informationen über Projekte, Veranstaltungen, Links, zur Verbreitung des "Code of Conduct" und zur Stiftung von E-mail-Freundschaften;
10. *State of Art*: Erstellung eines regelmäßigen Berichts über den Stand zivilgesellschaftlicher Kooperation und ein jährliches Seminar "Bilanz und Perspektiven" von schleswig-holsteinischen Kaliningrad-Initiativen;

Je mehr es gelingt, die Zivilgesellschaft und die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Kaliningrad extern abzustützen, um so mehr wird deutlich werden, dass dies auch dazu beiträgt, die zivilgesellschaftliche Arbeit in Schleswig-Holstein erfahrungsgestützt weiterzuentwickeln. Transnationale Zusammenarbeit geschieht dann nicht allein aus karitativen Motiven, sondern auch im eigenen Interesse.

Русские резюме

31 января 2000 года был подписан Меморандум о межпарламентском сотрудничестве Калининградской областной Думы и Ландтага (Парламента) земли Шлезвиг-Гольштейн. Тем самым оба парламента дополнили существующую сеть сотрудничества и партнёрства между Шлезвиг-Гольштейном и Калининградской областью России. Одновременно парламента начали «осваивать целину», заявив в меморандуме о своём намерении интенсифицировать сотрудничество с неправительственными организациями, использовать их опыт и знания в целях поддержки общественно-политических преобразований, а также развития гражданского общества. В связи с этим, Ландтаг обратился в Шлезвиг-Гольштейнский институт исследований проблем мира при Кильском университете имени Кристиана Альбрехта с просьбой подготовить доклад о состоянии и насущных потребностях гражданского общества в Калининграде.

Одной из задач была выработка рекомендаций для усиления трансграничного сотрудничества субъектов гражданского общества двух регионов. Авторы исходят из понимания гражданского общества как совокупности всех общественных акторов, являющихся посредниками между общественными интересами и политической властью. Гражданское общество охватывает всех тех, кто принимает на себя общественную ответственность, - не ради борьбы за власть в рамках политической системы - , и стремится выполнять одну из ниже перечисленных функций: контроль за государственной властью; политическое образование; развитие социально-политической ориентации на основе определенных ценностей и моральных норм; усиление единства общества; содействие социально-политическим реформам. Еще одним характерным признаком акторов (субъектов) гражданского общества является их способность к диалогу. Они могут лучше всего выполнять свои задачи, если и в политике найдут партнёров, способных к диалогу и готовых к нему.

Результаты данного исследования основываются в основном на информации, собранной во время визита в Калининград в период с 23 марта по 9 апреля 2000 года. Программа включала семинар с участием 48 представителей от 23 неправительственных организаций Калининграда, 33 интервью с представителями отдельных неправительственных организаций, беседы с русскими и немецкими экспертами в Калининграде и анализ печатных материалов, любезно предоставленных общественными организациями.

В настоящее время состояние гражданского общества в Калининградской области можно оценить следующим образом

1. Существуют предпосылки для претворения в жизнь целей меморандума. Несмотря на многочисленные трудности, почти все субъекты гражданского общества из Шлезвиг-Гольштейна могли бы при наличии желания найти адекватных партнёров для сотрудничества в Калининграде. Гражданское общество в Калининграде состоит из самых разнообразных

общественных организаций. Нет необходимости строить гражданское общество с нуля или импортировать его из-за границы. Даже в тех сегментах общественной жизни, которые в настоящий момент еще вряд ли соответствуют критериям развитого гражданского общества, например в сельских районах, присутствуют первые зачатки гражданского сознания.

2. Калининградское гражданское общество не является однородным; напротив, как относительно форм организации и финансирования, так и относительно их тематики, мировоззрения, политических целей и перспектив оно представляет собой гетерогенную, дифференцированную и плюралистическую структуру. «Профили общественных организаций», представленные в отчете и, как дополнение к ним, названия и адреса других организаций можно назвать первым изданием справочника «Кто есть кто» среди институционализированных общественных организаций в Калининграде.

3. На первый взгляд, группы гражданского общества в Калининграде сталкиваются с теми же самыми проблемами, что и в Западной Европе: недостаточным финансированием, текучестью в рядах активных членов, незаинтересованностью и апатией населения, чувством чрезмерных запросов и завышенных ожиданий. А также с трудностями достижения реальных целей и соблазном спастись перед лицом трудностей и неудач. В соответствии с этим отражаются внутренние противоречия по поводу того, как решать такие вопросы. Каким образом может гражданская инициатива обеспечить свою независимость? С кем можно сотрудничать, не сворачивая с собственного пути? До какой степени провокационно можно и нужно выступать, чтобы быть услышанным?

4. В то же самое время, эти вопросы выглядят в Калининграде несколько по-другому, чем в западноевропейском обществе, так как отсутствует верховенство закона, распространена бедность и социальное неравенство, система социального обеспечения разрушена, работа государственных органов неэффективна, а средства массовой информации слабо влияют на состояние общественного сознания. Помимо этого, желание развивать космополитические ценности, отчетливо осознаваемое в России, конкурирует с традиционным ощущением национальной самодостаточности. Этот внутренний конфликт усугубляется оторванностью положения Калининграда как российского эксклава и зависимостью от развития за рубежом. Многие жители Калининграда рассматривают перспективы региона в первую очередь в терминах неопределенности и незащищенности.

5. В таких условиях здесь намного сложнее, чем в Шлезвиг-Гольштейне достичь необходимого для социального движения импульса, получить моральную и финансовую поддержку, преодолеть недоверие друг к другу, выступать за нетрадиционные ценности или критиковать милитаристскую политику собственного государства, если оно находится в состоянии войны. Таким образом, разница состоит в первую очередь в другом общественном, политическом и социально-психологическом контексте, в рамках которого

действуют неправительственные организации в Калининграде, изменить который они стремятся. Нагляднее всего видна эта разница на примере отношений между неправительственными организациями и «структурами власти» и при рассмотрении специфических проблем, возникающих в наиболее чувствительных сферах.

6. Калининградское гражданское общество не является «инородным (западным) телом», оно образовалось само по себе, изнутри российского общества. И в будущем оно останется чисто российским явлением, в рамках развития страны и в стремлении повлиять на него. Укрепление гражданского общества не может быть и не должно достигаться посредством усилий из-за рубежа. Но оно может быть поддержано различными зарубежными акторами как при посредничестве международных организаций, в рамках межправительственного и межпарламентского сотрудничества, так и через непосредственное сотрудничество неправительственных организаций (НГО).

7. В выше описанных условиях поддержка гражданского общества не может ограничиваться помощью в работе отдельных НГО. Необходимо также улучшение общественных и политических условий функционирования гражданского общества, а также поиск взаимопонимания политических деятелей о важности, значении, формах работы и принципах действия гражданского общества.

8. Возможности и трудности транснационального сотрудничества с калининградскими НГО зависят во многом от аспектов такого сотрудничества. Есть вопросы, в которых кооперация возможна относительно спонтанно и прямо и может быть относительно легко налажена на основе имеющегося опыта. Это касается молодёжной, социальной политики и охраны окружающей среды. Ряд других областей требует отдельной подготовительной работы. Потенциальные партнеры должны иметь информацию об особенностях ситуации в Калининграде, учитывать пожелания и ожидания от сотрудничества, а совместные акции должны быть тщательно проработаны в процессе обмена мнениями с калининградскими партнерами для того, чтобы соответствовать критериям транспарентности и избежать недопонимания. Эти требования относятся к инициативам в областях развития права, демократических институтов и процедур (включая гендерные аспекты), миграционной политики.

9. Вовлечение в международное сотрудничество обеспечит дополнительные возможности для роста гражданского общества в Калининграде, но он также может повлечь за собой развитие, которое будет препятствовать существенному развёртыванию гражданских функций НГО. Так, например, недостаточно ясен вопрос о том, какие инициативы, каким образом, по каким критериям, с какими целями и кем финансово должны поддерживаться. В частности, можно предположить, что в проектах, которые осуществляются с участием органов власти, часть средств расходуется на посторонние цели. Большие денежные суммы проходят через руки относительно большие институционализировавшиеся НГО или

(если подключены государственные учреждения) направляются в организации, которые политически ангажированы. Малые и критически настроенные НГО в такой ситуации могут остаться в стороне. К тому же, установление транснационального партнерства с такими организациями зачастую сдерживается незнанием иностранных языков.

10. Хотя интенсификация транснационального сотрудничества позитивно оценивается опрошенными в Калининграде, существует озабоченность, что дальнейшее развитие в этом направлении может привести к отграничению от остальной России и положить начало нежелательным неконтролируемым процессам. В соответствии с подходом, основанным на диалоге, такие сомнения необходимо со всей серьезностью учитывать. Внимание должно быть уделено разработке мероприятий, демонстрирующих очевидную преувеличенность подобных рассуждений, показывающих, что транснациональная активность в Калининграде обусловлена всей логикой общеевропейского развития, а не чьими-то узкокорыстными интересами.

Какими же должна быть направляющая линия и варианты деятельности в гражданско-общественной кооперации.

В партнёрской основе гражданско-общественного сотрудничества речь идёт не об экспорте или импорте идей, а об их взаимном обмене. Это удастся тем скорее, чем больше основополагающих правил будет соблюдаться: артикуляция и взаимное признание опыта; обеспечение многообразия и разнообразия субъектов и многоуровневая структура деятельности; осведомленность о различиях в политическом контексте; улучшение уже существующих и разработка новых путей для сотрудничества в таких сферах, которые в Калининграде воспринимаются как политически чувствительные.

Мы предлагаем некоторые направляющие линии для гражданского сотрудничества с Калининградом. В числе приоритетов - приверженность миру: сотрудничество гражданских обществ должно настоятельно показать, что оно направляется стремлением к общеевропейской интеграции, соблюдает «кодекс поведения» и видит себя в многостороннем контексте. Далее, необходима последовательная проверка и оценка опыта, преодоление языковых проблем, добросовестность в обращении с деньгами. Кроме того, отдавая предпочтение личным контактам, нельзя пренебрегать при этом пусть малыми, но важными для мотивации и может просто символическими шагами и мерами поддержки.

Для реализации данной концепции партнерства в отчёте сформулированы 35 предложений. Они касаются пяти областей: координации деятельности, улучшения социально-политических условий функционирования гражданского общества, улучшения соответствующей инфраструктуры и контроля приобретенного опыта. Они адресованы не только ландтагу, но и одновременно гражданам, НГО, академическим и образовательным учреждениям, средствам массовой информации, органам государственной

власти, фондам и потенциальным спонсорам в Шлезвиг-Гольштейне и за его пределами. К этим предложениям относятся:

1. Установление прямых контактов с калининградским НГО и консультации о возможностях реализации изложенных в отчёте пожеланий и потребностей;
2. Учреждение Рабочей группы "Калининград" при Председателе Ландтага (или под его покровительством) с целью обеспечения координации, обмена опытом и гласности;
3. Разработка «кодекса поведения» транснационального сотрудничества гражданских обществ на немецком, русском и английском языках;
4. Учреждение премии "Гражданский приз", присуждаемой совместно Калининградской областной думой и Ландтагом Шлезвиг-Гольштейна частным лицам или НГО в Калининграде, а также транснациональным проектам за заслуги в развитии гражданского общества;
5. Организация «Экскурсий в гражданское общество земли Шлезвиг-Гольштейн» для российских студентов на базе ВУЗов Шлезвиг-Гольштейна; для деятелей науки, культуры и журналистов, а также для активистов из калининградских НГО;
6. Работа по «воспоминанию и примирению» с участием городов-побратимов Киль и Ковентри, а также их НГО;
7. Преодоление языкового барьера: создание пула переводчиков-волонтеров, обучающих русскому языку и изучающих его; кампания «Говорите по-русски» и организация «Фестиваля свободных языков»;
8. Смягчение проблемы финансирования: разработка справочника с указаниями на финансовые вспомогательные программы для гражданских проектов; привлечение «спонсоров» для малых проектов, привлечение отдельных фондов к разработке специальных программ;
9. «Гражданское общество он-лайн»: создание контактного центра с собственной Интернет-страницей с информацией о проектах, мероприятиях, контактах, "кодексом поведения", оказывающего поддержку в установлении переписки по электронной почте;
10. Составление регулярного отчёта о состоянии сотрудничества и организация ежегодного семинара «Итоги и перспективы», для представителей формальных и неформальных групп, участвующих в сотрудничестве.

В процессе поддержки гражданского общества и социально-политических условий для его функционирования субъектами из Шлезвиг-Гольштейна станет очевидным, что этот опыт способствует развитию гражданского общества в самом Шлезвиг-Гольштейне, а транснациональное сотрудничество осуществляется не на благотворительной основе, а исходя из обоюдного интереса.

*Перевод: Татьяны Кох
Литературная редакция: Леонид Карабешкин*

English Summary

On January 31, 2000 the "Memorandum Concerning the Parliamentary Co-operation of the Kaliningrad Regional Duma and the State Parliament of Schleswig-Holstein" was signed. By this move the two Parliaments supplemented the existing network of co-operation and partnership among actors from the German Federal State Schleswig-Holstein and the Kaliningradskaya Oblast of the Russian Federation. However, the parliamentarians from the Duma and the Landtag also broke new ground by envisaging jointly to strengthen the co-operation with non-governmental organisations (NGOs), to make use of their engagement and know-how in order to support the socio-political transformation process, and to further the development of a civil society. Against this background the Landtag asked the Schleswig-Holstein Institute for Peace Research to prepare a report on the state of development of civil society in Kaliningrad and the needs expressed by civil society actors. Further, the task was to present recommendations for strengthening transnational co-operation between civil society actors from both regions.

The present report is based on an understanding of civil society as the sum of all societal actors mediating between societal interests and political power. It includes all those who publicly take social responsibility - without striving for power within the state system - and who pursue at least one of the following roles: controlling state power, political education, promoting an orientation of politics and society on values and moral standards, strengthening social cohesion, and pushing political and social reforms. Further, the ability for communicating in terms of dialogue is characteristic for civil society actors. They can play their roles the better the more they meet counterparts in politics which themselves are able and willing to base their communications on dialogue.

The report mainly results from information gathered during a visit to Kaliningrad from March 23 to April 9, 2000. It is based on experiences made at a seminar attended by 48 representatives of 23 NGOs from Kaliningrad, further on 33 in-depth interviews with representatives of particular NGOs and on written material provided by them. Additionally, some Russian and German experts in Kaliningrad were interviewed.

On the state of civil society in Kaliningrad

1. The basis to translate into action the intentions which guide the Memorandum is existing. Despite many difficulties, all civil society actors from Schleswig-Holstein could find in principle an appropriate partner for co-operation in Kaliningrad, provided they want. Kaliningrad owes a civil society that includes a broad spectrum of NGOs. It is by no means necessary to create civil society from the

scratch or to have it imported from abroad. Even in such segments of public life which at present hardly meet the criteria of civil society, e.g. outside of the city of Kaliningrad, indications for a civil society in the making can be observed.

2. Civil society in Kaliningrad is not a homogenous bloc but a heterogeneous, differentiated and pluralistic entity. This is true as regards forms of organizing and financing just as the issues of concern, world views, political aims and visions. The collection of "profiles" of 30 civil society NGOs and the complementary lists of further organizations presented in this report may be regarded as a first *"Who is Who"* of the organized civil society in Kaliningrad.

3. At a first glance, civil society groups in Kaliningrad are challenged by the same problems groups in Western Europe are also very familiar with, i.e. a feeling of being constantly stretched too far by excessive demands and high expectations, a lack of financial resources, the permanent fluctuation of activists, a high degree of disinterest and apathy among the vast majority of the population just as well as difficulties to really impact a situation and to stand against resignation which easily sneaks in due to an every-day confrontation with obstacles and failures. Correspondingly, the same internal disputes emerge on how to tackle these problems. How to assure best the political independence of a civil society initiative? With whom is it possible to collaborate without losing sight of one's own goals? How provocative has action to be in order to raise sufficient attention and where are the limits?

4. At the same time, however, due to a different political and societal context such questions have a different meaning in Western Europe compared to Kaliningrad, where the rule of law is still lacking, poverty is widespread, the welfare strata is highly polarised, social care is broken down, where state institutions fail to function and the media scarcely contribute to public discourse. Furthermore, the wish to develop cosmopolitan attitudes, which is articulated in Russia, competes with a more traditional national self-assurance. This inner conflict is additionally fed by the precarious situation of Kaliningrad as a Russian exclave and its high dependence on developments abroad. Many Kaliningrad residents perceive the prospects for the region in first line in terms of uncertainty and insecurity.

5. Faced by such conditions it is much harder for a civil society to raise the élan necessary for a social-movement, to find moral and financial supporters, to overcome mistrust among each other, to vouch personally for unconventional values, to articulate dissent with state actors, or to comment critically on military policy of one's own country when it is on war. Thus, what differs is in first line, the societal, political and psychological context in which NGOs in Kaliningrad act and which they want to impact. This finding becomes most obvious in the relationship between NGOs and the "power-structures" as well as in the specific problems occurring in certain somehow sensitive issue areas.

6. The Kaliningrad civil society emerged from inside the Russian society and is not an alien (western) element. It will also continue to unfold in first line in the context of internal Russian developments and its attempts to influence them. A strengthening of civil society can not and must not be achieved from the outside. However, it may be backed and supported by various outside actors, be it mediated by international organisations, be it in the framework of inter-governmental and inter-parliamentary co-operation or be it by Russian and foreign NGOs co-operating directly.

7. Considering the context outlined above, fostering of civil society should by no means be limited to supporting the activities of single NGOs. It is also necessary to improve the societal and political conditions framing civil society activities. Further, it is necessary to seek among politicians for a better comprehension of the importance of civil society and its operational modes.

8. The possibilities and the obstacles for transnational co-operation with NGOs in Kaliningrad also depend on the subjects which are touched upon. As regards many issues, co-operation can be initiated relatively spontaneously or it already exists and can be quite easily expanded by drawing on previous experiences. This is true with respect to many issues regarding youth politics, social work and environmental protection. Some other issue areas, however, need particular preparation. Potential partners are challenged to become familiar with certain peculiarities of the situation in Kaliningrad, worries and expectations which are articulated have to be considered, and joint action has to be designed carefully and in mutual exchange with Kaliningrad actors in order to meet the criteria of transparency and to avoid misunderstanding. Such requirements have to be taken into account particularly as regards initiatives that deal with the improvement of the rule of law, democratic institutions and procedures (including gender issues) as well as the huge issue of migration policy.

9. International engagement provides a chance for civil society to grow in Kaliningrad. However, it also may trigger off developments which hinder NGOs to substantially fulfil their civil society role. There is a lack of transparency concerning the question, which initiative is financially supported according to which criteria by whom and to what end. Particularly, projects which are implemented in connection with the "power structures" are suspected to utilise the resources partly for purposes not intended. Larger amounts of money predominantly pass the hands of relatively large and well established NGOs, or – in case state institutions are involved – are directed to NGOs, which suit politically. Smaller and more critically oriented NGOs, however, are in danger to be skipped completely. Additionally, support for them through the creation of transnational partnerships is often complicated by a lack of language skills on each side.

10. An intensification of transnational co-operation which aims on strengthening civil society is appreciated by the majority of actors in Kaliningrad. Nevertheless,

reservations exist as well. They concern fears that the further development of civil society could result in a delineation from mainland Russia and could trigger off a process which is neither wanted nor controllable. In line with the dialogue-based approach of civil society such worries have to be considered seriously. Attention has to be drawn on designing a practice which makes the worries obviously superfluous by clearly pointing out the fact that the transnational activities in Kaliningrad are guided by a common pan-European perspective, not by vested interests of whomsoever.

Guidelines and options for civil society co-operation

An *approach* to civil society co-operation *based on partnership* does not aim at exporting or importing a fixed set of ideas but on mutual exchange. This can be achieved at best when certain rules are respected, such as: articulation and mutual recognition of experiences, guaranteeing the diversity of actors and a multi-level composition of activities, being aware of the differing political context, improvement of existing paths and creation of new ones in order to address also those concerns, that in Kaliningrad are perceived as politically sensitive.

We suggest to follow a few guidelines when approaching partnership with actors in Kaliningrad. First priority has to be that all activities are under an obligation to peace: civil society co-operation should demonstrate that it is lead by the willingness to promote pan-European integration, that it obeys a "Code of Conduct" and that it sees itself within a multilateral context. Further, it will be helpful to continuously consider all experiences made, to handle language problems in a balanced manner, to be careful when dealing with money related issues, to give priority to direct personal contacts, and to combine long-term partnership with selective measures of support - maybe of symbolic nature only - that are suitable to raise motivation.

In order to give an idea of how to bring such a concept into life we present 35 proposals. They concern the need for (a) co-ordination of activities, (b) improvement of the political and societal conditions for the unfolding of civil society, (c) improvement of respective infrastructure, and (d) the need for reconsideration of experiences made and paths gone. The proposals address not only the Landtag but as well citizens, NGOs, institutions of higher education and research, the media, agencies, foundations and potential and sponsors from Schleswig-Holstein and beyond. Among the proposals are:

1. Taking up *direct contacts* with NGOs in Kaliningrad for consultations on the possibilities to translate their needs, as reported in the present study, into action;

2. Setting-up a "*Working-group Kaliningrad*" in the responsibility or under the auspices of the President of the Landtag, in order to assure mutual consultations, exchange of experience and transparency;
3. Drafting a "*Code of Conduct*" for transnational civil society co-operation in German, Russian and English language;
4. Creation of a "*Citizen-Prize*", awarded jointly by the Landtag and the Duma to individuals or NGOs from Kaliningrad, or to transnational projects in order to recognise excellent examples for civil-society engagement;
5. Organizing "*Excursions into civil society in Schleswig-Holstein*" for Russian visiting students at institutions of higher education in Schleswig-Holstein, for scholars, artists, and journalists from Kaliningrad as well as people actively engaged in civil society NGOs in Kaliningrad;
6. Initiating a process of *commemoration and reconciliation* with participation of the twin-cities Kiel and Coventry and other institutions.
7. *Surmounting language barriers*: setting-up a pool of volunteers who may serve as translators; pursuing action such as «говорите по рчски» ("let's speak Russian") and organising a "*Festival of lingua franca*";.
8. *Escaping from financial restrictions*: elaborating a guide including hints on how and where to apply for financial support for civil society programs; raising attention of potential sponsors for small projects and lobbying selected foundations to establish special programmes;
9. "*Civil society on-line*": setting-up an internet site providing information on projects, events, links, the "Code of Conduct" and assisting people in making email-friendship with Russian individuals.
10. *State of the Art*: Preparing regular reports on the state of civil society co-operation and organizing annually a seminar "Present Balance and Further Perspectives" attended by representatives from all formal and informal groups from Schleswig-Holstein which co-operate with counterparts in Kaliningrad;

The more civil society in Kaliningrad and the social and political environment in which it operates is successfully supported by actors from Schleswig-Holstein, the more it will become obvious, that this experience also contributes to develop civil society in Schleswig-Holstein. Transnational co-operation then is conducted not only because of charitable motives, but also in ones own interest.

1. Anlass, Auftrag und Durchführung

Am 31. Januar 2000 haben die Präsidenten beider Parlamente, Valerij Ustjugow und Heinz-Werner Arens das *"Memorandum über die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen der Kaliningrader Gebietsduma und dem Schleswig-Holsteinischen Landtag"* unterzeichnet. Es bildet den Hintergrund des vorliegenden Berichts.

Die neue parlamentarische Kooperation ergänzt ein über das vergangene Jahrzehnt gewachsenes vielfältiges Geflecht der Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Akteuren in Schleswig-Holstein und der russischen Oblast Kaliningrad.¹ Am 18. Juni 1992 unterzeichneten die Landeshauptstadt Kiel und die Stadt Kaliningrad eine Partnerschaftvereinbarung. Die Kooperation mit Sowjetsk folgte. Eckernförde wurde 1995 Patenstadt von Baltisk, Preetz unterhält partnerschaftliche Beziehungen zu Neman, Lütjenburg zu Uljanowo, der Kreis Pinneberg - mit tatkräftiger Unterstützung eines Fördervereins - zum Rayon Selenogradsk - um nur einige Beispiele zu nennen. Schleswig-holsteinische Schulen und andere Ausbildungseinrichtungen kooperieren mit Partnern im Gebiet Kaliningrad, ebenso zahlreiche Vereine, Verbände und Kammern. Einzelne Initiativen konzentrieren sich ausschließlich auf die Kooperation mit Kaliningrad; stellvertretend für alle sei der Förderverein für Jugendbildung und Wirtschaftsbeziehungen Norddeutschland-Kaliningrad e.V. in Lübeck genannt, dessen Initiatorin und Vorsitzende, Prof. Gudrun Schmidt-Kärner, für ihr Engagement den Preis "Frauen Europas 1999" verliehen bekommen hat. Am 10. Februar 1999 unterzeichneten, *last not least*, die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein und der Gouverneur des Kaliningrader Gebietes ein Memorandum der Zusammenarbeit.

Mit dem Memorandum betreten die Parlamente jedoch auch Neuland wenn sie in ihm unter anderem ihre Absicht erklären,

die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu intensivieren und dabei deren Erfahrung und Wissen für den gesellschaftspolitischen Übergangsprozess nutzbar zu machen

sowie

die Entwicklung einer Zivilgesellschaft zu fördern.

Die Zusammenarbeit zwischen NGOs und Regierungsstellen wird heute vielfach praktiziert und thematisiert, eine zwischen NGOs und Parlamenten jedoch weit seltener. Noch ungewöhnlicher ist es, diese Zusammenarbeit selber zum Gegenstand grenzüberschreitend interparlamentarischer Kooperation zu machen. Um

1) Einen Überblick bietet "Kontakte Schleswig-Holsteins zu Kaliningrad - Antwort der Landesregierung - Ministerpräsidentin - auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Gabriele Kötschau und Rolf Fischer (SPD)", Schleswig-Holsteinischer Landtag, 15. Wahlperiode, Drucksache 15/134 vom 29.05.2000.

die Grundlage für eine Umsetzung dieses Anspruchs zu verbreitern wurde das *Schleswig-Holsteinische Institut für Friedenswissenschaften (SCHIFF)* vom Landtag gebeten, eine Explorationsstudie unter dem Titel

*Identifikation der am Aufbau einer Zivilgesellschaft in Kaliningrad
beteiligten Akteure und von Potentialen für Kooperationsprojekte*

anzufertigen. Der Auftrag lautete, einen Bericht zu erstellen, der dem Landtag und anderen Akteuren in Schleswig-Holstein Hilfe bei der Entscheidung über mögliche Kooperationen und gemeinsame Projekte im Bereich von Zivilgesellschaft bietet, indem er

- den Stand zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Kaliningrad erkundet,
- klärt, welche zivilgesellschaftlichen Organisationen dort bereits existieren,
- ermittelt, welchen Bedarf und welche Defizite man in Kaliningrad hinsichtlich möglicher Kooperation sieht und welche Erwartungen bestehen, sowie
- Empfehlungen für die Initiierung zivilgesellschaftlicher Kooperationsprojekte formuliert.

Dieser Bericht wird hiermit vorgelegt und zur Diskussion gestellt. Die Finanzierung der Arbeiten erfolgte aus dem Grundhaushalt des SCHIFF und einem Auftrags honorar des schleswig-holsteinischen Landtages.

1.1 Projektteam und Vorgehensweise

Das Schleswig-Holsteinische Institut für Friedenswissenschaften (SCHIFF) ist eine der Kieler Universität angegliederte wissenschaftliche Einrichtung des Landes Schleswig-Holstein. Es befasst sich seit seiner Gründung im Jahr 1995 in einem seiner Projekte mit den "Perspektiven der russischen Exklave Kaliningrad im Kontext von Konflikt und Kooperation in der Ostseeregion" (Bearbeiter: Dr. Wellmann). Fragen zivilgesellschaftlicher Entwicklung wurden neben anderem in dem Projekt "Menschenrechtsorientierte Politik als Konflikt in der Gesellschaftswelt" bearbeitet (Bearbeiterin: Privatdozentin Dr. Birckenbach). In Kombination beider Expertisen wurde die Explorationsstudie gemeinschaftlich von den SCHIFF-Mitgliedern *Christian Wellmann* und *Hanne-Margret Birckenbach* durchgeführt. Organisatorisch und inhaltlich aktiv unterstützt wurden sie während ihres Aufenthalts in Kaliningrad von *Leonid Karabeshkin*, Doktorand am Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau und Vorsitzender des "Baltic Club", einem Zusammenschluss von Studierenden und jungen Wissenschaftlern in St. Petersburg, die sich für Entwicklungen in den baltischen Staaten und in der Ostseeregion insgesamt interessieren.

Die vorliegende Studie basiert weitestgehend auf den Informationen, die das Projektteam während eines Aufenthalts in Kaliningrad in der Zeit vom 23. März bis 9. April 2000 sammeln konnte. Er war der Gebietsduma durch den schleswig-holsteinischen Landtag avisiert worden, und die für die Visaerteilung erforderliche

Einladung erfolgte durch die Gebietsduma. Die Untersuchung wurde jedoch unabhängig von beiden Parlamenten und in ausschließlicher Verantwortung der AutorInnen dieses Berichts durchgeführt.

Dem Einstieg in die Arbeitsphase in Kaliningrad diente eine Seminarveranstaltung mit Vertretern und Vertreterinnen Kaliningrader Nichtregierungsorganisationen. Es folgten Intensivinterviews mit Repräsentanten und Repräsentantinnen einzelner NGOs. Zudem wurden Informationsgespräche mit russischen und deutschen Fachleuten und Kennern der Situation in Kaliningrad geführt sowie schriftliches Material (in gewissen Umfang auch aktuelle Zeitungsberichte) ausgewertet. Insgesamt wurden zwischen dem 27. März und 8. April 37 ExpertInnengespräche und Intensivinterviews durchgeführt. Eine Zusammenstellung aller Gesprächs- und Interviewtermine ist im Anhang wiedergegeben.

Ein ursprünglich vorgesehenes Vorstellungsgespräch mit dem Präsidenten der Gebietsduma wurde von diesem kurzfristig abgesagt. Stattdessen empfing uns der Vizepräsidenten Valery V. Frolov freundlich und gab dem Projektteam die Gelegenheit, unser Vorhaben kurz vorzustellen. Herr Frolov wünschte gutes Gelingen, merkte aber auch an, dass "sie" ein anderes Verständnis von Zivilgesellschaft hätten als "wir". Leider erlaubte die Zeit es nicht aufzuklären, worin diese Differenz gesehen wurde. Im Verlauf unseres Aufenthaltes haben wir sechs weitere Gespräche in der Duma mit Abgeordneten und MitarbeiterInnen geführt, jedoch in vier dieser Fälle in ihrer Eigenschaft als Vertreter bzw. Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen.

1.1.1 Seminar "Zivile Gesellschaft - Potenzial, Akteure, Ziele"

Das Auftaktseminar ging auf eine Anregung von Herrn Andrej Malaschenko zurück, dem für Kontakte nach Deutschland zuständigen Mitarbeiter in der Abteilung für internationale Beziehungen der Stadtverwaltung Kaliningrad. In einer Vorbesprechung mit ihm am Rande seines Besuches in Kiel im Januar, wies er darauf hin, dass das Verständnis des Konzeptes "Zivilgesellschaft" in Russland noch sehr vordergründig sei. Wichtige Elemente wie das des Dialogs oder der Eigeninitiative seien noch kaum begriffen. Er riet uns, durch ein Seminar einen Beitrag zum Verständnis dessen zu leisten, was man in Deutschland unter Zivilgesellschaft verstehe. Wir haben diese Idee aufgegriffen und sie zu einem Element unserer Exploration gemacht:

- Im Sinne des Transparenzgebots sozialwissenschaftlichen (wie auch zivilgesellschaftlichen!) Handelns haben wir das Seminar als Ort verstanden, an dem wir unser Untersuchungsanliegen und unser Verständnis von Zivilgesellschaft (→ Kap. 1.2) erläutern können, um damit den anwesenden NGOs die Entscheidung zu erleichtern, uns ein Interview zu geben.
- Das Seminar sollte uns die Kontaktaufnahme für spätere intensivere Interviews erleichtern.

- Es sollte dem Projektteam ermöglichen, erste Eindrücke von den Sichtweisen und Problemen zivilgesellschaftlicher Akteure in Kaliningrad zu gewinnen und besser vorbereitet in die dann folgenden Gespräche zu gehen.



Zu dem Seminar wurde schriftlich durch das Deutsch-Russische Haus eingeladen. Die Einladung war knapp gehalten. Sie umfasste kaum mehr als den allgemein gehaltenen Titel der Veranstaltung: "Zivilgesellschaft - Potenzial, Akteure, Ziele". Angeschrieben wurden alle Organisationen, deren Existenz bzw. Adresse wir vorab von Kiel aus in Erfahrung bringen konnten und deren Name nicht ausschloss, dass sie zivilgesellschaftlichen Strukturen zuzurechnen sind. Die Grundlage für die Zusammenstellung der Einladungsliste bildeten folgende Quellen:

- eine ältere, zum Teil veraltete Liste von frauenpolitisch ausgerichteten Organisationen, die dem Deutsch-Russischen Haus vorlag;
- die "actors-database" für Kaliningrad der Internet-Ressource für die Ostsee-Kooperation "Ballad" des Baltic Institute in Karlskrona²;
- der im Auftrag des dänischen Außenministeriums im Mai 1998 erstellte Bericht "NGO Development in Kaliningrad"³;

2) www.ballad.org; Ergebnis der Suche nach der Kombination "actors" und "Kaliningrad".

3) NGO Development in Kaliningrad. Survey on NGO Activity in the Kaliningrad Region - Based on a Fact Finding Mission to the Kaliningrad Region 17-22 May 1998. Prepared by Paul Ravn Jepsen of Carl Bro International - Client: Ministry of Foreign Affairs. Auftragsnummer D 29.

- Auskünfte des Kommissars für Demokratische Institutionen und Menschenrechte des Ostseerates sowie der ZEIT-Stiftung (Dr. Adlung).

Auch andere Personen und Institutionen mit regelmäßigem Kontakt nach Kaliningrad wurden von uns angesprochen, jedoch mit geringem oder keinem Ertrag im Sinne unseres unmittelbaren Anliegens. Rückblickend zeigte sich hier bereits, was uns erst später bewusst wurde: Die NGO-Szene, zumal die betont zivilgesellschaftlich engagierte, ist auch solchen westlichen Akteuren, die intensiv mit Kaliningrad befasst sind und ggf. auch einen Repräsentanten vor Ort haben, in der Regel praktisch unbekannt, weil Wirtschaftsinteressen dominieren oder Kontakt über die amtlichen Stellen (Gebietsadministration, Stadtverwaltung) oder wenige Großinstitutionen (Universität) gesucht wird und dann auch auf sie und ihre Klientel beschränkt bleibt (→ auch Kap. 2.2.1).

An dem Seminar teilgenommen haben laut Teilnehmerliste abgesehen von drei deutschen Sprachstudenten 48 Kaliningrader bzw. Kaliningraderinnen, die 23 Organisationen repräsentierten (→ Anhang 4.2), darunter auch solche, die nicht auf unserer Einladungsliste standen, aber über "Mundpropaganda" von der Veranstaltung erfahren hatten.

Nach einer Begrüßung durch den Direktor des Deutsch-Russischen Hauses, Dr. Henke, der die gut dreistündige Veranstaltung zusammen mit einem weiteren Mitarbeiter auch in hervorragender Weise konsekutiv gedolmetscht hat, stellten sich sowohl die Teilnehmenden als auch die Mitglieder des Projektteams kurz vor. Anschließend erläuterte Christian Wellmann Anlass und Absicht der Veranstaltung und der beabsichtigten Studie. In einem Vortrag gab Hanne-Margret Birckenbach einen Abriss unseres Verständnisses von Zivilgesellschaft, ihrer Bedeutung und ihrer Funktionsweise (→ Kap. 1.2). Im Mittelpunkt standen dabei die Arbeitsform des Dialogs sowie die Regeln, die dabei zu beachten sind. Dem schloss sich eine etwa zweistündige Aussprache an, in deren Verlauf sich nahezu alle vertretenen Organisationen zumindest einmal zu Wort gemeldet haben. Im Vordergrund standen kurze Berichte über das Anliegen der jeweiligen Organisation und über die Probleme, mit denen man sich konfrontiert sieht. Dies führte auch zu Rückfragen und Debatten zwischen den Teilnehmenden. Besonders betont - und kontrovers diskutiert - wurde die Frage, ob und wie die Organisationen mit den sogenannten "Machtstrukturen" (→ auch Kap. 2.2.1) kooperieren sollen und wie sie Unabhängigkeit von ihnen wahren können.

Die Veranstaltung war im Sinne unserer oben genannten Ziele erfolgreich. An ihrem Ende konnten wir erste Gesprächstermine verabreden. Bei den späteren Interviews erhielten wir überwiegend positives Feedback. Mehrere OrganisationsvertreterInnen betonten, sie hätten Menschen getroffen, die an ähnlichen Fragen arbeiten, die sie aber noch nicht gekannt hätten, oder man habe Termine verabredet, um sich mit anderen zu beraten, man hätte gemerkt, dass andere ähnliche

Probleme haben wie man selber usw. Aber auch Kritik und Hinweise, wie man ein besseres Seminar machen könnte, haben wir entgegengenommen.

1.1.2 *Intensivinterviews*

Das Seminar hat die Intensivinterviews vorbereitet, die den Kern des Materials für den vorliegenden Bericht abgeben. Zum Zweck eines ausführlichen Interviews haben wir uns mit VertreterInnen fast aller Organisationen getroffen, die auf dem Seminar vertreten waren. Wo das nicht geschehen ist, lag dies an technischen und organisatorischen Problemen (fehlende Telefon-Nummer, Terminprobleme, Krankheit der Gesprächspartner). Über die auf dem Seminar vertretenen Organisationen hinaus haben wir mit weiteren NGOs gesprochen, von denen wir erst vor Ort und im Laufe der Untersuchung erfahren bzw. eine Anschrift erhalten haben. Insgesamt waren 32 Organisationen Gegenstand genauerer Erkundung. 30 davon haben sich als für das Anliegen unserer Untersuchung als relevant erwiesen. Die Zahl von 32 bzw. 30 Organisationen ist einzig durch die begrenzte Arbeitskapazität während unseres zeitlich befristeten Aufenthalts in Kaliningrad begründet. Je mehr sich unsere Anwesenheit in Kaliningrad herumsprach, um so mehr wuchs die Zahl der NGOs, die zu Gesprächen mit uns bereits waren, um so mehr mussten wir jedoch auch aus Zeitgründen Interviews mit ihnen ablehnen. Insgesamt haben wir uns insofern um Repräsentativität bemüht, als wir versucht haben, eine möglichst große Vielfalt von Themenbereichen zivilgesellschaftlichen Engagements und Organisationen unterschiedlichen Typs einzubeziehen.

Die Interviews wurden an sehr unterschiedlichen Orten durchgeführt (Büros, Privatwohnungen, Duma sowie Cafés). Es wurde handschriftlich protokolliert. Die Verantwortung für die Gesprächsführung einerseits, für die Protokollführung andererseits wechselte zwischen Frau Birckenbach und Herrn Wellmann. Alle Interviews erfolgten in englischer Sprache, fast immer in beide Richtungen von Herrn Karabeshkin konsekutiv russisch gedolmetscht. Soweit der Terminplan es erlaubte fand unmittelbar nach jedem Interview ein Austausch im Projektteam über die gewonnenen Eindrücke, mögliche Unklarheiten usw. statt.

Die Interviews haben in der Regel 1 ½ bis 2 Stunden gedauert. Ihnen lag ein Leitfaden zugrunde, der Fragen zu den Zielen und dem Selbstverständnis der Organisation, zu ihrer formalen Struktur und Arbeitsweise sowie den Finanzierungsgrundlagen, zu den vergangenen und geplanten Aktivitäten, zu den lokalen, nationalen und transnationalen Kooperationszusammenhängen und –erfahrungen, zu den Problemen der Arbeit und zu den Wünschen bezüglich möglicher Kooperation mit auswärtigen Partnern vorsah. Zusätzlich baten wir unsere Gesprächspartner und -partnerinnen um - falls vorhanden - schriftliches Material über ihre Organisation.

Die im Bericht enthaltenen Organisationsprofile (→ Kap. 3.) sind entsprechend der Grundstruktur der Interviews gegliedert und auf der Basis der Protokollnoti-

zen sowie ggf. der überreichten schriftlichen Materialien erstellt. Auch wenn die Profile nicht autorisiert wurden, müssen sie also durchgängig als Selbstdarstellungen der jeweiligen Organisation gelesen werden. Wir haben die Gespräche bewusst so geführt haben, dass wir als "Sprachrohr" der Organisationen bzw. der Menschen fungieren, die sie repräsentieren: Wir nehmen ihre Sicht auf, lassen sie zu Wort kommen und reden nicht einfach über sie.

Die Organisationsprofile in Kapitel 3 sind um Namen und Adressangaben von weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen ergänzt, mit denen wir auf dem Seminar oder bei anderer Gelegenheit zumindest minimalen Kontakt hatten sowie durch thematisch geordnete Zusammenstellung von Adressen, die uns von verschiedener Seite zugänglich gemacht wurden, deren Gültigkeit wir allerdings nicht überprüfen konnten. Der Bericht stellt so gesehen eine Art erstes "Who is Who" der organisierten Zivilgesellschaft in Kaliningrad dar.

1.2 *Zum Verständnis von Zivilgesellschaft*

Über das Konzept "Zivilgesellschaft", ihren Charakter, ihre Aufgabe und ihre Funktionsweise, existiert eine breite akademische Debatte mit vielen Antwort(versuchen), die auf unterschiedliche Theoretiker und Strömungen der politischen Ideengeschichte zurückgreifen. Auch in der Wissenschaft existiert kein einheitliches Verständnis von dem, was "Zivilgesellschaft" ausmacht. Differenzierte Antworten existieren auch hinsichtlich der engeren Frage nach den Besonderheiten und der Rolle von Zivilgesellschaft unter den Bedingungen von politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Transformation, wie sie in Russland gegeben sind. Der vorliegende Bericht ist jedoch nicht der Ort, das variantenreiche Literaturfeld und die diffizile akademische Debatte zum Thema Zivilgesellschaft darzustellen und zu diskutieren. Angesichts der Vielfalt von Antworten, die der wissenschaftliche und der öffentliche Diskurs zur Zivilgesellschaft bereit hält, und um Missverständnissen vorzubeugen sowie das Verständnis unserer weiteren Ausführungen zu erleichtern, halten wir es jedoch für angebracht, das Konzept von Zivilgesellschaft, von dem wir uns bei unserer Untersuchung haben leiten lassen, zumindest knapp zu skizzieren.

Wir verstehen Zivilgesellschaft als Schnittstelle und Bindeglied zwischen Gesellschaft (Familie, soziale Gruppen, gesellschaftliche Institutionen) und Politik (Regierung, Verwaltung, Parlament, Parteien) als zwei unterschiedlich strukturierten Bereichen des sozialen Gesamtzusammenhangs. Während Politik auf die Gestaltung einer guten Ordnung durch Machterwerb und Machterhalt zielt, bietet Gesellschaft den Rahmen für die Entfaltung von wechselseitig abhängigen Individuen und für die Verfolgung ihrer Interessen und Angelegenheiten in Familie und sozialen Gruppen. Zivilgesellschaft bezeichnet denjenigen Ausschnitt der Gesellschaft, der zwischen diesen beiden Bereichen und ihren unterschiedlichen Logiken, zwischen gesellschaftlichen Interessen und politischer Macht vermittelt.

In erster Annäherung umfasst Zivilgesellschaft all jene, die über das Private hinaus Verantwortung für einen sozialen Zusammenhang übernehmen, ohne deshalb selber Machtpositionen im staatlichen Gefüge anzustreben. Zivilgesellschaft ist keine klar abgrenzbare Summe von Organisationen. Nicht jede NGO ist zur Zivilgesellschaft zu zählen; umgekehrt gehören zu ihr nicht nur NGOs, sondern gleichermaßen Journalisten und Medien, über öffentliche Angelegenheiten räsonierende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sowie alle Institutionen, die zur gesellschaftlichen Normenbildung beitragen, also zum Beispiel viele Bereiche der Universität und der Kirchen.

Was und wer je konkret zur Zivilgesellschaft zu rechnen ist, ist also nicht immer eindeutig zu bestimmen. Es bleiben Unschärfen, Übergänge und Überschneidungen. Die Grenzen sind fließend. Zivilgesellschaft ist mehr ein Prozess als eine Institution. Noch am ehesten lässt sich Zivilgesellschaft unseres Erachtens weiter eingrenzen, indem nach dem Beitrag von Akteuren zur Erfüllung einer oder mehrerer der folgenden Funktionen von Zivilgesellschaft gefragt wird:

1. Kontrolle staatlicher Macht: Zivilgesellschaftliche Akteure beobachten und kontrollieren die Politik im Hinblick auf ihren rechtsstaatlichen Charakter; es geht um Information über Rechte, ihre Einhaltung oder Verletzung und um eine Verbesserung der Rechtslage der Bürger und Bürgerinnen gegenüber dem Staat.
2. Politische Bildung: Zivilgesellschaftliche Akteure befähigen und aktivieren Bürger und Bürgerinnen dazu, auf lokaler, regionaler, nationaler und/oder transnationaler Ebene von Politik und Gesellschaft verantwortlich zu handeln; es geht um die Etablierung demokratischer politischer Kultur und ihrer Instrumente und Regeln.
3. Wertorientierung in Politik und Gesellschaft: Zivilgesellschaftliche Akteure thematisieren öffentlich Fragen, von denen sie meinen, dass sie mehr allgemeine Beachtung verdienen; es geht darum, auf Missstände aufmerksam zu machen und Maßstäbe zu setzen, an denen Bürger sich orientieren können und Politik sich messen lassen kann.
4. Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft: Zivilgesellschaftliche Akteure greifen Konflikte in der Gesellschaft auf und wehren sich gegen Ausgrenzungen; es geht darum, auf Diskriminierung von Randgruppen und Minderheiten und auf ihre Probleme aufmerksam zu machen sowie Ansätze für ihre Überwindung zu entwickeln und solidarisch zu handeln.
5. Reformen in Politik und Gesellschaft: Zivilgesellschaftliche Akteure entwickeln durch ihre Integration in gesellschaftliche Praxis problemnahe Erfahrung und Kompetenzen; es geht darum, unabhängige, nicht an Machterwerb und Machterhalt gebundene Problembeschreibungen und -analysen zu erstellen, den Handlungsbedarf zu verdeutlichen, ihn an die politischen Entscheidungs-

träger zu vermitteln und diese bei ihren Bemühungen um Problemlösung zu beraten.

<i>nach innen</i>	Funktionen von Zivilgesellschaft	<i>nach außen</i>
Demokratisierung	Kontrolle staatlicher Macht	Friedensprozess
	Politische Bildung	
	Wertorientierung	
	Zusammenhalt von Gesellschaft	
	Reformen	

Für die Antwort, ob konkrete Akteure zivilgesellschaftliche Qualität haben, ist für uns also entscheidend, ob sie zur Ausfüllung zumindest einer der fünf Funktionen von Zivilgesellschaft beitragen: Kontrolle staatlichen Agierens, politische Erziehung, Normenbildung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Reformen. Die Kommunikationsform der Zivilgesellschaft ist sowohl intern als auch extern der Dialog. Dialogfähigkeit ist somit ein weiteres Bestimmungsmerkmal für zivilgesellschaftliche Akteure. Zugleich deutet sich hier an, dass Zivilgesellschaft ihre Aufgabe nur dann idealiter erfüllen kann, wenn sie in der Politik dialogfähige und dialogbereite Partner findet.

Zivilgesellschaft in diesem Sinne kann sich "vor Ort" (lokal, regional, national) konstituieren. Sie stärkt damit den innergesellschaftlichen Frieden durch Demokratisierung von Gesellschaft und Politik. Zivilgesellschaft kann sich aber auch - und tut es zunehmend - grenzüberschreitend konstituieren. Solche transnationale Zivilgesellschaft stärkt die internationale Zusammenarbeit und ihre Orientierung an gesellschaftlichen Bedürfnissen; sie trägt damit zum Frieden zwischen Staaten und Gesellschaften bei. Unter den Bedingungen wachsender Interdependenz ist nicht nur der Staatsbürger, sondern in wachsendem Maß auch der Weltbürger im Kant'schen Sinn beides zugleich: sowohl die Voraussetzung für Zivilgesellschaft als auch ihr Ziel.

1.3 Zur Aussagefähigkeit des Berichts

Die vorliegende Explorationsstudie kann die "Zivilgesellschaft in Kaliningrad" nicht vollständig beschreiben, denn wir haben nur einen Teil der zivilgesellschaftlich relevanten Kräfte in Kaliningrad in Erfahrung bringen und befragen können. Das dadurch entstandene Bild erlaubt es, tragfähige Schlussfolgerungen über die zivilgesellschaftliche "NGO-Szene" und ihre Arbeit zu ziehen, es hat jedoch nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht Leerstellen. Obwohl wir

im vorangegangenen Abschnitt erläutert haben, dass Zivilgesellschaft mehr umfasst als nur zivilgesellschaftliche NGOs, haben wir uns weitgehend auf eben dieses Segment beschränkt.

Ausgeklammert haben wir vorerst die Frage nach der zivilgesellschaftlichen Rolle der *Medien* in Kaliningrad, nach dem Vorhandensein von gesellschaftlich engagierten *Künstlern und Künstlergruppen*, nach der Existenz eines zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses im Lehrkörper der Kaliningrader *Hochschulen* (Staatliche Universität, Milizhochschule u.a.) und einer entsprechenden Ausgestaltung ihres Lehrbetriebs sowie nach der Bedeutung von Partizipation als Lerninhalt und Organisationsform im *Schulwesen*. Zwar haben wir auch mit Blick auf solche Akteure erste Hinweise und Anschriften gesammelt. Nachdem wir jedoch anlässlich des Einstiegsseminars festgestellt hatten, dass die Kaliningrader zivilgesellschaftliche NGO-Szene umfangreicher und differenzierter als erwartet ist, haben wir uns vor Ort entschlossen, uns auf die NGOs zu konzentrieren, weil sie in das Netz der Kooperationen zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad bislang am wenigsten einbezogen sind und die Möglichkeiten einer Kooperation mit ihnen und ihr Bedarf danach besonders unklar sind. Mit Blick auf die Schulen und Universitäten besteht bereits ein recht dichtes Geflecht von Partnerschaften und Kooperationen und die Medien dürften - sofern sie wollen - relativ leicht Zugang zu ausländischen Partnern finden, da zahlreiche Stiftungen und andere Institutionen russischen Journalisten Trainingsprogramme anbieten. Gleichwohl haben wir die Situation medialer Öffentlichkeit in den Gesprächen mit NGOs thematisiert und sie befragt, ob die Medien über sie berichten.

Eine weitere Leerstelle unseres Berichts wird durch das *Stadt-Land-Gefälle* verursacht. Unsere Recherchen haben sich auf die Großstadt Kaliningrad beschränkt. Mit rund 450.000 EinwohnerInnen, also etwa der Hälfte der Bevölkerung des Gebietes, bildet sie auch für die regionale Zivilgesellschaft das Gravitationszentrum. Etliche der NGOs, mit denen wir gesprochen haben, verstehen sich als in der gesamten Region aktiv; einige haben auch Mitglieder oder gar Zweiggruppen in anderen Städten. Aber es ist zu erwarten, dass es dort weitere, lokale zivilgesellschaftliche Gruppen gibt (einige sind in den Anschriftenlisten, die wir ausfindig machen konnten, enthalten - → Kap. 3). Zudem würde es nicht überraschen, wenn die Problemlage sich aus der Sicht der "Provinz" nochmals anders darstellt als aus der Sicht der Gebietshauptstadt. Auch dieser Frage konnten wir während der kurzen Zeit unseres Aufenthalts nicht nachgehen. Von den kleineren Städten des Gebiets haben wir lediglich Baltisk (ca. 30.000 Einwohner) besucht und ein längeres Gespräch mit dem für internationale Zusammenarbeit zuständigen, sehr aufgeschlossenen und überaus gastfreundlichen Vizebürgermeister Viktor Koshelev geführt. Die Suche nach einer zivilgesellschaftlich aktiven NGO blieb in Baltisk jedoch erfolglos.

Bewusst befassen wir uns in diesem Bericht nicht mit politischen *Parteien*, die nach unserem Verständnis von Zivilgesellschaft zu den Grenzfällen zählen. In

vieler Hinsicht sind es Strukturen des politischen Systems und als solche auf die Funktion des Machterwerbs und Machterhalts hin ausgerichtet. In anderer Hinsicht können sie allerdings auch zivilgesellschaftliche Funktionen übernehmen, etwa im Zuge ihres Beitrags zur politischen Bildungsarbeit, als Teilnehmer am Diskurs über gesellschaftliche Normen oder als Ort, über den zivilgesellschaftliche Akteure sich auf Grund ihrer Rolle als Parteimitglieder (eher) Gehör im politischen System verschaffen können. Gerade diese zivilgesellschaftliche Dimension der Tätigkeit von politischen Parteien existiert jedoch in Russland nur rudimentär. Gleichwohl haben wir die Jugendorganisation von „Jabloko“ in die Untersuchung mit einbezogen, weil der beim Einstiegseminar anwesende Vertreter zu erkennen gab, dass er die Organisation als unabhängig und ihre Arbeit als zivilgesellschaftliches Engagement versteht. Auch in den Anschriftenlisten in Kap. 3 sind einige ausdrücklich parteinahe Organisationen aufgeführt, die sich allerdings auch als NGOs konstituiert haben.

Einen zivilgesellschaftlichen Grenzfall bilden schließlich auch die *Gewerkschaften*. Mit ihrem Anspruch, neben der Interessenvertretung gegenüber den Arbeitgebern auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten insgesamt gegenüber dem Gesetzgeber zu vertreten, können auch sie zivilgesellschaftliche Kernfunktionen übernehmen. Ähnlich den Parteien haben auch die Gewerkschaften in Russland in der Regel diese zivilgesellschaftliche Funktion bislang wenig entwickelt.

In die Untersuchung einbezogen haben wir allerdings sogenannte "Freie Gewerkschaften" in Kaliningrad. Sie sind in der Endphase der Sowjetunion oder unmittelbar nach deren Auflösung in Abgrenzung zu den alten Gewerkschaftsstrukturen entstanden, positionieren sich als Gegenüber der Arbeitgeberseite und artikulieren politisch-gesellschaftlichen Reformbedarf hinsichtlich der Vertretung von Arbeitnehmerrechten und der Beachtung von Recht unter den neuen kapitalistischen Bedingungen. Neben einem rechtspolitischen Engagement artikulieren sie das Interesse ihrer Mitgliedschaft an einer Transformation alter Strukturen und Denkweisen. Als ein Beispiel für die zivilgesellschaftliche Arbeit dieses dissentierenden Teils der Gewerkschaftsbewegung haben wir die Dockergewerkschaft in Kaliningrad interviewt und mit einem Organisationsprofil in diesen Bericht aufgenommen. Zudem geben wir eine Liste der freien Gewerkschaften in Kaliningrad wieder.

Vorläufig sind die Ergebnisse unserer Untersuchung auch insofern, als sie im Wesentlichen auf Selbstdarstellungen der befragten NGOs beruhen. Wir gehen davon aus, dass diese zumindest subjektiv wahr sind, haben aber den Wahrheitsgehalt nicht im Einzelnen überprüft. Vor allem in den Organisationsprofilen mögen sich Fehler eingeschlichen haben. So können wir – als gegenüber den örtlichen Verhältnissen „Fremde“ – sachlichen Missverständnissen erlegen sein und Informationen unzureichend wiedergegeben haben, weil uns der Kontext nicht hinreichend bekannt war bzw. in der knappen Zeit nicht verständlich ge-

macht werden konnte, oder weil es zu Übersetzungsfehlern und anderen sprachlichen Missverständnissen gekommen ist. Gelegentlich gab es ein Kommunikationsproblem derart, dass uns trotz Nachfragen nicht klar wurde, ob unsere Gesprächspartner über *Pläne zu einem zukünftigen Projekt* oder über *ein laufendes Projekt*, über ein programmatisches Vorhaben oder eine bereits realisierte Idee berichteten. Erwähnt werden muss, dass es auch für unsere Gesprächspartner schwierig war, mit uns als Fremden zu kommunizieren. Insbesondere kleinere NGOs sind zwar vielleicht gewohnt nach ihrer Leistungsbilanz befragt zu werden (und diese ein wenig zu schönen), nicht aber auch nach ihren Wünschen und Perspektiven, geschweige denn nach den Vorstellungen darüber, was die begonnene interparlamentarische Zusammenarbeit für sie bedeuten kann. Ganz vermeiden lassen sich Kommunikationsfehler, die aus der asymmetrischen Situation des einseitigen Befragens entstehen, nicht, aber je mehr sich die zivilgesellschaftlichen Beziehungen verbessern, desto weniger werden solche Missverständnisse die Arbeit behindern.

2. Kernfragen zivilgesellschaftlicher Entwicklung in Kaliningrad

Fragt man in Kaliningrad nach Organisationen der Zivilgesellschaft, sagen die einen, es gäbe 600 von ihnen, andere sprechen gar von 900. Wieder andere erklären die Diskrepanz damit, es seien zwar etwa 900 registriert, aber rund 300 davon existierten nur auf dem Papier. Wie immer die richtige Zahl lauten mag, bei Rückfragen stellt sich heraus, dass die Gesprächspartner mit ihren Angaben die Zahl *aller* registrierten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Kaliningrad meinen, nicht die Zahl nur jener, die der Zivilgesellschaft zurechenbar sind.

Wie viele NGOs in Kaliningrad tatsächlich aktiv sind, weiß niemand. Erst recht kennt niemand die Zahl jener NGOs, die sich speziell zivilgesellschaftlich engagieren. Die Frage, wie viele Gruppen, Vereine, Initiativen in Kaliningrad im Schnittfeld von Politik und Gesellschaft tatsächlich die Kernfunktionen von Zivilgesellschaft wahrnehmen (→ Kap. 1.2) und wie viele Menschen sich diesen Organisationen zurechnen, lässt sich grundsätzlich nicht eindeutig beantworten. Das Bemühen, staatliche Politik zu kontrollieren, BürgerInnen politisch zu interessieren und aufzuklären, Werte und Normen zu bilden und ihnen Geltung zu verschaffen, den sozialen Zusammenhalt von Menschen trotz gegenläufiger Interessen zu bewahren oder herzustellen oder Reformen von Politik und Gesellschaft auf den Weg zu bringen, ist nicht trennscharf zu erfassen und nicht immer eindeutig dingfest zu machen. Wie überall ist Zivilgesellschaft auch in Kaliningrad ständig in Bewegung, mehr ein Prozess als eine klar eingrenzbar Struktur. Und wie anderswo auch ist dieser Prozess in Kaliningrad beides zugleich: verletzlich, aber auch widerstandsfähig, wenn wesentliche Stützen der Zivilgesellschaft wie Recht, Verantwortung und Wohlfahrt durch Willkür, Apathie und Not geschwächt werden.

2.1 *Die Pluralität der kaliningrader Zivilgesellschaft*

Auch wenn genaue Angaben unbekannt sind, so ist doch klar, dass es in Kaliningrad eine beachtliche Zahl von zivilgesellschaftlich profilierten und aktiven NGOs gibt. Nur einen kleinen Ausschnitt von 30 Organisationen haben wir besuchen können, mit einigen weiteren hatten wir zumindest persönlichen Kontakt, von anderen haben wir nur Namen und Anschrift festhalten können (→ Kap. 3). Viele weitere dürften angesichts begrenzter Möglichkeiten unserer Aufmerksamkeit entgangen sein. Obwohl die von uns befragten Organisationen in der Regel mehr als nur eine zivilgesellschaftliche Kernfunktion wahrnehmen, sind doch Schwerpunkte erkennbar. Während die Rechtsschutzorganisationen am deutlichsten alle Kernfunktionen - Politikkontrolle, politische Bildung, Normenbildung, Zusammenhalt, Reform – in ihrer Arbeit integrieren, fokussieren die meisten Gruppen der Demokratisierungsbewegung und die Jugendorganisationen insbesondere die Funktion der politischen Bildung. Hingegen steht bei den Umwelt-NGOs die

Funktion der Normenbildung im Vordergrund, bei den (Freien) Gewerkschaften, den Frauen- und Migranten-NGOs sowie den sozialpolitischen aktiven Organisationen ist es die Funktion der sozialen und politischen Kohäsion.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten: Gemessen an der Zahl einschlägiger Organisationen gibt es eine ausgeprägte Zivilgesellschaft in Kaliningrad. Sie muss keineswegs erst von Grund auf geschaffen oder gar von außen importiert werden.

Wir möchten diesen Befund um einen Hinweis ergänzen, den wir angesichts der Leerstellen unserer Untersuchung (→ Kap. 1.3) nur mit Vorsicht vortragen können. Weite Bereiche von Politik und Gesellschaft der Oblast sind von zivilgesellschaftlichem Handeln nahezu unberührt. Das betrifft sowohl die Situation außerhalb der Großstadt Kaliningrad, die Verfassung der politischen Parteien und die Situation im Medienbereich. Aber auch hier finden sich bei genauerem Hinsehen zumindest Spuren zivilgesellschaftlicher Ansätze.



Viktor N. Koshelev, Vizebürgermeister von Baltisk, in seinem Büro; rechts seine Deutsch sprechende Mitarbeiterin, links Hanne-Margret Birckenbach, SCHIFF.

In unseren Gesprächen mit NGO-Vertretern und -vertreterinnen ist mehrfach darauf verwiesen worden, dass es ein zivilgesellschaftliches *Stadt-Land-Gefälle* gibt. Aus eigener Erfahrung können wir ein Beispiel anführen: die Kleinstadt Baltisk. Sie wird nach wie vor durch das Militär dominiert und ist für Ausländer

nur nach aufwendigem Antragsverfahren beim Inlandsgeheimdienst und dem Oberkommando der Flotte zugänglich (für Inländer ist das Antragsverfahren seit dem Frühjahr 2000 aufgehoben). Unsere Erkundigungen im Rathaus von Baltisk nach zivilgesellschaftlich tätigen NGOs waren erfolglos. Aber Baltisk ist auch ein Beispiel für die Existenz von Spuren einer Zivilgesellschaft außerhalb des städtischen Ballungszentrums Kaliningrad. Die Art und Weise, wie der Vizebürgermeister und seine Mitarbeiterinnen uns empfangen haben, wie die Geschichte der Stadt, ihre heutige Situation und ihr Engagement zur Stärkung der Außenbeziehungen präsentiert und wie Zukunftsvisionen entworfen wurden, hat daran erinnert, dass es auch in einer Stadt wie Baltisk Potenziale zivilgesellschaftlicher Entwicklung gibt, nämlich Individuen, die zivilgesellschaftlich denken und sich die Regeln des zivilgesellschaftlichen Diskurses zu eigen machen.⁴

Auch mit Blick auf die von uns nicht näher untersuchten (→ Kap. 1.3) zivilgesellschaftlichen Grenzfälle, Parteien und Gewerkschaften, sowie auf den zentralen Bereich der öffentlichen Medien, kann wohl bestenfalls von Zivilgesellschaft im *Status nascendi* gesprochen werden. "Parteien" im Sinne des deutschen Wortverständnisses haben sich in Russland bislang kaum gebildet. Noch am ehesten entsprechen ihm die Kommunistische Partei und die in westlichen Medien viel zitierte Reformpartei "Jabloko" (Apfel). Bei einem Gespräch mit Vertretern ihrer kaliningrader Gebiets- und Stadtorganisation hatten wir jedoch auch im Fall dieser Organisation den Eindruck, dass Parteien (noch) nicht der Ort sind, an dem sich in Russland auffällige Kristallisationskerne von Zivilgesellschaft finden.

Gerade auf lokaler und regionaler Ebene wie in Kaliningrad sind unter zivilgesellschaftlicher Perspektive jene NGOs von größerem Interesse, die Abgeordnete bzw. Parlamentskandidaten und -kandidatinnen unterstützen und als eine Art Parteiersatz für sie fungieren (dem entspricht, dass nur fünf der 32 Mitglieder der Gebietsduma über Listen gewählt werden; alle anderen sind – vielfach parteiungebundene – Wahlkreisabgeordnete). Sofern NGOs als sogenannte "gesellschaftlich-politische Organisation (oder Bewegung)" registriert sind, haben sie auch ausdrücklich das Recht, Kandidaten für Wahlen aufzustellen. Solche parteinahen oder parteiähnlichen NGOs sind in unserer Auswahl mehrfach vertreten.

Schwach entwickelt scheint in Kaliningrad auch die zivilgesellschaftliche Komponente der Tätigkeit von *Gewerkschaften* zu sein. Während wir uns über die Arbeit von Freien Gewerkschaften in direkten Gesprächen informiert haben, haben wir von der Arbeit der großen Gewerkschaften, die unmittelbar aus den sowjetischen

4) So entwickelte Vizebürgermeister Victor N. Koshelev im Verlauf des Gesprächs spontan den ihm selbst visionär erscheinenden Plan, dass Geschäftsleute, KünstlerInnen und RepräsentantInnen vieler NGOs aus Schleswig-Holstein mit einem Schiff nach Baltisk kommen, um dort an Bord Schleswig-Holstein zu präsentieren, in einer Konferenz mit möglichen zukünftigen Partnern aus der Oblast die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit zu beraten und die Ergebnisse in einer Ausstellung darzustellen.

Gewerkschaften hervorgegangen sind, allerdings nur indirekt erfahren (zu den Leerstellen unserer Untersuchung → Kap. 1.3). Zumindest in Kaliningrad sollen sie immer noch stark vom alten Funktionärskader geprägt sein und sich weiterhin mehr als Teil der Unternehmensleitungen verstehen, denn als deren Gegenpart und Kontrollinstanz im Interesse der Beschäftigten. Mit den Anforderungen von Zivilgesellschaft unvereinbar wäre auch, wenn zutrifft, was uns berichtet wurde, dass es nämlich in den großen Unternehmen des Gebiets weiterhin gängige Praxis ist, die Beschäftigten automatisch als Gewerkschaftsmitglieder zu registrieren und den Mitgliedsbeitrag unmittelbar vom Lohn abzuziehen. Der Unterschied zur sowjetischen Praxis sei lediglich, dass die Beschäftigten heute die Möglichkeit haben, anschließend ihren Austritt aus der Gewerkschaft zu erklären. Sie würden sich jedoch oft nicht trauen, diesen Schritt zu vollziehen, weil sie Schwierigkeiten mit dem Arbeitgeber befürchten.

Auch über die *Medien* haben wir nur beiläufig Informationen zusammengetragen. Sie deuten allerdings an, dass auch die Medienlandschaft ihre zivilgesellschaftliche Funktion (noch) kaum wahrnimmt, unter den gegebenen Bedingungen vielleicht auch nicht wahrnehmen kann. Auf der (begrenzten) Grundlage unserer Informationen ergibt sich in etwa folgendes Bild:

Die NGOs klagen nicht über die Medien. Vielmehr berichten die OrganisationsvertreterInnen recht durchgängig, dass sie grundsätzlich keine Schwierigkeiten hätten, Artikel über ihre Aktivitäten in den Zeitungen "unterzubringen". Die Organisation DOM hat sogar mit mehreren Medien ein Abkommen zur Berichterstattung über die Lage der Migranten geschlossen (→ Kap. 3.5). Vereinzelt werden auch Fernsehberichte erwähnt, wobei hier immer wieder der Sender "Kaskad" genannt wird, der – wie die gleichnamige Zeitung – zu den liberaleren Medien gerechnet wird. Einschränkend heißt es aber auch, Probleme gäbe es dann, wenn die Inhalte aufgrund der Verflechtung zwischen den politischen "Machtstrukturen" und den Medieneignern "unerwünscht" seien. Mehrere unserer GesprächspartnerInnen konnten uns Zeitungsberichte über ihre Aktivitäten zeigen. Bei näherem Hinsehen stellte sich allerdings heraus, dass diese Berichte in der Regel nicht von einem Journalisten, sondern von den NGOs selbst verfasst waren. Dies bestätigt die Aussage, dass der Journalist bzw. die Journalistin, der/die ein Thema selber aufgreift, recherchiert und in einen eigenen Artikel selbständig und in kritischer Distanz umsetzt, weiterhin selten ist. Die Zeitungen reproduzieren häufig ungeprüft Verlautbarungen Dritter und sind zudem über die hinter ihnen stehenden Interessen- und Eignergruppen unmittelbar am politischen Machtkampf, d.h. nicht zu letzt an der Diskreditierung des politischen Gegners, beteiligt. In vieler Hinsicht müssen die Medien in ihrer aktuellen Verfassung mehr dem politischen System als der Zivilgesellschaft zugerechnet werden. Zudem müssen Journalisten, die Unliebsames berichten, mit Repressionen rechnen. Mehrfach wurde uns von Drohanrufen, denen Journalisten ausgesetzt waren, oder gar von Überfällen durch Schlägertrupps berichtet.

Wenn auch von einer zivilgesellschaftlich funktionsfähigen Medienlandschaft unter den angedeuteten Bedingungen wohl kaum gesprochen werden kann, so gibt es auch hier einzelne Keime von Zivilgesellschaft. So arbeitet eine Gruppe von Journalisten an einem Konzept für ein mit ausländischen Geldern zu finanzierendes Projekt "Zur Herstellung von Informationsmaterial für Journalisten zum Thema internationale Kooperation mit besonderer Betonung von ökologischen Problemen in der Ostseeregion". Anlass ist die geringe Aufmerksamkeit der lokalen Fernsehsender für Probleme der grenzüberschreitenden Kooperation zwischen Kaliningrad und den Nachbarstaaten einerseits und die Tendenz der nationalen russischen Fernsehsender andererseits grenzüberschreitende Fragen nur unter einer Konfliktperspektive zu behandeln. Die Gruppe schlägt vor, einen Zyklus von 96 Kurzberichten von 3-5 Minuten zu produzieren, die sich auf die Beziehungen zwischen Russland, Litauen, Polen und Weißrussland im Bereich gemeinsamer ökologischer Fragen und ihre Lösungsmöglichkeiten sowie auf die kulturellen und ökonomischen Beziehungen der genannten Staaten bezieht. Dieses Projekt soll – falls es gelingt, eine Finanzierung zu finden – im Rahmen des "Center on Transfrontier Cooperation" durchgeführt werden. Hierbei handelt es sich um ein vom East-West-Institute getragenes Projekt, mit dessen Umsetzung der staatlich initiierte, kommerziell orientierte "Jantar Fonds" beauftragt wurde.⁵

Die Aussagen zum Stadt-Land-Gefälle, den politischen Parteien, den Gewerkschaften und den Medien müssen als vorläufig betrachtet werden. Sie bedürfen der weiteren Exploration. Sie sind aber doch soweit abgesichert, dass als ein weiteres Ergebnis formuliert werden kann: Es gibt in Kaliningrad Bereiche, die für eine funktionsfähige Zivilgesellschaft von Bedeutung sind, in denen aber die Akteure dieser Aufgabe bislang nur rudimentär gerecht werden. Vereinzelte Ansätze zivilgesellschaftlichen Denkens und Agierens, in der Regel repräsentiert durch einzelne Personen finden sich auch hier, von einer zivilgesellschaftlichen Funktionserfüllung kann jedoch noch nicht gesprochen werden. Solange ein zivilgesellschaftlich funktionsfähiges Parteiensystem und eine entwickelte mediale Öffentlichkeit fehlen, fehlen den NGOs auch wichtige Bedingungen um eine größere Wirksamkeit zu entfalten.

Die kaliningrader zivilgesellschaftliche "NGO-Szene" ist nicht nur in quantitativer Hinsicht überraschend groß. Sie ist zugleich nach thematischen Schwerpunkten,

5) Der Fonds ist staatlich initiiert und arbeitet kommerziell. Seine ursprüngliche Aufgabe war es, kleineren und mittleren Unternehmen Starthilfe zu geben. Heute arbeitet der Fonds als Consulting-Firma für auswärtige Unternehmen und als Politikberatungsagentur und bemüht sich darum, kommerzielle Initiativen in den (potentiell) drei Euro-Regionen mit kaliningrader Beteiligung zu entwickeln, zu koordinieren und zu fördern. Geschäftsführer des Fonds ist Alexei Ignatiev; das journalistische Projekt wurde von Alexander Luchinin (Firma Zemland-Exima Ltd.) entwickelt. Die Anschrift des Jantar-Fonds lautet: Gostinaya ul. 5, Kaliningrad, 236000 Russland, Tel. 21 08 88 / Fax: 21 65 76.

organisatorischen Formen, politischen Orientierungen, Wünschen und Zukunftserwartungen stark differenziert und insgesamt pluralistisch strukturiert. Die Organisationsprofile der von uns befragten Organisationen demonstrieren das deutlich (→ Kap. 3).

Die Vielfalt beginnt bereits bei der Rechtsform. Die gesetzlichen Grundlagen, nach denen sich in Russland ein informeller Zusammenschluss von Menschen in einem für viele Gruppen mühsamen und schwierigen Verfahren registrieren lassen kann und damit den Status einer juristischen Person erhält, beinhaltet offensichtlich ein breites Angebot von möglichen juristischen Formen, in denen das geschehen kann. Es soll über zwanzig verschiedene Varianten geben. Ihre Besonderheiten, Vor- und Nachteile und die Bedeutung der unterschiedlichen Rechtsformen sind uns weitgehend verschlossen geblieben. Wir haben in → Kap. 3, wo immer es uns möglich war, die Organisationen auch mit ihrem juristisch vollständigen, wenn auch manchmal arg unhandlichen und redundant wirkenden Namen aufgeführt. Zu ihrem besseren Verständnis und als erste Orientierung geben wir hier einige terminologische Erläuterungen:

Bei der Mehrzahl der von uns besuchten Organisationen handelt es sich um "*kaliningrader regionale*" Zusammenschlüsse, d.h. sie sind in Kaliningrad registriert und operieren auf dem Gebiet der Oblast. "*Interregionale*" Organisationen erstrecken sich hingegen auf mehrere Gebiete der Russischen Föderation. "*Nationale*" Organisationen sind prinzipiell für ganz Russland registriert. Anders als "Organisationen" haben "*Bewegungen*" keine Mitglieder, sondern lediglich "Teilnehmende", also eine schwächere Form der Bindung ihrer "Mitglieder". Zudem sind "Bewegungen" oft registrierte Zusammenschlüsse mehrerer selbständiger Organisationen. Von den "*gesellschaftlichen*" Organisationen (oder Bewegungen) sind die "*gesellschaftlich-politischen*" zu unterscheiden. Während erstere wohl am ehesten mit einem deutschen "eingetragenen Verein" verglichen werden können, ist die Besonderheit letzterer, dass sie im Gebiet, für das sie zugelassen sind, grundsätzlich berechtigt sind, an Wahlen teilzunehmen, also KandidatInnen aufzustellen.⁶ Ein "*Fonds*" schließlich wird im Deutschen oft einfach mit "Stiftung" übersetzt. Wir bevorzugen hingegen die wörtliche Übersetzung, also die Verwendung des im Bankgewerbe für Kapital einsammelnde Einrichtungen verbreiteten Begriffs, um deutlich zu machen, dass es sich nicht etwa um mit einem Stiftungskapital ausgestattete Institutionen handelt, die mit diesem Kapital bzw. seinen Erträgen andere Einrichtungen oder einen guten Zweck fördern. Die

6) In der Bezeichnung "gesellschaftlich-politisch" spiegelt sich ein von unserer Verwendung abweichender russischer Gebrauch des Wortes "politisch", der leicht zu Missverständnissen führen kann. In Russland ist das Wort eng auf das politische System bezogen. Eine normale NGO ist in diesem Wortsinn nicht politisch, hat kein politisches Programm und keine politische Strategie. Auf anfängliche Fragen an unsere Gesprächspartner, von der Art, welche politischen Ziele ihre Organisation denn verfolge, haben wir folglich regelmäßig ein Dementi erhalten, die Organisation sei nicht "politisch", man kandidiere nicht für Wahlen.

Rechtsform des "Fonds" wählen in Russland oft solche NGOs, die Aktivitäten nur gegen Bezahlung entfalten, allerdings im Bereich steuerlich begünstigter, gemeinnütziger Zwecke. Viele, aber eben nicht alle, "Fonds" sind kommerzielle Unternehmen (etwa im Bereich von Consulting oder sozialer Dienstleistungen).

Die durch die russische Rechtslage erzeugte Vielfalt an Rechtsformen wird durch weitere Differenzierungen organisatorischer Art ergänzt: zu an Mitgliedern starken Organisationen kommen kleinste informelle Initiativen hinzu; neben isolierten örtlichen Gruppen gibt es Untergliederungen allrussischer Organisationen ebenso wie Gruppen mit einer starken transnationalen Einbindung.

Auf das breite Themenspektrum der Organisationen, die wir interviewt haben und das vom internationalen Menschenrechtsschutz bis zum Tierschutz reicht, wird weiter unten noch ausführlicher eingegangen (→ Kap. 2.2.2 und Kap. 3). Aber auch hinsichtlich ihrer Loyalitäten sind die NGOs differenziert. Bewusst und nachdrücklich auf ihre Unabhängigkeit bedachten NGOs stehen solche gegenüber, die mit der Gebietsverwaltung kooperieren oder sich an der Stadtverwaltung orientieren (→ Kap. 2.2.1). Ferner finden sich genauso Organisationen, die augenscheinlich von Parlamentsmitgliedern zur Unterstützung ihrer Arbeit (und Wiederwahl) gegründet wurden, wie solche, bei denen das Interesse an der Akquirierung internationaler Fördergelder im Vordergrund steht.⁷

Schließlich repräsentieren die kaliningrader zivilgesellschaftlichen NGOs bzw. ihre VertreterInnen, mit denen wir gesprochen haben, in zentralen Fragen der politischen Orientierung und gesellschaftlichen Entwicklung ein pluralistisch ausdifferenziertes Spektrum von Positionen. Die einen hoffen auf massives internationales Engagement, die anderen fürchten eben dadurch mit ihren Anliegen an den Rand gedrängt zu werden. Die einen wünschen für Kaliningrad mehr Autonomie, die anderen eine stärkere Anbindung an Moskau. Wir finden in der kaliningrader Zivilgesellschaft Befürworter und Gegner einer Annäherung an "Europa"; russisch-nationale Positionen sind ebenso vertreten wie separatistische Gesinnungen. Menschen, die ihre Hoffnungen auf Deutschland richten, stehen neben anderen, die nach Norden schauen oder eine multilaterale Einbindung in die Ostseekooperation wünschen. Jugendlichen, die sich als zukünftige politische Führer in den bestehenden Machtinstitutionen sehen, wird von anderen widersprochen, die Politik für korrupt halten und nach alternativen Formen gesellschaftlichen Engagements suchen.

7) In etwas zugespitzter Weise haben wir in unseren internen Diskussionen in Anlehnung an die in der Literatur schon existente Kategorie der GONGO (= Government Organized Non-Governmental Organization), die sich in Bezug auf Kaliningrad als Governor Organized NGO lesen lässt, noch folgende weitere Kategorien unterschieden: die CHONGO (= City Hall Organized NGO), die PONGO (= Parliamentary Organized NGO) und die FINGO (= Financially Interested NGO). Die ONGO ist dann schließlich die, um die es eigentlich geht: die Original Non-Governmental Organization.

Als Ergebnis lässt sich festhalten: Die kaliningrader zivilgesellschaftliche NGO-Szene ist kein homogenes Bündnis, das sich womöglich sogar geschlossen der Regierungsarbeit entgegenstemmt, sondern ist sowohl thematisch als auch strukturell, also hinsichtlich der Organisationsformen und Finanzierungsgrundlagen ebenso wie hinsichtlich ihrer Themen, Weltanschauungen, politischen Ziele und Zukunftsvorstellungen, ein heterogenes, differenziertes und pluralistisches Gebilde. Entsprechend ergeben sich auch Kooperationsbeziehungen zwischen den diversen NGOs in Kaliningrad nicht automatisch, sondern müssen bewusst hergestellt werden und können auch scheitern.

2.2 *Besondere Bedingungen zivilgesellschaftlicher Arbeit in Kaliningrad*

Auf den ersten Blick sind zivilgesellschaftliche Gruppen in Kaliningrad mit den gleichen Problemen konfrontiert, wie sie aus westeuropäischen Zusammenhängen geläufig sind: z.B. das Problem der Überforderung, des Finanzmangels, der Fluktuation unter den aktiven Gruppenmitgliedern, des Desinteresses und der Apathie der Bevölkerung, aber auch die Schwierigkeit, wirklich etwas zu bewirken und angesichts aller Hindernisse und Misserfolge nicht zu resignieren. Entsprechend spiegeln sich auch die internen Kontroversen darüber, wie mit diesen Fragen umzugehen sei. Wie kann eine zivilgesellschaftliche Initiative am besten ihre Unabhängigkeit sichern? Ist "ehrenamtliches" Engagement ein Königsweg oder bedarf es der "Professionalisierung"? Was bedeutet es für eine Gruppe, wenn die einen durch zivilgesellschaftliches Engagement ihr Brot verdienen und die anderen "nur" um der Sache Willen ideell und materiell "dienen"? Ist die Annahme von staatlichen Geldern eine Unterwerfung unter die kritisierten Strukturen? Mit wem kann man zusammenarbeiten, ohne den eigenen Weg zu verlieren? Wie provozierend darf oder muss man auftreten, um Gehör zu finden?

Aber diese Fragen stellen sich zugleich anders als in westeuropäischen Gesellschaften, wenn Rechtssicherheit fehlt, die Armut groß, das Wohlstandsgefälle extrem und die soziale Fürsorge zerstört ist, wenn die staatlichen Institutionen versagen und die Medien wenig zum öffentlichen Diskurs beitragen. In Russland kommt hinzu, dass der durchaus spürbare Wunsch nach Weltoffenheit zugleich und in den einzelnen Menschen mit einem traditionellen nationalen Selbstbezug konkurriert. Diese Spannung zu verarbeiten wird zusätzlich dadurch erschwert, dass die Außenwelt, vom kleinen Estland und Lettland bis hin zu den übermächtigen USA, kaum eine Gelegenheit auslässt, Russland zu demonstrieren, dass seine Sicht der Dinge nicht mehr viel zählt. So schwanken die Menschen hin und her zwischen dem Versuch und der Versuchung, einen nicht mehr recht glaubwürdigen Großmachtanspruch dennoch aufrecht zu erhalten, und dem Gefühl, gedemütigt und betrogen, zumindest aber nicht ernst genommen zu werden (Versailles-Syndrom). In der prekären Exklavenlage Kaliningrads erhält diese innere Zerrissenheit zusätzliche Dynamik durch die Nähe der Außenwelt und die

hohen Abhängigkeit von ihr einerseits und andererseits durch die Unsicherheit darüber, wie offen und kooperativ sich diese Außenwelt, "Europa", "die" EU, gegenüber Kaliningrad und den Interessen und Bedürfnissen seiner Bewohner verhalten wird. Die Zukunft erscheint den Menschen vorerst vor allem unsicher.

Unter den vorgenannten Bedingungen ist es mit Sicherheit weit schwieriger als in Westeuropa bzw. in Schleswig-Holstein, den für soziale Bewegungen typischen und notwendigen Elan zu entwickeln, die moralische und finanzielle Unterstützung derjenigen zu organisieren, die sich selbst nicht engagieren wollen, das Misstrauen untereinander zu überwinden, Kritik an Regierungshandeln unmissverständlich zu artikulieren, für unkonventionelle Werte einzustehen oder die Militär- und Rüstungspolitik des eigenen Staates zu kritisieren, wenn dieser sich im Krieg befindet.

Der Unterschied liegt also in erster Linie im anderen gesellschaftlichen, politischen und sozialpsychologischen Kontext, innerhalb dessen die NGOs agieren und den sie verändern wollen, sowie in der durch diesen Kontext geprägten inhaltlichen Ausfüllung von thematischen Schwerpunkten. Am deutlichsten werden diese Unterschiede am Verhältnis der NGOs zu den "Machtstrukturen" und an den Kernproblemen in einzelnen Themenbereichen.

2.2.1 *Das Verhältnis zu den "Machtstrukturen"*

Der innenpolitische Kontext macht es den NGOs schwer, ihre zivilgesellschaftliche Vermittlungsfunktion auszufüllen. Er weist ihnen eher die Rolle von "Erfüllungsgehilfen" der Politik zu oder drängt sie "ins Abseits". Die Tendenz von Akteuren des politischen Systems, NGOs für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren und politisch unbequeme NGOs zu ignorieren, sind zwar auch in Westeuropa zu beobachten, aber aufgrund der Breite der Zivilgesellschaft und ihrer Verankerung in der politischen Kultur ist diese Tendenz für die Entwicklung der NGO-Bewegung insgesamt weniger prägend. Vor einem solchen Hintergrund haben die internen Kontroversen um das Verständnis von angemessenem zivilgesellschaftlichen Handeln bzw. darum, wer sich zu Recht NGO nennen darf, und welche Distanz oder Nähe zu den "Machtstrukturen" zu einzuhalten ist, wenn man den eigenen Zielen treu bleiben und sie realisieren will, eine andere, existenziellere Bedeutung als in westlichen Zivilgesellschaften.

Auch in Kaliningrad entwickeln zivilgesellschaftliche Akteure gegenüber Politik und Gesellschaft moralische Überlegenheitsansprüche. Aber die dominierenden politischen Akteure lassen sich davon wenig beeindrucken und verweigern den Diskurs, weil der zivilgesellschaftliche Sektor nicht in der Lage ist, der Politik diesen Diskurs abzuverlangen.

Weil die Kultur der Selbstreflexion wenig institutionalisiert ist, ist es auch für zivilgesellschaftliche Akteure schwer, Relativierungen der eigenen Positionen vorzu-

nehmen und Übergänge zu erkennen. Häufig bleibt ihnen nichts anderes als ihre Überlegenheitsansprüche in dichotomischen Kategorien von "gut" und "böse" auszudrücken. So ist insbesondere der "russische" Begriff "Machtstrukturen" nicht mehr angemessen in deutscher Sprache wiederzugeben. Gemeint sind nicht nur die föderalen Institutionen, sondern - vor Ort in Kaliningrad praktisch relevanter - auch "der Gouverneur" (Gebietsverwaltung) und "der Bürgermeister" (Stadtverwaltung), oft aber auch die Gebietsduma (Parlament). Der Gouverneur des Gebietes und der Bürgermeister der Stadt Kaliningrad befehlen sich heftig; sie sind die beiden Haupttrivalen eines hochgradig personalisierten Machtpokers. Eine klare politisch-weltanschauliche Trennlinie ist dabei kaum ausmachbar; es geht vor allem um Macht pur.⁸ Als Dritter im Bunde, jedoch in schwächerer Position und mit geringeren Ambitionen kommt der Präsident der Gebietsduma hinzu, der nicht zuletzt darum kämpft, dass das Parlament und seine Gesetzgebungsakte mehr Bedeutung erlangen.⁹ Die zwei bzw. drei konkurrierenden regionalen Machtzentren bilden in den Augen vieler NGOs ein System, das für sie "das Unmoralische" bedeutet.

Solch moralischer Rigorismus ist auch in westlichen Zivilgesellschaften verbreitet und sollte als Stachel in der Debatte auch nicht weggedrückt werden. Aber der Unterschied besteht darin, dass der Rigorismus in Kaliningrad von der politischen Sphäre isoliert ist und sich nicht in einem moderierenden Netzwerk artikulieren kann, wie es zum Beispiel in Deutschland die Parteien und die Einrichtungen der politischen Bildung, die diversen Akademien, viele Kirchengemeinden oder Foren der sozialen Bewegungen bilden, an denen immer auch Akteure aus dem Establishment beteiligt sind. Mit anderen Worten, der politische Kontext begrenzt die Fähigkeit der zivilgesellschaftlichen NGOs, eine Vermittlungsfunktion zwischen Politik und Gesellschaft wirklich auszufüllen.

Das Fehlen von Parteien im westeuropäischen Sinn, die Dominanz des Mehrheitswahlrechts und die starke Personalisierung von Politik lassen zivilgesellschaftliche Organisationen besonders stark zum Objekt der Begierde von Politik werden. NGOs erscheinen dann nicht nur als Erfüllungsgehilfen staatlicher Politik, sondern werden auch zur sozialen Basis, Wahlkampforganisation und Finanzierungsquelle von PolitikerInnen und bilden quasi ein Parteiensurrogat. Ein

8) Eine ähnliche Rivalität zwischen Gouverneur und Bürgermeister der größten Stadt findet sich auch in vielen anderen Gebieten Russlands, ist also als solche kein nur für Kaliningrad typisches Element des politischen Geschehens.

9) Von der Gebietsduma verabschiedete Gesetze erlangen erst nach Unterzeichnung durch den Gouverneur Gesetzeskraft; dieser verweigert jedoch die Unterschrift unter ihm nicht genehme Gesetze. Andere erlangen zwar Geltung, werden aber dennoch nicht implementiert, insbesondere wenn das mit Kosten verbunden ist. Auch hat die Gebietsduma keine Kontrolle darüber, ob und wie die Verwaltung den von der Duma beschlossenen Haushalt umsetzt. Das geht bis zu dem Punkt, dass der Gouverneur der Duma als Repressalie ggf. die Gelder sperrt, so dass die Beschäftigten keine Gehälter ausgezahlt bekommen und die Abgeordneten keine Diäten erhalten.

Bedarf für ihre originäre Funktion, zwischen Gesellschaft und politischem System zu vermitteln, wird nicht artikuliert und daher kann sich diese zivilgesellschaftliche Funktion auch nur schwer entwickeln. Viele VertreterInnen der Stadt- und Gebietsadministration sowie des Parlaments nehmen zivilgesellschaftliche Organisationen (bzw. NGOs insgesamt) mehr als Instrumente ihrer Politik denn als distanzierte oder gar kritische Dialogpartner wahr. Viele Initiativen wollen deshalb auf keinen Fall etwas mit "den Machtstrukturen" zu tun haben, suchen also auch nicht den gesellschaftlich-politischen Dialog, sondern ziehen sich auf an Individuen gerichtete Jugendarbeit, Erziehungsfragen und Rechtsberatung zurück.

Wenig bewusst ist auf beiden Seiten – "den Machtstrukturen" und den NGOs – das Verständnis davon, dass die Akteure der Zivilgesellschaft, um ihre zivilgesellschaftlichen Funktionen erfüllen zu können, sich zunächst vom politischen System distanzieren müssen, um aus einer solchen Oppositionsrolle heraus Kooperation im Gesamtinteresse möglich zu machen (analog dem Prinzip der Gewaltenteilung, des Verhältnisses von Regierungsmehrheit und Oppositionsminorität). Wo zivilgesellschaftliche Initiativen sich diesen kritischen Impetus dennoch bewahren und sich nicht zugleich auf die Arbeit mit Individuen zurückziehen, sind sie unterschiedlichen Formen der Behinderung ausgesetzt. Berichtet wird von der Verweigerung des Zugangs zu Räumen, Gründung von Gegenorganisationen unter gleichem oder ähnlichem Namen bis hin zu Drohanrufen und körperlichen Übergriffen. Fehlende Rechtssicherheit, Korruption, schwache Finanzbasis und andere Faktoren mehr führen zu großem Misstrauen. Die Organisationen sind meist sehr klein mit entsprechend geringem Aktivitätsniveau und geringer Kontinuität. Die Neugründung der nächsten Organisation ersetzt gelegentlich die Bearbeitung innerer Kontroversen, die Auseinandersetzung mit Unzulänglichkeiten der eigenen Position sowie die Bündelung der Kräfte durch Kooperation.

Als Ergebnis lässt sich festhalten: Die kaliningrader Zivilgesellschaft ist kein (westlicher) "Fremdkörper", sondern hat sich von innen heraus gebildet. Sie wird sich auch zukünftig in erster Linie aufgrund der innerrussischen Entwicklungen und in Auseinandersetzung mit ihnen weiter entfalten. Die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Potenziale kann daher nicht von außen – sei es vermittelt über Internationale Organisationen, sei es im Rahmen einer Zusammenarbeit von Regierungen, Parlamenten oder zivilgesellschaftlichen Organisationen – erfolgen. Sie kann aber von außen gestützt werden. Unter den skizzierten Kontextbedingungen kann sich die Förderung von Zivilgesellschaft nicht darauf beschränken, die Arbeit einzelner NGOs zu unterstützen. Notwendig ist auch die Verbesserung der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement sowie der Verständigung in der Politik über die Bedeutung, Arbeitsformen und Wirkungsweisen von Zivilgesellschaft.

2.2.2 Spezifika einzelner Themenbereiche

Die Problemlagen zivilgesellschaftlicher Akteure sind schließlich auch vom Gegenstandsbereich abhängig, in dem sie Veränderungen anstreben. Wie in anderen Gesellschaften gibt es auch in Kaliningrad Themenbereiche, die allgemein Unterstützung finden und bei denen es akzeptiert, wenn nicht gar erwünscht ist, dass NGOs sich mit ihnen befassen. Dazu gehört grundsätzlich das Engagement in den Bereichen Jugendpolitik, Sozialarbeit, Aids- und Drogenschutz sowie Ökologie.

Kaliningrader *Jugendorganisationen* beschäftigen sich – wie ihre potentiellen Partnerorganisationen in Schleswig-Holstein auch – mit sozialen Fragen, Sport und Jugendkultur, aber auch mit ökologischen Themen, Fragen der politischen Bildung (Wahlbeteiligung), der politischen Kultur sowie mit dem Militärdienst und Alternativen zu ihm. Hinsichtlich der internationalen Zusammenarbeit der von uns interviewten Jugendorganisationen lässt sich eine Orientierung auf litauische, schwedische und dänische Partnerorganisationen erkennen. Teilweise fühlt man sich ihnen näher als den Jugendverbänden im übrigen Russland.

Die von uns besuchten *ökologisch* orientierten NGOs widmen sich einem breiten Themenfeld. Es umfasst Fragen wie Umweltschutzgesetzgebung, Wasserqualität des Pregels, Abfallrecycling, Umwelterziehung, Ausweisung von Feuchtgebieten, Protest gegen die Ölgewinnung und Ölverarbeitung in der Oblast, Pflege der Kurischen Nehrung, Artenschutz (zum Beispiel Wölfe, Vögel, Tiere in der Stadt) und hat dank der Agenda 21 auch einen internationalen Bezugspunkt.

Dagegen ist das NGO-Engagement in dem Segment von *Sozialarbeit*, das wir kennen gelernt haben, thematisch deutlich vom Interesse internationaler Geldgeber am Kampf gegen Drogen und an der AIDS-Prävention geprägt.

In den drei genannten Bereichen ist das Spektrum der NGO-Arbeit vergleichsweise breit und kennt alle Schattierungen der Kooperation mit den verschiedenen Segmenten der "Machtstrukturen", aber auch Initiativen, die sich gegenüber dem Versuch, ihr Engagement für machtpolitische Zwecke zu nutzen, verweigern. In anderen Themenfeldern ist die zivilgesellschaftliche Arbeit sowohl hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Abstützung in Russland, wie auch des Grades internationaler und transnationaler Aufmerksamkeit und Einbindung mit schwierigeren Rahmenbedingungen konfrontiert. Das gilt für die Themenbereiche Recht, Demokratie und Partizipation, Frauen und Migration, von denen eher geargwohnt wird, die politische und gesellschaftliche "Ordnung" stehe auf dem Spiel, wenn sie zum Gegenstand zivilgesellschaftlicher Auseinandersetzung werden.

Themenbereich Recht:

Eine Reihe von NGOs konzentriert sich auf die Entwicklung und Verbesserung rechtsstaatlicher Strukturen und bildet eine Art Rechtsschutzbewegung. Diese

Organisationen bemühen sich darum, Rechtsverletzungen aufzudecken, über internationale Standards aufzuklären, JuristInnen zu qualifizieren sowie Bürger- und Menschenrechte zu verteidigen - sei es durch Aktionen zum Schutz von Wehrpflichtigen, sei es durch Rechtsberatung, Bemühungen um die Erweiterung der außergerichtlichen Rechtspflege oder die Bildung von neuen Institutionen. So tritt die Rechtsschutzbewegung nahezu einmütig für die Schaffung einer Ombudsinstitution für Bürger- und Menschenrechte ein und verlangt, nachdem die Duma die gesetzliche Grundlage geschaffen hat, vom Gouverneur, dieses Gesetz zu unterzeichnen, damit es in Kraft treten kann. Mehrere Initiativen gewähren ehrenamtlich kostenlose Rechtsberatung und engagieren sich gleichzeitig für die Institutionalisierung eines Beratungssystems, das auch mittellosen BürgerInnen zu ihrem Recht verhilft.



Demonstration der Rechtsschutzbewegung vor der Gebietsduma:

Der Abgeordnete *Wladimir A. Bagalin* (mitte) informiert sich bei *Grigorij Getmanenko* (links, → Kap. 3.2, Nr. 01) und *Vyacheslav A. Stepanov* (rechts, → Kap. 3.2, Nr. 02). Die von ihnen gehaltenen Plakate besagen: "Ein Ombudsmann sorgt für die Beachtung und den Vollzug der Menschenrechte in der Oblast Kaliningrad" und "Abgeordnete, definieren Sie die Rechtsordnung. Für einen Ombudsmann für Menschenrechte in der Kalinger Oblast!"

Angesichts der inneren Rechtsunsicherheit und der mangelnden Kohärenz von russischen Gesetzen und russischen Rechtspflegepraktiken berufen sich zivilgesellschaftliche Organisationen in einem Maß auf internationale Normen, insbe-

sondere solche des Europarates, wie dies in Deutschland unbekannt ist.¹⁰ Die Berufung auf "internationale Normen" wird allerdings eher als argumentative Chiffre verwendet; die konkreten Normen und ihr Wortlaut sind vielfach gar nicht bekannt, zumal nur wenige Dokumente in russischer Übersetzung existieren und der Zugang schwierig ist.

Die von uns interviewten NGOs im rechtspolitischen Bereich wünschen sich mehr internationale Aufmerksamkeit für Fragen der Rechtsentwicklung in Russland und erwarten, dass sie auch zum Gegenstand der Gespräche zwischen den Regierungen oder zwischen den Parlamenten gemacht werden. Die NGOs artikulieren ferner einen Bedarf nach Weiterbildung und Erfahrungstransfer in den Bereichen Bürger- und Menschenrechte, Wirtschaftsrecht, Öffentliches Recht, Kontrolle der öffentlichen Verwaltung, sowie nach finanzieller und technischer Unterstützung für den Druck von Zeitschriften, die Ausrüstung mit Computern, den Aufbau einer EDV gestützten juristischen Datenbank, Zugang zu internationalen Dokumenten insbesondere des Europarates in russischer Übersetzung. Die Einrichtung eines NGO-Rechtszentrums mit einer umfangreichen Bibliothek ist für sie "ein Traum".

Themenbereich Demokratisierung und Partizipation:

Einigen unserer Gesprächspartner war die Enttäuschung über die Stagnation der Demokratieentwicklung in Kaliningrad deutlich anzumerken. Wir erhielten zahlreiche Hinweise auf Vorgänge der Entdemokratisierung des politischen Lebens. Wir hörten von Versuchen der Administration, Konsensbildungsprozesse unter den Abgeordneten zu stören, die parlamentarische Arbeit zu behindern, die Anhörungen von Experten zu sozialpolitischen Fragen zu unterbinden und Parlamentarier finanziell unter Druck zu setzen. Uns wurde davon berichtet, dass NGOs mit dem Entzug internationaler Gelder gedroht wurde, dass ihre Büros geschlossen wurden und versucht wurde, Mitglieder zu bestechen oder die Organisation zu spalten. Wir hörten vom Mittel, unliebsamen NGOs die Arbeit durch die Gründung konkurrierender NGOs unter gleichem oder ähnlichem Namen die Arbeit zu erschweren. Uns wurde berichtet, dass kritische Journalisten bedroht oder gar physisch angegriffen wurden. Auch wurden wir darauf aufmerksam gemacht, wie sehr die relative Armut die Voraussetzungen für zivilgesellschaftliches Engagement beschränkt. Der "Kampf ums Überleben" lässt vielen Menschen keine Zeit für das öffentliche Leben.

10) Als die Parlamentarische Versammlung des Europarates Ende März 2000 darüber debattierte, Russland wegen des Krieges in Tschetschenien auszuschließen, hatte dies in der Zivilgesellschaft die Wirkung, dass sich Kritiker des Krieges zum Schulterschluss mit Russland genötigt sahen, denn die Ausschlussdrohung, die Russland zur Einhaltung von Menschenrechtsstandards drängen sollte, unterminierte den argumentativen Rückhalt, den die zivilgesellschaftlichen Akteure in den Europaratsnormen als Ersatz für fehlendes innerstaatliches Recht finden.

Diese schwierigen strukturellen Ausgangsbedingungen beeinträchtigen die Arbeit der NGOs erheblich. Die Mitgliedschaft ist wenig stabil. Erfolgserlebnisse sind selten, und wenn sie sich doch einmal einstellen (wie mit der Einrichtung eines Jugendparlaments), beanspruchen gleich mehrere NGOs die alleinige Urheber-schaft. Große Pläne scheitern an geringen Möglichkeiten, sie zu realisieren. Selbstkritisch zitiert man das Bonmot: "In Russland ist der Weg zwischen Kopf und Hand sehr lang!" Auch hatten wir schon mal den Eindruck, dass gelegentlich die Gründung einer nächsten NGO die zähe Arbeit an der Umsetzung der von der vorigen NGO formulierten Ziele ersetzt.

Dennoch gelingt es dieser Demokratiebewegung zu existieren, teilweise zu kooperieren und einander bei der Bewältigung formaler Anforderungen, z.B. der bürokratischen Prozeduren der Registrierung, zu unterstützen. Angesichts der bisherigen Erfahrungen hat sich die Überzeugung herausgebildet, dass es nicht nur darum gehen kann, sich mit den Institutionen "der Macht" kritisch auseinander zu setzen, sondern dass es auch - und in erster Linie - darum gehen muss, die BürgerInnen für die Demokratie zu gewinnen. Einige NGOs bemühen sich daher darum, Diskussionen darüber zu initiieren, was "Demokratie" in Russland heißen könnte, und BürgerInnen zu aktivieren, ihre Verantwortungsbereitschaft zu stärken, demokratisches Verhaltensweisen zu praktizieren und sichtbar zu machen, obwohl sie wissen, dass sich eine solche Arbeit nicht sogleich auf die "Machtstrukturen" auswirkt.

Strittig ist innerhalb und zwischen einzelnen Gruppen (auch über die im Themenbereich Demokratisierung und Partizipation tätigen hinaus), ob und wie weit es sinnvoll ist, sich in den Organen der lokalen Selbstverwaltung (TOS) zu engagieren, die erklärtermaßen nicht zum System der Staatsgewalt gehören und im Rahmen ihrer Vollmachten selbständig sind. Allerdings sind ihre Handlungsmöglichkeiten aufgrund fehlender finanzieller Mittel oder unklarer rechtlicher Rahmenbedingungen eingeschränkt, was teilweise dazu führt, dass in einigen Territorien der Selbstverwaltung die Versorgungsinfrastruktur regelmäßig zusammenbricht.

Charakteristisch für die von uns besuchten NGOs der Demokratiebewegung ist, dass sie sich über "die europäische Entwicklung" definieren, von der sie jedoch nur vage Kenntnisse haben. So beobachteten wir eine ambivalente Haltung: Einerseits wünscht man mehr Diskussionen über "die europäische Integration", andererseits fürchtet man sich auch davor, diese Diskussionen aufzunehmen. Das Bemühen, solche Schritte dennoch zu wagen, stößt auf enge Grenzen. Die russischen Massenmedien berichten wenig über Westeuropa. Ausländische Zeitungen sind in Kaliningrad nur schwer erhältlich. So artikulieren NGO-Vertreter



den Wunsch nach Hilfe von außen bei der Demokratisierung durch direkte Kontakte, Erfahrungsaustausch, Studien zur Entwicklung von zivilgesellschaftlichem Engagement und die Finanzierung von Schriften und Unterrichtsmaterialien für eine europa- und demokratieoffene politische Bildung - und zwar in russischer Sprache.

Aktion der Menschenrechtsbewegung vor dem Lenindenkmal. Auf dem Plakat steht:
Alle Institutionen der Macht der Kaliningrader Oblast sind verpflichtet, für die Beachtung der Europäischen Konventionen zu sorgen. Verteidigen Sie das Recht und die Freiheit der Menschen.

Themenbereich Frauen:

Kaliningrad verzeichnet ein breites Spektrum von Frauenorganisationen; es gibt auch eine Art Dachverband, die "Frauen Union" (→ Kap. 3.3). Die Aktivitäten der von uns befragten Gruppen liegen in den Bereichen politische Partizipation und Bildung, Rechtsberatung, Hilfe für Frauen in Not sowie Unterstützung von Frauen im Geschäftsleben angesichts der wenig frauenfreundlichen Bedingungen. Das Verständnis für die Bedeutung von Geschlechtergleichstellung ist in Politik, Gesellschaft und Medien kaum entwickelt. An der Universität ist Frauenforschung kein Thema, obwohl einzelnen dort tätigen Frauen durchaus bewusst ist, dass Genderprobleme existieren. Aber sie sind tabu. Um so bemerkenswerter sind die

Versuche, unter Einbeziehung von Studentinnen der Psychologie ein Krisenzentrum für Frauen einzurichten.

Wer geschlechterbezogene Fragen in der Gegenwart von Männern anspricht, muss mit peinlichen Situationen rechnen oder doch zumindest damit, dass die Gesprächspartner mit einem freundlichen Lächeln reagieren, aber das Problem so verstehen, als ginge es sie nichts an. Entsprechend ist unter den engagierten Frauen sowohl das Interesse an westeuropäischen Erfahrungen in der Gleichstellungspolitik vorhanden, gleichzeitig sind sie jedoch im Hinblick auf die Möglichkeiten eines Transfers in das russische Leben skeptisch. Der deutlich artikulierte Wunsch nach finanzieller Unterstützung für *eigenständige* Aktivitäten sowie nach einer Intensivierung von beruflichen Kontakten ins Ausland, die Männer viel eher "besitzen" und nutzen können, um sich Anerkennung zu verschaffen, ist auch vor diesem Hintergrund zu lesen.

Themenbereich Migration und Minderheiten:

Die Aufgabe Minderheiten zu integrieren stellt sich in Kaliningrad wie in jedem anderen europäischen Land und zugleich anders als in den Nachbarstaaten.

Die *jüdische Gemeinde* umfasst etwa 2000 Mitglieder. Die Zahl der *Roma* ist unbekannt, aber man weiß, dass sie in Kaliningrad eine sozial nicht integrierte Problemgruppe mit vielen Analphabeten bilden. Auch in Drogenkonsum und Drogenhandel sind sie verwickelt, ohne dass ihre besondere Ausgangslage bislang von den internationalen Programmen zur Drogen- und AIDS-Prävention berücksichtigt wird.

In ganz besonderem Maße aber wird die Kaliningrader Situation durch die Migration geprägt. Eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Gruppen konzentriert sich auf die Probleme der Integration von *Migranten*, die aus dem gesamten Gebiet der ehemaligen Sowjetunion einschließlich der baltischen Staaten als Umsiedler, Flüchtlinge oder als "вынужденные переселенцы" (Forced Migrants) kommen¹¹, weil sie an ihren Herkunftsorten diskriminiert oder gar vertrieben wurden oder vor gewaltsamen Kämpfen geflohen sind. Für Kaliningrad, wie für viele andere Regionen Russlands, ergab sich somit aus der Neuordnung der Grenzen in den letzten zehn Jahren ein erheblicher Anstieg der Bevölkerung.

11) Der Begriff "Flüchtling" ist durch die internationale Flüchtlingskonvention völkerrechtlich definiert. Eine eindeutige Definition des nur im Kontext der Migration auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gebräuchlichen russischen Begriffs „вынужденные переселенцы“ – international als „Forced Migrants“ bezeichnet (ein deutscher Begriff hierfür gibt es nicht) – ist zur Zeit aufgrund mehrfach geänderter, aber weiterhin unklarer Gesetze und Rechtsvorschriften und deren mangelhafter Umsetzung in Russland nicht möglich, was Teil des Problems ist. Während Flüchtlinge als Ausländer gelten, ist der Status von „Forced Migrants“ offen. Sie besitzen zwar keinen russischen Pass, haben aber nach russischer Auffassung einen Anspruch auf Staatsbürgerschaft, weil sie BürgerInnen der Sowjetunion waren.

Nach statistischen Erhebungen kommen etwa 37.000 Zuwanderer aus Kasachstan, etwa 23.000 aus den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, etwa 9.000 aus Usbekistan, 6.000 aus Aserbaidschan, 2.000 aus Armenien und 1.500 aus Georgien.

Die Schätzungen über die Gesamtzahl der betroffenen Menschen in Kaliningrad liegen zwischen 70.000 und 100.000 (etwa 11% der Bevölkerung). Die unterschiedlichen Angaben erklären sich zum einen aus der unklaren und mehrfach geänderten Gesetzgebung, die den örtlichen Ämtern bei der Registrierung viel Spielraum für eine willkürliche Behandlung der Immigranten lässt, zum anderen aus der mangelnden Umsetzung von Gesetzen. Denn offizielle Statistiken weisen nur diejenigen aus, die ein Registrierungsverfahren erfolgreich durchlaufen haben. Die Problemgruppe bilden jedoch vor allem diejenigen, die sich versteckt halten, keine Unterkunft finden oder in Kellern wohnen, sich nicht registrieren lassen können, weil sie keine Anschrift haben und weil sie nicht registriert sind, auch keine Wohnung und keine Arbeit bekommen, medizinisch nicht versorgt sind und keine staatsbürgerlichen Rechte genießen.

Bei den von uns besuchten NGOs stellte sich heraus, dass sie ihrer Arbeit auf ein internationales Aktionsprogramm beziehen, das von der *CIS Migration Conference* 1996 unter Federführung des UNHCR, der OSZE und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) verabschiedet worden ist und in Zusammenhang mit einschlägigen NGOs durchgeführt wird. Das Aktionsprogramm geht von der Prämisse aus, dass die Aufnahmestaaten Integrationsprogramme auflegen und die internationale Gemeinschaft finanziell hilft, diese Programme im Verbund mit den lokalen Regierungen und NGOs zu realisieren. Viele NGOs haben sich zu diesem Zweck gegründet, unterhalten Netzwerke, stehen sozusagen zur Umsetzung der internationalen Anforderungen bereit, aber hängen quasi in der Luft, weil sowohl die von den Konferenzteilnehmern 1996 vereinbarte nationale als auch die ebenfalls beschlossene internationale Unterstützung fehlt und das Ausbleiben der einen das Ausbleiben der anderen nach sich zieht. Der Mangel an Rechtsstaatlichkeit in Russland und anderen GUS-Ländern bewirkt, dass selbst dann, wenn Gesetze zum Schutz und zur Integration dieser Menschen existieren, dieses nicht weiterhilft, weil sie – häufig unter Berufung auf den Mangel an finanziellen Möglichkeiten – nicht angewandt werden. Auf internationaler Ebene wurde zwar mit der *CIS Migration Conference* die Erwartung geweckt, es käme von außen finanzielle und moralische Unterstützung – aber tatsächlich blieb sie weit hinter den Erwartungen und Anforderungen zurück oder gar ganz aus. Beide Entwicklungen haben unter den NGOs Enttäuschung ausgelöst.

Für die mit Migration befassten NGOs in der kaliningrader Exklave kommt hinzu, dass sie aufgrund der Entfernung zum Zentrum Moskau, über das internationale Kontakte sich in der Regel anbahnen, wenig internationale Aufmerksamkeit für die Situation der Migranten in Kaliningrad finden konnten. Diese NGOs artikulie-

ren daher in erster Linie den Wunsch, dass die mit der CIS Migration Conference geweckte Erwartung einer rechtlichen Integration der Zuwanderer durch den russischen Staat vorankommt und dass die internationale Unterstützung, insbesondere die technische und inhaltliche Hilfe für die Ansiedlung der Migranten, endlich einsetzt, damit die NGOs ihre Arbeit fortsetzen und ausbauen können. Zu diesem Zweck hofft man ferner auf Forschungskontakte mit westeuropäischen Kollegen sowie auf Weiterqualifikation und Erfahrungsaustausch im Hinblick auf westeuropäische Erfahrungen bei der Regulierung von Migrationsproblemen und im Umgang mit Fremdenfeindlichkeit.

Die Migrationsproblematik stellt sich in Kaliningrad insofern anders als im übrigen Russland dar, als die gesamte Bevölkerung erst nach 1945 – häufig unfreiwillig – angesiedelt wurde. In der Regel hatten diese Menschen, die aus ganz unterschiedlichen Gebieten der Sowjetunion kamen, nicht erwartet, langfristig in der Oblast zu bleiben. Während der sowjetischen Zeit vollzog sich ein ständiger Austausch der Bevölkerung und auch in den letzten zehn Jahren hielten die hohen Zu- und Abwanderungsraten an. Teilweise verstanden sich die Zuwanderer als "Europäer", teilweise als "Russen". Einige Gesprächspartner sprachen von den Schwierigkeiten der Bevölkerung, eine kaliningrader Identität auszubilden, die durch die Verunsicherung über die Osterweiterung der EU zusätzlich verstärkt werde.

Die Zusammensetzung nahezu der gesamten Bevölkerung aus Zuwanderern oder Nachkommen der ersten Generation hat zur Folge, dass nur schwache Bindungen an das Territorium bestehen, dessen ursprüngliche Kultur aufgrund der Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg nicht mehr sichtbar ist.¹² Diese Geschichtslosigkeit wird teilweise als Bindungslosigkeit empfunden, teilweise verachtet und insgesamt sehr unterschiedlich verarbeitet. Es gibt das Bedürfnis, Vergangenes wiedererstehen zu lassen. In Deutschland denkt man zunächst daran, Gebäude aus deutscher Zeit wieder herzustellen, wie es mit dem Dom und einigen Kirchen geschieht. Aber in Kaliningrad sind wir auch auf andere Ideen gestoßen. Dazu gehört die Vision, das alte Königsberg, insbesondere den Stadtteil Kneiphof, virtuell im Computer nach alten Plänen wieder sichtbar zu machen. Eine andere Form bildet das Interesse für Ausgrabungen, wie sie das Zentrum "Jugend für die Freiheit des Wortes" (→ Kap. 3.6, Nr. 23) anbietet. Die Geschichtslosigkeit wird teilweise auch als Zukunftslosigkeit empfunden. Wir haben in Kaliningrad Menschen getroffen, die ihre Zukunftsangst deutlich artikuliert haben. Einige fürchten, es könne jenen, denen nicht rechtzeitig die "Flucht nach vorn" in den Westen gelingt, im Zuge der Osterweiterung des Westens bald so ergehen, wie heute der

12) Auch nach Kriegsende, also unter sowjetischer Herrschaft, sind noch Gebäude zerstört oder dem Verfall anheim gegeben worden. Gerade in Deutschland wird aber oft übersehen, dass die weitgehende Ausradierung gerade der Stadt Kaliningrad (bzw. des alten Königsbergs) in erster Linie das Ergebnis der britischen Bombardierungen und in zweiter Linie der sinnlosen "Schlacht um Königsberg" ist.

russischsprachigen Bevölkerung in Estland und Lettland, dass sie als Zuwanderer diskriminiert werden, oder sogar wie nach 1945 den Deutschen, dass sie vertrieben werden.

Resümee:

Zusammenfassend lässt sich aus der Darstellung der Spezifika der Themenbereiche als Ergebnis festhalten: Die Möglichkeiten und vor allem die Schwierigkeiten transnationaler zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit mit kaliningrader NGOs sind auch themenabhängig. Es gibt Fragen, in denen Kooperation vergleichsweise spontan und direkt möglich ist und gestützt auf bisherige Erfahrungen (zum Beispiel bei Schulpartnerschaften und Jugendbegegnungen) vergleichsweise leicht ausgebaut werden kann. Das gilt für viele Aktivitäten in den Bereichen Jugendpolitik, Sozialarbeit und Umweltschutz. In anderen Themenbereichen ist es dagegen notwendig, sich in besonderem Maße mit einzelnen Sachfragen in Kaliningrad vertraut zu machen, artikulierte Sorgen und Wünsche zu reflektieren, Handlungsperspektiven gemeinsam zu entwerfen, damit sie transparent sind und nicht missverstanden werden können. Das betrifft fast alle Fragen der Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit, der Demokratisierungshilfe, zu denen auch der Themenbereich Frauenpolitik gerechnet werden kann, und Fragen der Migrations- und Minderheitenpolitik.

2.3 *Chancen und Probleme internationalen Engagements*

Das internationale Engagement in Fragen der Entwicklung in Russland konzentriert sich auf Moskau, Sankt Petersburg und die kaukasischen Regionen. Kaliningrad findet hingegen vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Dennoch haben einige kaliningrader Organisationen der Zivilgesellschaft Kontakte zu einer Reihe von transnational agierenden zivilgesellschaftlichen Organisationen (wie Human Rights Watch oder die Internationale Transportarbeiter-Föderation), zu diversen ausländischen Stiftungen und Geldgebern (wie das amerikanische National Democratic Institute for Foreign Affairs oder die deutschen Parteienstiftungen) sowie zu Förderprogrammen internationaler Organisationen (wie das UN Informationszentrum in Moskau oder das TACIS-Programm der Europäischen Union). Diese Verbindungen tragen zur Entwicklung der NGO-Arbeit in Kaliningrad bei, können gleichwohl auch Entwicklungen auslösen, die eine substantielle Entfaltung der zivilgesellschaftlichen Funktionen von NGOs eher behindern.

So besteht ein *Mangel an Transparenz* hinsichtlich der Frage, welche Initiative, auf welche Weise und nach welchen Kriterien und mit welchem Zweck finanziell von wem gefördert wird. Diese Undurchsichtigkeit beschädigt nicht nur das Ansehen der Stiftungen und Förderprogramme, sondern auch der geförderten NGOs und ihrer Projekte sowie insgesamt die politische und gesellschaftliche Unterstützung für weltoffenes zivilgesellschaftliches Engagement. Verschiedent-

lich haben wir Urteile folgender Art gehört: Internationale Stiftungen, gehorchten ausländischen Interessen oder seien korruptiert, NGOs seien Geldwaschanlagen oder Knechte ihrer Geldgeber. Das "westliche" Konzept einer "civil society" sei schon deshalb verdächtig, weil "der Westen" dafür so viel Geld ausgabe.

Das Ausmaß an ehrenamtlichem Engagement ist angesichts der materiellen Bedingungen, unter denen die Mehrheit lebt, überraschend. Unübersehbar – und dennoch im konkreten Fall schwer zu fassen – ist aber auch, dass die Grenze zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und nacktem *Erwerbsinteresse* unter den schwierigen ökonomischen Bedingungen in Russland, dem Mangel an sozialem Ausgleich und Gemeinsinn, leicht verschwimmt. Selbstverständlich müssen auch diejenigen, die sich ehrenamtlich oder professionell in NGOs zivilgesellschaftlich engagieren, ihr Auskommen finden und für ihre Arbeit entlohnt werden. Auch ist es angesichts der Macht des Gouverneurs, sogar die Auszahlung der Abgeordnetenbezüge unterbinden zu können, wenn ihm die Parlamentsarbeit missfällt, verständlich, wenn einzelne Abgeordnete sich um die Möglichkeiten der Fortführung ihrer Tätigkeit durch NGO-Gründungen und deren internationale Finanzierung bemühen. Aber die mangelnde Transparenz, die Maßlosigkeit und Blindheit einiger westlicher Geldgeber – gesprochen wird vor allem über die EU –, die gemessen an den örtlichen Verhältnissen¹³ erheblich überhöhte Honorare, Gehälter oder Preisgelder zahlen, hat auch Begehrlichkeiten geweckt und dürfte Schaden angerichtet haben. Insbesondere Projekte, die über "die Machtstrukturen" abgewickelt werden, stehen im Verdacht, dass ein Teil der Mittel ihrem Zweck entfremdet wird.

Größere Geldsummen gelangen häufig in die Hände relativ großer, etablierter NGOs oder werden, wenn staatliche Institutionen mit eingeschaltet werden, auf jene Organisationen gelenkt, die politisch genehm sind. *Kleinere und kritischere NGOs bleiben unberücksichtigt.* Diese allgemeine Erfahrung verschärft sich durch die internationale Orientierung auf die Hauptstadt Moskau und wenige andere Zentren Russlands; Kaliningrad ist dagegen abgelegene Provinz. Die gesamtrussische Zivilgesellschaft ist nicht so dicht, dass man von einander weiß, einander persönlich kennt oder von den jeweiligen Aktivitäten über zentrale Veranstaltungen, Rundbriefe und dergleichen informiert ist. Auch die internationalen Partner kennen in der Regel nur lokale Ausschnitte der Zivilgesellschaft. Ein Beispiel dafür ist die "Bewegung der Soldatenmütter" in Russland. Mehrere westliche Unterstützungsgruppen, die wir vor unserer Reise nach Kaliningrad um An-

13) Selbst noch in Moskau, das *für Ausländer* (bedingt durch horrenden Preise von Hotels und Restaurants mit sog. "westlichen" Standard) als eine der teuersten Städte der Welt gilt, liegen die Lebenshaltungskosten *für Russen* deutlich unter dem deutschen Niveau. Dabei sind sie in Moskau – und in geringerem Maß in St. Petersburg – noch weit höher als im übrigen Russland. In Kaliningrad belaufen sich die Lebenshaltungskosten, egal ob für Ausländer, die auch hier mehr zahlen als die Einheimischen, oder für Russen nur auf einen Bruchteil des deutschen Niveaus. Das gilt es zu berücksichtigen, wenn Zahlungen vermieden werden sollen, die völlig überzogene Maßstäbe setzen.

schriften gebeten hatten, konnten weder angeben noch in Erfahrung bringen, ob in Kaliningrad eine Gruppe der "Soldatenmütter" (→ Kap. 3.2, Nr. 03) existiert. Auch ist nachvollziehbar, wenn ausländische Stiftungen fürchten, die Beziehungen zu den staatlichen Institutionen zu stören, wenn sie ohne Rücksicht auf "die Machtstrukturen" kleine politisch weniger genehme Gruppen fördern. Hinzu kommt, dass es aus der Sicht der internationalen Stiftungen effektiver erscheint, über wenige gebündelte und größere Antragsvolumen zu entscheiden, statt über viele kleine Einzelprojekte. Kleine NGOs haben jedoch häufig für große Beträge gar keine Verwendung. Bereits mit einem Computer oder Beträgen zwischen 100 und 1.000 DM wäre ihnen für die konkrete Projektarbeit, zum Beispiel die Veröffentlichung einer Informationsbroschüre oder eines Rundbriefes, viel geholfen. Aber welche Fördereinrichtung würde sich mit einem Antrag für ein solch begrenztes Projekt überhaupt befassen? Projektmittel, die dazu beitragen die Arbeit der kleinen NGOs zu unterstützen, können offensichtlich am ehesten über persönliche oder institutionelle Partnerschaften gefunden werden.

Das Zustandekommen solcher Partnerschaften wird jedoch häufig durch die *geringe Sprachkompetenz* der Beteiligten blockiert. Russisch ist keine in westlichen Staaten sonderlich verbreitete Fremdsprache. NGOs aus den nordischen Ländern sind eher in der Lage transnationale Beziehungen in englischer Sprache zu knüpfen, als zivilgesellschaftliche Initiativen in Schleswig-Holstein. Die Erwartung, dass Menschen sich nach einigen Jahren Schulunterricht in der Lage sehen, sich in Englisch zu verständigen und zivilgesellschaftlich zu kooperieren, ist erfahrungsgemäß nicht sehr realistisch. Richtig ist, dass in Kaliningrad viele jüngere Menschen Englisch oder Deutsch lernen. Aber offensichtlich gehören die Aktivist:innen in den NGOs nicht zu dieser Gruppe. Die Fähigkeit, sich zumindest grob in Englisch ausdrücken zu können, ist nach unserer Beobachtung auch unter jungen Aktiven in den NGOs gering. So bleibt ihr Denken auf "Russland" fixiert. Diese "Enge" begrenzt ihre Chancen, die eigenen, nur vage vorhandenen Vorstellungen über den Westen und "Europa" zu prüfen und nationalistischen oder separatistischen Manipulationen gesamteuropäisch aufgeklärte Perspektiven entgegenzusetzen.

Obgleich nach unserer Erfahrung ein Ausbau transnationaler Kooperation zur Stärkung von Zivilgesellschaft in Kaliningrad von den Akteuren vor Ort mehrheitlich begrüßt wird, gibt es in Politik und Gesellschaft auch *Bedenken* hinsichtlich solcher Aktivität. Sie resultieren zum einen aus herrschaftlichen Interessen und Borniertheit. Aber es gibt zum anderen auch die Furcht davor, die zivilgesellschaftliche Entwicklung könne eine Abgrenzung von Russland bewirken und ungewollte, nicht kontrollierbare Entwicklungen auslösen. Es entspricht zivilgesellschaftlichem Engagement, solche Bedenken ernst zu nehmen, zu reflektieren und sie durch eine Praxis auszuräumen, die zivilgesellschaftliches Agieren in Kaliningrad als ein Element zur Förderung und Intensivierung einer gemeinsamen russisch-europäischen, also einer gesamteuropäischen Perspektive kenntlich macht .

3. Profile und Anschriften zivilgesellschaftlicher Organisationen

3.1 Inhaltsübersicht für Kapitel 3

Untergliedert nach Themenbereichen enthält dieses Kapitel die *Profile* jener zivilgesellschaftlichen NGOs, die von uns interviewt wurden. Zu einigen der Bereiche kommen reine *Namen- und Adresslisten* hinzu, die uns zugänglich wurden, ohne dass wir sie dahingehend überprüfen konnten, ob diese Organisationen noch alle aktiv und die Anschriften noch gültig sind. Auch muss es für einige Fälle als offen angesehen werden, wie nah diese Organisationen unserem Verständnis von Zivilgesellschaft (→ Kap. 1.2) kommen. Schließlich finden sich am Ende dieses Kapitels im Abschnitt 3.9 noch knappe Angaben zu NGOs, deren Existenz wir zwar verifizieren konnten, ohne jedoch die Gelegenheit zu einem Interview zu finden. In allen Fällen geben wir, so gut es uns möglich war, die für eine Kontaktaufnahme erforderlichen Informationen an. Die deutschen Organisationsnamen sind Übersetzungen durch uns; die englischen Namensangaben folgen in der Regel der Vorgabe der Organisation bzw. der Quelle und schließen die Angaben zur Rechtsform mit ein (→ Kap. 2.1). Das gilt auch für die kyrillischen Originalbezeichnungen der Organisationen.*

Das Kapitel gliedert sich wie folgt; die Nummerierung dient dem einfacheren Querverweis:

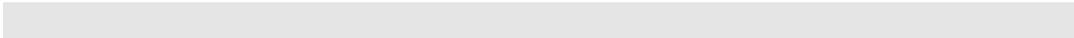
3.2 Themenbereich Recht

- Nr. 01 Schutz der Bürger- und Menschenrechte
- Nr. 02 Bürgerkontrolle – Vereinigung zum Schutz der rechtlichen und demokratischen Freiheiten
- Nr. 03 Soldatenmütter des Gebietes Kaliningrad
- Nr. 04 Baltische Liga der Juristen
- Nr. 05 Versammlung zum Schutz des internationalen Rechts
- Nr. 06 Mitgliedsorganisationen der Kaliningrader Rechtsschutzbewegung

3.3 Themenbereich Demokratisierung und Partizipation

- Nr. 07 Ihre Wahl
- Nr. 08 Gesellschaftliches Demokratiezentrum

*) Hinsichtlich der lateinischen Umschrift von russischen Straßen- und Personennamen wurde nicht einheitlich verfahren; auch hier sind wir in der Regel den Eigenangaben der Organisation bzw. der Personen gefolgt (Visitenkarten etc.) und diese orientieren sich meist an den Konventionen für die Umschrift ins Englische, nicht ins Deutsche (v statt w, ts statt z usw.). Eine Vereinheitlichung war uns schon deshalb nicht möglich, weil uns oft die kyrillische Originalschreibweise der Namen nicht bekannt wurde. Wir folgen also im Prinzip dem (überwiegend englisch beeinflussten) Gebrauch vor Ort, keiner festen Systematik, insbesondere auch nicht der aus gutem Grund in Fachtexten international üblichen, im Alltag aber wenig bekannten wissenschaftlichen (Bibliotheks-)Umschrift.

-
- Nr. 09 Unser Land
 - Nr. 10 Regionale Strategie – Fonds für politische Studien und sozioökonomische Forschung
 - Nr. 11 Jugendparlament
 - Nr. 12 Russische Dockergewerkschaft Kaliningrad
 - Nr. 13 Freie Gewerkschaften in Kaliningrad
 - 3.4 Themenbereich Frauen**
 - Nr. 14 Liga der Wählerinnen
 - Nr. 15 Vereinigung der Akademikerinnen
 - Nr. 16 Vereinigung der Unternehmerinnen Russlands
 - Nr. 17 Frauenorganisationen in Kaliningrad
 - 3.5 Themenbereich Migration und Minderheiten**
 - Nr. 18 DOM – Fonds zur Unterstützung von Flüchtlingen und 'Forced Migrants'
 - Nr. 19 CBC – Vereinigung "Baltische Gemeinschaft"
 - Nr. 20 BMF – Baltischer Migrationsfonds
 - Nr. 21 Schofar – Fonds der jüdischen Gemeinde
 - 3.6 Themenbereich Jugend**
 - Nr. 22 AMISO – Vereinigung der Jugend- und Studentenorganisationen
 - Nr. 23 Zentrum "Jugend für die Freiheit des Wortes" (einschließlich Archäologisches Museum)
 - Nr. 24 Jugend für Demokratie und Reformen
 - Nr. 25 Jugendverband Jabloko
 - 3.7 Themenbereich Sozialarbeit, AIDS- und Drogenschutz**
 - Nr. 26 Kaliningrader Zentrum für Sozialarbeit
 - Nr. 27 JuLA – Armee junger Führungspersönlichkeiten
 - Nr. 28 Selbsthilfenetzwerk "Leben mit HIV/AIDS"
 - Nr. 29 Fonds "Nein zu AIDS und Drogen"
 - Nr. 30 Kaliningrader NGOs im Bereich AIDS- und Drogenschutz / Gesundheitsaufklärung
 - 3.8 Themenbereich Umwelt- und Tierschutz**
 - Nr. 31 Ökologiebewegung
 - Nr. 32 Umweltgruppe GID
 - Nr. 33 Internationale Umweltgruppe "EcoDefense!"
 - Nr. 34 Menschliche Stimme – Gesellschaft für den Kampf gegen Tierquälerei und für den Schutz herrenloser Tiere
 - 3.9 Weitere zivilgesellschaftliche Organisationen**
- 

3.2 Themenbereich Recht

Nr. 01 Schutz der Bürger- und Menschenrechte

Калининградская региональная общественная организация защиты прав и свобод человека и гражданина
Kaliningrad Regional Public Organization of Human Rights and Freedom Protection

Anschrift:

Artillerijskaja ul. 49-21

Kaliningrad 236041

(Besuchsadresse: Sergeeva ul. 14-441

Tel.: 36 43 10 (Vorsitzender Getmanenko privat) od. 46 17 45 / Fax: 46 95 90
od. 34 11 25 / email: getmanenko@mail.ru

Gesprächspartner:

Herr *Grigorij Getmanenko*, Rechtsanwalt, Vorsitzender der Organisation und Sprecher der Kaliningrader Rechtsschutzbewegung (→ Nr. 06).

Ziele:

Die Vereinigung will der Öffentlichkeit in Kaliningrad die internationalen menschen- und bürgerrechtlichen Normen bekannt machen und zu ihrer Umsetzung in Gesetz und Rechtsprechung beitragen. Ferner unterstützt sie die BürgerInnen dabei, ihre Rechte vor Gericht einzuklagen sowie gegenüber den Behörden durchzusetzen, und setzt sich für einer erweiterte Partizipation der BürgerInnen am politischen Entscheidungsprozess ein.

Organisatorisches:

Die Vereinigung wurde am 5. März 1995 als "Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation" registriert. Sie hat derzeit 90 reguläre Mitglieder in der Oblast; etwa 60% sind berufstätige Akademiker (Lehrer, Architekten, Sozialarbeiter, Juristen usw.), die einen Monatsbeitrag von 10 Rubel zahlen. 7 Rechtsanwälte sind auf ehrenamtlicher Basis als Rechtsberater tätig, hinzukommen etwa 15 Jurastudierende, die in der Organisation quasi ein freiwilliges Praktikum absolvieren.

Die Organisation verfügt über ein kleines Büro im Haus der Gewerkschaften in der Stadt Kaliningrad; der Publikumsverkehrs findet aber nicht nur dort statt, sondern auch direkt bei den Anwälten, die sich in der Organisation engagieren, sei es in der Stadt Kaliningrad oder in Swetlyj, Swetlogorsk, Sowjetsk, Tschernjachowsk und Krasnosnamensk, wo ebenfalls Treffen und Beratungsstunden der Organisation durchgeführt werden.

Einige projektartige Aktivitäten, die die Organisation betreibt bzw. an denen sie beteiligt war, wurden durch internationale Stiftungen finanziert. Die umfangreichen rechtlichen Beratungsaktivitäten der Organisation, einschließlich der Vertretung vor Gericht, erfolge kostenlos, wobei allen, die darum bitten, geholfen würde, es also keine Bedürftigkeitsprüfung gebe. Finanziell besser gestellte Klienten würden jedoch um eine Spende gebeten. Seitens der Organisation arbeiten alle Beteiligten an den Beratungsaktivitäten, auch die Anwälte, ehrenamtlich.

Aktivitäten:

1999 haben sich rund 2.700 Ratsuchende an die Organisation gewandt (485 im ersten Quartal 2000).

Rechtsberatung und -hilfe: Die Organisation bietet kostenlose Rechtsberatung an und vertritt ggf. durch die beteiligten Rechtsanwälte Klienten auch vor Gericht. Vertreter der Organisation waren 1999 in 330 Fällen an Zivilgerichtsprozessen und in 25 Fällen an Strafgerichtsprozessen beteiligt (75 bzw. 16 Fälle im ersten Quartal 2000). Voraussetzung für die Gewährung der Hilfestellung sei einzig, dass die Ratsuchenden alle Informationen auf den Tisch legten und nicht versuchten, die Berater in die Irre zu führen. Man betrachtet jeden, der sich traue, sein Recht vor Gericht einzuklagen, als jemanden, der auf seine Weise zum allgemeinen Ziel beitrage, den Rechtsstaat zu stärken.

Freedom of Information: Die Organisation setzt sich für den freien Zugang der Bürger zu den Informationen ein, die sie betreffend bei staatlichen Stellen gespeichert sind. Entsprechend bezieht sich ein gewichtiger Teil der Beratungsaktivitäten auf die Hilfestellung im Verkehr mit Behörden, insbesondere auf die Unterstützung bei Anträgen an staatliche Stellen, anspruchsberechtigten Bürgern Informationen und Dokumente zu Verwaltungsvorgängen auszuhändigen, die sie betreffen. Solche Unterlagen werden augenscheinlich häufig als Beweismittel bei gerichtlichen Auseinandersetzungen benötigt, von den Behörden jedoch nur schleppend und widerwillig zur Verfügung gestellt. 1999 wurden rund 700 Anträge an Behörden auf Herausgabe von Informationen und Dokumenten gestellt. Alle seien positiv beschieden worden.

Beobachtung der Menschen- und Bürgerrechtsentwicklung in Kaliningrad: Über die rechtspolitische Situation im Gebiet wird jährlich ein Bericht erstellt. Die Vereinigung beteiligt sich an einem Projekt der Moskauer Helsinki-Gruppe zur Beobachtung ("monitoring") der Menschenrechtssituation in Russland, das von drei amerikanischen, einer britischen und einer polnischen Menschenrechtsorganisation finanziert wird.

Aufklärungsarbeit und Lobbyaktivitäten zur Implementierung internationaler Rechtsnormen: Die Organisation bemüht sich, Verwaltung, Parlament und Öffentlichkeit mit internationalen Menschenrechtsnormen, nicht zu letzt der Europäischen Menschenrechtskonvention, vertraut zu machen. In diesem Rahmen werden u.a. Vorträge an Oberschulen gehalten, Demonstrationen veranstaltet ("picket lines" - etwa gegen Rechtsverstöße es Gouverneurs oder um Aufmerksamkeit für Gesetzesvorhaben zu erzeugen) und in den Räumen der Duma Seminare organisiert, zu denen auch schon Vertreter des Europarats und des Europäischen Gerichtshofes geladen worden sind. Der Gesetzgebungsprozess der Duma wird unter dem Gesichtspunkt kritisch begleitet, ob die internationalen Normen Beachtung finden. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Verletzung von internationalen Standards des Arbeitsrechts durch große Unternehmen im Gebiet.

Unterstützung der Schaffung einer Ombudsinstitution: Gemeinsam mit anderen menschen- und bürgerrechtlich orientierten Organisationen hat man sich für die Schaffung einer Ombudsinstitution engagiert. Das einschlägige Gesetz wurde im Frühjahr 2000 von der Gebietsduma verabschiedet, ist jedoch noch nicht in Kraft getreten, da der Gouverneur die Unterschrift verweigert.

Wahlbeobachtung: Die Organisation beteiligt sich an dem aus amerikanischen Stiftungsmitteln geförderten Projekt der Wahlbeobachtung (→ Nr. 14, Liga der Wählerinnen).

Kooperation:

Die Organisation arbeitet in der 1998 entstandenen Kaliningrader regionalen gesellschaftlichen Organisation "Koordinator", einem Zusammenschluss von derzeit 27 gesellschaftlichen Organisationen mit, die sich den Schutz der Rechte solcher Organisationen zum Ziel gesetzt hat. Ferner ist die Organisation Mitglied und Mitbegründer der 1999 entstandenen Kaliningrader Rechtsschutzbewegung, einem Zusammenschluss von 26 menschen- und bürgerrechtlich engagierten Zusammenschluss von 26 menschen- und bür-



Oben und unten: VertreterInnen verschiedener NGOs bei einem Seminar über Menschenrechte in den Räumen der Duma. In der Mitte Herr *Grigorij Getmanenko*



gerrechtlich engagierten örtlichen oder regionalen Gruppen (→ Nr. 06). Die Vernetzung scheint in diesem Bereich intensiv und durch zahlreiche personelle Überschneidungen unterlegt zu sein. So ist der Vorsitzende von "Schutz der Menschen- und Bürgerrechte" zugleich auch Sprecher der Rechtsschutzbewegung. Ein Teil der oben angedeuteten Aktivitäten erfolgt in Kooperation mit anderen Organisationen, die ihr angehören.

Mit Ausnahme der projektbezogenen Zusammenarbeit mit der Moskauer Helsinki Gruppe wurde über keine weitere Vernetzung/Kooperation der Organisation über die Grenzen der Oblast hinaus berichtet. Das gilt auch für transnationale Kooperation, auch wenn es mal Kontakt zu einer nicht näher bezeichneten Menschenrechtsgruppe in Frankfurt/M gegeben hat. Sofern Aktivitäten verfolgt werden, die durch auswärtige Geldgeber finanziell unterstützt werden, scheint die Federführung und damit die Kommunikation mit den Sponsoren bei anderen Organisationen zu liegen.

Probleme / Wünsche:

In den ersten Jahren ist die Organisation von "den Machtstrukturen" weitgehend negativ angesehen worden und auf Anfragen erfolgten oft keine Antworten. Inzwischen hat sich die Situation verbessert. Ein notorisches Problem bleibt, dass die Gerichtsverfahren verschleppt werden und sich zu lange hinziehen. Es müsse ständig Druck ausgeübt werden, damit die Gerichte arbeiten. Vielen Fragen könne zudem zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dazu zählt etwa die Situation von Untersuchungshäftlingen, Fragen des Arbeitsrechts, der Situation von Frauen im Militär, Gewalt gegen Kinder in den Heimen und auch in den Familien usw.

Größter Wunsch ("ein Traum") wäre die Einrichtung eines Rechtszentrums ("legal house") mit umfangreicher Bibliothek, einschließlich von mehr russischen Übersetzungen internationaler Dokumente (Europarat etc.), vielleicht sogar der Aufbau einer EDV-gestützten juristischen Datenbank. Eine solche Einrichtung sollte vom CBSS-Commissioner beraten und kontrolliert werden, um Fehlentwicklungen und Missbrauch zu vermeiden. Weitere Wünsche sind:

- ein regelmäßig jährlich stattfindendes Seminar unter Beteiligung auswärtiger Fachleute über die rechtspolitische Entwicklung in Kaliningrad und zu Fragen der Implementierung wichtiger internationaler Rechtsnormen;
- Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit und Suche nach Möglichkeiten, die Rechtspflege zu erweitern, z.B. im Bereich von Schlichtung, Vermittlung, Laienrichter, Vergleich, Standesgerichtsbarkeit.
- Unterstützung bei der Ausstattung mit Computern und Kopierern;
- die Möglichkeit für junge Rechtsstudierende nach Schleswig-Holstein zu kommen und dort sowohl mehr über den Umgang mit Bürger- und Menschenrechten, als auch die Funktionsweise von Zivilgesellschaft zu lernen; überhaupt müsste die Arbeit der Organisation für junge SpezialistInnen, für die auch die Sprachbarrieren nicht so hoch sind, anziehender gemacht werden.

Nr. 02 Bürgerkontrolle**Vereinigung zum Schutz der rechtlichen und demokratischen Freiheiten**

Калининградская региональная общественная организация "Союз защиты прав и демократических свобод граждан 'Народный контроль'"

Kaliningrad Regional Public Organization

"The Union of Rights and Democratic Liberties Protection 'People's Control'"

Anschrift:

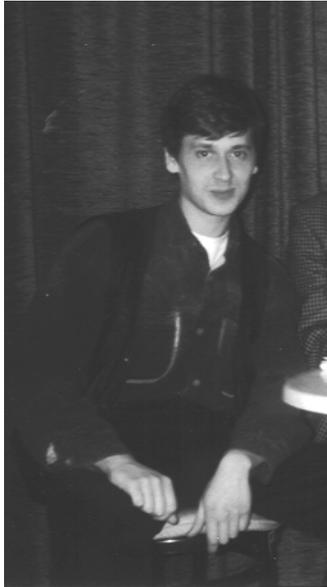
Kommunalnaya ul. 26-5

Kaliningrad 236000

Tel./Fax: 34 97 56 / email: alex.esterier@baltnet.ru

Gesprächspartner:

Herr *Vyacheslav A. Stepanov*, (rechts) Vorsitzender der Kontrollkommission der Organisation sowie zweiter Sprecher der Kaliningrader Rechtsschutzbewegung (→ Nr. 06); Herr *Alex Popov* (links), Mitglied der Organisation (Journalist der Zeitschrift "Bernstein-Karawane").

**Ziele:**

Die Organisation setzt sich für den Schutz der Bürgerrechte ein und kämpft gegen Korruption und Veruntreuung im öffentlichen Sektor. Das Wissen um die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die Möglichkeiten, gegen Verstöße Beschwerde beim Europarat (Menschenrechts-Kommission / Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) einzureichen, soll verbreitet werden. Die Ursachen für Rechtsverletzungen durch staatliche Stellen sollen überwunden werden. Besonderes Gewicht wird auf die Forderung gelegt, die Arbeit von Zoll- und Steuerinspektion transparenter und kontrollierbarer zu gestalten.

Organisatorisches:

"Bürgerkontrolle" wurde 1998 als Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation amtlich registriert. Die Organisation hat derzeit ca. 70 Mitglieder, davon sind sieben aktiv (Mitglieder sind Journalisten, zwei Rechtsanwälte und andere Vertreter "bürgerlicher Berufe"). Die Arbeit erfolgt ehrenamtlich. Ein Büro existiert nicht.

Mit einer Auflage von 500 Exemplaren ist die erste Ausgabe eines Newsletter erschienen; eine zweite Ausgabe in verbessertem Format und mit anspruchsvollerem Inhalt sei im Manuskript fertiggestellt, könne aber aus finanziellen Gründen nicht gedruckt werden. Der Newsletter richte sich an Menschen- und Bürgerrechtsaktivisten und an Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung.

Aktivitäten:

"Bürgerkontrolle" beteiligt sich an etlichen Aktivitäten anderer Organisationen im Rahmen der Kaliningrader Menschen- und Bürgerrechtsbewegung, so u.a. auch an dem Angebot kostenloser Rechtsberatung, an der Kampagne zur Einrichtung einer Ombudsinstitution, an öffentlichen Protestaktionen (→ Nr. 01 und Nr. 18).

Ein besonderer Akzent liegt auf der Propagierung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Man wolle, dass die Menschen sie kennen und sie nutzen. Mitglieder der Organisation hätten verschiedene Zeitungs- und Zeitschriftenartikel geschrieben, in denen erläutert wird, was die Konvention beinhaltet, wie sie genutzt werden kann und welche Möglichkeiten bestehen, bei Verstößen gegen sie Beschwerde einzulegen. Mit Unterstützung der Organisation ist eine solche Beschwerde in Straßburg eingereicht und zur Behandlung angenommen worden, ist aber noch nicht entschieden (→ Nr. 04).

Den Unterschied von "Bürgerkontrolle" zu den anderen rechtspolitisch engagierten Gruppen in Kaliningrad erläutern die Vertreter der Organisation dahingehend, dass die anderen sich schwerpunktmäßig für die Opfer von Rechtsverletzungen einsetzen, während die eigene Gruppe die Auseinandersetzung mit den Quellen von Unrecht in den Mittelpunkt stellt. In Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Gebiets- und der Stadt-Duma versucht man, Veruntreuung und Rechtsverletzung im öffentlichen Dienst aufzudecken. Mittels eigener Recherchen und auf der Basis von Informationen sympathisierender Insider versucht man, auf gesetzeswidrige Machenschaften korrupter Beamter aufmerksam zu machen, amtliche Untersuchungen zu erreichen und die Urheber der Bestrafung zuzuführen.

"Bürgerkontrolle" hat Informationen gesammelt, ausgewertet, in Zeitungsartikeln publiziert und den Strafverfolgungsbehörden übergeben, denen zufolge konfiszierte Schmuggelware sowie Eigentum, einschließlich Wohnungen, das zum Ausgleich für Steuerschulden eingezogen wurde, von Beamten der Steuerinspektion unterschlagen wird. Erlöse aus dem Verkauf werden nicht vollständig an die Staatskasse abgeführt oder der Zuschlag erfolgt zu Schleuderpreisen an eigene Strohmänner. Die Erfolge der investigativen und publizistischen Bemühungen von "Bürgerkontrolle" scheinen gemischt zu sein. Einige Eingaben, auch an den damaligen Präsident Jelzin, blieben offensichtlich erfolglos, da die Beweismittel nicht ausreichend waren. Zugleich rechnet es sich die Organisation aber als ihr Verdienst an, dass zwischenzeitlich der Leiter der Kaliningrader Steuerinspektion und andere Beamte verhaftet wurden.

"Bürgerkontrolle" fordert, dass die Arbeit der Zoll- und Steuerfahnder transparenter gemacht wird und eine öffentliche Kontrolle über den Verbleib beschlagnahmten Eigentums und über die dabei erzielten Einnahmen gewährleistet ist. Die Aktivitäten seien durchaus mit gewissen Risiken behaftet, da auch hochrangige Politiker an dem System der Veruntreuung teilhätten. Mitglieder der Organisation seien bedroht worden. Der Vorsitzende von "Bürgerkontrolle" wurde wegen Veröffentlichung von vertraulichen Dokumenten vor Gericht angeklagt, wurde jedoch freigesprochen. Gegenwärtig überlegt die Organisation, ob zu den Vorgängen eine Beschwerde beim Europarat eingereicht werden soll.

Kooperation:

"Bürgerkontrolle" beteiligt sich an der Zusammenarbeit im Rahmen des Kaliningrader Bündnisses von Bürger- und Menschenrechtsgruppen (→ Nr. 06). Ein Kontakt zu anderen Anti-Korruptionsinitiativen in Russland existiert nicht. Kontakte oder Kooperationen im internationalen Bereich gibt es bislang nicht. Man versuche jedoch seit Neuestem sich mit Hilfe des Internet einen Überblick zu verschaffen; die begrenzte Englisch-Kompetenz sei aber ein Hindernis.

Probleme / Wünsche:

Als Problem wird die schwache finanzielle Basis angesprochen. Weniger als 100 Dollar würden zum Beispiel "nur" benötigt, um die nächste Ausgabe der erwähnten Zeitschrift vollständig produzieren und verbreiten zu können. Aber 100 Dollar seien eben in Russland schon sehr viel Geld. Schön wäre auch, wenn man über einen Raum als Büro, Archiv und Ort für kleine Treffen verfügen würde.

Gerne hätte man mehr Kontakt zu Gruppen im übrigen Russland. Aber auch eine Zusammenarbeit mit Partnern aus Schleswig-Holstein wäre sehr wünschenswert. Abgesehen davon, dass dadurch auch die Finanzprobleme der Organisation vielleicht etwas gemildert werden könnten, werden folgende Ideen für eine solche Kooperation geäußert:

- Erfahrungsaustausch darüber, wie gesellschaftliche Initiativen die Machtstrukturen kontrollieren können.
- Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer darüber, wie in Deutschland behördeninterne Revision organisiert ist, welche gesetzlichen Grundlagen existieren, wie Korruptionsbekämpfung funktioniert.
- Es wird die Bitte geäußert, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag im Zuge seiner Kontakte mit der Duma das Thema der Veruntreuung und der "Privatisierung" öffentlichen Besitzes durch Staatsangestellte sowie die Frage der Bekämpfung dieser Form der Korruption anspricht. Generell würde man es begrüßen, wenn die internationalen Organisationen die Problematik der undurchsichtigen Praktiken der Öffentlichen Verwaltung stärker gegenüber Russland thematisieren würden.

Ausdrücklich wird betont, dass alle Menschenrechtsgruppen in Kaliningrad an einem Informations- und Erfahrungsaustausch interessiert seien. Es wird vorgeschlagen, ein Seminar zu organisieren, an dem VertreterInnen von Menschenrechtsgruppen sowie Abgeordnete aus Schleswig-Holstein und Kaliningrad teilnehmen.

<i>Nr. 03 Soldatenmütter des Gebietes Kaliningrad</i>
Калининградское региональное общественное движение »Солдатские матери Калининградской области»
Kaliningrad Regional Public Movement "Soldiers' Mothers of Kaliningrad Region"

Anschrift:

c/o Frau Maria V. Bontsler
Chernyakhovskogo ul. 78-2
Kaliningrad 236040

Tel.: 46 25 09 / keine email

Gesprächspartnerin:

Frau *Maria Vladimirovna Bontsler*, Vorsitzende der Bewegung und des Kalininger Komitees der Soldatenmütter (in Anwesenheit von *Vladimir Marejev*, → Nr. 07 und Nr. 08).

Ziele:

Die Soldatenmütter setzen sich für die Rechte der Soldaten (Wehrpflichtigen) ein und versuchen, sie vor Willkür der Einberufungsbehörden, Truppenkommandeure und Militärjustizbehörden sowie vor Gewalt in der Armee zu schützen.



Maria Bontsler und Vladimir Marejev (rechts) mit den Mitgliedern des Projektteams Leonid Karabeshkin (ganz links) und Christian Wellmann, SCHIFF

Organisatorisches:

Die Soldatenmütter existieren schon seit mehreren Jahren und sind als Kaliningrader regionale gesellschaftliche Bewegung registriert. Die Organisation hat derzeit etwa 30 *aktive* Teilnehmer in der Oblast. Der satzungsgemäße Koordinationsrat trifft sich vierteljährlich. Unregelmäßige Treffen finden je nach Bedarf statt (ca. ein Mal monatlich, 15-20 Teilnehmerinnen). Ein Problem ist die relativ hohe Fluktuation der Aktiven (in Abhängigkeit von der Problemlage der Söhne); ein weiteres, die Angst sich aus Sorge vor Sanktionen (z.B. am Arbeitsplatz) öffentlich zur Mitarbeit bei den Soldatenmüttern zu bekennen, wobei diese Angst eher unbegründet sei und wohl als Überrest aus totalitären Zeiten verstanden werden müsse.

Die Organisation verfügt über keinen *Büroraum*; als Büro dient die Privatwohnung der Vorsitzenden. An Gerät steht nur ein Telefon, ein technisch überholter Computer und ein alter Nadeldrucker zur Verfügung.

Finanzierung: "Die Menschen, für deren Rechte wir uns einsetzen, sind arm." Von den Teilnehmenden der Bewegung wird im Prinzip ein kleiner Jahresbeitrag erhoben. Aber viele können auch ihn nicht zahlen. Man versucht größere Unternehmen als Spender zu gewinnen; bis etwa 1997 war man damit auch einigermaßen erfolgreich. Mit dem Beginn eines aktiven Kampfes "der Machtstrukturen" gegen die Soldatenmütter hat die Bereitschaft nachgelassen. Soweit in konkreten Fällen Reisen in der Oblast notwendig werden (Teilnahme an Prozessen, Verhandlungen mit Truppenkommandeuren etc.) werden die Fahrtkosten den jeweiligen Eltern in Rechnung gestellt.

Tageszeitungen und Fernsehen lehnen Berichte über die Bewegung meist ab. Aber über Wochenzeitungen und Mundpropaganda kenne "fast jeder" die Telefon-Nummer der Soldatenmütter. Zudem werden Informationen mittels einer nummerierten und datierten Flugblattserie verbreitet (am 3. April 2000 lag bereits die 29. Ausgabe im laufenden Jahr vor).

Aktivitäten:

Die Soldatenmütter organisieren öffentliche Veranstaltungen, Kampagnen und Protestaktionen, zudem beraten sie Einzelpersonen und gewähren immaterielle Unterstützung bei der Verteidigung der Bürger- und Menschenrechte von Wehrpflichtigen. Die Soldatenmütter gehen davon aus, dass sich ca. 10 Prozent der Eltern des jeweiligen Wehrpflichtigen-Jahrgangs an sie wenden.

- Vortragsveranstaltungen: 1999 insgesamt 12 mit gut 200 TeilnehmerInnen.
- Unterstützung bei der Verhinderung illegaler Einberufung (unterhalb des gesetzlichen Mindestalters): 2 Fälle 1999.
- Unterstützung von Wehrpflichtigen, die die Truppe wegen der gegen sie ausgeübten Gewalt unerlaubt verlassen haben, unter anderem dabei, bei Rückkehr zur Truppe straffrei zu bleiben: 15 Fälle 1999.
- Versammlungen und Presseerklärungen gegen den Krieg in Tschetschenien, nicht zuletzt mit dem Ziel, den Einsatz von Wehrpflichtigen gegen deren Willen zu verhindern.
- Unterstützung von Müttern / Eltern, die eine illegale Abkommandierung ihrer Söhne zum Kriegseinsatz in Dagestan und Tschetschenien (= Einsatz vor Abschluss der Grundausbildung) durch deren "Entführung" vor Abgang der Transporte verhindert haben: 15 Fälle im Herbst 1999.
- Unterstützung von Soldaten, die ihre Einheit wegen des bevorstehenden Einsatzes in Dagestan / Tschechenien verlassen haben, beim Bemühen, nach deren Abmarsch unter Gewährung von Straffreiheit zur Truppe zurückzukehren: 10 Fälle 1999, dabei nur eine Verurteilung durch ein Militärgericht (1 ½ Jahre auf Bewährung).
- Seit März 2000, ausgelöst durch vorgenannte Verurteilung, Kampagne gegen die Militärjustiz; Ziel ist es, die Staatsduma zur Abschaffung einer eigenständigen Militärjustiz zu bewegen; die Initiative geht von den Kaliningrader Soldatenmüttern aus, wobei derzeit Material erstellt wird, um Gruppen in anderen russischen Regionen anzusprechen und zur Beteiligung an der Kampagne zu gewinnen.
- 1999 haben rund 600 Personen um Rat gefragt. Die Soldatenmütter haben gemäß Jahresbericht 6 Appelle verfasst bzw. Anträge gestellt, 35 Militäreinheiten besucht um mit Militärverwaltung und Offizieren zu sprechen, 15 Gerichtsverfahren beobachtet, in denen entweder Soldaten oder Mütter angeklagt waren, und 3 mal an einem Runden Tisch über Gesetzesverstöße im Militär sowie an Seminaren mit Einheiten der Grenztruppen teilgenommen, ferner wurden Protestaktionen gegen die Gewalt in der Armee organisiert.

Die Reaktion der Militärs und "der Machtstrukturen" auf die Arbeit der Soldatenmütter sei uneinheitlich, habe sich insgesamt seit 1997 und nochmals mit dem Tschetschenien-Krieg aber negativ verändert. Einzelne Kommandeure zeigen sich weiterhin kooperationsbereit; Beschwerden von Soldaten bei den Soldatenmüttern oder gar unerlaubte Entfernung von der Truppe werden als Ausdruck dafür genommen, dass in der Einheit etwas nicht stimmt, die Missstände werden abgestellt und Straffreiheit gewährt. Oft werden aber auch Soldaten, die sich an die Mütter gewandt haben, psychologischem Druck ausgesetzt. Die Reaktion auf höherer Ebene scheint zunehmend konfrontativ zu sein. 1997 wurden durch die Militärführung in allen Militärverwaltungsbezirken des Gebiets als Gegenorganisation sogenannte "Elternräte" eingerichtet. Seitdem würden die "Mütter" bekämpft. Unter anderem seien zwischenzeitlich alle regionalen Vertreterinnen der Bewegung durch die Staatsanwaltschaft vernommen worden; einige Aktive hätten sich daraufhin zurückgezogen.

Kooperation:

Die Soldatenmütter sind Mitglied der Rechtsschutzbewegung des Gebiets (→ Nr. 6) und haben vergleichsweise engen Kontakt zu anderen Kaliningrader NGOs.

Die Zusammenarbeit mit anderen Soldatenmütter-Komitees in Russland ist hingegen wenig ausgeprägt. Sowohl mit dem Moskauer als auch dem St. Petersburger Komitee, als den beiden großen, auch international bekannten Gruppen, scheint man negative Erfahrungen gemacht zu haben. Über beide hat man wohl versucht internationale Kontakte zu knüpfen (auch unter dem Gesichtspunkt Fördermittel zu erhalten), aber diese Versuche seien eher blockiert als unterstützt worden. Internationale Kontakte hat das Kaliningrader Komitee jedenfalls bislang nicht.

Probleme / Wünsche:

- Größtes Problem ist der Finanzmangel. Die Spendenbereitschaft der Unternehmen habe unter dem Druck der Administration nachgelassen und die Bevölkerung, die durchaus helfen könnte, meint, das Problem betreffe sie ja gegenwärtig nicht. "Unser Problem ist, dass die Leute, denen wir helfen, später nicht uns helfen".
- Großer und unmittelbar augenfälliger Bedarf besteht an kommunikationstechnischer Ausrüstung (Computer, Drucker, e-mail, Internet-Zugang, Fax-Gerät, Kopierer); das Fehlen selbst eines Fax-Gerätes dürfte jede transnationale Zusammenarbeit ebenso erschweren, wie fehlenden Sprachkenntnisse in der Gruppe.
- Ein NGO-Zentrum mit der Möglichkeit, dort einen Büroraum zu haben, und ein Koordinationsnetzwerk wären wünschenswert. Aber man äußert auch die große Sorge, dass eine solche Struktur sofort von der Administration kontrolliert würde, die gerade in Kaliningrad, egal ob Stadt oder Gebiet, fest in der Hand von Ex-Militärs sei.
- Deutlich wird der Wunsch geäußert, dass die internationalen Akteure der Situation in Kaliningrad mehr Aufmerksamkeit schenken, statt immer nur nach Moskau und St. Petersburg zu reisen.
- Bedauert wird das Fehlen russischer Fassungen wichtiger internationaler Dokumente.
- An einem Kontakt mit dem CBSS-Kommissar besteht Interesse; ein Versuch der Kontaktaufnahme anlässlich seines letzten Besuchs in Kaliningrad sei gescheitert.

Nr. 04 Baltische Liga der Juristen
Калининградская Региональная Организация "Балтийская Лига Юристов"
Kaliningrad Regional Organisation Baltic Lawyers' League

Anschrift:

c/o Sergei Naumkin
Narvskaja ul. 13/7,
Kaliningrad, 236000

Tel.: 22 05 41 / Fax: 21 85 60

Besuchsadresse: Leonova ul. 68, Kaliningrad 236000, Tel.
27 32 72

Gesprächspartner:

Herr *Sergei Naumkin*, Rechtsanwalt, Sekretär der "Liga"
für internationale Beziehungen (siehe rechts)



Ziele:

Das Hauptaugenmerk gilt der Förderung eines verfassungsmäßigen Rechtswesens und der Verbesserung der Rechtspflege durch:

- Schaffung eines institutionalisierten System der kostenlosen Rechtsberatung für diejenigen, die sich juristischen Beistand nicht leisten können, und um das Menschenrecht auf qualifizierten Rechtsbeistand zu sichern;
- Rechtshilfe für Bürger und Unternehmen, Vertretung ihrer Interessen vor Gericht, Übernahme von rechtlichen Präzedenzfällen;
- Zusammenstellung und Veröffentlichung statistischer Daten über Gesetzesverletzungen in Kaliningrad;
- Durchführung von Konferenzen und Seminaren zur Klärung kontroverser Fragen, Veränderungen und Widersprüche in der Gesetzgebung;
- Analyse der föderalen und lokalen Gesetzgebung und Erarbeitung von Empfehlungen an Legislative und Exekutive in der Oblast und in der Russischen Föderation zur Verbesserung von Gesetzen, Erlassen, Resolutionen, Anordnungen, Anweisungen und anderen normativen Akten;
- Hilfe für junge Rechtsanwälte im Bereich von Beschäftigung und Ausbildung;
- Etablierung von Kooperationsbeziehungen mit anderen russischen und ausländischen Vereinigungen.

Organisatorisches:

Die Vereinigung wurde im April 1998 als gesellschaftliche Organisation registriert und von Andrei L. Tishanov (Präsident und früherer Staatsanwalt), Marat Dzhatiev (Vize-Präsident), Sergei Naumkin und Vladimir Maranin (Rechtsanwalt) gegründet. Mitglied werden können *Bürger* unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft ab 18 Jahre, die eine juristische, oder wirtschaftlichen Ausbildung haben, Mitgliedsbeiträge zahlen und sich an der Arbeit der Vereinigung beteiligen, ferner gesellschaftliche *Gruppen*, sofern sie die Satzung anerkennen und zur Erfüllung der Aufgaben beitragen, sowie *Personen und Unternehmen* die wesentlich zu den Aktivitäten der Liga beitragen. Gegenwärtig sind alle 27 Mitglieder praktizierende Juristen, 6 von ihnen engagieren sich kontinuierlich, die anderen in Einzelfällen für die Organisation.

Aktivitäten:

Die Mitglieder der Organisation waren in mehr als 400 Gerichtsfällen tätig und haben sich für eine Verbesserung der Rechtspflege in Presse und Rundfunk eingesetzt. Sie haben bislang drei mal ehrenamtlich an einem Samstag von 8 bis 23 Uhr einen Tag der kostenlosen Rechtsberatung durchgeführt. Dabei haben sie 174 Personen beraten und 39 Personen zu ihrem Recht in Straf- und Zivilverfahren verholfen (Behandlung in Gefängnissen, Illegale Rekrutierung zur Armee, Zwangspensionierung, Wohnungsstreitigkeiten als Folge der Privatisierung). Die Organisation hat mehrere Zeitungsartikel zu rechtspolitischen Fragen (Menschenrechte, Korruption) veröffentlicht. Sie berät dauerhaft drei NGOs: "Die Gesellschaft zum Schutz der Rechte von Flüchtlingen", den "Aids infection and drugs resistance fund" und das "Zentrum für Konfliktlösung", das sich mit Konflikten in Gefängnissen und Familien befasst.

Die Liga beteiligt sich an Seminaren, Trainings und Diskussionen über Fundraising, Management und Projektplanung von Menschenrechtsorganisationen. Der Organisation ist es zum ersten Mal gelungen, eine Beschwerde aus der Oblast vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu bringen (→ Nr. 02). Um die öffentliche Aufmerksamkeit für die Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte zu erhöhen, plant die Organisation eine Zeitung herauszugeben. Zu diesem Zweck schulen sie Reporter, die über

Gerichtsverfahren berichten. Sie planen auch die Einrichtung eines Dokumentationszentrums für Menschenrechte.

1999 hat die Organisation im Rahmen des TACIS-Programms der EU Mittel beantragt, um ein Zentrum für Rechtsinformation und die Verteidigung der Menschenrechte einzurichten und gesetzliche Rahmenbedingungen für ein System der (staatlich) bezahlten, aber für bedürftige Klienten kostenlosen Rechtsberatung zu erarbeiten. Der Antrag war nicht erfolgreich.

Im Rahmen der Arbeit als Berufsvereinigung hat die Organisation Bedingungen für eine Zusammenarbeit von Rechtsanwälten in Menschenrechtsfragen, eine Datei mit den Namen von Rechtsanwälten angelegt und bei der Lösung schwieriger Rechtsfragen geholfen.

Kooperationen:

Es bestehen Kontakte zu mehreren internationalen Menschenrechtsinstitutionen, namentlich zum UN-Informationszentrum in Moskau, zu Human Rights Watch, zur Europäischen Kommission für Menschenrechte, zur britischen Charities Aid Foundation, zum TACIS Demokratie-Programm, zum International Protection Center (Moskau), der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), zu "Russische Rechtsanwälte für die Verteidigung der Menschenrechte" und zur russischen Helsinki Gruppe.

Probleme / Wünsche:

Ein Hauptproblem des russischen Rechtswesens wird darin gesehen, dass die Gesetze und Entscheidungen der Gerichte nicht umgesetzt werden. Als dringlich werden erachtet:

- Trainings und Weiterbildung in den Bereichen Menschenrechte, Wirtschaftsrecht und öffentliches Recht sowie in den Bereichen Projektmanagement und fund-raising;
- Kontakte mit gleichgerichteten Organisationen;
- Verbesserung des Zugangs zu den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes in russischer Sprache. Bei etwa 80% der russischen Rechtsanwälte und Richter müsse man davon ausgehen, dass sie kein Englisch sprechen und dass für sie internationale Entscheidungen nicht existieren, solange sie nicht in russischer Sprache vorliegen;
- Verbesserung der technischen Ausrüstung (Nutzung des Internet, Material für Rechtskunderziehung).

Nr. 05 Versammlung zum Schutz des internationalen Rechts

Региональная общественная Организация
"Международная Правозащитная Ассамблея"
Regional Public Organization "Assembly for the Protection of international Right"

Anschrift:

Gendelja ul. 14-1
Kaliningrad, 236000
Tel. / Fax: 55 17 46

Gesprächspartnerin:

Frau *Galina Fokeevna Krivdina*, Vorsitzende (→ auch Nr. 19 und Nr. 20)

Ziele:

Unentgeltliche Hilfsleistungen im Bereich juristischer und sozialer Beratung zum Schutz der armen Bürger, Verbesserung der Bildung in der Mitte der Gesellschaft, Beseitigung der mangelnden Wirkungskraft der Gesetzgebung, Ausarbeitung von Vorschlägen zu ihrer Verbesserung, gesetzliche Initiativen.

Organisatorisches:

Die Vereinigung wurde 1998 als kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation gegründet.

Aktivitäten:

Die Organisation hat inzwischen mehr als 1.500 Menschen mit juristischem Rat auf ehrenamtlicher Basis betreut. Die Gruppe der Empfänger der Hilfsleistungen hat sich in einem Jahr verfünffacht. Am 14. März 2000 hat die Organisation dem Dekan der Juristischen Fakultät der Kaliningrader Universität einen Vorschlag zur Zusammenarbeit vorgelegt. Danach soll ein "juristisches Klinikum" geschaffen werden, das vorsieht, dass Studenten bei der Organisation in Form von Praktika unentgeltlich mitarbeiten und die Organisation im Gegenzug bei der Vermittlung von Stipendien hilft.

**Nr. 06 Mitgliedsorganisationen
der "Kaliningrader Rechtsschutzbewegung"**

Die nachstehende Zusammenstellung der Mitgliedsorganisationen ist der Nummer 1/1999 der von der Rechtsschutzbewegung herausgegebenen Zeitschrift "Kaliningrader Bote" (Калининградский Вестник) entnommen. Sofern die Organisation durch ein Profil in diesem Kapitel ausführlicher beschrieben wird, ist nach dem englischen Namen lediglich auf die Nummer, unter der es geführt wird, verwiesen.

1. Librarian Centre on Human Rights of the Council of Europe

Библиотечный Центр по правам человека Совета Европы

Chairman: Prokofiev, Victor Pavlovich / Executive director: Chernysheva, Elena.

Address: 236000, Kaliningrad, Chernyshevskogo ul., 56. Tel. 555519, 464434.

2. Kaliningrad Regional Organisation of Human Rights and Freedom Protection

→ Profil Nr. 01

3. Kaliningrad Regional Information Centre of Migration

Калининградский региональный информационный Центр по переселению

Chairman: Balashov, Vladimir Anatolievich.

Address: 236010, Kaliningrad, Mira prospect, 136, office 502.

4. Public Organisation of Forced Migration and Refugees of Chernyakhovsk "Victoria"

Общественная организация вынужденных переселенцев и беженцев "Виктория" города Черняховска Калининградской области.

Chairman: Telegina, Zoya Ivanovna.

Address: 238000, Chernyakhovsk, Gogolya ul., 18-16.

5. Public Organisation of Forced Migrants and Refugees of Gusev "Belief"

Общественная организация вынужденных переселенцев и беженцев "Вера" города Гусева Калининградской области.

Chairman: Naganova, Nina Efimovna.

Address: Gusev, Severnaya ul., 3-2. Tel. 34642.

- 6. Organisation of Forced Migrants and Refugees of Polesk "Hope"**
Организация вынужденных переселенцев и беженцев "Надежда" города Полеск Калининградской области.
Chairman: Kosheleva, Irina Leonidovna.
Address: Polesk, Gvardeiskaya ul., 31. Tel./fax: (011-58) 25246.
- 7. Kaliningrad Regional Public Fund for Support of Refugees and Forced Migrants "House"**
→ Profil Nr. 18
- 8. Charitable Non-Commercial Organisation "Baltic Migration Fund"**
→ Profil Nr. 20
- 9. The Committee of Soldiers' Mothers of Kaliningrad Oblast**
alle weiteren Angaben identisch jenen in → Profil Nr. 03
- 10. Kaliningrad Regional Public Movement "Soldiers' Mothers of Kaliningrad Oblast"**
→ Profil Nr. 03
- 11. Kaliningrad Oblast Public Organisation of Agrarians**
Калининградская областная общественная организация аграриев
Chairman: Skakunov, Anatolij Vladimirovich.
Address: 236016, Kaliningrad, 9th April ul., 54-17. Tel. 461745.
- 12. Kaliningrad Regional Public Organisation for the Protection of Illegally Repressed Citizens and their Family Members**
Калининградская региональная общественная организация защиты незаконно репрессированных граждан и членов их семей.
Chairman: Smirnova, Eugenia Iosifovna.
Address: 236000, Kaliningrad, Chaikovskogo ul., 20-2. Tel. 228328.
- 13. Kaliningrad Regional Public Organisation "Co-ordinator"**
Калининградская региональная общественная организация "Координатор".
Chairman: Getmanenko, Grigory Mikhailovich.
Address: 236040, Kaliningrad, Sergeeva ul., 14. Tel. 433685.
- 14. Kaliningrad Regional Children and Youth Public Organisation of Invalids "Maria"**
Калининградская региональная детско-молодежная общественная организация инвалидов "Мария".
Chairman: Kochetkova, Zoya Grigorievna.
Address: Kaliningrad, Berezovaya ul., 10-8. Tel. 410528.
- 15. Kaliningrad Regional Public Organisation for Protection of the Rights of Fish Industries Shareholders**
Калининградская региональная общественная организация защиты прав акционеров рыбопромысловых предприятий.
Chairman: Sitnikov, Alexander Pavlovich.
Address: 236040, Kaliningrad, Sergeeva ul., 14. Tel. 433685, 464142.
- 16. Kaliningrad Oblast Public Organisation for the Support of Convicts' Families**
Калининградская региональная общественная организация поддержки членов семей осужденных.
Chairman: Didenko, Svjatoslav Igorevich.
Address: 236000, Kaliningrad, Kirova ul., 17. Tel. 216089.

- 17. Kaliningrad Regional Youth Public Organisation "The Centre 'Youth for Freedom of Speech'"**
→ Profil Nr. 23
- 18. Kaliningrad Regional Public Fund for Legal Assistance "Assistance"**
Калининградский региональный общественный фонд защиты "Содействие".
Chairman: Kositsin Evgenij Victorovich.
Address: 236000, Kaliningrad, Ploshchad' Probedy, 4.
- 19. Kaliningrad Regional Organisation Baltic Lawyers' League**
→ Profil Nr. 04
- 20. Kaliningrad Regional Public Fund for Legal Assistance "Garant"**
Калининградский региональный общественный фонд правовой помощи "Гарант".
Chairman: Smirnova, Natalia Yurievna.
Address: Kaliningrad, Bolnichnaya ul., 31-1.
- 21. Gusev District Public Organisation "Defence"**
Гусевская районная общественная организация "Защита".
Chairman: Timoshenko, Nikolai Egorovich.
Address: Gusev, Lenina ul., 50.
- 22. Kaliningrad Regional Public Organisation "Union of Human Rights and Democratic Liberties Protection "People's Control"**
→ Profil Nr. 02
- 23. Public Organisation "Solidarity"**
Общественная организация "Солидарность".
Chairman: Zhidenkov, Alexander.
Address: Kaliningrad, Frunze ul., 66-21. Tel. 349482.
- 24. Kaliningrad Oblast Public Organisation of Invalids. Russian Society of Invalids**
Калининградская областная общественная организация инвалидов Всероссийского общества инвалидов.
Chairman: Razin'kov, Ivan Yakovlevich.
Address: Kaliningrad., Zhitomirskaya ul., ?. Tel. 461811, 467788, 450407.
- 25. Kaliningrad Oblast Society of Blockaded Leningrad Inhabitants**
Калининградское областное общество жителей блокадного Ленинграда.
Chairman: Savolainen, Valentina Alexandrovna.
Address: 236016, Kaliningrad, Moskovsky prospect, Kaliningradgrazhdanproekt.
Tel. 431893.
- 26. Consumers' Housing Society "Rus"**
Потребительское жилищное общество "Русь".
Chairman: Dronova, Liubov' Ivanovna.
Address: Chernyakhovsk, Gagarina ul., 5. Tel. (8241) 32715

3.3 Themenbereich Demokratisierung und Partizipation

Nr. 07 Ihre Wahl

Калининградское Региональное Общественно-Политическое Движение
"Ваш Выбор"
Kaliningrad Regional Public-Political Movement "Your Choice"

Anschrift:

Chernyakhovskogo ul., 78-2
Kaliningrad, 236040
Tel.: 46 25 09

Gesprächspartner:

Herr *Vladimir Marejev* (in Anwesenheit von Frau Maria Bontsler (→ Nr. 03))

Ziele:

Die Erfahrungen mit der Bewegung der Soldatenmütter (→ Nr. 03) hat zu der Erkenntnis geführt, dass es nicht ausreicht, existierende Rechte einzufordern, sondern dass auch auf der politischen Ebene materielle Veränderungen und Bewusstseinsbildung notwendig sind. Vor allem geht es der Organisation um die Aktivierung und Sozialisierung der Bürger für die Demokratie. Sie möchte die politische Willensbildung der Bürger fördern. Sie versteht sich als Mittlerin zwischen den Bürgern und der Politik bei den Wahlen. Dabei gilt die Aufmerksamkeit nicht den Kandidaten als Personen, sondern den Werten, die sie vertreten. Mit ihrer Namensgebung möchte die Organisation deutlich machen, dass jeder Bürger mitentscheiden kann und verantwortlich ist. Die Vorstellung, dass Bürger wirklich aktiv werden, sei eine große Herausforderung, wenn nicht gar "schreckliche Idee" für die Politik.

Organisatorisches:

Die Organisation wurde 1999 von 30 Personen als gesellschaftlich-politische Bewegung der Kaliningrader Oblast gegründet. Der Kreis der Beteiligten hat sich auf etwa 150 Mitglieder erhöht, unter ihnen sind viele Mütter von Soldaten. Aber nur 10 Personen sind wirklich aktiv. Neben dem Statut vom 20. Februar 1999 hat die Organisation eine Art Rundbrief, in dem sie über ihre Tätigkeiten informiert. Nr. 7 datiert vom 27.03.2000 und berichtet über die Aktivitäten im vergangenen Jahr.

Aktivitäten:

- Wahlen: Beteiligung an der Nominierung von KandidatInnen für Wahlen, Aufforderungen zur Wahlbeteiligung und Beobachtung des Wahlkampfes,
- Beteiligung an der Erarbeitung eines Ombudsmanngesetzes;
- Beteiligung an der Schaffung eines Jugendparlaments (→ Nr. 11) und an dessen Koordinationstreffen;
- Parteinahme für Politiker, die zu Unrecht angegriffen werden;
- Stellungnahmen gegen den Krieg in Serbien und gegen die Korruptionskultur in Kaliningrad;
- Protest gegen die Erhöhung der Elektrizitätspreise, die geplante Schließung des Kindergartens in Swetlyj, gegen den Bau der Raffinerie an Stelle des Fischereihafens, gegen die Verlagerung des Marktes aus der Stadt;

- Mitarbeit in anderen NGOs, insbesondere bei der Bewegung der Soldatenmütter.
- Zusammen mit anderen NGOs Durchführung eines Seminars für Vorsitzende von gesellschaftlichen Bewegungen, an dem 30 Personen teilgenommen haben.

Kooperation:

Eine enge Zusammenarbeit erfolgt mit der Bewegung der Soldatenmütter; ferner gibt es Verbindungen zur Ökologiebewegung.

Probleme / Wünsche:

Herr Marejev regt an, im Hinblick auf die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad zu prüfen, ob nicht zusätzlich zur Zusammenarbeit auf Regierungs- und Parlamentsebene eine Vereinbarung der Jugendparlamente über eine künftige Zusammenarbeit und den regelmäßigen Austausch über jeweils aktuelle Fragen getroffen werden könne.

Nr. 08 Gesellschaftliches Demokratiezentrum
Калининградское Региональное Общественное Учреждению "Общественный Центр Демократии" Kaliningrad Regional Public Institution "Social Center for Democracy"

Anschrift:

Chernyakhovskogo ul., 78-2

Kaliningrad, 236040

Tel.: 46 25 09

Gesprächspartner:

Herr *Vladimir Marejev* (→ auch Nr. 07; in Anwesenheit von Frau Maria Bontsler → Nr. 03)

Ziele:

Ziel der Organisation ist es, Demokratie sichtbar zu machen, die Menschen für die Demokratie zu gewinnen und das notwendige Wissen zu verbreiten. Dazu wird die Einrichtung eines Zentrums geplant. Es soll allen offen stehen, die sich als zivile Gesellschaft verstehen. In ihm sollen Diskussionsclubs und Seminare über theoretische und praktische Fragen der Demokratie stattfinden. Es soll eine Bibliothek mit Büchern über Demokratie und ein Internet-Zentrum haben, das jeder NGO die Möglichkeit bietet, eine eigene Homepage zu eröffnen. Vorgesehen ist ferner die Einrichtung eines unabhängigen Pressezentrams.

Organisatorisches:

Die Organisation findet sich noch im Gründungsprozess. An ihm sind gegenwärtig drei Personen beteiligt. Das achtseitige Statut und ein erstes Informationsblatt über die Gründung der Organisation als gesellschaftliche Einrichtung/Stiftung der Kaliningrader Oblast datieren vom 15. März 2000. Die Organisatoren erwarten, dass sie ihre konkrete Tätigkeit im April/Mai aufnehmen können, wenn das Registrierungsverfahren abgeschlossen sein wird.

Aktivitäten:

Das Zentrum befindet sich noch im Gründungsprozess. Es geht daher zunächst um die Einwerbung von Finanzmitteln für die Einrichtung des Zentrums mit einer Bibliothek. Gedacht ist an internationale Stiftungen, z.B. die "Baltic Humanitarian Foundation", die Stif-

tion "Civil Responsibility", oder das "National Democratic Institute for International Affairs" (NDI) in Washington. Die Beschränkung der Gründungsmitglieder auf drei Personen soll verhindern, dass das Projekt von innen gespalten wird, wie es bei einem früheren Versuch, unter Beteiligung von 50 Organisationen und Einzelpersonen eine "Gesellschaftliche Kammer" zu gründen, geschehen sei.

Kooperation:

Bislang wird die Einrichtung des Zentrums von den Soldatenmüttern (→ Nr. 03) und einigen anderen NGOs in der Kaliningrader Oblast unterstützt.

Probleme / Wünsche:

Der Versuch, die Menschen für die Demokratie über die Parteien zu gewinnen, sei nicht erfolgreich gewesen sei. Auch die Präsidentschaftswahlen seien ein Rückschlag für die Demokratie gewesen. Das Parlament sei in der Auseinandersetzung mit den "Machtinstitutionen" zu schwach um eine Demokratisierung zu stützen. Es habe noch nicht einmal ein Haushaltsrecht. In der parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und der Oblast solle dieses Problem behandelt und nach Abhilfe gesucht werden. Die Organisatoren wünschen sich außerdem direkte moralische und finanzielle Unterstützung für die Einrichtung eines Demokratiezentrum.

Nr. 09 Unser Land
Общества Избирателей Калининградской Области "Наш Край" Society of the Kaliningrad Oblast Voters "Our Land"

Anschrift:

P. O. Box 597

Kaliningrad, 236000

Tel./Fax: 21 21 80 / E-mail: intergrad@mail.ru

Gesprächspartner:

Herr *Herman I. Burnayev*, Vorsitzender von "Unser Land".

Ziele:

Die allgemein gehaltenen Statuten beschreiben als Ziele der Organisation die Förderung der Organe der staatlichen Gewalt und lokalen Selbstverwaltung, Beteiligung an Wahlen und Referenden, Stärkung des Friedens und einer fortschrittlichen Entwicklung der Oblast, Vervollkommnung der Volksherrschaft und die "Entwicklung der zivilen Gesellschaft". Letzteres heißt – so erläutert Herr Burnayev - in erster Linie, das Niveau der Gebietsduma anzuheben und Maßstäbe zu schaffen, die Menschen, die sich wählen lassen, erfüllen müssen.

Organisatorisches:

"Unser Land" wurde 1993 gegründet und am 19. Januar 1994 als Gesellschaft der Wähler der Kaliningrader Oblast registriert. In der Gründungsphase waren 12 Aktive beteiligt, später stieg die Zahl auf 21. Heute ist nur noch eine Person wirklich aktiv. Treffen des gewählten Vorstands finden nicht mehr statt. Nach den Statuten, aber nicht in der Wirklichkeit werden Mitgliedsbeiträge gezahlt. Als Ursache gilt der Rückgang der Bereitschaft zu ehrenamtlichem politischem Engagement angesichts wachsender Armut; sowie die Tatsache, dass einige der ursprünglich Aktiven ihre politische Orientierung gewechselt haben, ferner die Repression gegen wirklich unabhängige NGOs und die Resignation gegenüber den korrupten Verhältnissen.)

Aktivitäten:

Aufgrund des Rückgangs des Engagements sind die Aktivitäten auf seltene und kurze Aktionen begrenzt.

- 1995 hat "Unser Land" den Abgeordneten der Gebietsduma 40 Fragen zu ihrer Arbeit und ihrem Selbstverständnis gestellt. Nicht alle haben geantwortet; einige haben aus Furcht nur anonym reagiert, andere haben zugegeben, dass sie aufgrund dieser Aktion erstmals angefangen haben, über diese Fragen nachzudenken. Die Aktion sei aber aufgrund fehlender Finanzen und nachlassendem Engagement nur ein Mal durchgeführt worden.
- Im März 2000 hat "Unser Land" zusammen mit zwei Duma Abgeordneten, zwei Abgeordneten des Stadtparlaments und Mitgliedern der Universität eine wissenschaftliche und praxisorientierte Konferenz zum Thema "Wege zur Erhöhung des Lebensstandards in der Oblast Kaliningrad" durchgeführt. Während der Konferenz wurden "Empfehlungen an die Gebietsduma, Gebietsverwaltung und die Institutionen der kommunalen Selbstverwaltung" erarbeitet. Sie verlangen, Problemlösungen im Hinblick auf ihre menschenrechtlichen und sozialen Auswirkungen zu prüfen, Gesetze zum Wohl der Bürger zu machen, den Kampf zwischen den Machtinstitutionen (Regierung und Parlament) und ihren Repräsentanten zu Gunsten eines Dialoges zu beenden, Bedingungen für die Zahlung von Minimallöhnen zu schaffen, Bestechung und Korruption zu verdammen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Qualität des Gesetzgebungsprozesses zu verbessern. Gleichfalls wurde ein "Memorandum" verfasst, das an den Europarat und die Europäische Union appelliert, in Zusammenarbeit mit den staatlichen Institutionen der Russischen Föderation, der Oblast und der lokalen Selbstverwaltung und in Übereinstimmung mit russischem und internationalem Recht folgende Schritte zu unternehmen: Angesichts der Not der Mehrheit der Bevölkerung eine abgestufte Einbeziehung von Kaliningrad in den Europäischen Integrationsprozess zu fördern, die Form einer EU-Assoziierung der Oblast ab 2003 zu erwägen, eine Meistbegünstigung ab 2002 in der ökonomischen Sonderzone "Jantar" zu erlauben, Visafreiheit für Kaliningrader ab 2001 zu gewähren, Bedingungen für den Austausch von Delegationen zu schaffen, wirtschaftliche Geschäfte und berufliche, humanitäre und persönliche Kontakte zu erweitern und zur Steigerung der Wohlfahrt und Kaufkraft in der Oblast beizutragen. Beide Textentwürfe waren jedoch nicht konsensfähig; es wurde ein Gremium zur Überarbeitung bestimmt, das aber bis zu unserem Gespräch Anfang April 2000 die Arbeit noch nicht aufgenommen hatte.

Kooperation:

Einzelne Kontakte zu anderen kaliningrader Organisationen und Institutionen.

Probleme / Wünsche:

- Ausländer sollten stärker die Augen auf die Öffentlichkeit/Gesellschaft richten und so wenig wie möglich mit offiziellen Personen Kontakt suchen. Das sei – abgesehen von einigen ökonomischen Projekten – verlorene Zeit und verlorenes Geld.
- Ausländer sollten – was gesetzlich erlaubt sei – viele neue internationale Bürgerorganisationen in der Oblast Kaliningrad gründen. Diese sollen sich aber nicht mit traditionellen ökologischen oder sozialen Projekten befassen; damit unterstützten sie nur die Administration und würden zu einem Teil des Systems der Korruption. Vielmehr gehe es darum, auf der regionalen Ebene Kaliningrads den europäischen Integrationsprozess innovativ und kreativ voranzubringen.
- Menschen, die sich wahrhaft und vorbildhaft für das öffentliche Leben im Bernsteinland einsetzen, sollten ausgebildet und gefördert werden. Informationen über sie und

ihre Tätigkeit sollten verbreitet werden. Zu Vorträgen im Ausland sollten wirklich kompetente Personen eingeladen werden und nicht die "Doktoren der Sowjetunion".

- Die Anforderungen an Organisationen, die finanzielle Förderung erhalten, sollten erhöht werden. Sie müssten zum Beispiel schon mindestens fünf Jahre existiert haben.
- Informationen über den Europäischen Integrationsprozess und das Bild Russlands im Ausland sollten stärker verbreitet werden. Dies könne mit einer Zusammenstellung und Übersetzung von Artikeln aus europäischen Zeitungen geschehen. Diese Informationen sollten zunächst kostenlos verbreitet werden und nach und nach auch "verkauft" werden.

<p><i>Nr. 10 "Regionale Strategie"</i> <i>Fonds für politische Studien und sozioökonomische Forschung</i></p>
<p>Фонд политических и социально-экономических исследований "Региональная стратегия" Fund of Political and Socio-economic Studies „Regional Strategy“</p>

Anschrift:

Ul. Krasnaja 35

Kaliningrad, 236000

Tel. 21 69 35; 41 16 57 / Fax: 22 84 82 / E-mail: ginzburg@kaliningrad.ru

Kontakte in Englisch problemlos, in Deutsch möglich.

Gesprächspartner:

Herr *Israelevitch Ginzburg*, Geschäftsführer (ehrenamtlich) des Fonds und Berater und Koordinator der Demokratischen Fraktion in der Gebietsduma.

Ziele:

Die Stiftung versteht sich als ideologisch und parteipolitisch ungebunden und sieht ihre Aufgabe in der umfassenden Analyse der aktuellen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Situation in Kaliningrad und einer darauf aufbauenden politischen Beratungstätigkeit.

Organisatorisches:

Der Fonds wurde als nicht-kommerzielle Organisation von drei Einrichtungen in Moskau (Economic Policy Fund, Fund Russian Public-Political Center, Humanitarian and Political Center „Strategy“) und einer privaten Fachhochschule in Kaliningrad (The Baltic Institute of Economics and Finance) gegründet und im August 1998 als Fonds für politische Studien und sozioökonomische Forschung registriert. Präsident der Stiftung ist der ehemalige Gouverneur Professor Dr. Y.S. Matoschkin.

Aktivitäten:

Der Fonds erstellt Analysen und Prognosen über die gesellschaftliche und politische Entwicklung Kaliningrads und die Auswirkungen der EU-Erweiterung. Seit 1999 gibt er monatlich die Exklusivzeitschrift "Die Region" heraus. Sie enthält Analysen und Prognosen über die Wirtschaftssituation in der Oblast (Preise, Lebenshaltungskosten, Investitionen, Großprojekte, Industrie, Landwirtschaft, Dienstleistungssektor) und den gesellschaftlichen und politischen Prozess (Elitenbildung, regionale Massenmedien, Image der Region, Informationsmarkt etc.). Anfang 2000 veröffentlichte der Fonds eine vom Baltic Institute of Economics and Finance verantwortete englische Broschüre "Chronicle of the Kaliningrad Region 1999 (Facts, Events, People)" mit einem Umfang von 30 Seiten.

Der Fonds beteiligt sich an internationalen Seminaren, Symposien und Arbeitsgruppen und übernimmt Vorträge vor jungen Leuten im Büro der Stiftung oder an anderen Orten je nach Veranstalter, so auch im Baltic Institute of Economics and Finance.

Im November 1999 beteiligte sich die Stiftung an der Gründung der "Association of the Academic Organizations of the Lithuanian Republic and the Kaliningrad Region"; die sich um die Förderung wissenschaftlicher Kooperation und die Koordinierung gemeinsamer Forschungs- und Ausrüstungsprogramme bemüht. Herr Ginzburg wurde zum Stellvertretenden Leiter der Vereinigung gewählt.

Geplant ist ein Projekt, mit dem eine Freiwilligenbewegung "Junge Leute lehren junge Leute" initiiert werden soll. Es soll im Sommer 2000 beginnen. In der ersten Phase sollen Artikel über die Entstehung ziviler Gesellschaft zusammengestellt sowie die Teilnehmenden des Programms und die Themen ausgewählt werden. In der zweiten Phase sollen etwa 60 bis 70 Freiwillige fünf Monate vorbereitet werden. Diese Vorbereitung umfasst die Vermittlung theoretischer Kenntnisse, politische Praxis und Persönlichkeitstraining. Vorgesehen ist auch ein Besuch in Deutschlands mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft in Deutschland kennen zu lernen. Es folgt die Anwendungsphase. Das Projekt ist auf 24.300 USD veranschlagt und ist bereits teilweise finanziert a) durch private Spenden, b) durch das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau und die Konrad Adenauer-Stiftung sowie c) das National Democratic Institute for International Affairs (NDI) in Washington. Ein Lehrbuch existiere bereits als Manuskript.

Kooperation:

Arbeitskontakte bestehen mit Russischen und internationalen Forschungseinrichtungen und gesellschaftlichen Institutionen. Im Baltic Institute of Economics and Finance finde der Fonds ein gutes Publikum: Das Lehrprogramm sei gut vorbereitet und eine Erweiterung durch einen Kurs in Soziologie, Politische Studien, Regionalkunde sei geplant.

Weitere genannte Kooperationspartner sind: Verschiedene akademische Einrichtungen in Kaliningrad und Litauen, die Russische Akademie für Zivile Gesellschaft in Moskau, die Konrad-Adenauer-Stiftung, das Moskauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung und das National Democratic Institute, Washington.

Probleme / Wünsche:

Herr Ginzburg verweist auf die Schwierigkeiten, Menschen aus ländlichen Gebieten für ein Programm der politischen Bildung zu interessieren. Umfragen hätten aber bestätigt, dass auch hier ein Mentalitätswandel notwendig sei. Deswegen versuche die Stiftung Jugendorganisationen in des Programm "Junge Leute lehren Junge Leute" einzubeziehen. Die Stiftung sucht nach weiterer finanzieller Unterstützung für das Projekt. Eine Projektbeschreibung "Politisch Aktive der staatsbürgerlichen Gesellschaft. Potenzial der Jugend der Baltischen Provinz" mit Kostenplan existiert in russischer Sprache.

Die Vorschläge für eine Kooperation mit Schleswig-Holstein beziehen sich insbesondere auf den Bereich der politischen Bildung. Es sei notwendig, gemeinsame Projekte, Partner und Partnerinstitute zu identifizieren und Menschen aus den NGOs mit Menschen aus offiziellen Institutionen zusammenzubringen. Dazu können gemeinsame Konferenzen und Seminare hilfreich sein. Neben Pilotprojekten mit Schulen sollten junge Menschen aus Kaliningrad die Gelegenheit haben, kleinere Feldstudien über die zivile Gesellschaft in Schleswig-Holstein durchzuführen. Ferner bestehe ein Bedarf an der Finanzierung von Schriften sowie derjenigen Lehrer und Wissenschaftler, die sich im Rahmen des geplanten Projektes engagieren.

Herr Ginzburg schlägt vor, einen Runden Tisch "Freunde der Kaliningrader Oblast" einzurichten, der sich einmal im Jahr trifft und über Möglichkeiten der Zusammenarbeit berät.

<i>Nr. 11 Jugendparlament</i>
Молодёжная Парламентская Ассамблея Калининградская Область Youth Parliamentary Assembly of the Kaliningrad Oblast

Anschrift:

Kirova ul. 17
Kaliningrad, 236000

in der Duma: Tel.: 228-475 / Fax: -482; Vorsitzender Constantin Kuzmichev privat: Tel. 551400 / Fax 275993; Sprecher für auswärtige Beziehungen Vyacheslav Khlebtsov: Tel.: 23023 / E-mail: Hlebtsov@mail.ru

Gesprächspartner:

Constantin Kuzmichev und mehrere Mitglieder des Präsidiums

Ziele:

Das Jugendparlament soll die Duma beraten. Sein Hauptanliegen ist der Schutz der Interessen der Jugend und die Ausarbeitung einer entsprechenden Jugendpolitik in der Oblast.

Organisatorisches:

Das Jugendparlament wurde im Oktober 1999 gegründet. Es besteht aus 54 nominierten Delegierten aus den kommunalen Bezirken, den Universitäten, Schulen und Jugendorganisationen sowie aus den Parteien und Bewegungen, die in der Gebietsduma repräsentiert sind. Anders als im Parlament, wo nur vier von 32 Sitzen von Frauen eingenommen werden, beträgt der Frauenanteil im Jugendparlament 40%.

Aktivitäten:

Die erste Sitzung des Parlaments fand am 24. Dezember 1999, die zweite Sitzung am 31. März 2000 statt. Das Jugendparlament hat zehn Kommissionen gebildet: (1) Wirtschaft und Wirtschaftspolitik; (2) Gesundheit, Sport und Tourismus; (3) Beschäftigung und Probleme junger Familien; (4) Öffentlichkeitsarbeit mit einer Unterabteilung für auswärtige Beziehungen; (5) Kultur und Freizeit; (6) Parlamentarische Verfahren (Geschäftsordnung, Gesetze, Information und Analyse); (7) Wissenschaft und Bildung; (8) Schutz der Grundrechte und der gesetzlichen Interessen der Jugend; (9) staatsbürgerliche Erziehung und Prävention von Verstößen gegen Gesetze; (10) Umwelt. Die Arbeit in den ersten drei Monaten umfasste die Durchführung eines Trainingsseminars und die Erstellung eines Arbeitsplans für die Kommissionen, der sich bis zum Jahr 2001 erstreckt.

Probleme / Wünsche:

In einem Brief an das Jugendparlament in Schleswig-Holstein schlägt das Jugendparlament Kaliningrads vor, eine regelmäßige Zusammenarbeit über gemeinsame Probleme zu beginnen. Vorgeschlagen wird die Herausgabe eines zweimonatlich erscheinenden Rundbriefes zum wechselseitigen Informationsaustausch.

Nr. 12 Russische Dockergewerkschaft Kaliningrad
Российский Профсоюз Докеров в Калининграде Kaliningrad Division of the Russian Trade Union of Dockers

Anschrift:

c/o Michel Yurievich Tchesalin
 Internationalnaya ul. 17-13
 Kaliningrad, 236011
 (Besuchsanschrift: Portovaja ul. 66)
 Tel. privat: 41 00 75, Büro: 57 22 84

Gesprächspartner:

Herr *Michel Tchesalin*, Vorsitzender der Gewerkschaft und Rechtsanwalt.

Ziele:

Die Gewerkschaft vertritt die Dockarbeiter im Kaliningrader Seehafen. Sie versteht sich als demokratische und freie Gewerkschaft in Abgrenzung zu den dominierenden Nachfolgeorganisationen der sowjetischen Großgewerkschaften.

Organisatorisches:

Die Organisation entstand 1991 als eine der ersten Neugründungen nach dem Ende der Sowjetunion in der Phase gewerkschaftlicher Demokratisierung, die bis 1995 andauerte. Dies ist das Gründungsjahr der Kaliningrader Sektion. Danach setzte eine Phase der Stagnation ein, die 1997 in eine Phase des massiven Widerstands gegen demokratische Gewerkschaften überging. Als freie Gewerkschaft beruht die Mitgliedschaft in der Dockergewerkschaft ausschließlich auf freier Entscheidung und ist nicht über den Arbeitgeber vermittelt (→ Kap. 2.1). Die Mitgliederzahl stieg bis Oktober 1997 auf 290 (Höchststand), sank dann aber nach einem Streik aufgrund der Benachteiligung der Mitglieder durch die Arbeitgeberseite auf 36 im März 2000 ab.

Aktivitäten:

Im Oktober 1997 organisierte die Dockergewerkschaft einen zweiwöchigen Streik für Lohnerhöhungen und Unfallschutz. Die Streikziele wurden nicht erreicht: Statt dessen setzte eine offene Diskriminierung der Mitglieder ein. Der Lohn der Dockarbeiter ist nicht fixiert, sondern variiert nach geleistetem Arbeitseinsatz. Dies ausnutzend wurden fast alle Gewerkschaftsmitglieder in einer der drei Brigaden zusammengefasst, der dann nur weit unterdurchschnittlich Arbeit zugewiesen wurde und wenn nur niedrig bezahlte Tätigkeiten (Putzarbeiten). Das hatte nachweislich die Folge, dass der Lohn von Mitgliedern der freien Gewerkschaft um das zwei- bis dreifache geringer ausfiel als der Lohn derjenigen, die nicht Mitglieder waren. Bei den jährlich fälligen Prüfungen über Sicherheitsvorschriften ließ man zudem die Mitglieder scheitern. Die Gewerkschaft hat gegen diese Diskriminierung geklagt. Das Verfahren wurde verschleppt, kam aber nach einem Besuch des Kommissars des Ostseerats, Ole Espersen, wieder in Gang. Die Gewerkschaft verlor in erster Instanz und ging in Berufung. Das Urteil wurde aufgehoben und an das erste Gericht mit dem gleichen Richter zurückgegeben. Dieser fällte erneut eine negative Entscheidung. Beobachter vermuten einen Zusammenhang mit den Eigentumsverhältnissen des Seehafens: der Gouverneur kontrolliert zwischenzeitlich 35 % der Anteile.

Nachdem die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) Solidaritätsaktionen durchgeführt hatte (Telegramme, Briefe, Ankündigung eines Boykotts des Kaliningrader

Hafens), hat sich die Politik des Unternehmens gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern im Laufe des Jahres 1999 leicht verbessert.

Kooperation:

Kontakte bestehen zur Assoziation der freien Gewerkschaften, insbesondere zur Gewerkschaft der Seeleute, zur Gewerkschaft der Eisenbahner, zur Gewerkschaft des Flugpersonals (→ Nr. 13) und zu mehreren Organisationen, die sich um eine Verbesserung der Rechtspflege bemühen (insbesondere → Nr. 04 sowie verschiedene aus → Nr. 06). Auf internationaler Ebene bestehen Kontakte zu dänischen Gewerkschaften und der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

Probleme / Wünsche:

Angesichts der Tradition des sowjetischen Gewerkschaftssystems besteht in Russland ein Mangel an gewerkschaftlicher Erfahrung darin, die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Unternehmen und den "Machtinstitutionen" zu vertreten. Daraus begründet sich das Interesse zu lernen, wie Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, mit den Machtinstanzen kooperieren und trotzdem die Konflikte austragen. Daher wünscht sich die Kaliningrader Dockergewerkschaft eine Ausweitung ihrer internationalen Kontakte. Bislang bestehen nur Kontakte zu dänischen Gewerkschaften. Auch sollten die Probleme der Bildung freier Gewerkschaften Gegenstand der offiziellen Beratungen zwischen den Regierungen und Parlamenten Schleswig-Holsteins und der Kaliningrader Oblast sein. Ferner sucht die Organisation Beratung und Hilfe bei der Interpretation und Anwendung internationaler Rechtsnormen und Rechtsentscheidungen.

Nr. 13 Freie Gewerkschaften in Kaliningrad

Die nachstehende Liste der in der Oblast Kaliningrad existierenden freien Gewerkschaften wurde für uns von Michel Tchesalin (→ Nr. 12) zusammengestellt.

1. **The Russian Trade Union of Dockers. The Committee in the Kaliningrad Sea Commercial Port**
→ Profil Nr. 12
2. **The Russian Trade Union of Railway Locomotive Brigades. The Organisation on Kalinigrad Railways**
Number of members: 80
Chairman: Naidenko, Alexander Gavrilovich
Address: Kaliningrad, Suvorova ul., 1A; Tel.: 499 33 17 / E-mail: profsoys@bds.ru
3. **The Russian Trade Union of Sailors. The Kaliningrad Regional Division**
Number of members: 2000.
Chairman of Board: Mamontov, Vadim Vladimirovich.
Address: Kaliningrad, Rotko ul. 2; Tel./Fax: 44 89 37 (work).
4. **The Public Trade Union Organisation of Tishinskaya Secondary School**
Number of members: 10
Chairman: Zhukova, Tatiana Ivanovna
Address: Kaliningrad Oblast, Bagrationovsky rajon, poselok Tishino; Tel.: (01156) 674 47 (work), 67 430 (home)

5. The Trade Union "Libertas" (Workers at the Fishery Port)

Number of members: 20

Consuls: Rudakov, Vladislav Valentinovich and Putilin, Alexander Nikolaevich

Address: Kaliningrad, Generala Sommera ul. 28-17; Tel./Fax: 53 65 32

6. The Kaliningrad Association of Aircraft Trade Unions

Number of members: 450

Address: 238315, Kaliningrad Oblast, Gurievsky rajon, Airport "Khrabrovo"

Includes:

a) The Kaliningrad Trade Union of Aircraft Controllers

Number of members: 40

Chairman: Kiselev, Constantin Vyacheslavovich; Tel.: 45 95 15

b) The Trade Union of Aircraft Engineers

Number of members: 150

Chairman: Onishenko, Igor Nikolaevich; Tel.: 51 23 87 (home), 45 96 50 (work),
Fax: 45 95 80

c) The Trade Union of Aircraft Radiolocation and Signal Workers

Number of members: 15.

Chairman: Efremova, Nadezhda Feodorovna; Tel.: 45 94 14

d) The Kaliningrad Trade Union of Stewards

Number of members: 40.

Chairman: Kremleva, Helen; Tel. 41 08 35

e) The Kaliningrad Independent Trade Union of Aircraft Staff

Number of members: 140.

Chairman: Nabiev, Alisher; Tel.: 40 02 35

3.4 Themenbereich Frauen

<i>Nr. 14 Liga der Wählerinnen</i>

Региональная общественная организация «Лига избирательниц Калининградской области» Kaliningrad Regional Public Organization "The League of Women Voters of the Kaliningrad Region"

Anschrift:

Galitskogo ul. 31-13

Kaliningrad, 236040

Tel.: 22 84 13 oder 46 29 18 / Tel./Fax: 46 12 53 / email: zelinskaya@duma.

kaliningrad.org

Gesprächspartnerinnen:

Frau *Irina M. Gertzik*, Vorsitzende des Vorstands, Fachreferentin bei der Gebietsduma; Frau *Ludmila Zelinskaya*, Stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete der Gebietsduma.

Ziele:

Die Vereinigung will die Menschen in Kaliningrad zur Beteiligung am politischen Geschehen bewegen. Die Herausbildung eines Rechtsstaates soll unterstützt, die Durchführung von Wahlen nach demokratischen Prinzipien sichergestellt und die Arbeit der Abgeordneten aller Ebenen im Gebiet beobachtet und analysiert werden. Insbesondere Frauen sollen in politische und gesellschaftliche Aktivitäten einbezogen und generell die Partizipation von Frauen in allen Bereichen vergrößert werden. Die Organisation beteiligt sich nicht an Wahlen, fordert aber vom Staat, Chancengleichheit für Männer und Frauen zu gewährleisten. Priorität in der Arbeit der Liga hat die politische Bildung von Frauen.

Organisatorisches:

Die Liga wurde im August 1998 gegründet und im November des gleichen Jahres in der Rechtsform einer "Kaliningrader regionalen gesellschaftlichen Organisation" registriert. Sie hat derzeit 45 Mitglieder sowie etwa 100 Unterstützer. Der Vorstand besteht aus fünf Personen. Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben. Die Arbeit erfolgt im Prinzip ehrenamtlich. Für die Durchführung von Seminaren unterschiedlicher Art wirbt die Liga jedoch erfolgreich Finanzmittel aus dem Westen ein, aus denen u.a. die TeamerInnen und ReferentInnen entlohnt werden. Zu ihnen zählen zumindest auch Vorstandsmitglieder der Liga. Derzeit ist die Finanzierung der Arbeit für ein Jahr gesichert. Die Finanzierung der Liga und ihrer Aktivitäten scheint ausschließlich über nordamerikanische Institutionen zu erfolgen, die Büros in Russland unterhalten (vgl. unten).

Seit dem 9. April 2000 verfügt die Liga über ein eigenes Büro, das sich in einer Kaliningrader öffentlichen Bibliothek befindet. Schon zuvor haben städtische Bibliotheken die Arbeit der Organisation unterstützt, indem sie Räume für Zusammenkünfte zur Verfügung gestellt haben und "WählerInnenecken" eingerichtet wurden, in denen Informationsmaterialien ausgelegt werden konnten.

Aktivitäten:

Runde Tische und Seminare: In Kaliningrad gäbe es etwa 40 Frauenorganisationen (wobei nicht alle dieser Bezeichnung gerecht würden), aber ihre Effizienz sei gering, die Zusammenarbeit mit den Machtstrukturen schlecht entwickelt und das Wissen um die bestehenden Rechte unterentwickelt. Um solche Defizite zu beheben, organisiert die Liga Runde Tische, Bildungs- und Trainingsseminare insbesondere mit Vertreterinnen anderer Frauenorganisationen. Themen waren bislang u.a.: die schwierige ökonomische Lage nach der Rubelkrise im August 1998 (Okt. 98), Probleme der Verteilung von humanitärer Hilfe (Okt. und Dez. 98, Feb. 99), Frauen und Konsumverhalten (März 99), die Rolle gesellschaftlicher Organisationen im Wahlprozess (Sept. 99), Training für die Arbeit in Organisationen der Wohlfahrtspflege (Okt. 99), Organisationswandel und der Wandel der Stellung von Frauen in lokalen Gruppen (Nov. 99), Training für Wahlbeobachterinnen (Dez. 99).

Wahlbeobachtung: Aus dem Seminar vom September 99, das in Zusammenarbeit und mit finanzieller Unterstützung des National Democratic Institute (NDI) in Washington durchgeführt wurde, ist die 15 regionale Jugend- und Frauenorganisationen umfassende Koalition "Zivilgesellschaft und die Wahlen 1999/2000" hervorgegangen, die sich die Überwachung der korrekten Durchführung der anstehenden Wahlen im Kaliningrader Gebiet zum Ziel gesetzt hat. Die Liga hat die Koordination der Koalition übernommen. Dem Ziel der Wahlbeobachtung diente auch das Seminar im Dezember 99, das in Zusammenarbeit mit der International Foundation for Election Systems, ebenfalls in Washington ansässig (mit Zweigbüro in Moskau), durchgeführt wurde. 23 Mitglieder Kaliningrader Frauenorganisationen wurden in die Verfahren der Wahlbeobachtung eingewiesen. Über die Wahlen zur Staatsduma wurde ein sechs-seitiger Bericht erstellt.

Moniert werden vor allem fehlende Eintragungen in Wählerverzeichnisse sowie unerlaubte Wahlpropaganda am Arbeitsplatz durch Vorgesetzte. Auch die für Oktober 2000 anstehenden Wahlen von Gouverneur, Gebietsduma und Stadtparlament sollen begleitet werden. Weibliche Kandidaten sollen durch PR-Fachleute mit dem Ziel beraten und trainiert werden, ihren Wahlkampf zu verbessern (Wie ist ein Flugblatt aufzubauen? Was ist bei Fernsehauftritten zu beachten? Wie führt man ein Wahlkampfteam? usw.).

Rechtsberatung und Hilfsangebote für Frauen: Das Trainingsseminar vom Oktober 99, das mit Unterstützung des Frauenvernetzungsprogramms des Open Society Institute (Soros-Stiftung) durchgeführt wurde, hat zu einem Antrag bei einer kanadischen Stiftung geführt, die die Unterstützung russischer Frauen zum Ziel hat. Zugleich hat es zur Ausformulierung der Planungen für die Einrichtung eines Frauen-Krisenzentrums durch die Kaliningrader Frauen-Union beigetragen (→ Nr. 15). Das Seminar vom November 99 (ebenfalls mit Unterstützung des *NDI* durchgeführt) hat zu Gesprächen zwischen Vertreterinnen von Frauenorganisationen und der Gebietsverwaltung über die Einrichtung einer Beratungsstelle für Frauen in sozialer Notlage geführt. Angestrebt wird die Gründung einer Beratungs- und Informationsstelle zu Frauenrechten. Mit Unterstützung der kanadischen Botschaft beginnt im April 2000 ein Kurs (zweimal wöchentlich für zwei Monate), in dem für Frauen relevante Rechtsfragen vermittelt werden sollen.

Kooperation:

Die Liga arbeitet im Rahmen der Kaliningrader Frauen-Union mit (bei einigen der oben genannten Aktivitäten ist auch unklar geblieben, ob sie federführend von der Liga oder nur unter ihrer Beteiligung im Rahmen der Union organisiert wurden bzw. werden) und nimmt an einem Programm "Law School" teil, das von einem juristischen Institut in St. Petersburg mit dem Ziel entwickelt wurde, das Politik- und Rechtsbewusstsein der Bürger und Bürgerinnen zu stärken. Hinzu kommt die Kooperation mit Jugend- und Frauenorganisationen im Rahmen der oben erwähnten Koalition zur Begleitung der Wahlen.

Mit Blick auf den internationalen Bereich wurden nur Kontakte zu den oben erwähnten Geld gebenden Institutionen erwähnt.

Probleme / Wünsche:

Die Vertreterinnen der Liga schätzen deren Arbeit als erfolgreich ein. Über die ersten Seminare hätten die Medien zwar negativ berichtet und keinerlei Verständnis für das Anliegen der Chancengleichheit gezeigt. Das habe sich inzwischen jedoch verbessert. Auch die Duma-Abgeordneten hätten zuerst über die Frauen nur gelacht, jetzt aber nehme man sie ernster. Man sehe den Fortschritt.

Die Frage nach *Problemen*, die die Arbeit der Liga behinderten oder erschwerten, wird entsprechend der positiven Einschätzung nur bedingt verstanden. Stattdessen wird auf das Problem verwiesen, das die EU-Erweiterung für Kaliningrad darstelle. Eine Konferenz mit den Nachbarstaaten, auf der über diese Probleme beraten werde, sei dringlich. Polnische Frauenorganisationen hätten in einem Bericht festgestellt, dass Polen die Geschlechter- und Gleichberechtigungsstandards der EU nicht erfülle.

Hinsichtlich *Wünschen* für eine mögliche Zusammenarbeit mit schleswig-holsteinischen Partnern wird erst auf Nachfragen festgestellt, dass Informationen über deutsche Erfahrungen mit der Geschlechtergleichstellung (einschließlich Frauenbeauftragten) und über einschlägige gesetzliche Regelungen hilfreich wären, weil man in Kaliningrad die eigenen Standards im Lichte der europäischen Erfahrungen entwickeln und sie denen der europäischen Organisationen angleichen müsse. Kontakte zu ähnlichen Organisationen wie der Liga seien vielleicht auch sinnvoll um zu erfahren, welche Erfahrungen und Erfolge Frauen, die sich politisch engagieren, in Deutschland hätten.

Nr. 15 Vereinigung der Akademikerinnen

Региональная общественная организация «Ассоциация женщин с университетским образованием Калининградской области»
Regional Public Organisation
"Association of Women with University Education in the Kaliningrad Region"

Anschrift:

Frau Ass. Prof. Galina V. Gratcheva, Ph.D.
c/o The International University - Kaliningrad Division
Janalova str. 42A
Kaliningrad, 236000

Tel. (priv.): 44 28 36 / Fax (Universität, dienstl.): 21 82 26 / keine email

Gesprächspartnerin:

Frau Ass. Prof. *Galina V. Gratcheva*, Vorsitzende der Kaliningrader Gruppe und Direktorin des Regionalen Psychoanalytischen Zentrums, hauptberuflich Dozentin für Psychologie am Kaliningrader Ableger der (privaten) Internationalen Universität; in Gegenwart des Rektors und Vizerektors der Universität.

Ziele:

Angesichts ungünstiger äußerer Bedingungen konnte das Gespräch mit Frau Gratcheva nicht so vertieft werden, dass ihre Ausführungen zum Stichwort "Ziele" durchgängig den verschiedenen Organisationen, über die sie berichtet hat, zugeordnet werden können. Angesprochen wurden neben der Kaliningrader Regionalgruppe der Akademikerinnenvereinigung auch der gesamtrussische Dachverband, das regionale Psychoanalytische Zentrum sowie die Frauen-Union als dem Zusammenschluss der Kaliningrader Frauenorganisationen. Frau Gratcheva ist in allen genannten Zusammenhängen als Feministin aktiv. Ihr Bemühen zielt insbesondere auf Fragen der Frauendiskriminierung im Berufsleben, die Wiederbelebung von Psychoanalyse in Russland sowie die Schaffung von Beratungsmöglichkeiten für Frauen in persönlichen Krisensituationen.

Organisatorisches:

Die *Kaliningrader Akademikerinnen-Vereinigung* wurde 1998 gegründet, nachdem Frau Gratcheva auf einer Konferenz in St. Petersburg das Präsidiumsmitglied der Internationalen Vereinigung der Akademikerinnen, Sandra Harding, getroffen hatte. Die Vereinigung ist als "regionale gesellschaftliche Organisation" registriert und hat sich dem 1992 gegründeten gesamtrussischen Verband der Akademikerinnen angeschlossen, der seinerseits Mitglied in der bereits 1913 entstandenen internationalen Vereinigung ist.

Die Gruppe hat derzeit 13 Mitglieder. Es könnten mehr sein, aber die Moskauer Zentrale akzeptiere keine weiteren Mitglieder, da der Beitrag der nationalen Organisation zur internationalen nach der Zahl der Mitglieder berechnet werde und für diese internationale Beitragszahlung nur ein im Umfang begrenzter spezieller Fond zur Verfügung stehe.

Die Gruppe verfügt über kein eigenes Büro und die Möglichkeiten der Vorsitzenden, die Infrastruktur an ihrem Arbeitsplatz, der privatwirtschaftlichen "Internationalen Universität", zu nutzen, sind deutlich begrenzt.

Die Vorsitzende der Kaliningrader Akademikerinnen-Vereinigung ist nach eigener Aussage die einzige psychoanalytisch qualifizierte Person in der Oblast (die Psychoanalyse ist in der Sowjetunion unterdrückt worden; sie müsse jetzt erst wiederbelebt werden). In dieser Eigenschaft hat Frau Gratcheva 1999 das *Regionale Psychoanalytische Zentrum*

der Nationalen Föderation für Psychoanalyse gegründet. Es solle mit einem in Planung befindlichen Frauen-Krisenzentrum zusammenarbeiten. Derzeit werde die Aufgabe hilfsweise in Form eines PsychologInnen-Netzwerks wahrgenommen, in dem vor allem Studierende mitwirken.

Aktivitäten:

Angesichts der ungünstigen Gesprächsbedingungen konnte auch die Frage der konkreten Arbeit der Vereinigung nicht genauer geklärt werden. Sie ist zumindest an folgenden Aktivitäten mit beteiligt, wobei auch das Stadium der Umsetzung (abgeschlossen, laufend, geplant) offen bleiben muss:

- Durchführung eines Runden Tisches zu den Karriere- und Berufsproblemen von Frauen in Einrichtungen der höheren Bildung. Die Frauen würden dort diskriminiert; Frauenanteil an den Lehrkräften läge bei bis zu 80%, aber in den Leitungspositionen sei er praktisch Null.
- Durchführung einer Konferenz unter Beteiligung von Sandra Harding über Probleme der Weiterbildung von Frauen im akademischen Bereich.
- Einrichtung eines Frauen-Krisenzentrums, das Zuflucht und Beratung für Frauen bietet, die unter Gewalt und sexueller Belästigung leiden. Angeboten werden sollen ein Telefon-Notruf, juristische Beratung und psychologische Betreuung. Schon jetzt arbeiten Frauen ehrenamtlich in diesem Sinne; das Psychologie-Netzwerk helfe mit Supervision. Frauen seien ehrenamtliche Arbeit gewöhnt, aber auf Dauer müsse eine solche Tätigkeit bezahlt werden. Bei der Gebietsverwaltung gebe es eine gewisse Unterstützung für die Idee, den Frauenorganisationen ein Haus zur Verfügung zu stellen, das ihre Büros beherbergen könnte, aber auch das Krisenzentrum. Bei der Stadt gäbe es Pläne, ein Zentrum für soziale und menschliche Beratungshilfe einzurichten. Es wäre effektiver, all dies zusammenzulegen.

Kooperation:

Die Akademikerinnen-Vereinigung sei Mitglied der "Frauen-Union des Kaliningrader Gebiets", in der fast alle der ca. 30 Frauenorganisationen in der Oblast vertreten seien. Präsidentin ist die Duma-Abgeordnete Galina Petrachenko. Über diesen Zusammenschluss werde mit praktisch allen einschlägigen Organisationen kooperiert. Kontakte bestehen ferner zum eigenen nationalen Verband. Eine transnationale Kooperation oder ausländische finanzierte Projekte scheint es bislang nicht gegeben zu haben.

Probleme / Wünsche:

- Die Einwerbung einer Finanzierung für das Frauen-Krisenzentrum wird als vordringlich angesehen (sowohl Personal- als auch Sachmittel).
- Als weiteres Problem gilt die finanzielle Unterstützung der Teilnahme an Konferenzen (in Moskau und anderswo; die Teilnahme sei wichtig, um neue Leute für einen Erfahrungsaustausch kennen zu lernen, der wichtig für die längerfristige Planung sei) und für die Durchführung von eigenen Seminaren (das thematische Interesse liegt bei "Karriereprobleme von Frauen" und "Gewalt gegen Frauen").
- Wünschenswert wäre ein Büro für die Vereinigung (Frau Gratcheva hat, obgleich Assistenzprofessorin, auch in der Universität kein Zimmer zu ihrer Verfügung).
- Als Direktorin des Psychoanalytischen Zentrums und einzige psychoanalytisch qualifizierte Person in der Oblast fühlt Frau Gratcheva sich von der fachlichen Kommunikation abgeschnitten und klagt, dass zu den Konferenzen immer nur die St. Petersburger und Moskauer eingeladen würden. Auch die internationalen Experten führen nur dorthin. Deshalb wünscht Frau Gratcheva sich Einladungen, nicht zu irgendwelchen Seminaren, sondern zu echten Fachtagungen mit wissenschaftlicher Substanz.

<i>Nr. 16 Vereinigung der Unternehmerinnen Russlands</i>

Калининградское региональное отделение Общероссийской общественной организации «Ассоциация женщин-предпринимателей России» Russian National Association of Female Entrepreneurs. Kaliningrad Division

Anschrift:

Frau Valentina G. Zosimenko

Mira prosp. 106-1, Kaliningrad, 236000 und und Sovietskij prosp., 126.

Kaliningrad, 236023

Tel.: 27 32 64 / Fax: 47 27 09 / email: postmaster@psp.koenig.ru (nur in Englisch und mit Verweis auf Empfänger im "Subject")

Tel. Kontakt in Englisch: Sevetlana Vokalchuk (21 73 20)

Tel. Kontakt in Deutsch (und Englisch): Elena Hovanskay (45 34 84)

Gesprächspartnerin:

Frau *Valentina Zosimenko*, Vorsitzende und Mitgründerin der Kaliningrader Gruppe.

Ziele:

Ziel des Zusammenschlusses ist es, gemeinsam besser jene Probleme lösen zu können, mit denen KleinunternehmerInnen (mehrheitlich handelt es sich dabei um Frauen) typischer Weise konfrontiert sind. Dabei geht es zum einen um die Anerkennung von Steuervergünstigungen, Mietfragen und um andere rechtliche Probleme, zum anderen um die Stärkung der ökonomischen Grundlagen der Klein(st)unternehmen, auch durch die gemeinsame Entwicklung von Projekten und die Einwerbung von Fördermitteln.

Organisatorisches:

Die kaliningrader Gruppe der "gesamtrussischen gesellschaftlichen Organisation" wurde vor drei Jahren gegründet und im Frühjahr 2000 registriert. Bei den derzeit 20 Einzelmitgliedern handelt es sich durchgängig um Frauen, die unternehmerisch tätig sind oder es waren und derzeit pausieren. Als korporative Mitglieder kommt eine Bäckerei/Konditorei und eine Vereinigung zur Betreuung von Behinderten hinzu. Die Einzelmitglieder kommen überwiegend aus dem Handel-, Handwerks- und dem Dienstleistungssektor (u.a. Friseurunternehmerin, Touristik, Näherei, Einzelhandel).

Ein Mitgliedsbeitrag wird erst seit etwa einem Jahr erhoben (Mindestbeitrag 200 Rubel pro Monat). Weiteres Geld kommt von gelegentlichen Spenden einzelner Unternehmen. Die Arbeit erfolgt ehrenamtlich; das gilt auch für die Vorsitzende, die allerdings im Rahmen eines TACIS-Projektes zur Förderung weiblicher Unternehmertätigkeit zeitweilig eine Bezahlung erhalten hat.

Die Gruppe verfügt über kein Büro.

Aktivitäten:

In einer eigenen Organisation hat man sich zusammengeschlossen, weil diese anders als bestehende größere Organisationen näher an den Bedürfnissen der Mitglieder orientiert arbeiten und besser auf die frauenspezifischen Probleme reagieren kann. Die größeren Organisationen seien männlich dominiert, auch die Machtapparate und Gesetze seien männlich geprägt. Für Frauen sei es sehr schwierig, den Nachweis zu führen (auch gegenüber Behörden), dass sie durchaus zur Unternehmerin befähigt sind. Über sexuelle Belästigung sei es sehr schwierig zu sprechen, aber es gäbe sie. Oft sei der Eigentümerunternehmer der einzige Mann in einem Unternehmen, alle Beschäftigten seien weiblich.

Frauen seien disziplinierter. Die verbreitete Korruption sei gerade für KMU ein großes Problem, wobei Frauen besondere Schwierigkeiten hätten, mit ihm umzugehen.

Anfänglich stand die Stärkung des Zusammenhalts der Mitglieder, also organisationsinterne Arbeit im Vordergrund. Gegenwärtig versucht die Organisation vier Projekte zur Unterstützung von Unternehmensgründungen durch Frauen in den Bereichen Öko-Tourismus (Ferien auf dem Land), Geflügelzucht und Kunsthandwerk zu entwickeln und Fördermittel hierfür zu finden. Diese Projekte sollen die Organisation auch für neue Mitglieder attraktiver machen. Das Hauptproblem sei, das notwendige Startkapital zu mobilisieren. Dabei sei man nach allen Seiten offen. Auch mit der Gebietsverwaltung und dem Gouverneur müsse man zusammenarbeiten. Dieser sei gegenüber weiblicher Unternehmertätigkeit aufgeschlossen. Frau Zosimenko ist Mitglied des vor etwa anderthalb Jahren geschaffenen Beirats der Gebietsverwaltung für die Koordination der Unternehmensentwicklung. Der Beirat trifft sich vierteljährlich zu Konsultationen über Vorhaben der Gebietsverwaltung sowie als Forum, auf dem gegenüber der Verwaltung aufgetretene Probleme vorgetragen werden können.

Zwei Mitglieder der Kaliningrader Gruppe gehörten vor einigen Wochen zu den 30 Preisträgern eines vom nationalen Dachverband der weiblichen Unternehmer ausgeschriebenen Wettbewerbs, in dem besonders erfolgreiche weibliche Unternehmer ausgezeichnet wurden.

Kooperation:

Eine Zusammenarbeit besteht mit dem nationalen Dachverband; soweit die Finanzen reichen, nimmt man auch an Konferenzen teil, die dieser organisiert.

Enge Zusammenarbeit besteht augenscheinlich mit der bereits vor acht Jahren gegründeten Kaliningrader Industriellen- und Unternehmervereinigung (Komsomolskaja ul. 2); in ihr sind derzeit rund 80 männliche und weibliche Inhaber von KMU organisiert. Die Vereinigung weiblicher Unternehmer überlegt derzeit, korporatives Mitglied dieses Zusammenschlusses zu werden.

Frau Zosimenko hat vor ca. einem Jahr eine zeitlang in einem TACIS-Projekt zur Unterstützung von weiblichen Firmengründern gearbeitet, wobei nicht ganz klar wurde, ob es sich um ein Projekt der Vereinigung selber gehandelt hat bzw. wer der Träger war und wer mitgewirkt hat. Jedenfalls haben viele Trainingsseminare stattgefunden.

Eine Partnerschaft mit einer ausländischen Organisation besteht nicht.

Probleme / Wünsche:

Hauptprobleme seien das Fehlen eines eigenen Büros und der Mangel an Startkapital für Unternehmensgründungen; schon ein sehr kleiner Kapitalfonds wäre äußerst hilfreich.

An Wünschen wird geäußert:

- die Möglichkeit der Teilnahme einiger Mitglieder der Vereinigung an der Kieler Woche 2001 mit einem Stand auf dem Markt der Nationen;
- man würde sich sehr freuen, sich bei dieser oder anderer Gelegenheit mit deutschen weiblichen Unternehmern treffen zu können;
- ein NGO-Zentrum (diese Idee hat man aus Moskau mitgebracht; dort hat die Stadtverwaltung ein "Programm zur Entwicklung des öffentlich-gesellschaftlich Lebens" entwickelt, einer der Paragraphen sieht die Einrichtung eines "NGO-Hauses" vor); es sollte über eine Bibliothek verfügen, die über die für NGOs wichtige Rechtsliteratur verfügt; es sollte ferner eine Auskunftsdatei über alle NGOs in Kaliningrad führen (insgesamt 600, davon 50 Frauenorganisationen)

Nr. 17 Frauenorganisationen in Kaliningrad

Bei der nachstehenden Aufstellung handelt es sich um einen von uns bearbeiteten, insbesondere um die deutsche Übersetzung der Organisationsnamen ergänzten Auszug aus dem "Staatlichen Register der juristischen Lizenzen der gesellschaftlichen Vereinigungen, registriert bei der juristischen Abteilung der Verwaltung der Oblast Kaliningrad" (государственный реестр юридических лиц - общественных объединений, зарегистрированных в Управлении юстиции администрации Калининградской области). Die Liste wurde uns freundlicher Weise nach unserem Besuch in Kaliningrad von Frau Irina Gertzik (→ Nr. 14) zur Verfügung gestellt. Die Originalliste und das Begleitschreiben von Frau Gertzik legen nahe, dass es sich um eine Aufstellung aller bei der entsprechenden Stelle der Oblast-Verwaltung registrierten Frauenorganisationen handelt.

- 1. Kaliningrader regionale Sektion der gesellschaftlichen Organisation "Rat der Frauen Russlands"**
 Калининградское региональное отделение общественной организации «Союз женщин России»
 Registriert am 11.03.1998,
 Anschrift: Президиум г.Калининград, ул.Сергеева, 14, Tel.: 43-06-25, 43-46-75
 Ansprechpartnerin: Ступак Мария Иосифовна председатель
- 2. Kaliningrader regionale Sektion der gesamtrossischen Bewegung der Mütter "Für soziale Gerechtigkeit"**
 Калининградское региональное отделение Общероссийского движения матерей «За социальную справедливость»
 Registriert am 28.06.1996
 Anschrift: Правление г.Калининград, ул.Артиллерийская, Tel.: 49-31 43-22-74
 Ansprechpartnerin: Рыжова Елена,
- 3. Gesellschaftliche Bewegung der Kaliningrader Oblast "Frauen für eine humane Gesellschaft"**
 Калининградское областное общественное движение женщин за гуманное общество
 Registriert am 25.12.1996
 Anschrift: Совет г.Калининград, проспект Мира, 136, Tel.: 46-07-21
 Ansprechpartnerin: Спицына Ромуальда Робертовна
- 4. Kaliningrader regionale Sektion der gesellschaftlichen Bewegung "Allrussischer Frauenrat"**
 Калининградское региональное отделение общественного движения «Всероссийский женский союз»
 Registriert am 30.05.1997
 Anschrift: Совет г.Калининград, проспект Победы, 70, Tel.: 46-31-24
 Ansprechpartnerin: Кудрявец Ивановна
- 5. Gesellschaftliche Organisation des Rayon Tschernjachovsk Frauenrat der Kaliningrader Oblast**
 Общественная организация Черняховский районный женсовет Калининградской области,
 Registriert am 2.07.1997

Anschrift: Исполком Калининградская область, г.Черняховск, ул.Калинина, дом 7, комн.39, Tel.: 8-241-3-23-28

Ansprechpartnerin: Новгородова Людмила Петровна

6. Kaliningrader regionaler gesellschaftlicher Fonds "Slavin"

Калининградский региональный общественный фонд «Славянка»

Registriert am 16.09.1997

Anschrift: Правление, г.Калининград, ул.Коммунальная, 6, каб.3 21-76-69, Tel.: 43-08-65

Ansprechpartnerin: Малышева Ирина Константиновна

7. Regionale gesellschaftliche Organisation "Vereinigung der Akademikerinnen der Kaliningrader Oblast"

→ Profil Nr. 15

8. Gesellschaftliche Frauenorganisation der liberal-demokratischen Partei der Stadt Kaliningrad

Общественная женская организация либерально-демократической партии г.Калининграда

Registriert am: 12.03.1998

Anschrift: Совет г.Калининград, ул.Интернациональная 42-38, Tel.: 55-17-46

Ansprechpartnerin: Муравлева Елена Владиславовна

9. Gesellschaftlicher Fonds des baltischen Bezirks zur Unterstützung der Frauen "Ariadne"

Балтийский окружной общественный фонд поддержки женщин «Ариадна»

Registriert am 19.03.1998

Anschrift: Совет Калининградская область, г.Балтийск, ул.Пирогова, дом 1, кв.58

Ansprechpartnerin: Каллиникова Надежда Афанасьевна

10. Gesellschaftliche Vereinigung regionales Organ der gesellschaftlichen Eigeninitiative "Komitee der Soldatenmütter" der Kaliningrader Oblast

alle weiteren Angaben identisch mit jenen in → Profil Nr. 03→

11. Gesellschaftliche Organisation "Rat der Frauen der Kaliningrader Oblast"

Общественная организация «Союз женщин Калининградской области»

Registriert am 22.04.1998

Anschrift: Совет г.Калининград, проспект Мира, 5, |каб.32; Tel.: 21-22-71

Ansprechpartnerin: Петроченкова Галина Тимофеевна

12. Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation "Vereinigung der kinderreichen Mütter"

Калининградская региональная общественная организация «Ассоциация многодетных матерей»

Registriert am 7.07.1998

Anschrift: Совет г.Калининград, ул.Е.Ковальчук, дом 3, Tel.: 27-93-80

Ansprechpartnerin: Костенко Лариса Анатольевна

12. Kaliningrader regionale Sektion der gesamtrossischen gesellschaftlich-politischen Bewegung Frauen Rußlands

Калининградское региональное отделение Общероссийского общественно-политического движения женщин России

Registriert am 31.07.1998

Anschrift: Совет г.Калининград, ул.Гостиная, дом 16-10, Tel.: 27-24-06, 46-70-63

Ansprechpartnerin: Каткова Татьяна Ильинична

14. Kaliningrader regionale gesellschaftliche Bewegung "Soldatenmütter des Gebietes Kaliningrad"

→ Profil Nr. 03

15. Kaliningrader regionale Sektion der politischen Bewegungsorganisation "Russische Partei des Schutzes der Frauen"

Калининградское региональное отделение политической общественной организации «Российская партия защиты женщин»

Registriert am 30.11.1998

Anschrift: Комитет г.Калининград, ул.З ахарова 2, Tel.: 51-17-93, 59-21-94

Ansprechpartnerin: Савинова Людмила Алексеевна

16. Kaliningrader regionale Sektion der russischen gesellschaftlichen Organisation "Frauen für ein zukünftiges Russland"

Калининградское региональное отделение Российской общественной организации «Женщины для будущего России»

Registriert am 30.11.1998

Anschrift: Совет г.Калининград, ул.Генерала-лейтенан, та Захарова, 2, Tel.: 51-17-93

Ansprechpartnerin: Петрова Тамара Васильевна

17. Regionale gesellschaftliche Organisation "Liga der Wählerinnen der Kaliningrader Oblast"

→ Profil Nr. 14

18. Kaliningrader regionale gesellschaftlich-politische Organisation "Sozialdemokratische Partei der Frauen der Kaliningrader Oblast"

Калининградская региональная общественно-политическая организацияпартия «Социал-демократическая партия женщин Калининградской области

registriert am 18.12.1998

Anschrift: Совет г.Калининград, ул.Геологическая 1, каб.502, Tel.: 21-76-69, 43-08-65

Ansprechpartnerin: Малышева Ирина Константиновна

19. Kaliningrader regionale Sektion der allrussischen Gesellschaft der politischen Union "Bewegung der Frauen für die Gesundheit der Nation"

Калининградское региональное отделение Всероссийского общественного политического союза «Движение женщин за здоровье нации»

Registriert am 12.01.1999

Anschrift: Правление г.Калининград, ул.Алябьева 1а, Tel.: -27 55-22-08

Ansprechpartnerin: Казмерчук Людмила Григорьевна

20. Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation "Geschäftsfrauen"

Калининградская региональная общественная организация «Деловая женщина»

Registriert am 4.02.1999

Anschrift Совет г.Калининград, Правая Набережная, Tel.: 21 22-57-08

Ansprechpartnerin: Васильева Людмила Михайловна

- 21. Regionale gesellschaftliche Organisation der Frauen der Kaliningrader Oblast "Töchter des Bernsteinlandes"**
Региональная общественная организация женщин Калининградской области
»Дочери Янтарного края«
Registriert am 1.03.1999
Anschrift: Совет Калининградская область г.Калининград, ул.Генделя, 3-101
Ansprechpartnerin: Ибрагимова Ирина Дмитриевна
- 22. Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation Union der Frauen "Unser Morgen"**
Калининградская региональная общественная организация Союз женщин
«Наше завтра»
Registriert am 11.03.1999
Anschrift: Правление Калининградская область г.Калининград, ул.Бородинская,
дом 8, кв.5; Tel.: 33-86-87
Ansprechpartnerin: Осипова Наталья Александровна
- 23. Gesellschaftliche Organisation "Vereinigung kinderreicher Mütter" der Stadt Pionerskij der Kaliningrader Oblast**
Общественная организация »Ассоциация многодетных матерей«
г.Пионерского Калининградской области
Registriert am 20.08.1999
Anschrift: Совет Калининградская область г. Пионерский пос.Рыбное 15-1; Tel.:
(255) 2-27-11
Ansprechpartnerin: Родионова Наталья Викторовна
- 24. Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation "Frauen-Antikrisen-zentrum"**
Калининградская региональная общественная организация »Женский
антикризисный центр«
Registriert am 23.02.2000
Anschrift: Совет Калининградская область, Калининград, проспект Мира, 136,
Tel.: офис 526 27-44-55
Ansprechpartnerin: Мельченко Лариса Викторовна
- 25. Kaliningrader regionale Sektion der gesamtrussischen gesellschaftlichen Organisation "Vereinigung der Unternehmerinnen Russlands"**
→ Profil Nr. 16
-

3.5 Themenbereich Migration und Minderheiten

Nr. 18 "DOM" (Haus) Fonds zur Unterstützung von Flüchtlingen und 'Forced Migrants'

Калининградский региональный общественный фонд поддержки беженцев и вынужденных переселенцев "Дом"

Kaliningrad Regional Public Fund for the Support of Refugees and Forced Migrants "House"

Anschrift:

Gorkogo ul. 19A, Office 206

Kaliningrad 236040

Tel./fax: 27 54 81 und 27 94 96.

E-mail: krof_dom@hotmail.com und icid1534@soros.albertina.ru



GesprächspartnerInnen:

Herr *Rustam Sultanovich Baratov* (Mitte), Leiter des Migrationsprogramms; Herr *Dmitry Leonidovich Raspopov* (links), Leiter des Jugendprogramms; Frau *Natalia Valerievna Klochkova* (rechts), Büroleiterin.

Ziele:

DOM will vor allem den Neuankömmlingen in Kaliningrad durch juristische, psychologische und soziale Beratung praktisch helfen, sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden und „heimisch“ zu werden. Gleichzeitig will die

Organisation zum Schutz der Minderheitenrechte beitragen, indem sie die soziale und politische Situation und Behandlung der Migranten beobachtet (Monitoring) und die Daten und Aussagen, mit denen die „Machtinstitutionen“ arbeiten, überprüft.

Organisatorisches:

Die Vorsitzende von DOM ist Olga Smetnitskaja. Die Organisation wurde im März 1996 gegründet und im Mai 1996 als Kaliningrader regionaler gesellschaftlicher Fonds registriert. Diese Rechtsform schien den vier Gründungsmitgliedern, zu denen auch Organisationen gehören, am besten geeignet, um die Ziele zu realisieren. Heute hat DOM etwa 1.500 Mitglieder, von denen 50 aktiv sind. Der Vorstand wird von der Vollversammlung gewählt. Die Arbeit wird von 10 Personen, die selber Migranten sind, ehrenamtlich geleistet. Die dazu herangezogenen Spezialisten (Psychologe, Sekretär, Projektleiter, Juristen) werden allerdings honoriert. Eine eigene Homepage ist geplant. Bislang nutzt DOM die Möglichkeit, drei Stunden in der Woche am Internet-Center der Universität zu arbeiten, das von der Soros-Stiftung finanziert wird. Die Organisation finanziert sich aus Spenden und projektgebundenen Fördermitteln. Mittel für Büro und Beratung kommen gegenwärtig von der Open Society Foundation (Soros).

Aktivitäten:

Die Aktivitäten von DOM im Bereich der Untersuchung der Lage der Migranten und der praktischen Hilfestellung für sie sind deutlich an dem Aktionsplan orientiert, den der UNHCR, die OSZE und die Internationale Organisation für Migration (IOM) in Zusammenarbeit mit NGOs im Rahmen der "CIS Migration Conference" 1996 (→ Kap. 2.2.2) ausgearbeitet haben.

Ausgangspunkt der Untersuchungsaktivitäten von DOM ist die Erkenntnis, dass Kaliningrad keine "Urbevölkerung" hat. Nicht nur in der Folge des Zweiten Weltkrieges, auch in den letzten zehn Jahren nach dem Ende der Sowjetunion hat ein ständiger Austausch der Bevölkerung stattgefunden. Bislang gibt es keine systematische Untersuchung der damit verbundenen Probleme. Amtliche Daten sind widersprüchlich und zweifelhaft, da sie nur etwa 80 % der Migranten, nämlich diejenigen berücksichtigen, denen es gelungen ist, die Hürden der Registrierung zu überwinden. DOM hat mit seiner Untersuchungstätigkeit erst begonnen – kann diese aber zur Zeit aufgrund organisatorischer und finanzieller Probleme nicht weiterführen. Ein Antrag an die Ford-Foundation für ein Forschungsprojekt ist gestellt. Es soll die Widersprüche der amtlichen Daten aufklären, die aktuelle soziale Struktur der kaliningrader Gesellschaft bestimmen und den unterschiedlichen Status von „Forced Migrants“ und Flüchtlingen klären.

Die Hauptaktivitäten von DOM beziehen sich auf unterschiedliche Formen direkter Hilfe. Im Laufe der Zeit hat der Fonds mehr als 1.500 Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen (nationale und religiöse Kämpfe, Kriege, Hunger) als Flüchtlinge oder Forced Migrants aus dem Bereich der GUS zugewandert sind, in rechtlichen und sozialen Fragen, bei Wohnungs- und Ausbildungsproblemen geholfen. Zu diesem Zweck hat DOM sieben Hauptprogramme:

1. Zum *Menschenrechtsschutz* bietet die Organisation regelmäßige Sprechstunden sowie kostenlose Rechtsberatung an; ferner veranstaltet sie Dialoge über einschlägige internationale Fragen.
2. Zur *Sozial- und Gesundheitsversorgung* organisiert DOM medizinische Hilfe, verbreitet Informationsbroschüren über erste Hilfe und vermittelt humanitäre Hilfe.
3. Zum *Schutz der Kinder* hat DOM ein Projekt „Unterstützung für die talentierte Jugend“ entwickelt. Es geht von dem Grundsatz aus „Jedes Kind ist ein Genie“. Wenn jedes Kind einen weisen Lehrer fände – so die Projektbeschreibung –, der die Fähigkeiten des Kindes aufgreifen und entwickeln würde, sähe die Welt anders aus. Ziel ist es, den Kindern zu helfen, die eine solche Unterstützung nicht erfahren, seien es Kinder von Flüchtlingen, behinderte Kinder oder Kinder aus sozial schwachen Familien. Zum Jahreswechsel 2000 hat DOM ein Ferienkamp mit psychologischer Betreuung für diese Kinder (in Selenogradsk) organisiert. Geplant ist die Gründung eines Unterstützungsfonds für diese Risikofamilien. Eine englischsprachige Projektbeschreibung liegt vor.
4. Im Bereich *Erziehung/Ausbildung* bemüht sich DOM um kostenlose russische und englische Sprachförderung für Kinder und Jugendliche.
5. Zur Verbesserung der Berichterstattung in den *Massenmedien* hat DOM einen Kooperationsvertrag mit einigen Medien geschlossen. Darin verpflichten sich der Kaliningrader Presseclub, fünf Zeitungen, vier Rundfunk- und Fernsehprogramme und DOM dazu, Informationen auszutauschen, Neuankommende generell zu unterstützen und über die Probleme der Migranten, ihre Erfahrungen und die Lösungsmöglichkeiten, über den Umgang der kommunalen Institutionen mit den Migranten und die Implementierung eines Integrationsprogrammes zu berichten.

6. DOM hat auch ein *Ansiedlungsprogramm* für Migranten, das den Bau von Neubausiedlungen für jeweils 30 bis 50 Familien und die Sicherstellung der Versorgung mit schulischer und anderer Infrastruktur vorzieht.
7. Mit Hilfe eines *Ökologischen Programms* sollen Einrichtungen zur Diagnose von Luft und Wasser und kleine Fabriken zur Müllverwertung geschaffen werden.

Kooperation:

DOM ist Mitglied der Kaliningrader Rechtsschutzbewegung (→ Nr. 06) und auf dem Plan für Sprechstunden, die DOM anbietet, findet sich der Name des Vorsitzenden von „Schutz der Bürger- und Menschenrechte“, Getmanenko (→ Nr. 01). DOM ist Mitglied des Netzwerkes „Forum of Forced Migrants and Refugees“, das seinen Hauptsitz in Moskau hat. Das Büro von DOM ist mit Plakaten von UN-Organisationen geschmückt.

Probleme/Wünsche:

Die Organisation sucht nach Forschungskontakten zu Kollegen aus Westeuropa und Möglichkeiten der Weiterqualifikation, insbesondere im Hinblick auf europäische Erfahrungen in der Regulierung von Migrationsproblemen und Fremdenfeindlichkeit.

Auch DOM hat finanzielle Probleme, zugesagte Gelder aus den USA kämen momentan nicht an. Die Gesprächspartner sind besorgt darüber, dass die zweite Ratenzahlung der Open Society Foundation nicht eingetroffen ist, obwohl DOM alle Kriterien erfüllt habe. Deshalb hat die Organisation einen von zwei Büroräumen abgeben müssen; DOM hofft aber, dass dieses Problem bald gelöst sei.

Nr. 19 CBC - Vereinigung "Baltische Gemeinschaft"
Межрегиональная общественная организация "Союз Балтийское содружество" Interregional Public Organization "Union Baltic Commonwealth"

Anschrift:

Galina Fokeevna Krivdina
a/ya 1433 (post box)
Kaliningrad, 236000
privat: K. Marksa ul. 64-2, Kaliningrad 236000
Tel.: 55 17 46

Schriftwechsel in deutscher und englischer Sprache möglich.

Gesprächspartnerin:

Frau *Galina Fokeevna Krivdina*, Präsidentin von CBC (→ auch Nr. 05 und Nr. 20).

Ziele:

Die Organisation bemüht sich um rechtliche und soziale Hilfe einschließlich Arbeit und Wohnen für 'Forced Migrants' und andere Migranten aus den Staaten der GUS, den baltischen Staaten und den nördlichen Regionen Russlands. Nach den Statuten hat sie ferner ökologische Ziele, die aber bislang nicht konkretisiert wurden.

Organisatorisches:

Die Vereinigung wurde im Mai 1999 als Interregionale gesellschaftliche Organisation registriert. Sie vereinigt über ihre Mitgliedsorganisationen etwa 1.000 Menschen aus der Oblast Kaliningrad und anderen Regionen Russlands. Zu den Mitgliedsorganisationen,

von denen einige zugleich Mitglied der Kaliningrader Rechtsschutzbewegung (→ Nr. 06) sind, gehören:

1. **Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation "Versammlung zum Schutz des internationalen Rechts"**
→ Profil Nr. 05
2. **Kaliningrader regionaler Fonds "Mutterland"**
Калининградский региональный общественный фонд "Родина".
3. **Wohltätige gesellschaftliche nichtkommerzielle NGO "Baltischer Migrationsfonds"**
→ Profil Nr. 20
4. **Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation "Finist"**
Калининградская региональная общественная организация "Финист".
5. **Kaliningrader regionale Organisation der Forced Migrants und Flüchtlinge der Kaliningrader Oblast "Zuversicht"**
Калининградская региональная общественная организация вынужденных переселенцев и беженцев "Вера".
6. **Gesellschaftliche Organisation der Forced Migrants und Flüchtlinge des Chernyakhovsk Distriktes "Victoria"**
Общественная организация вынужденных переселенцев и беженцев Черняховского района "Виктория".
7. **Konsumenten- und Mietervereinigung "Rus"**
Потребительский жилищный общесвщцо "Русь".

Aktivitäten:

Die Vereinigung versucht vor allem die Politik (Gebietsparlament und Gebietsverwaltung) dazu zu bewegen, den Handlungsbedarf einzusehen und eine realistische Migrationspolitik für die Oblast zu entwickeln. Zu diesem Zweck erarbeitet sie Argumentationsgrundlagen und Forderungen an die Politik.

Im Dezember 1999 hat CBC zusammen mit dem „Baltischen Migrationsfonds“ (→ Nr. 20) und der "Versammlung für den Schutz der internationalen Menschenrechte" (→ Nr. 05) – in allen drei Fällen ist die Soziologin Galina F. Krivdina Vorsitzende – ein Dokument erarbeitet, in dem die Migrationsentwicklung in der Oblast dargestellt wird. Es mündet in die Forderung an die Gebietsduma, im Interesse der Region und entsprechend der Verfassung Entscheidungen hinsichtlich der Registrierung von "Forced Migrants" zu treffen, ein regionalpolitisches Konzept vorzulegen und ein Programm für seine Umsetzung auszuarbeiten, das eine Behandlung der Migranten entsprechend den Normen und Gesetzen sicherstellt. Angesichts der Erfahrung, dass die Verwaltung nicht hilft, sondern die Migranten auf bürokratische Weise unterdrückt, wurde ein ähnliches Dokument der Gebietsverwaltung überreicht. Es schlägt zusätzlich vor, ein staatliches „Rehabilitationszentrum“ für die Migranten einzurichten, das ihnen bei den ersten Schritten einer dauerhaften Niederlassung vor allem in den bevölkerungsarmen Gebieten der Oblast hilft. Dies betrifft insbesondere das Registrierungsverfahren und die Versorgung mit Ärzten, Lehrern und anderen sozialen Einrichtungen.

Ferner hilft die Vereinigung Migranten direkt bei der Formulierung von Bitgesuchen.

Wünsche/Probleme:

Nachdem die Gebietsduma die Schaffung des geforderten „Rehabilitationszentrums“ befürwortet hat, sollten ausländische Institutionen helfen, es auszustatten.

<i>Nr. 20 BMF - Baltischer Migrationsfonds</i>
Благотворительная общественная некоммерческая неправительственная организация "Балтийский фонд миграции" Charitable Public Non-Commercial Non-Governmental Organization "Baltic Migration Fund"

Anschrift:

a/ya 141 (post box)

Kaliningrad, 236000

Tel.: 55 17 46

Tel.-Kontakt in Deutschland (Tochter der Vorsitzenden): 0511 / 37 51 38

Schriftwechsel in deutscher und englischer Sprache möglich.

Gesprächspartnerin:Frau *Galina Fokeevna Krivdina*, Vorsitzende des BMF (→ auch Nr. 05 und Nr. 19).**Ziele:**

Mit seinen Zielen bezieht sich der BMF direkt auf das im Rahmen der von der IOM, OSZE und dem UNHCR durchgeführten CIS-Migration Conference und das dort verabschiedete Aktionsprogramm (→ Kap. 2.2.2, → Nr. 18). In einer deutschsprachigen Selbstdarstellung heißt es, Ziel des BMF sei es, "die spontane Ein- und Auswanderung in eine zivilisierte Umsiedlung zu verwandeln, Migranten im Kaliningrader Gebiet zu helfen und ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen zu schützen. Der Fonds führt seine Tätigkeit im Rahmen eines internationalen „Programm des Handelns“ durch, das während einer Internationalen Konferenz in Genf 1996 angenommen wurde. Der Fonds setzt sich vorrangig zum Ziel, Maßnahmen zur Selbstorganisation von Migranten in der Region durchzuführen, die Gründung von Umsiedlervereinigungen und eigenen Unternehmen vorsehen, damit Probleme aus eigener Kraft gelöst werden können. Die Prioritäten liegen im Wohnungsbau, bei der Gründung von Rehabilitationszentren, Schulungen für unternehmerische Tätigkeit, im Rechtsschutz und in der Unterstützung für dringend Bedürftige. Das vorrangige Ziel des Fonds ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, was vor allem für eine soziale Stabilität in der Region sorgen wird und eine weitere Migrationswelle, die die europäischen Länder zu überfluten droht, helfen soll zu dämpfen."

Organisatorisches:

Der BMF ist eine gemeinnützige, nicht-kommerzielle Wohlfahrtsorganisation. Sie ist Mitglied der Kaliningrader Rechtsschutzbewegung (→ Nr. 06).

Aktivitäten:

Die Organisation versucht, internationale Unterstützung zur Lösung der Migrationsprobleme in Kaliningrad zu gewinnen. So hat Frau Krivdina zum Beispiel im August 1997 einen Brief als „Einladung zur Zusammenarbeit“ an die „Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.“ (Berlin) geschrieben. Darin heißt es, die internationale Gemeinschaft könne "eine wichtige Rolle spielen, indem sie technische Unterstützung für die Umsiedlervereinigungen leistet. Darunter versteht man nicht unbedingt neues Gerät, sondern auch gebrauchte funktionstüchtige Maschinen. Die technische Unterstützung kann auf der Ebene nichtstaatlicher Organisationen und interessierter Personen unmittelbar an die Umsiedlerzusammenschlüsse weitergeleitet werden. Wir wenden uns an alle Organisationen europäischer Länder mit der Bitte, an die Tätigkeiten unseres Fonds teilzunehmen, um durch gemeinsame Anstrengungen die Stabilität der europäischen Region zu wahren."

Eine ähnliche Bitte wurde auch im "Königsberger Express" veröffentlicht. Dabei war zur Erleichterung der Kontaktaufnahme die Telefon-Nr. der in Hannover lebenden Kinder von Frau Krivdina angegeben. Beide Anläufe blieben bislang ohne Erfolg.

Probleme/Wünsche:

Frau Krivdina hofft vor allem auf internationale technische Hilfe zur Ansiedlung der Migranten.

Nr. 21 Schofar - Fonds der jüdischen Gemeinde
Калининградский региональный фонд "Шофар"
Kaliningrad Regional Fund "Schofar"

Kontakt:

Vorsitzender Viktor Schapiro

Tel.: 43 13 42

Gesprächspartner:

Alexander Anatolievich Drezin, Gründungsmitglied, Arzt und Psychiater, Vorsitzender von des Fonds "Nein zu AIDS und Drogen" (→ Nr. 29).

Ziele:

Der Fonds will Mitgliedern der jüdischen Gemeinde dabei helfen, Schwierigkeiten zu überwinden, die im Zuge des sozialen Transformationsprozesses in Kaliningrad auftreten.

Organisatorisches:

Vorsitzender ist Victor Schapiro. Der Kaliningrader regionale Fonds "Schofar" ist eine Einrichtung der jüdischen Gemeinde in Kaliningrad, wo heute etwa 2.000 Juden leben. Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es in Kaliningrad fünf Synagogen - heute keine einzige. Aber die Gemeinde hat einen Rabbi (David Shwedik) und ein aktives religiöses Leben. Zum Beten und für den Torah-Unterricht hat sie Räumlichkeiten in einem Gebäude angemietet, in dem auch ein kommunaler Kindergarten untergebracht ist. Wohlhabendere Mitglieder der Gemeinde mit kleinen, mittleren oder größeren Unternehmen unterhalten die Stiftung.

Aktivitäten:

Im Rahmen humanitärer Hilfe verteilt "Schofar" insbesondere an ältere Menschen Nahrungsmittel, versorgt sie mit warmen Mahlzeiten, organisiert soziale Zusammenkünfte und medizinische Hilfe (Arztbesuche, Medikamente und Hilfsmittel).

Im Rahmen der kulturellen Förderungsaktivitäten unterstützt "Schofar" Clubs für bestimmte Interessengebiete, zum Beispiel jiddische Sprache, Videoproduktion, Jüdische Kultur, Sprache, und Tradition, Günstige Jugendreisen nach Ungarn und Litauen sowie Reisen des Kinderchors nach Bremen und Hannover.

Probleme/ Wünsche:

Die jüdische Gemeinde fühle sich akzeptiert. Man müsse seine Zugehörigkeit zum Judentum nicht verstecken. Die bestehenden Kontakte mit Christen und Moslems seien nicht freundschaftlicher Art, aber man achte wechselseitig die jeweiligen Werte. Der Antisemitismus in Kaliningrad gehe nicht über das Übliche hinaus. Der alte jüdische Friedhof brauche einen neuen Zaun. Vor allem möchte die Gemeinde gerne eine Synagoge bauen. Eine Bitte an die Stadtverwaltung, die den anderen Religionsgemeinschaften bei

der Rekonstruktion des religiösen Lebens durch die Rückgabe der Kirchen helfe, dies zu unterstützen, wurde bisher nicht beantwortet. Die kleine jüdische Gemeinde sei als Wählergruppe nicht interessant.

3.6 Themenbereich Jugend

Nr. 22 AMISO - Vereinigung der Jugend- und Studentenorganisationen

Ассоциация Молодежных и студенческих организаций (АМИСО)
Association of Youth and Students Organizations

Anschrift:

Gorkogo ul. 19 A

Kaliningrad, 236040

Tel.: 55 55 41 und 55 64 40 / Fax: 55 14 00 / E-mail: center@kaliningrad.ru

Gesprächspartner:

Herr *Konstantin Kuzmichev*, Vize-Präsident, zuständig für NGO-Kontakte (zugleich: Präsident des Jugendparlaments (→ Nr. 11) und Präsident des "Klubs Junger Wähler"); Frau *Elmira Khaymurzina*, Vize-Präsidentin, zuständig für Internationale Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit (spricht gut Englisch).

Ziele:

AMISO will die Zusammenarbeit zwischen Studenten- und Jugendorganisationen entwickeln, erleichtern und koordinieren sowie diese Institutionen bei ihrer Arbeit praktisch unterstützen. Die Grundauffassung von AMISO ist, dass jeder junge Mensch und jede Jugendorganisation ein Programm oder ein Projekt habe und die Möglichkeit haben solle, es zu realisieren. AMISO will dabei helfen – durch Geld, Räumlichkeiten, Requisiten und Beratung in den Bereichen von Jugendkultur, Festivals, Konzerte, Studententheater und Ferienlager.

Organisatorisches:

Die Vereinigung wurde im August 1995 als eine von mehreren Jugendorganisationen in der Oblast mit Unterstützung der Stadt gegründet. Anfang 2000 waren 19 Organisationen Mitglieder von AMISO. Sie gliedern sich in zwei Gruppen:

A) *Nicht-staatliche, nicht-kommerzielle Jugendorganisationen:*

1. **Klub der jungen Wähler der Kaliningrader Oblast;**
2. **Integrierter Studentenrat;**
3. **Ökologische Organisation "Ozon"** – regionale Jugendorganisation;
4. **Liga junger Geschäftsleute des Gebietes Kaliningrad;**
5. **Organisation "Victoria"** (des Baltischen Jugendsportverbandes);
6. **Sportverein "Speznaz"** - regionale Jugendorganisation;
7. **Malclub "Der Schatten"** - regionale Jugendorganisation;
8. **"Der Bär"** - Pfadfinderorganisation der Stadt Kaliningrad;
9. **Erholungsclub der Kaliningrader Studenten** - regionale Jugendorganisation;
10. **"Satori (Instinct of Understanding)"** - regionale Jugendorganisation

11. **Rat der lernenden Jugend** - regionale Jugendorganisation;
12. **Historisch-patriotische Gruppe "Front"** – Kaliningrader regionale Organisation;
13. **Organisation behinderter Kinder- und Jugendlicher "Maria"** – Kaliningrader regionale Organisation (→ Kap. 3.9).

B) Sonstige (Fonds, kommunale und kommerzielle Jugendeinrichtungen, Studierendengewerkschaften):

14. Kaliningrader Fonds "Wohnen und Unterkunft für Jugendliche";
15. Gewerkschaftskomitee der Kadetten der Kaliningrader Seefahrtsschule;
16. Städtischer Jugendsozialdienst;
17. GmbH "EuroStroyGarant";
18. GmbH "Baltisches Studentenunternehmen"
19. "Initiative" – Kaliningrader regionaler Wohlfahrtsfonds.

AMISO versteht sich als unabhängige Organisation; die Jugendorganisationen der Parteien sind daher nicht Mitglieder, können sich aber wie andere Jugendorganisationen und Initiativen an Projekten von AMISO beteiligen. Die Mitgliedsorganisationen treffen sich alle zwei Monate. AMISO erreicht kontinuierlich 6.000-7.000 junge Leute.

Die Organisation gliedert sich in vier Abteilungen: internationale Beziehungen; Öffentlichkeitsarbeit; Programm-Koordination/Austausch; Kontakte (zu den Schulleitern, Leitern der Studentenorganisationen und Universitätsverwaltungen). Zehn Personen sind hauptamtlich bei AMISO beschäftigt:

- Präsident (Oleg Romanov)
- Stellvertretender Leiter der Geschäftsführung (Eugeny Suzdaltsev)
- Stellvertretende Leiterin für internationale Kooperation und PR (Elmira Khaimurzina)
- Stellvertretender Leiter für die Arbeit mit Studenten- und Ausbildungseinrichtungen (Konstantin Kuzmichev)
- Rechtsanwältin (Raisa Gareeva)
- Direktor des Jugend Informations- und Beratungszentrum (Anna Stepucheva)
- Direktor der Jugend- und Studentencamps
- Zwei Sekretärinnen und ein Fahrer/ Spediteur

AMISO erhält kein Geld von der Stadt oder Gebietsverwaltung. Finanzielle Mittel kommen von verschiedenen Kleinunternehmen (Studentencafé, kleine Geschäfte; Kunsthandwerk; Möbel), die einen Teil ihres Gewinns an AMISO weitergeben. Finanzielle Unterstützung kommt auch aus dem internationalen Bereich in Form von projektbezogener Förderung zum Beispiel von Schwedischen Partnerorganisationen, der britischen Charity Aids Foundation und UNICEF.

Aktivitäten:

AMISO hat mit Hilfe des Ostseejugendprojektes eine Art "Who is Who?" über Jugendorganisationen erarbeitet, das auch Informationen über Jugendgesetze enthält und im Juni 2000 veröffentlicht werden soll. Politisch engagiert sich AMISO im Rahmen des Jugendparlaments als Mediator bei Konflikten zwischen den NGOs über Jugendfragen. In dieser Funktion will AMISO zeigen, dass die Jugendorganisationen eigene Interessen haben – aber zusammenarbeiten können. AMISO beteiligt sich an vielfältigen Aktivitäten, zum Beispiel

- an der Organisation von Studenten- und Jugendferien (in Zusammenarbeit mit dem Sozialversicherungsfonds der Russischen Föderation); 1995 wurde AMISO zum Hauptorganisator und Koordinator des Projektes der Umgestaltung des Erholungs-

heims "Otradnoye" zu einem internationalen Jugendzentrum bestellt, in dem auch Seminare und Konferenzen stattfinden;

- im Rahmen der "School of Leadership" an der Unterstützung und Ausbildung von aktiven Jugendlichen zu Jugendleitern und zunehmend auch Jugendleiterinnen.
- an einem Projekt zur Entwicklung der Selbstverwaltung der Studentenheime und zur Einrichtung eines Studentengesundheitszentrums;
- am Druck eines Rundbriefes "Jugendzentrum", der allerdings aufgrund Geldmangels seit Herbst 1999 nicht mehr erschienen ist;
- an der Gründung von Jugend-NGOs.

Eine Unterstruktur von AMISO ist das **Jugendinformationszentrum "Delta-K"**. Es arbeitet in enger Kooperation mit der Stadtverwaltung, ist in der Medienarbeit, NGO-Netzwerkarbeit, Publikationsarbeit, Auslandsarbeit, Rechtsberatung und Aids- und Drogenprävention tätig. Es erhält projektbezogene Förderung durch UNICEF und die Charity Aid Foundation z.B. für Untersuchungen und Veröffentlichungen über Interessen, Lebensstile und Subkultur (PUNK; Break Dance, Hip-Hop) der Kaliningrader Jugendlichen. Weiteres über Delta-K und Kontaktangaben → Nr. 30.

Kooperation:

AMISO organisiert seine Arbeit in enger Kooperation mit föderalen Einrichtungen, der Gebietsduma, Gebietsverwaltung, städtischen Einrichtungen, Vereinigung der Kommunalverwaltungen, Stadtverwaltung, Repräsentanten der Russischen Föderation. Darüber hinaus arbeitet AMISO intensiv mit dem Russischen Studentenverband RAPOS zusammen, der Anliegen der Studenten gegenüber der Russischen Föderation in Moskau vertritt. Auf internationaler Ebene wird vor allem der Kontakt zu Jugendorganisationen in der Ostseeregion, insbesondere in Litauen gesucht, die für Kaliningrad wichtiger seien als Jugendorganisationen in entlegenen russischen Gebieten.

Probleme/Wünsche:

AMISO kennt nur zwei ernsthafte Probleme: Einen Mangel an finanziellen Mitteln und die geringe Stabilität der Mitgliedsorganisationen.

**Nr. 23 Zentrum "Jugend für die Freiheit des Wortes"
(einschließlich Archäologisches Museum)**

Калининградская региональная молодёжная общественная организация
"Центр" Молодёжь за свободу слова (включая археологического музей)
Kaliningrad Regional Public Organization "The Centre 'Youth for Freedom of
Speech'" (including Archaeological Museum)

Anschrift (Zentrum):

Herrn Ilia Dementiev (Vorsitzender)
Sowjetsky prosp. 31-9
Kaliningrad 236000

Anschrift (Museum):

Herrn Edvin Zaltsman
c/o Schule Nr. 10
Voinich ul. 1
Kaliningrad 236000

Tel.: 55 41 26 / Tel./Fax: 21 59 68 / email: krmoo@mail.ru

Kontakt Englisch: Frau Lada Syrovatko

GesprächspartnerInnen:

Frau *Lada Syrovatko* (rechts auf dem Foto nächste Seite), Lehrerin, Stellvertre-

tende Vorsitzende des Zentrums; Herr *Edvin Zaltsman* (links), Lehrer, Koordinator des Projektes "Archäologische Expedition" des Zentrums sowie Leiter des Archäologischen Museums in der Schule Nr. 10; zwei weitere weibliche Mitglieder des Zentrums (ferner auf dem Foto: Leonid Karabeshkin - Projektteam).



Ziele:

Das *Zentrum* möchte dazu beitragen,

- die Rechte von Jugendlichen gegenüber den "Machtstrukturen" zu verteidigen,
- die Ausdrucksfähigkeit der Jugendlichen zu entwickeln und die Zusammenarbeit junger Menschen mit den Massenmedien zu fördern,
- jungen Menschen zu helfen, sich selbst zu finden und am kulturellen Leben teilzunehmen,
- die Bedingungen zu schaffen, die es Jugendlichen unter den gegenwärtigen Verhältnissen erlauben, sich intellektuell, moralisch und psychisch zu entwickeln.

Der Name wurde gewählt, um die Möglichkeit zu behalten, sich ggf. in recht unterschiedlichen Bereichen engagieren zu können. Immer geht es jedoch darum, die Fähigkeit, sich selber auszudrücken zu stärken, das Leben bewusst wahrzunehmen und kulturelle Werte schätzen zu lernen. Zur Programmatik gehört auch eine enge Zusammenarbeit von Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern in allen Projekten des Zentrums.

Das *Archäologische Museum* in der Schule Nr. 10 ist aus einem der Projekte des Zentrums entstanden und wirkt ebenfalls im Sinne vorstehender Zielsetzung mit besonderer Betonung auf der Erschließung und dem Erhalt des regionalen kulturellen Erbes. Es zeigt veritable Grabungsfunde aus dem Zeitraum vom Neolithikum bis ins Mittelalter, die im Zuge der "Archäologischen Expeditionen" des Zentrums gemacht wurden und informiert über die Techniken der Grabungs- und Restaurationsarbeiten, die unter fachlicher Anleitung von Kindern und Jugendlichen durchgeführt wurden.

Organisatorisches:

Das *Zentrum* wurde 1998 als Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation registriert; Vorläuferaktivitäten reichen bis 1995 zurück. Derzeit hat es 61 Mitglieder, davon 31 Kinder zwischen 14 und 17 Jahren. Die älteren Mitglieder sind vor allem Lehrer (Schule und höhere Bildungseinrichtungen) sowie DoktorantInnen. An den Aktivitäten können aber auch Nicht-Mitglieder teilnehmen. Die erwachsenen Mitglieder zahlen einen symbolischen Monatsbeitrag von 2 Rubel (= ca. 15 Pfennig). Diese Einnahmen seien zwar für die Finanzierung der Arbeit kaum bedeutsam und mehr könne man den Mitgliedern nicht abverlangen, trotzdem halte man die Erhebung eines Beitrags aus Gründen der Identifikation mit der Organisation für sinnvoll.

Das Zentrum wird durch einen mehrköpfigen Vorstand geleitet. Vierteljährlich findet eine allgemeine Vereinsversammlung statt. In der Hauptsache ist die Arbeit des Zentrums jedoch in Arbeitsgruppen und Projekten organisiert, für die jeweils ein Mitglied verantwortlich zeichnet. Auf diese Weise konnten Leute, die eine gute Idee hatten, aber nicht

wussten, wie sie sie umsetzen sollten, eingebunden werden: das Zentrum hat ihnen eine Arbeitsform gegeben und bei der Erschließung der notwendigen Ressourcen geholfen.

Das Zentrum verfügt über kein Büro und keinen Raum für regelmäßige Treffen. Größere Zusammenkünfte finden meist in der Schule Nr. 49 statt.

Sämtliche Arbeiten für das *Zentrum* und das *Museum* erfolgen ehrenamtlich. Ausnahmen bilden vereinzelt Projekte, die durch ausländische Geldgeber finanziert wurden und deren Bewilligung ausdrücklich auch Gehaltsmittel vorgesehen hat.

Aktivitäten:

Zu den Arbeitsprinzipien des Zentrums gehört, dass aus den verschiedenen Aktivitäten möglichst immer vorzeigbare, zur Identifikation geeignete Produkte hervorgehen (kleine Bücher, selbstverfasste Gedichte, das Museum, eine Zeitung usw.). Als Preise werden Bücher vergeben.

Kreativferien für Kinder: Zwischen 1996 und 1999 haben Mitglieder des Zentrums fünf Camps organisiert. Insgesamt haben 400 Teenager an den angebotenen Workshops teilgenommen, die sich mit Fragen des Journalismus, der Literatur, Archäologie und Philosophie beschäftigt haben. Dazu gehörte ein großes Rollenspiel: Kinder veröffentlichen eine Zeitung. Etwa 1/3 bis 2/3 der Kosten (je nach Camp) wurden durch Zuschüsse der Stadt Kaliningrad finanziert (Koordination: Ilia Dementiev).

Trainingsseminar für junge JournalistInnen: Das Seminar wurde im Juli 1999 in Kooperation mit der Zeitung „Volna“ und UNICEF veranstaltet. Ziel war es, die jungen JournalistInnen hinsichtlich der Berichterstattung über soziale Fragen (einschließlich Jugendproblemen) weiterzubilden. Zugleich ging es darum, neue Lehrmethoden und Lehrformen zur Verbesserung des Programms der Kaliningrader Universität zur Ausbildung von JournalistInnen zu entwickeln sowie die kleineren Printmedien in der Region und den Personalaustausch zwischen ihnen zu fördern. (Koordination: Ilia Dementiev und Svetlana Ivolgina)

Organisation von Seminaren zu geisteswissenschaftlichen und kulturellen Themen: Zum Beispiel wurde im April 1999 gemeinsam mit dem Kaliningrader Museum für die Weltmeere ein Seminar organisiert, das sich mit dem Leben und dem Erbe des tschechischen Schriftstellers Jaroslav Hasek ("Die Abenteurer des braven Soldaten Schwejk") auseinandersetzte. An ihm nahmen SchülerInnen, Studierende und Wissenschaftler teil, die sich mit Haseks Lebenswerk befasst haben. Das Seminar wurde von der Tschechischen Botschaft in Russland unterstützt. (Koordination: Alexander Koss)

Organisation von Wettbewerben zu geisteswissenschaftlichen und kulturellen Fragen: Das "Turnier der Poeten" wurde vom Zentrum bereits sechs Mal unterstützt wurde (1996-1999). Es handelt sich dabei um einen Wettstreit zwischen jungen Lyrikern, an dessen Ende die Kür eines "Königs der Poeten" steht. Im Juni 1999 wurde die "Junge literarische Brücke", Literaturferien für Teenager, außerhalb der Stadt Kaliningrad organisiert. Das Ergebnis war die Veröffentlichung eines Almanachs unter dem Titel "Licht ist überall". Zwei weitere ähnliche Treffen fanden im Oktober 1999 unter Beteiligung von Teenagern aus Gusev, Kaliningrad, Svetly und Zelenogradsk statt. (Koordination: Lada Syrovatko).

Archäologische Expeditionen / Archäologisches Museum: 1998 bis 1999 hat das Zentrum in Zusammenarbeit mit der Baltischen Archäologischen Expedition der Russischen Akademie der Wissenschaften archäologische Camps organisiert. Junge Archäologen, Studierende und SchülerInnen haben an den Ausgrabungen von Pribrezhnoye teilgenommen, einer neolithischen Fundstätte in der Nähe Kaliningrads, die in Gefahr war, durch Bautätigkeit verloren zu gehen. Weitere archäologische Grabungen haben entlang der Küste stattgefunden. Auch die Restaurierung, Konservierung und Katalogisierung der

Funde erfolgt unter aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. "Wer sich an den Ausgrabungen beteiligt hat und erfahren hat, wie viel zerstört ist und wie schwer es ist, die Scherben wieder zu einem Gefäß zusammenzufügen, wird nie wieder etwas zerstören." Die Arbeiten erfolgen unter Leitung von Herrn Z.; beruflich ist er Lehrer an der Schule Nr. 10, hat aber am Institut für Archäologie der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau eine einschlägige Weiterbildung erhalten. Ein Teil der Grabungsfunde, die Eigentum der Akademie der Wissenschaften bleiben, sind in einem kleinen Museum ausgestellt, das einen Raum der Schule Nr. 10 (einer UNESCO-Projektschule) belegt (weitere Funde sind in St. Petersburg sowie im Kaliningrader Museum für Kunst und Geschichte zugänglich). Auch das Museum selbst mit allen Schautafeln, Vitrinen usw. wurde von Schülern errichtet und eingerichtet. (Koordination: Edvin Zaltsman)

Beratung und Anleitung von LehrerInnen und PädagogInnen in der Oblast: Man versucht in der gesamten Oblast zu erkunden, wo es kulturelle Einrichtungen oder Sozialzentren gibt, die mit Kindern arbeiten, welches die Bedürfnisse sind, ob Bücher fehlen usw. Bei Interesse gehen Aktive des Zentrums für mehrere Tage in diese Einrichtungen und führen ein Weiterbildungsseminar für die dort Tätigen durch.

Kooperation:

Positiv fällt auf, dass das Zentrum sich offen für die Beratung anderer Gruppierungen zeigt, die durchaus "Konkurrenten" auf dem engen "Markt" der Fördermittel werden könnten, weil im gleichen Themenfeld tätig. Dies bezieht sich sowohl auf Gruppierungen in anderen russischen Regionen (Pskov wurde genannt), als auch in Kaliningrad selber.

Das Zentrum hat Erfahrung mit projektbezogenen Kooperationen und mit der Einwerbung von Projektmitteln. Etliche Beispiele sind vorstehend erwähnt. Gute Kontakte bestehen insbesondere zu einigen Medienvertretern (ehemalige Teilnehmer der Camps und Seminare) sowie einigen wissenschaftlichen Einrichtungen der Archäologie/Geschichte sowie der russischen und internationalen Literaturwissenschaft (alle nicht in Kaliningrad!). Vertreter des Zentrums haben an Seminaren, die im Rahmen von UNICEF und UNESCO organisiert waren, teilgenommen. Ausländische Fördermittel hat das Zentrum bislang je einmal von UNICEF und von der Soros-Stiftung erhalten.

Die Zusammenarbeit mit Dritten erfolgt punktuell und projektabhängig. Allerdings wirkt man im Jugendbeirat der Stadt mit und beteiligt sich am Programm "Democratic Leadership" des Europarates. Insgesamt ist man darauf bedacht, die Selbständigkeit zu wahren und sich nicht zu sehr an einzelne Partner und Geldgeber anzulehnen. Der Haltung "We provide the money. You serve" wolle man keinen Raum geben. Im Übrigen ließe sich auch Vieles machen, was kein oder nur wenig Geld koste.

Probleme / Wünsche:

- Das Hauptproblem ist der ständige Druck, finanzielle Unterstützung für die Projekte zu finden. Etwa $\frac{3}{4}$ der Zeit wird mit Bemühungen um fund-raising verbracht. Viele Anläufe waren Misserfolge. Es gibt eine Stiftung der Russischen Akademie der Wissenschaften zur Förderung geisteswissenschaftlicher Arbeiten, die insbesondere die archäologische Arbeit des Zentrums fördern könnte. Aber das Antragsverfahren ist überkompliziert und bislang hatte man keinen Erfolg. Die Gebietskörperschaften tendieren dazu, Förderung mit politischen Forderungen und Eingriffen in die Projektautonomie zu verbinden. Und private Sponsoren, die über reichlich Geld verfügen, wollen mehr Werbewirkung als das Zentrum ihnen bieten kann und will, während sie an der Sache selber wenig Interesse haben. Trotz der Schwierigkeiten und Misserfolge bei der Erschließung finanzieller Unterstützung wurden bislang alle Vorhaben realisiert, allerdings verspätet und/oder in bescheidenerem Maß als ursprünglich geplant.

- Das aktuellste Problem ist die Gefahr, dass die nächste, bereits geplante Archäologische Expedition mangels Geld ausfallen muss.
- Die Arbeit würde wesentlich erleichtert, wenn das Zentrum ein eigenes Büro hätte und ein Versammlungsraum zur Verfügung stünde (statt immer erst andere um Erlaubnis fragen zu müssen).
- Die Existenz eines echten NGO-Zentrums wäre sicher hilfreich. Als großes Problem sieht man allerdings die Frage seiner Unabhängigkeit und es sollte nicht nur den Bedarf der Stadtverwaltung befriedigen, etwas in ihren Rechenschaftsbericht schreiben zu können.
- An mehr internationalen Kontakten, auch zu Schleswig-Holstein, bestehe ein großes Interesse, auch ohne dass gleich Geld im Spiel sei. Folgende Möglichkeiten werden genannt:
 - Internationale Beteiligung an einem Ausgrabungs-Camp, wobei als Problem angesprochen wird, dass ausländische TeilnehmerInnen vielleicht nicht bereit seien, unter den einfachen Bedingungen und den sanitären Verhältnissen zu leben, die halt nur geboten werden können.
 - Eine Partnerschule für die Einrichtung eines archäologischen Klubs.
 - Informationsaustausch über ähnliche Organisationen/Projekte in Deutschland/Europa, ggf. ein gemeinsames Seminar über die Verbindung von Pädagogik und Archäologie/Geschichtsforschung und Erfahrungsaustausch darüber, wie die allfälligen Probleme gelöst werden.

Nr. 24 Jugend für Demokratie und Reformen

Калининградская региональная общественно-политическая организация "Молодежь за демократию и реформы"

Kaliningrad Regional Public and Political Youth Organization "Youth for Democracy and Reforms"

Anschrift:

Vasilij Adrianov (Vorsitzender)
Narvskaya ul. 17-11
Kaliningrad

Tel.: 55 11 99 / E-mail: mdr_21vek@mail.ru /
homepage (in Russisch): www.mdr.newmail.ru

Gesprächspartner:

Herr *Vasilij Adrianov*, Student und Vorsitzender der Organisation.

Ziele:

Gemäß Satzung will die Organisation die Jugend zur politischen Teilhabe motivieren, zur Formung einer politischen Elite beitragen, die Demokratisierung und Entmilitarisierung von Staat und Gesellschaft fördern sowie die Herausbildung des Rechtsstaates unterstützen.

Organisatorisches:

Die Organisation wurde 1993 gegründet und 1995 als "Kaliningrader regionale gesellschaftliche und politische Jugendorganisation" registriert. Ihr gehören derzeit gut 80 Mit-



glieder in der Stadt Kaliningrad und 15 bis 20 Mitglieder in Tschernjachovsk an. Das Durchschnittsalter liegt bei knapp 20 Jahren, nur etwa ein Viertel der Mitglieder ist älter. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 5 Rubel (Studierende und Schüler: 3 Rubel) pro Monat; die Beitragsmoral sei allerdings schlecht und es käme auch schon mal zum Ausschluss eines Mitglieds wegen ausbleibender Beitragszahlung. Als Sponsoren könnten gelegentlich gesellschaftliche oder kommerzielle Organisationen gewonnen werden. So ist der Newsletter der Organisation zeitweilig mit finanzieller Unterstützung durch das Baltic Institute of Finance and Economy, einer privaten Fachhochschule, erschienen; derzeit ist sein Erscheinen jedoch wegen Geldmangels unterbrochen. Die Organisation unterhält eine (russisch-sprachige) Internet-Homepage, die über vergangene Aktivitäten berichtet und die Satzung wiedergibt.

Die Organisation hat einen Vorstand aus fünf Personen und eine für die Finanzkontrolle zuständige Revisionskommission aus drei Personen. Der Vorstand tritt monatlich zusammen. Es existiert ein ungewöhnlich differenzierter, ehrgeiziger Organisationsplan, nach dem die Zuständigkeiten für die Beobachtung der politischen Entwicklung, die Planung von Aktivitäten, die Erstellung eines Rundbriefes und anderes mehr auf einzelne Arbeitsbereiche verteilt ist, die sich im Monats- oder gar Wochenrhythmus treffen sollen. Alle Arbeit erfolgt ehrenamtlich. Die Organisation verfügt über kein Büro.

Die Organisation habe Zeiten ernsthafter Intrigen durchlaufen. Eine "Organisationsgeschichte", die auch diese Phase behandle, liege im Manuskript vor, könne aber aus Mangel an Geld nicht fertiggestellt werden.

Aktivitäten:

Als "gesellschaftliche und politische Organisation" ist die Vereinigung berechtigt, sich an Wahlen im Gebiet zu beteiligen. Sie habe hiervon insofern Gebrauch gemacht, als sie bei den Wahlen 1996 bestimmte Kandidaten aktiv unterstützt habe. Heute arbeite man mit der Fraktion "Bernsteinland" zusammen.

Herr A. berichtet über das 1997 begonnene Engagement der Organisation zur Einrichtung eines Jugendparlaments (→ Nr. 11). Er bzw. die Organisation sei Mitglied des Jugendparlaments sowie des Beirats der Stadtverwaltung für Jugendfragen, habe Beraterstatus bei der Gebietsduma und arbeite ihr ebenso wie der Leitung des Jugendamts der Stadtverwaltung mit Expertisen zu. Die Organisation habe sich an der Ausrichtung des "Gesetzes-Marathon" beteiligt (→ Nr. 25).

Im März 1999 wurde eine Kampagne gegen die Wehrpflicht begonnen, die auf starke Resonanz in den Medien gestoßen und in der Öffentlichkeit gut bekannt sei (→ auch Nr. 25). Anfang 2000 sei in Zusammenarbeit mit der Moskauer Gruppe von Memorial ein Seminar über alternativen Wehrdienst durchgeführt worden. Ein Verfahren gegen ein Mitglied, das Fahnenflucht begangen habe, sei eingestellt worden, weil der Militärdienst seiner Überzeugung widerspreche. Auch gegen die Musterungskommission in Selenogradsk habe man sich in einem Fall durchsetzen können.

Kooperation:

Die Vereinigung "Jugend für Demokratie und Reformen" arbeite mit dem Jugendverband "Jabloko" (→ Nr. 25) zusammen; das deckt sich mit der Tatsache, dass die Vertreter beider Organisationen zum Teil über die gleichen Aktivitäten berichtet haben.

Auch mit der Vereinigung der Jugend- und Studentenorganisation AMISO (→ Nr. 22) werde zusammengearbeitet, man sei aber nicht Mitglied. Das Verhältnis sei gelegentlich etwas konkurrenzbehaftet und es gäbe einen politischen Konflikt über die von "Jugend für Demokratie und Reformen" vertretene Vorstellung, Kaliningrad solle eine selbständige baltische Republik im Rahmen einer in Richtung auf eine Konföderation weiterentwickel-

ten Russischen Föderation werden und sich in die westlichen Strukturen, einschließlich der EU, integrieren.

In das Ausland gibt es sporadische Kontakte, aber keine entwickelte Zusammenarbeit. Man habe schon mal an einem internationalen Ostsee-Jugendseminar teilgenommen und vom amerikanischen National Democratic Institute habe man russisch-sprachige Literatur über Führungsverhalten und -techniken erhalten. Aber internationale Gelder habe man nie bekommen, sich bislang aber auch nicht um sie bemüht.

Probleme / Wünsche:

Als Problem wird die zu geringe Zahl von Mitgliedern und ihre ungenügende Verteilung über das Gebiet der Oblast angesehen. Den Zugang zu den Medien betrachtet man hingegen als sehr gut.

Mehr internationale Kontakte werden für notwendig und wünschenswert gehalten, um die eigenen Ziele verwirklichen zu können. An Wünschen mit Blick auf transnationale Kooperation wird genannt:

- Die Eröffnung einer Repräsentanz des schleswig-holsteinischen Landtags in Kaliningrad;
- Geld solle zur Verfügung gestellt werden, um Erziehungsprogramme zur Formung einer neuen Elite durchführen zu können;
- Unser Gesprächspartner hätte gerne deutsche Literatur zu den Methoden der Entwicklung von politischer Führungsqualifikation; die amerikanische, ins Russische übersetzte, sei nicht ausreichend.

Nr. 25 Jugendverband "Jabloko"
Яблочко - Калининградский Молодежный союз Яблоко Kaliningrad Youth Union "Jabloko"

Anschrift:

Herrn Konstantin Orlov (Vorsitzender)

B. Khmel'nitskogo 42-36

Kaliningrad 236000

Tel.: 34 14 31; 47 44 69; Fax: 39 36 89 / email:applekoenig@mail.ru

Gesprächspartner:

Herr *Valdimir Valdimirovitsch Bondarenko*, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit des Jugendverbandes; ein weiteres Verbandsmitglied sowie mehrere örtliche und regionale Funktionsträger der Partei "Jabloko"

Ziele:

Der liberale Jugendverband tritt für eine zivile Gesellschaft ein, in der alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind und ein würdiges Leben führen. Er versucht, Jugendliche zu motivieren, sich politisch zu engagieren, ihre Interessen zu artikulieren und jugendpolitisch umzusetzen. Im Vordergrund stehen Themen aus den Bereichen Wohlfahrt, Ökologie, politische Kultur / demokratische Teilhabe und Militärdienst.

Organisatorisches:

Der Verband ist nicht registriert und keine Untergliederung einer gesamtrussischen Jabloko-Jugendorganisation. Seine ca. 50 Mitglieder kommen alle aus der Stadt Kaliningrad. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 10 Rubel im Monat (ca. 80 Pfennig).

Zur Frage, in welchem Verhältnis der Jugendverband "Jabloko" und die gleichnamige Partei zueinander stehen, gingen die Auskünfte auseinander. Der Parteivertreter erklärte, alle Mitglieder der Jugendorganisation seien auch Mitglieder der Partei; der Vertreter der Jugendorganisation betonte, dies sei nicht der Fall und die Gruppe sei von der Partei völlig unabhängig. Tatsache ist, dass die Jugendorganisation das Büro der kaliningrader Gebietsorganisation der Partei nutzt und das Parteiemblem verwendet. Die Frage nach einem eigenen Publikationsorgan wird damit beantwortet, dies sei nicht nötig, weil der Organisation die Zeitung der Gebiets-Parteiorganisation offen stehe.

Aktivitäten:

Neben Jugendfreizeiten, Sport und sozialem Engagement für Weisenkinder/Schulanfänger berichtet die Organisation unter anderem von folgenden Aktivitäten in der Zeit von 1997 bis Dezember 1999:

- "Gesetzes-Marathon": ein im Januar 1997 an Schulen durchgeführter Wettbewerb, bei dem es auf die Kenntnisse gesetzlicher und verfassungsrechtlicher Bestimmungen ankam (→ auch Nr. 24).
- Aktion "Protest der Studenten" für die Erhöhung der Stipendien am 1. Oktober 1998.
- Kampagne für Meinungsfreiheit mit Beteiligung des "Liberalen Klubs" und Repräsentanten lokaler und ausländischer Organisationen im Dezember 1998.
- Kampagne für einen alternativen Militärdienst (Tätigkeit im Sozialbereich, aber als Militärangehöriger); u.a. wurden Plakate mit der Frage aufgestellt: "Unterstützen Sie die Russische Armee?", auf denen die Bürger ihre Meinung aufschreiben konnten; die Plakate wurden dann an das Verteidigungsministerium geschickt (die Partei Jabloko tritt für eine Berufsarmee ein). Im September 1999 hat der Jugendverband gegen die Suspendierung der Freiwilligkeit der Teilnahme an kriegerischen Handlungen protestiert und einen entsprechenden Aufruf an die Staatsduma und an die Militärkommandantur der Oblast geschickt.
- Ökologische Aktionen, u.a. eine Müllbeseitigungsaktion auf dem Kneiphof (Insel mit Parkanlagen im Pregel) im April 1999.
- Appell und Aktionen mit der Aufforderung an die Jugendlichen, sich an den Wahlen zu beteiligen - aber wenig Resonanz in den Medien (es sei über die Aktionen berichtet worden, z.B. einem Boxkampf, aber nicht über die "Message", die mit ihnen transportiert werden sollte); die Wahlbeteiligung liege bei den 18-30-Jährigen bei lediglich 20-25%, was sich aus dem großen Misstrauen in "die Machtstrukturen" erkläre.

Kooperation:

Die Organisation arbeitet mit der Partei Jabloko sowie mit anderen Jugendorganisationen zusammen (→ Nr. 24). Sie ist im Jugendparlament der Oblast (→ Nr. 11) vertreten.

Von dem Image, das die Jabloko-Partei im Westen genießt und ihrer darauf aufbauenden Förderung, hat auch die Kaliningrader Jugend-Jabloko bereits profitiert. Zwar scheint keine dauerhafte oder projektförmige transnationale Kooperation zu bestehen, aber Mitglieder der Organisation haben Kontakte zu liberalen Jugendorganisationen in Dänemark und Schweden und nehmen regelmäßig an internationalen Seminaren teil, u.a. im Rahmen des Jugendprogramms der in Dänemark residierenden "Support Initiative for Liberals in the Baltic Area - SILBA". Bereits 1998 wurde mit Unterstützung des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung in Kaliningrad ein zweitägiges Seminar zur Frage veranstaltet, wie es um die Meinungs- und Redefreiheit in der Oblast bestellt ist.

Probleme / Wünsche:

Der Jugendverband wünscht sich eine höhere Wahlbeteiligung von Jugendlichen und mehr Investitionen im Gebiet. Mehr am Wirkungsbereich der Organisation orientiert war

der Wunsch nach einem Erfahrungsaustausch über Jugendarbeit von Parteien und über nicht näher spezifizierte ökologische Fragen.

3.7 Themenbereich Sozialarbeit, AIDS- und Drogenschutz

Nr. 26 Kaliningrader Zentrum für Sozialarbeit

Калининградский центр социальной помощи
Kaliningrad Centre for Social Work

Anschrift:

Klinicheskaya Str. 63-34

Kaliningrad 236000

Tel./Fax: 53 84 40 / email: postmaster@centre.koenig.ru

Kontakt in Englisch problemlos.

Gesprächspartnerin:

Frau *Elena Goubko*, hauptamtliche Direktorin des Zentrums

Ziele:

Aufgabe des Zentrums ist es, sowohl den Gebietskörperschaften als auch den gesellschaftlichen Organisationen in der Region Weiterbildungs- und Beratungsangebote im Bereich von Sozialarbeit und sozialen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen (Altenpflege, Drogen- und AIDS-Prophylaxe, Behindertenbetreuung) sowie allgemein die Entwicklung des Wohlfahrtswesens zu unterstützen.

Organisatorisches:

Die Gründung des Zentrums Anfang 1999 geht auf eine gemeinsame Initiative der Kaliningrader Gebietsverwaltung und nicht näher bezeichneter gemeinnütziger Organisationen zurück. Die Finanzierung erfolgt derzeit noch vollständig durch Dänemark (Amt Bornholm aus Mitteln des Baltic Island Educational Fund und dänisches Außenministerium). Über strategische Ziele, Arbeitsprogramm und Budget des Zentrums entscheidet ein Aufsichtsrat, dem unter Vorsitz des Kaliningrader Vize-Gouverneurs für Soziale Angelegenheiten VertreterInnen weiterer Abteilungen der Gebietsverwaltung sowie der dänischen Geldgeber angehören. Das Zentrum habe jährlich einen Rechenschaftsbericht vorzulegen, der jedoch vertraulich sei. Unbeschadet dieses organisatorischen Rahmens betrachtet sich das Zentrum als autonome Nicht-Regierungsorganisation.

Dem Zentrum steht ein Büroraum zur Verfügung. Es hat zwei Vollzeitbeschäftigte, die Direktorin und ein Mitarbeiter. Für die Durchführung der Seminare und Schulungsmaßnahmen werden dänische und russische ExpertInnen hinzugezogen, die ebenfalls bezahlt werden. Man habe auch versucht, Hilfskräfte auf freiwilliger Basis hinzuzuziehen, aber niemand sei hierzu bereit gewesen.

Die dänische Finanzierung läuft im Prinzip nach 1½ Jahren im Sommer 2000 aus. Sie war als Anschubfinanzierung gedacht, bis dass das Zentrum sich andere Finanzierungsgrundlagen erschlossen hat (der monatliche Finanzbedarf für Raummiete, Gehälter, Übersetzerhonorare usw. wird mit 2.000 US-Dollar angegeben). Bis Anfang April 2000 war solchen Bemühungen aber noch kein Erfolg beschieden. Geplant sei die Einrichtung einer Abteilung für Sozialwesen an der Staatlichen Universität Kaliningrad, die einen Teil

der Aufgaben des Zentrums übernehmen könnte. Jedoch sei bislang weder die Finanzierung gesichert noch liege die Zustimmung aus Moskau vor. Der Gouverneur unterstütze die Idee, das Zentrum in eine aus dem Regionalbudget finanzierte Organisation überzuleiten, also in die Strukturen der Gebietsverwaltung zu integrieren. Auch hier fehle es aber an Geld und Entscheidungen. Eine weitere Idee sieht die Weiterführung des Zentrums auf der Basis einer Finanzierung durch Stiftungen vor. Ein entsprechender Antrag an das Open Society Institute (Soros-Stiftung) wurde jedoch abgelehnt.

Aktivitäten:

Zu den bisherigen Aktivitäten des Zentrums zählen u.a.:

- Die Durchführung einwöchiger Seminare mit Trainingselementen zur Weiterqualifizierung von SozialarbeiterInnen und KrankenpflegerInnen in Fragen der Alten- und Behindertenbetreuung. Die ca. 80 Teilnehmenden der vier Seminare kamen aus verschiedenen kommunalen Einrichtungen im Gebiet.
- Auf der Grundlage eines der Seminare ist eine schriftliche Schulungsunterlage entstanden.
- Aufklärungsarbeit in Fragen von Safer Sex und Drogen; u.a. Schulbesuche und Seminare für LehrerInnen und NGO-Aktive.
- Koordination von Anti-AIDS-Aktivitäten Dritter (das Zentrum ergreife in diesem Bereich keine eigenen Initiativen, da hier viele andere NGOs tätig seien).
- Unterstützung/Beratung von Behinderteneinrichtungen und Waisenhäusern, u.a. bei der Suche nach Partnern und Sponsoren. So wird durch Vermittlung des Zentrums die dänische Botschaft den Bau eines Badehauses in einem Heim für zeitweilig verwaiste Kinder unterstützen.
- Anfänglich hat man auch Medienarbeit betrieben, jedoch mit dem Ergebnis, dass Renter und Rentnerinnen im Zentrum vorsprachen und um finanzielle Aufbesserung ihrer mageren Renten gebeten haben. Deshalb zieht man es heute vor, das Zentrum nicht gezielt in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Kooperation:

Funktionsbedingt steht das Zentrum mit etlichen staatlichen und städtischen Sozialeinrichtungen sowie mit vielen NGOs in Kontakt. Die Liste der "business partners" umfasst 27 Adressen, davon 14 NGOs einschließlich dem schleswig-holsteinischen Hanse-Büro in Kaliningrad und dem örtlichen Repräsentanten des Baltic Institute, Karlskrona. Abgesehen von der regelmäßigen Beteiligung dänischer Fachleute an den Seminaren scheint keine Kooperation mit ausländischen Partnern zu bestehen.

Probleme / Wünsche:

Der Beitrag des Zentrums zur Erhöhung der Qualifikation des Pflege- und Betreuungspersonals in Sozialeinrichtungen wird als zwar vorhanden, aber doch recht begrenzt eingeschätzt.

Auf die Frage, welche Partner man sich am dringendsten wünsche, lautete die erste spontane Antwort "Solche mit Geld". Dann wurde aber auch Interesse artikuliert, mehr über deutsche Erfahrungen im Sozialbereich zu lernen, insbesondere was die Frage der Freizeitgestaltung der Bewohner staatlicher Alters- und Behindertenheime anbelangt.

Nr. 27 JuLA ("Kreisel") - Armee junger Führungspersönlichkeiten
Калининградский региональный фонд сопротивления СПИДу и наркомании Kaliningrad Regional Public Children and Youth Organization "Young Leaders' Army"

Anschrift:

Moskovsky prosp. 165-37

Kaliningrad, 236006

Tel.: 45 29 44 (Vorsitzender Romanov privat) / Fax: 41 43 40 / E-mail: romanoff@inbox.ru (!unklar, ob noch gültig!)

GesprächspartnerInnen:Herr *Alexander Romanov*, JuLA-Vorsitzender (ehrenamtlich); Frau *Viktoria Osipenko*, Mitbegründerin von JuLA, beruflich Sozialpädagogin am städtischen "Zentrum für Präventionsmedizin"**Ziele:**

Die Organisation will Jugendliche bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit unterstützen und sie davon abhalten, zu Drogen zu greifen. Zielgruppe der Bemühungen sind nicht Drogenkonsumenten, sondern Jugendliche, die bislang kein Drogenproblem haben, aber gefährdet sind.

Organisatorisches:

JuLA wurde im Herbst 1999 als "Kaliningrader regionale gesellschaftliche Kinder- und Jugendorganisation" amtlich registriert. Die Entstehung und Arbeit der Organisation reicht allerdings etwa 3 ½ Jahre zurück. Damals war Frau Osipenko im Rahmen ihres Engagements für den "Kaliningrader regionalen Kinder- und Jugendfonds zur Bekämpfung von HIV und Drogensucht" für die Leserbriefseite einer mit Unterstützung des Fonds herausgegebenen Zeitschrift sowie für die Beantwortung von LeserInnenanfragen zuständig. Um diesen Kristallisationskern hat sich eine Gruppe von interessierten Jugendlichen gebildet, die zu eigenem Engagement bereit waren. Frau Osipenko wurde später vom Zentrum für Präventionsmedizin als Sozialpädagogin eingestellt, arbeitet aber weiterhin bei JuLA mit und begleitet die Arbeit fachlich.

Der Name der Organisation basiert auf einer Persiflage. In Anspielung auf eine in sowjetischen Zeiten gängige Namensgebung bezeichneten sich die frühen Aktivisten etwas übermütig als "Junge Lenin-Armee", abgekürzt JuLA, was auf Russisch "Kreisel" heißt. Mit der Konsolidierung der Gruppe und ihrer Registrierung wurde nach einem ernsthafteren Namen gesucht, die eingeführte Abkürzung sollte aber erhalten bleiben. Aus "Lenin" wurde "lider" (Leiter, Führer). Mit dem Namen will man zum Ausdruck bringen, dass es JuLA darum geht, die innere Stärke und Selbst-Führung, über die jeder Mensch potentiell verfügt, zu aktivieren.

Die Organisation hat derzeit 15 reguläre Mitglieder, jedoch können auch Nicht-Mitglieder in ihr mitarbeiten. Gegenwärtig sind rund 100 Jugendliche aktiv an der Arbeit beteiligt, etwa zu gleichem Anteil Männer und Frauen. Das Alter reicht von 10 bis 25 Jahre, der Durchschnitt liegt knapp unter 20. Einen regelmäßigen Tätigkeits- oder Rechenschaftsbericht gibt es nicht, auch keine eigene Zeitschrift. Jedoch hat JuLA die Möglichkeit, sich in der Zeitschrift "Bleib gesund!" des Zentrums für Präventionsmedizin darzustellen. Auch andere Medien berichten über die Arbeit von JuLA.

Aktivitäten:

Mit dem Ziel, über die Ursachen und Folgen von Drogenabhängigkeit aufzuklären, organisiert JuLA (unterstützt von Frau Osipenko) Seminare und Trainings. Vor allem aber werden von kleinen Gruppen Schulbesuche im gesamten Kaliningrader Gebiet durchgeführt und der Dialog mit Schülern und Schülerinnen gesucht. In diesem Dialog geht es JuLA nicht darum, in moralischen Kategorien vor Drogenkonsum zu warnen. Die Jugendlichen sollen selber entscheiden, wie sie mit Drogen umgehen. Zur Stärkung der Entscheidungsfähigkeit wird versucht, sie über zweierlei aufzuklären: (1) Die alltagsweltlichen Ursachen für ein Abgleiten in Drogenmissbrauch (insbesondere das Problem von Gewalt in der Familie) sollen bewußt werden. (2) Die Folgen von Drogenkonsum sollen bekannt gemacht werden. Methodisch kommen vor allem dialogische Rollenspiele zwischen Drogenkonsumenten und Drogenfreien zum Einsatz, die es ermöglichen, dass jeder seine Probleme zur Sprache bringen kann. Ähnlich werden auch kleine Sketche aufgeführt.

Solche "Schulauftitte" finden im Sommer im Schnitt einmal wöchentlich statt. Sie erfolgen auf Einladung der jeweiligen Schule, vermittelt über das Zentrum für Präventionsmedizin. Die Nachfrage ist so groß, dass sie nicht vollständig befriedigt werden kann. JuLA erhält hierfür keine Bezahlung oder Kostenerstattung, die Schulen müssen lediglich für den Transport durch das Kaliningrader Gebiet aufkommen (erfolgt meist durch schuleigene Fahrzeuge/Fahrer).

Für ihre ehrenamtliche Tätigkeit ("Unser Honorar ist die Kommunikation mit Kindern") werden die JuLA-Aktiven in internen Seminaren qualifiziert (so haben Mitglieder von JuLA u.a. an einem in russisch-schwedischer Zusammenarbeit organisiertem Training für ehrenamtliche Mitarbeiter von Anti-Drogen-Initiativen teilgenommen).

Die Gesprächspartner schätzen ihre Arbeit als "zumindest nicht erfolglos" ein.

Kooperation:

Eine auch durch Doppelmitgliedschaften persönlich vermittelte Zusammenarbeit besteht mit dem Zentrum für Präventionsmedizin, dem Fonds zur Bekämpfung von HIV und Drogensucht sowie mit einem Selbsthilfenetzwerk von HIV-Positiven. Die Frage nach systematischer Kooperation löst bei unseren Gesprächspartnern Emotionen und Debatten aus. Sie verweisen zwar darauf, dass es in Kaliningrad weitere Organisationen gibt, die ähnliche Ziele verfolgen. Das Spezifische von JuLA sei jedoch der ganzheitliche Graswurzelansatz; es handele sich um eine Initiative, die von unten gewachsen sei und selbstbestimmt arbeite, nicht von oben gegründet sei und fremdbestimmt verwaltet werde.

Eine punktuelle Kooperation mit einigen anderen, ebenfalls im Bereich Drogen/AIDS aktiven einheimischen Organisationen (NGOs und Regierungsstellen) hat es zwar im Rahmen eines UNICEF-Projektes gegeben, an dem auch JuLA beteiligt war. Augenscheinlich würde man durchaus gerne mehr Kontakt und Zusammenarbeit mit anderen Initiativen haben, bleibt aber aus Sorge vor einer zu großen Nähe zu "den Machtstrukturen" zurückhaltend. Aus diesem Grund ist JuLA auch nicht Mitglied von AMISO (→ Nr. 22) geworden. Eine Nähe zur Macht würde viele JuLA-Aktive zum Rückzug veranlassen.

JuLA hat Erfahrungen mit transnationaler Zusammenarbeit, wobei allerdings unklar blieb, inwiefern die Gruppe selber oder das Zentrum bzw. die Stiftung als direkter Partner in diesen transnationalen Kooperationsprojekten fungierte. Genannt wurde das bereits erwähnte UNICEF-Projekt, ein Vorhaben mit schwedischer Beteiligung (Noahs Arche), ein russisch-dänisches Seminar, polnische Kontakte sowie - mit Blick auf Deutschland - zur Fröbel-Stiftung, wobei hier leider Sprachprobleme bestünden. Eine ständige Partnerschaft mit einer ausländischen Organisation besteht nicht.

Als Schwierigkeit transnationaler Zusammenarbeit erwähnen die Gesprächspartner neben dem Sprachproblem und dem aus finanziellen Gründen fehlenden Internet-Zugang, dass es sich bei den ausländischen Partnern, mit denen man bislang Kontakt hatte, immer um deutlich formeller strukturierte Organisationen und ältere Personen gehandelt habe. Erfahrungen der Zusammenarbeit mit einer ähnlich JuLA selbstverwalteten Jugendgruppe hat man bislang nicht.

Probleme / Wünsche:

- Die Frage, mit welchen Hauptproblemen die Arbeit von JuLA beschwert sei, wurde spontan mit dem Verweis auf "den Mangel an staatlicher Unterstützung" beantwortet, was jedoch die Gegenreaktion auslöste "Wir haben doch gar keine Forderungen gestellt!" Abermals entstand eine Diskussion um die Schädlichkeit zu großer Nähe zu "den Machtstrukturen", insbesondere wenn es um sensible Fragen gehe oder Fördergelder Dritter im Spiel seien.
- Genannt wurde ferner das Fehlen eines Computers; allerdings würde man wohl bald einen bekommen. Was auch dann bliebe sei das Problem der Nutzung des Internet, da man sich deren Kosten nicht leisten könne.
- Die Einrichtung eines NGO-Zentrums sei "ein Traum". Aber zugleich wurde kritisch gefragt, ob es überhaupt möglich sei, seine Unabhängigkeit von "den Machtstrukturen" zu sichern.
- Erwünscht wäre ein Erfahrungsaustausch insbesondere mit vergleichbaren Jugendgruppen.
- Gerne sähe man ein Intensivseminar, an dem russische und ausländische ExpertInnen gemeinsam mit JuLA-Aktiven teilnehmen und das von etwas längerer Dauer sei, wo man also auch ein wenig zusammen lebe. Themen könnten sein: die Probleme, die zu Drogenmissbrauch führen, Gewalt in Schule und Familie, Vater-Kind-Konflikte und anderes mehr, vor allem aber auch die Frage, wie mit diesen Problemen anderweitig umgegangen wird.
- An Informationen über und Kontaktvermittlung zu vergleichbaren Initiativen in Schleswig-Holstein besteht ein Interesse. In diesem Zusammenhang wird aber selbstkritisch darauf hingewiesen, dass JuLA halt ein "Sprachproblem" habe.

<i>Nr. 28 Selbsthilfenetzwerk "Leben mit HIV/AIDS"</i>
Жизнь с ВИЧ
The Russian Network of People Living with HIV/AIDS

Kontakt:

Aleksey

E-mail: fondanty@bds.ru – im Betreff/Subject-Feld auf Empfänger Aleksey hinweisen!)

Gesächspartner:

Aleksey, Mitglied des Koordinierungsausschusses des Netzwerks

Ziel:

Das Netzwerk bemüht sich um eine Verbesserung der Lebensbedingungen für HIV-infizierte Menschen in Russland. Die negative Einstellung der Gesellschaft gegenüber Menschen, die von HIV/AIDS betroffen sind, soll verändert werden. Ihre Rechte, wie sie sich in internationalen und nationalen Rechtsakten finden, sollen vertreten werden. Die russi-

schen HIV-Positiven sollen Anschluss an die internationale Gemeinschaft der HIV-Opfer erhalten.

Organisatorisches:

Das Netzwerk wurde auf dem ersten gesamtrussischen Treffen HIV-positiver Menschen in der Russischen Föderation im Oktober 1999 in Moskau ins Leben gerufen. Zur fünf gewählte Personen umfassenden Koordinierungsgruppe des Netzwerks aus verschiedenen russischen Städten gehört auch Aleksey aus Kaliningrad, einer "AIDS-Hochburg" Russlands.

Aktivitäten:

Das Netzwerk will jährlich eine Russland-weites Treffen HIV-Positiver organisieren; das zweite Treffen ist für September 2000 in Nizhny Novgorod geplant. Darüber hinaus sollen die Ziele des noch jungen Netzwerks durch eine breite Palette von Aktivitäten in Zusammenarbeit mit den jeweiligen örtlichen Behörden, Medien und medizinischen Einrichtungen verfolgt werden. Nicht zuletzt soll der Gedanke der Bildung von Selbsthilfegruppen der Betroffenen verbreitet und die Entstehung solcher Gruppen unterstützt werden.

Kooperation:

Aleksey, der Kaliningrader Repräsentant des Netzwerks, steht in engem Kontakt mit JuLA (siehe dort) und mit dem "**Kaliningrader regionalen Kinder- und Jugendfonds zur Bekämpfung von HIV und Drogensucht**", einer auf Initiative besorgter Eltern von 11 NGOs und Behörden gegründete Wohlfahrtseinrichtung, die auf die Unterstützung von Familien mit AIDS-infizierten Kindern und Jugendlichen spezialisiert ist.

Probleme / Wünsche:

A. wünscht sich und der Kaliningrader Selbsthilfegruppe Kontakte zu unabhängigen Selbsthilfegruppen im Westen, um von ihnen lernen zu können.

Nr. 29 Fonds "Nein zu AIDS und Drogen"
Калининградский региональный общественный фонд "Нет СПИДу и наркотании"
Kaliningrad Regional Public Fund "No to AIDS and Drugs"

Anschrift:

Kopernika ul. 2-4
Kaliningrad
Tel./Fax: 43 30 67

Gesprächspartner:

Herr *Alexander Anatolievich Drezin*, hauptamtlicher Direktor des Fonds, Arzt und Psychiater.

Ziele:

Der Fond zielt mit seinen Aktivitäten insbesondere darauf, das in der Stadt Kaliningrad besonders hohe Niveau des Konsums harter Drogen zu drücken.

Aktivitäten:

Der Fond unterhält einen Treffpunkt für Drogenabhängige und ein "Drogenmobil". Er bietet Aufklärung, Beratung und Betreuung, bildet hierfür Hilfskräfte aus ("street worker") und arbeitet im Rahmen eines WHO-Programms mit Prostituierten.

Kooperation:

Der Fond hat vielfältige Kooperationsbezüge. Im internationalen Bereich wird vor allem mit Organisationen in Schweden und Polen zusammengearbeitet.

Probleme / Wünsche:

Das Drogenproblem sei in Kaliningrad größer als im übrigen Russland. Dies resultiere aus der Situation Kaliningrads als "Schmelztiegel" der Migration. Die soziale und individuelle Affektkontrolle sei gegenüber den Gesellschaften geschwächt, in denen die Menschen im familiären Umfeld und historisch am Ort verwurzelt leben. Dies ermögliche eine Integration von Gesellschaft in einem Maß, dass die Menschen sich verantwortlich fühlen. In Kaliningrad fehlten den Menschen jedoch Bindungen und sie hätten das Gefühl, dass sie die Stadt verlassen könnten, wenn sie bei einem Delikt "erwischt" werden. Schon früher hieß es, die Kaliningrader hätten keine Väter - sie seien nämlich entweder als Fischer oder als Marinesoldaten auf hoher See oder sonst wo beim Militär.

Gegenwärtig sucht Herr Drezin nach Mitteln zur Finanzierung eines speziell auf die Situation der Roma im Kaliningrader Gebiet ausgerichteten Projekt. Die Roma als die sozial niedrigste Gruppe, zudem zum Teil Analphabeten, würden in besonders hohem Maß Drogen konsumieren und in großem Umfang mit ihnen handeln. Wie kann man sie lehren, sich besser vor Drogen zu schützen?

**Nr. 30 Kaliningrader NGOs im Bereich
AIDS- und Drogenschutz / Gesundheitsaufklärung**

Die nachfolgende Tabelle gibt den Abschnitt "Non-Governmental" der Zusammenstellung "Governmental and Non-Governmental Organizations, Dealing with Propaganda of Healthy Lifestyle and Problems of HIV and Drug Addiction", die uns freundlicher Weise vom Kaliningrader Zentrum für Sozialarbeit (→ Nr. 26) zur Verfügung gestellt wurde, wieder.

Youth Information-Consulting Center "Delta-K" (→ Nr. 22)	
Ul, Gorkogo 19 A, room 231 Tel. 55 53 12 Fax: 44 14 00 center@kaliningrad.ru www.delta-k.ru Anna Stepuchiova (deputy director); Marina Popova, Kosenko Dmitry (Co-ordination of programs on healthy lifestyle)	<ul style="list-style-type: none"> • propaganda of healthy lifestyle • implementation of youth anti-AIDS program; volunteers movement "Teenager-to-teenager" (schools) • work at the higher educational institutions of the city, publishing; • work within frames of UNICEF project in the Kaliningrad region on implementation of program on information center: library on healthy lifestyle, social studies in sub-culture.
Kaliningrad Regional Children/Youth Public Fund of Resistance to HIV and Drug Addiction	
Ul. Baltiyskaya 26-5 Tel/fax;32 50 87 Fondanry@bds.ru Olga Mikhailovna Kirillova (director of HIV Resistance Fund)	Social and psychological support to HIV infected and AIDS sick persons, protection of their rights and freedom • prevention of HIV infection and drug addiction among teenagers and young people; • work within frames of UNICEF project in Kaliningrad

Kaliningrad Regional Public Organization Positive Group of Mutual Assistance "Bereg"	
U. Gagarina, 74-11 <i>Alexander Pankratov</i> (editor of newspaper for HIV-infected "Bereg"; manager)	Group of mutual assistance of HIV-infected and AIDS-sick persons
Kaliningrad Regional Public Fund "No to AIDS and Drugs"	
→ Profil Nr. 29	
Kaliningrad Regional Department of the Russian Red Cross Society	
Ul. Zaraiskaya 19 <i>Polina Pavloovna Perova</i> (president) Tel./Fax: 33 90 12	Organization of volunteer youth movement: propaganda of healthy lifestyle • humanitarian help to poor students and young people • involvement of youth in Red Cross movement • HIV/AIDS prevention
Regional Department of Public-Political Union "Women Movement for Health of Nation"	
Tel. 45 39 40 (home: 55 22 08) <i>Liudmila Grigoryevna Kazmerchiuk</i> (chair-woman) <i>Marina Valdimirovna Mikhalchenko</i> (Secretary)	
Charity Catholic Organization "Karitas-West"	
Moskovsky pr. 109 Tel./Fax: 35 96 43, 35 97 13 <i>Ezhi Stetskevich</i> (president); <i>Rozalia Franzevna Teterskaya</i> (program coordinator)	<ul style="list-style-type: none"> • Social service • charity assistance • volunteers' work
Kaliningrad Regional Public Organization "Liberation"	
box 757, Ul. Nekrasova 18 Kaliningrad, 236040 Tel./Fax: 4430-382 v@bytecity.ru <i>Sergey Ivanovich Berseniov</i> (Manager)	Assistance in decrease of crime • juridical help to prisoners and former convicts • reception and transfer of humanitarian help to the convicted. Priorities: teenagers, HIV-infected
Kaliningrad Regional Public Organization "Volunteers of Nemezida"	
Ul. Kuibysheva 183-6 Kaliningrad, 236038 Tel.: 43 74 03; 43 10 69 (reception room) <i>Andrey Aleksandrovich Krayevsky</i> (manager)	Prevention of social dangerous diseases among young people
Baltic Fund for Children and Teenagers Salvation from Drug Addiction	
TV channel "Premier" <i>Yakov Grigorievich Kuzin</i> (president)	
Kaliningrad Regional Children-Youth Public Organization "Young Leaders Army"	
→ Profil Nr. 27	

Kaliningrad Public Group of Former Drug Addicts "Overcoming"	
Ul. Barnaulskaya 28 Kaliningrad, 236040, Tel: 46 29 42 <i>Vladimir Evgenievich Amenitskiy</i> (manager) <i>Larissa Gennadievna Sannikoa, Igor Shurinov</i> (Ansprechpartner)	Prevention of drug addiction • adaptation and rehabilitation of drug addicts • assistance to specialists of governmental organizations • work with parents and other relatives of drug addicts • personal psychological, juridical and medical consulting • organization of support groups
Orekhov Rehabilitation Center of Drug addicts	
Gvardeisky district pos, Oreknovo Tel. (259) 75 2 52; Fax: (259) 75 2 35 <i>Liudmilla Andreyevna Usmanova</i> (director) <i>Sergey Elizarovich Slobodianiuk</i>	Rehabilitation of drug addicts
Kaliningrad Regional Youth Public Organization "Satori"	
Pr. Lenina 32 Town of Baltiysk, 232520 Tel.: (245) 2 14 29 <i>Irina Gennadievna Yatsenko</i> (chairman, head of psychological service)	<ul style="list-style-type: none"> • Propaganda of healthy lifestyle among children and teenagers • work with young families and young people on creation of healthy family • healthy offspring

3.8 Themenbereich Umwelt- und Tierschutz

Nr. 31 Ökologiebewegung

Калининградское Региональное Экологическое
Общественно-политическое движение
Kaliningrad Regional Ecological Public Political Movement

Anschrift:

c/o Raisa A. Guseva
Kirova ul., 17
Kaliningrad, 236000
Tel: 22 84 87 / Fax 22 84 82

GesprächspartnerInnen:

Frau *Raisa A. Guseva*, Vorsitzende der Organisation sowie Abgeordnete der Gebietsduma und Stellvertretende Vorsitzende von deren Ausschuss für Ökologie und natürliche Ressourcen; Herr *Sergei Olejnikov*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Kaliningrader Abteilung für Ozeanographie der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Ziele:

Die Organisation will eine Politik auf der Basis der "Agenda 21" betreiben, die Implementierung der Agenda in Kaliningrad beschleunigen und die hier gemachten Erfahrungen an

andere Regionen Russlands weitergeben. Als gesellschaftlich-politische Organisation will sie Einfluss auf die lokale und regionale Entwicklung nehmen, sich an den Wahlen im Oktober 2000 beteiligen, im Wahlkampf viele Menschen über ihre Aktivitäten informieren und der Politik zeigen, dass die Wähler ein ökologisches Bewusstsein haben. Die Organisation tritt ebenfalls für die kostenlose juristische Beratung für sozial schwache Menschen ein, damit diese ihre Rechte im Bereich von Wohnen und Gesundheit verteidigen können.

Organisatorisches:

Die Organisation wurde im August 1999 gegründet und ist als "Kaliningrader regionale ökologische gesellschaftlich-politische Bewegung" registriert. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von etwa 30 Individuen und Organisationen die etwa 5.000 Menschen in der ganzen Oblast vertreten. Um den Registrierungsprozess nicht zu verzögern, wurde die Entscheidung über den endgültigen Namen verschoben. Einer der favorisierten Vorschläge lautet: "21. Jahrhundert". Die Organisation nutzt das Büro der Abgeordneten.

Aktivitäten:

Die Organisation arbeitet an einem Entwurf für ein Ökologiestatut. Es soll die menschenrechtlichen und sozialen Fragen beachten, auf einer systematischen Beschreibung und Bewertung der in der Oblast tatsächlich existierenden Probleme (z.B. auf der Kurischen Nehrung) beruhen, eine "nachhaltige Entwicklung" ermöglichen, den internationalen Standards entsprechen und geeignet sein, die Agenda 21 umzusetzen. Ein solches Vorhaben sei für Kaliningrad Neuland, denn bislang seien nur wenige ökologische Fragen in der Oblast gesetzlich geregelt.

Geplant sind Projekte, die sich auf die Verbesserung der Wasserqualität des Pregels, Abfallrecycling durch ein Abkommen mit der Stadt, Ökologische Erziehung und Verbreitung von Informationen über die ökologischen Probleme und ihre Lösung beziehen.

Die Bewegung sucht intensiv nach finanziellen Ressourcen. Man habe bereits zwanzig Briefe an Ökologiestiftungen per Internet verschickt und sei im Gespräch mit dem National Democratic Institute (NDI) in Washington. Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojektes mit der Stadtverwaltung und einem schwedischen Partner will die Ökologische Bewegung Anträge bei der Europäischen Kommission stellen.

Kooperation:

Die Bewegung steht der Organisation "Zeder" nahe, die in Moskau als ökologische Partei registriert ist.

Probleme / Wünsche:

Die Bewegung bezeichnet die Aufgabe des "fund-raising" als das Hauptproblem. Hätte man ausreichend finanzielle Ressourcen, gäbe es keine Probleme mehr. Denn was für die Umwelt getan werden müsse, sei bekannt, allein die Möglichkeiten, dieses Wissen umzusetzen, seien nicht vorhanden.

Die Bewegung äußert Interesse an verstärkten Kontakten mit litauischen, polnischen, schwedischen Partnern und einem Informationsaustausch mit dem schleswig-holsteinischen Parlament über Erfahrungen in den parlamentarischen Umweltausschüssen und die Arbeitsweise von NGOs in Deutschland. Vor allem interessieren Fragen der Sozialökologie, Umwelterziehung in den Schulen. In ihrer Doppelfunktion als Abgeordnete und Vorsitzende der "Ökologischen Bewegung" möchte Frau Guseva mit ihrer Kenntnis der Arbeit von NGOs in Kaliningrad dazu beitragen, dass die Unterstützung aus Schleswig-Holstein auch wirklich nützlich sei. Nach Unterzeichnung des Memorandums über die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten von Kaliningrad und Schleswig-Holsteini-

schen hat Frau Guseva bereits an das Schleswig-Holsteinische Parlament mit der Anregung geschrieben, auch auf ökologischer Ebene gemeinsame Projekte zu entwickeln, und wartet auf eine Antwort.

Nr. 32 Umweltgruppe GID ("Führer")
Экологическая группа "ГИД" . Калининградская региональная Молодёжная общественная Организация Kaliningrad Regional Youth Public Organization "Environmental Group 'GUIDE'"

Anschrift:

Botanicheskaya ul., 2, office 14

Kaliningrad, 236006

Tel: 46 13 21 / Fax: 46 44 86 / E-mail: guideinfo@mail.ru

Gesprächspartner:

Herr *Ismail Nigmatullin* und Herr *Alexei Golubitsky* (beides Vorstandsmitglieder).

Ziele:

GID versteht sich nicht als „politische“ Organisation, sondern will auf anderen Wegen die Umweltsituation und die Umweltgesetze in der Region beeinflussen. Ein Ziel ist die Verbesserung der Kooperation zwischen Umweltorganisationen und interessierten Menschen. Hauptanliegen ist es, Jugendliche und Lehrer zum Schutz der Umwelt in der Oblast zusammenzubringen, objektive Daten zu gewinnen, Informationen zu verbreiten, viele Menschen für die Umweltprobleme zu interessieren und auf diese Weise die Umwelterziehung und Umweltkontrolle zu verbessern. GID setzt auf die *Effektivität einer kleinen Gruppe* von aktiven Mitgliedern, bezieht aber in ihrer Erziehungs- und Informationsarbeit viele Menschen ein. Dabei achtet die Gruppe darauf, dass ihre Tätigkeit wissenschaftlich fundiert ist. Ihre aktiven Mitglieder - darunter Lehrer, Umweltforscher und Ornithologen - verstehen sich als Forscher und lassen sich durch Experten beraten. Auch Schüler werden an den wissenschaftlichen Untersuchungen beteiligt.

Organisatorisches:

Die Organisation arbeitet seit 1995 und wurde im Oktober 1999 als regionale gesellschaftliche Jugendorganisation registriert. Der Vorstand besteht aus drei Personen (Vorsitzende: *Zinaida Tsygankova*). Die Mitglieder – 15 aktive Lehrer und Jugendliche – beraten monatlich über ihre Projekte. Die Struktur der Organisation ist offen. Auch Außenstehende können Vorschläge machen. Kollektive Mitgliedschaften sind nach den Statuten möglich – aber davon wurde noch nie Gebrauch gemacht. Die Arbeit ist ehrenamtlich.

GID arbeitet mit staatlichen Institutionen in folgender Weise zusammen. Die Gruppe kann die Ausrüstung (Computer, Strom, Telefon) des Schulzentrums für Ökologie und Biologie der Oblast Kaliningrad in der "Naturschule" nutzen. Dort hat sie auch ihr Büro. Im Hinblick auf Projektentscheidungen fühlt sich die Gruppe unabhängig. Als sie gegen den Bau der Ö raffinerie protestierte kam es zwar zu einem politischen Konflikt, den die Gruppe aber überstanden hat. Falls die Regierung versuchen sollte, auf ihre Arbeit Einfluss zu nehmen, würden die Mitglieder die Arbeit in ihren Wohnungen fortsetzen.

Aktivitäten:

1. *Verbesserung der Umwelterziehung in Kaliningrad durch Arbeit mit Lehrern, Ausarbeitung von Lektionen und Durchführung von Kursen, Seminaren und Konferenzen für Lehramtsstudierende sowie Versorgung der Lehrer mit didaktischem Material:*

Diese Arbeit leistet GID in der Zusammenarbeit mit der „Naturschule“ des Zentrums für Biologie und Umwelterziehung. Es ist eine staatliche Einrichtung, die auf Erfahrungen in Dänemark aufbaut. Die „Naturschule“ soll das Standardprogramm der Schulen durch zusätzlichen Unterricht und Aktivitäten ergänzen. Sie ist zugleich eine „Fernschule“ für diejenigen, die Wissen in einem Spezialgebiet der Biologie, Ökologie, Umwelt, in Untersuchungsmethoden und praktischen Umweltschutzaktivitäten erwerben wollen. Neben Unterrichtsstunden in Schulen werden pro Jahr drei Kurse (einmal in Form eines Sommerlagers) von der Naturschule selbst durchgeführt. Indem GID die aktivsten Lehrer und Schüler auch auf dem Land anspricht, Informationen für sie und mit ihnen erarbeitet, schafft die NGO Voraussetzungen dafür, dass die Naturschule ihre Aufgaben erfüllen kann. Zu den GID-Aktivitäten im Bereich Umwelterziehung gehört auch die Herstellung und Verbreitung von Lehrmaterial. Gegenwärtig führt GID eine zweijährige Kampagne durch, um Schüler auf die Bücher des britischen Naturforschers *Gerald Durrell* (1925-1995) und die Umweltprobleme in der Welt aufmerksam zu machen. Weil Kinder in Russland aufgrund der Massenmedien immer weniger lesen, organisiert GID ein Preisausschreiben an den Schulen mit Fragen, die nur diejenigen beantworten können, die Bücher von Durrell gelesen haben (Buchtitel in deutscher Sprache: *Ein Koffer voller Tiere / Die Tiere in meiner Arche/ Meine Familie und anderes Getier*).

2. Information der Gesellschaft durch Zusammenarbeit mit den Massenmedien in der Oblast und Verbreitung von Informationen mittels selbst hergestellter Videofilme und einen Rundbrief:

Seit 1996 hat GID zwei Filme und sieben Fernsehberichte in Zusammenarbeit mit der Mediengesellschaft „Kaskad“ hergestellt und gesendet. Der erste Film behandelt das Leben von Vögeln, die im Kaliningrader Gebiet überwintern, der zweite Film den Nestbau des Kiebitz. Die Produktion dieser Filme nutzt GID gleichzeitig für die Medienerziehung. Die Kinder lernen zuerst, was ein Film bedeutet und erst später, eine Kamera zu handhaben. Seit September 1999 gibt GID zusammen mit dem Zentrum für Ökologie und Biologie einen Rundbrief zur Umwelt und Umwelterziehung mit dem Titel „Larus marinus“ (Mantelmöve) heraus. Zwei Ausgaben sind bislang erschienen.

3. Erhöhung der Beteiligung der Öffentlichkeit an Umweltaktivitäten und Veränderung von Lebensstilen:

Zu diesem Zweck nutzt GID internationale Aktionen oder Gedenktage wie das "Jahr der Meere" oder den "Tag der Erde", informiert in Zeitungen oder im Fernsehen darüber, was diese Aktionen bedeuten. Mit einem Projekt "Tiere in der Stadt" versucht GID auf die Probleme des Zusammenlebens von Mensch und Tier aufmerksam zu machen.

4. Verbesserung der Kenntnisse über die Natur und die Umweltbedingungen in der Oblast und der Ostseeregion:

Zur Anwendung kommen hier Untersuchungen, Seminare, Kurse, Konferenzen und ähnliche Arbeitsformen. So untersucht GID die Auswirkungen der Klimaveränderung auf den Wandel in der Natur. Dazu wurde die Oblast in 48 Zonen eingeteilt. Jahr für Jahr wird beobachtet, wann die ersten Blumen blühen und die Bäume grün werden. Ferner analysiert GID das Ausmaß der Ölverschmutzung durch die Beobachtung der Vögel. Die Gruppe macht regelmäßig eine dreitägige Wanderung entlang der Küste der Kurischen Nehrung, und zählt, wie viele Vögel fliegen, sitzen und tot am Boden liegen. Diese werden auf Ölspuren untersucht. So ist das bisher einzige Beobachtungssystem für die Ölverschmutzung in der Oblast entstanden. Ein anderes Beobachtungsfeld ist die Wasserqualität.

5. Verbesserung der unabhängigen Umweltkontrolle von Industrieprojekten:

Mit Blick auf möglicherweise die Natur oder die Gesundheit gefährdende Maßnahmen bemüht man sich um Expertenüberprüfungen, beteiligt sich an ihnen und achtet auf die

Veröffentlichung solider Ergebnisse. Als der Gouverneur behauptet hatte, Experten hätten den geplanten Bau der Raffinerie geprüft und keine Einwände gegen das Projekt gehabt, konnte Guide beweisen, dass diese Aussage falsch war (→ auch Nr. 33).

6. Verbesserung der Umweltgesetze auf lokaler, regionaler, föderaler und internationaler Ebene durch Zusammenarbeit mit den "Machtstrukturen":

GID beteiligt sich seit drei Jahren am parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren. Ein Beispiel ist die Ausarbeitung eines "Gesetzes über den Schutz wilder Tiere". Ein Vertreter von GID ist Mitglied im „Beirat für Umwelterziehung“ der Gebietsduma.

Kooperation:

GID zeigt sich offen für die Kooperation mit anderen Organisationen und Personen, die für die Verbesserung der Umweltsituation in Kaliningrad und der Ostseeregion insgesamt arbeiten. Als Kooperationspartner werden genannt: Zeder, EcoDenfence (→ Nr. 33), die Umweltgruppen "Sambia", der indigenen Völkern interessierte Indianerklub "Sprechendes Wasser", die Russische Vogelschutzunion, das Kaliningrader Amt für Umweltschutz, das UNECO Projekt "Ostsee", der ökologische litauische Club „Zvejone“ und das Zentrum "Jugend für die Freiheit des Wortes" (→ Nr. 23).

Probleme / Wünsche:

GID weist auf die Schwierigkeit der Umweltarbeit hin, solide Informationen zu veröffentlichen. Die Regierung nehme die ökologischen Probleme nicht ernst; die Massenmedien übertreiben sie und ignorieren zum Beispiel das Ausmaß, in dem die Region von belastenden Industrien abhängig sei.

Ein zweites Problem sei, eine Kontrolle über die Einhaltung der Gesetze zu erlangen. Gegenüber diesem Problem scheint die Gruppe fast zu resignieren.

Auch für GID ist finanzieller Mangel ein Problem. Bislang hat sich die Gruppe vor allem darum bemüht, sich zu etablieren; in Zukunft will sie sich auch um Projektmittel zum Kauf von Unterrichtsmaterial, Papier, Kopierkosten und Filmmaterial für die Verbreitung der Arbeitsergebnisse und die Herstellung des Rundbriefes "Larus marinus" bemühen. Die Gruppe kann zur Zeit keine weitere Ausgabe produzieren. Sie bräuchten 100-200 US Dollar um mit 500 Exemplare jede Schule in der Region mit dem nächsten Rundbrief versorgen könnten. Die Gruppe würde sich freuen, wenn die von ihr produzierten Videofilme verbreitet würden. GID würde gerne mit einer ähnlichen Organisation im Ausland ein gemeinsames Projekt über Nestbrüter durchführen.

Nr. 33 Internationale Umweltgruppe "EcoDefense!"

Калининградская региональная общественная организация
"Международная группа 'Экозащита!'"
Kaliningrad Regional Public Organization
"International Environmentalist Group 'EcoDefense!'"

Anschrift:

Post Box 1477

Kaliningrad 236000

(Besuchsadresse: Leninsky prosp. 157-11

Tel./Fax: 44 84 43 / e-mail: ecodefense@ecodefense.baltnet.ru / homepage:

www.ecodefense.baltnet.ru

Gesprächspartner:

Herr *Vladimir Slivyak*, Mitbegründer von EcoDefense! und Mitglied des Vor-

stands, Koordinator der Anti-Atom-Kampagne; Herr *Anatoly Korolev*, EDV-Betreuer von EcoDefense!

Ziele:

EcoDefense! will die Bevölkerung über Umweltfragen aufklären und zum Engagement für Umweltschutz motivieren. Zu diesem Zweck engagiert sich die Organisation in der Umwelterziehung, in Umweltschutzkampagnen, gewaltfreien direkten Aktionen und in der Verbreitung von umweltschutzrelevanten Informationen.

Organisatorisches:

Die Organisation ist aus einer Dissidentenbewegung namens "Solidarität" hervorgegangen und bereits 1990 gegründet worden. Anfänglich diente das Engagement für Umweltfragen lediglich als Vorwand für den Kampf gegen das politische Regime und die Sowjetunion. Erst später wurde es zum eigentlichen Anliegen. Amtlich registriert als "Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation" ist EcoDefense! erst seit 1998. Kaliningrad ist der Gründungsort und Hauptsitz der Organisation; sie unterhält mittlerweile aber auch mehrere Zweigbüros und Stützpunkte in Russland (u.a. in Moskau seit 1995, dort residiert auch die Anti-Atom-Kampagne der Organisation, und in Woronesch) sowie im Ausland, wobei zumindest in letzterem Fall die örtlichen Gruppen rechtlich selbständig sind und die Anbindung nach Kaliningrad unterschiedlich stark ausgeprägt ist, aber im Regelfall unter dem einheitlichen Namen EcoDefense! gearbeitet wird (u.a. in Bulgarien und - in Form einer Abspaltung von der Jugendorganisation der Partei Bündnis 90/Die Grünen - in Dresden). EcoDefense! versteht sich entsprechend als internationale NGO.

Die Organisation kennt keine Mitgliedschaft, sondern nur hauptamtlich Beschäftigte sowie Freiwillige für bestimmte Kampagnen. In Kaliningrad sind fünf Vollzeit-MitarbeiterInnen tätig. Das Gesamtbudget der Organisation wird mit der für russische Verhältnisse auffallend hohen Summe von 50.000 US-Dollar angegeben. Eingeworben werden sie fast vollständig von westlichen Stiftungen und Umweltorganisationen. Nach eigenen Angaben nimmt EcoDefense! keine Gelder von Regierungsstellen und Unternehmen an (angenommen wurde allerdings zumindest das Angebot der US-Botschaft, in Kalifornien eine Weiterbildung in Managementfragen für NGO-Leiter zu durchlaufen).

Aktivitäten:

Die Organisation publiziert teils eigenständig, teils in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern mehrere russisch-sprachige periodische Veröffentlichungen, die kostenlos verbreitet werden:

- seit 1994 vierteljährlich die Zeitschrift "EcoDefense" mit Artikeln und Meldungen zu einer breiten Palette ökologischer, sozialer und kultureller Themen;
- seit 1996 vierteljährlich die Zeitschrift "Ignorny Dom", die auf Fragen der Umwelterziehung spezialisiert ist und sich an Lehrer, Erzieher, Schüler usw. wendet;
- "Stunde der Erde", ein wöchentliches Radioprogramm eines Kaliningrader Senders;
- seit 1997 einmal monatlich "Vestnik WISE", die russisch-sprachige Ausgabe des Informationsdienstes des in Amsterdam ansässigen World Information Service on Energy (WISE) mit Nachrichten zur Nuklearindustrie und zu Anti-Atomkampagnen;
- seit 1995 drei- bis fünfmal monatlich das elektronische Bulletin "Anti-Atom Press" mit Informationen zu aktuellen Ereignissen und Hintergrundberichten zu Fragen der Atomenergienutzung und der Anti-Atombewegung.

Neben allgemeiner Aufklärungsarbeit in Sachen Umweltschutz, nicht zuletzt mittels der Periodika, aber auch in Form öffentlicher Veranstaltungen engagiert sich die Organisation insbesondere in drei Richtungen:

- *Umwelterziehung*: Zusätzlich zu einer hierauf spezialisierten Zeitschrift organisiert EcoDefense! u.a. regelmäßig Seminare zur Weiterbildung von Schullehrern und -lehrerinnen sowie von Kindergartenpersonal in Fragen der Umweltpädagogik sowie (gemeinsam mit der Umwelt-Jugendorganisation "Ozon") ökologisch ausgerichtete Sommerlager für Jugendliche auf der Kurischen Nehrung. Speziell für Kinder im Kindergartenalter wurden Ökolehrpfade geschaffen. Seit 1997 koordiniert EcoDefense! in Kaliningrad das internationale Umwelterziehungsprojekt "Nature Watch", an dem 1999 25 Schulen aus der Oblast teilgenommen haben. 1999 wurde eine Wanderausstellung "Die Stadt als unser Lebensraum" erstellt und in Kaliningrad gezeigt; im Frühjahr 2000 soll sie an verschiedenen Orten der Oblast gezeigt werden.
- *Umweltlobbying und -consulting*: Die Gesprächspartner betonen, dass EcoDefense! eng mit der Gebietsduma zusammenarbeite, jedoch veröffentliche die Organisation über ihre Lobbyaktivitäten keine Informationen. Aus den Publikationen ist jedoch ersichtlich, dass EcoDefense! für sich beansprucht, die Einrichtung eines Beirats für Umwelterziehung bei der Gebietsduma angestoßen zu haben. Ebenso wird berichtet, dass die Organisation zunächst mit einer einschlägigen Kampagne (Blockade eines Uranfrachters im Kaliningrader Hafen 1996) und dann mit ihrer Fachexpertise entscheidenden Anteil am Zustandekommen des im Oktober 1998 verabschiedeten regionalen Strahlenschutzgesetzes hatte.
- *Kampagnen und direkte Aktionen*: EcoDefense! organisiert selber oder beteiligt sich an zahlreichen Kampagnen und direkten Aktionen - auch im internationalen Bereich (gegen den Weiterbau des Kola-Atomkraftwerkes, gegen Atomtransporte von Ungarn und Bulgarien nach Russland, für die Unterzeichnung und Einhaltung des Klimaprotokolls, gegen Uranbergbau in Karelien usw.). In Kaliningrad selber engagiert man sich in einer Kampagne "Schützt den Wolf", kämpft gegen den Raubbau an den Wäldern und für die Ausweisung von bestimmten Feuchtgebieten als Naturschutzreservate. Ein Augenmerk gilt dem Widerstand gegen diverse Projekte der Ölgewinnung und -verarbeitung in der Oblast. Wie andere Umweltgruppen auch (→ z.B. Nr. 32) mobilisiert EcoDefense! derzeit gegen den Plan des Gouverneurs, auf dem Gebiet der Stadt Kaliningrad und unter Mißachtung von Gewässerschutz- und Luftreinhaltungsanforderungen eine auch ökonomisch umstrittene Ö Raffinerie zu errichten. Vom 17. Oktober bis 17. November 1999 wurde hierzu eine breite Palette von Aktionen durchgeführt.

Kooperation:

Ecodefense! ist umfassend in die internationale Umweltschutzbewegung eingebunden und arbeitet in unterschiedlichen Aktivitätsbereichen eng mit internationalen Organisationen zusammen. Die in Kaliningrad tätige Leiterin des Umwelterziehungsprogramms der Organisation wurde als Expertin in das Komitee für Erziehung und Kommunikation der "International Union for Conservation of Nature" berufen. Ein Vertreter der Organisation war als NGO-Beobachter beim UN-Klimagipfel in Berlin akkreditiert. Ecodefense! scheint auch keine Probleme dabei zu haben, in großem Umfang Geld für seine Arbeit bei internationalen Förderern einzuwerben.

Die Organisation ist Beobachter, aber nicht Mitglied in der "Coalition Clean Baltic". Auch gegenüber den - im Vergleich zu EcoDefense! durchgängig weniger oder gar nicht professionalisierten sowie "ärmeren" - übrigen örtlichen Umweltschutzorganisationen und -initiativen ist eine deutliche Distanz spürbar. Zwar gibt es vereinzelt aktionsbezogene Zusammenarbeit (Umwelt-Jugendgruppe Ozon, GID → Nr. 32), aber die Kooperation vor Ort ist begrenzt. Man sähe in Kaliningrad keine gleichwertigen Partner, die eine Zusammenarbeit auch für EcoDefense! lohnend machen würden. Sie seien meist zu ineffektiv und verbrauchten viel zu viel Zeit, um ein wenig Geld von den örtlichen Behörden für

nicht sonderlich wirksame Aktivitäten (Reports, Konferenzen) einzuwerben. Zudem seien viele andere örtliche Umweltorganisationen nicht unabhängig genug.

Probleme / Wünsche:

Besorgt wird bei EcoDefense! die Frage diskutiert, ob die derzeit konkurrierenden "Machtstrukturen" sich nicht ggf. in einer gemeinsamen Gegnerschaft gegen unabhängige NGOs finden könnten. Verwiesen wird auf die Existenz eines Gesetzentwurfs in der Staatsduma, der es den örtlichen Staatsanwaltschaften erlauben würde, gesellschaftliche Organisationen ohne Gerichtsentscheid zu schließen.

<p><i>Nr. 34 "Menschliche Stimme"</i> <i>Gesellschaft für den Kampf gegen Tierquälerei</i> <i>und für den Schutz herrenloser Tiere</i></p>
<p>Человечески голос "О защите животных от жестокого обращения" Kaliningrad Regional Public Organisation "Society for Fighting Cruel Treatment of Animals and for Protecting Homeless Animals 'Human Voice'"</p>

Anschrift:

Frau Alla Palashinskaya (Vorsitzende)

Leonova str. 70-1

Kaliningrad 236000

Tel.: 27 28 39 / kein Fax / keine Email

Kontaktperson für mündliche Kommunikation in Englisch: Frau Vokalchik
 Svegado Tel. 21 73 20



Gesprächspartnerin:

Frau *Alla Palashinskaya*, Vorsitzende der Vereinigung.

Ziele:

Angewandter Tierschutz und Sensibilisierung von Öffentlichkeit und Politik für die Belange des Tierschutzes, Einrichtung eines Tierheims in Kaliningrad, Erziehung von Kindern zur Tierliebe und zum pfleglichen Umgang mit Tieren und über sie auch mit den Menschen.

Organisatorisches:

Die Vereinigung wurde vor 1998 gegründet und ist als "Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation" registriert. Sie hat derzeit 40 Mitglieder (u.a. Ärzte, Tierärzte und Rechtsanwälte, aber auch Kinder), die für rund 200 Haustiere sorgen (Hunde, Katzen, Papageien u.a.).

Die Vereinigung hat einen mehrere Personen umfassenden Vorstand. Frau Palashinskaya wurde auf Grund ihrer früheren Tätigkeit in der Stadtverwaltung (als Beraterin des zwischenzeitlich verstorbenen Bürgermeisters) zur Vorsitzenden gewählt. Die interne Kommunikation ist vor allem durch den ständigen Wechsel bei der Betreuung der aufgefundenen Tiere sichergestellt und es gibt eine Telefonkette.

Aktivitäten:

Frau Palashinskaya hat zahlreiche Artikel in Kaliningrader Zeitungen veröffentlicht und war nach eigener Auskunft an der Erarbeitung von Gesetzesvorlagen der Gebietsduma zum Tierschutz beratend beteiligt. Die Vereinigung verbindet praktizierten Tierschutz, Öffentlichkeits- und Lobbyaktivitäten zu Gunsten des Tierschutzes und pädagogische Arbeit mit Kindern und Tieren:

- Die Vereinsmitglieder fungieren als eine Art dezentrales Tierasyl: Mittels Telefon-Rundruf werden streunende Haustiere auf die Vereinsmitglieder verteilt und in Pflege genommen.
- Mit einer entsprechenden Kampagne wird zugleich für die Einrichtung eines regulären Tierheims in Kaliningrad gearbeitet. Der Gouverneur habe bereits erstes Geld zur Verfügung gestellt; der Baubeginn steht aber noch aus. Das Tierheim soll von der Vereinigung und dem staatlichen Veterinäramt gemeinsam geführt werden. Allerdings sei das Vorhaben zwischen Gouverneur und Bürgermeister heftig umstritten. Letzterer meine, das Geld solle lieber Kindern statt Tieren zu Gute kommen.
- Solcher Argumentation hält der Verein sein pädagogisch gerichtetes Verständnis von Tierschutz entgegen: Kinder könnten durch die Beschäftigung mit Tieren für die Achtung der Kreatur und gegen Gewalt sensibilisiert werden. Werden Tiere schlecht behandelt, folge bald der Mensch. Soll Drogenmissbrauch durch Jugendliche verhindert werden, sei die beste Vorbeugung, den Kindern ein sinnvolles Hobby, nämlich die Pflege von Tieren zu geben.
- Dieser Linie folgend spielen Kinder in der Vereinsarbeit eine große Rolle. So übernehmen Kinder die Verpflichtung, bestimmte Tiere im Zoo unter Anleitung des dortigen Tierarztes regelmäßig zu füttern.
- Ein kleines, noch aus deutscher Zeit verbliebenes Haus auf dem Land (auf halbem Weg zwischen der Stadt Kaliningrad und der polnischen Grenze) soll zu einem Kinderferienheim mit 10 Plätzen werden (erstmalig im Sommer 2000 für Kinder von Vereinsmitgliedern). Unter Betreuung von erwachsenen Vereinsmitgliedern sollen die Kinder die Möglichkeit haben, dort moralische und ökologische Maßstäbe zu erlernen, mit Tieren zu arbeiten, kreativen Tätigkeiten nachzugehen (Malen, Nähen usw.) und das Leben auf kleinen privaten Bauernhöfen, die es dort in der Nähe gibt, kennen zu lernen.

Bei einem von der Stadtverwaltung ausgeschriebenen Wettbewerb "Der Geist Russlands" hat die Vereinigung für ihr Engagement gegen Tierquälerei eine Auszeichnung erhalten.

Kooperation:

Zumindest über die Person der Vereinsvorsitzenden Frau Palashinskaya vermittelt, bestehen Kontakte zu ökologisch engagierten Gruppierungen und Bewegungen. Von gemeinsamen Projekten wurde aber nicht berichtet.

Grenzüberschreitend besteht Kontakt mit einer ähnlichen Tierschutzvereinigung im polnischen Sopot.

Probleme / Wünsche:

- Für den Ausbau des Hauses auf dem Land zum Kinderferienheim fehlt das Geld; noch gibt es dort keine Toilette und kein Bad, auch die Küche und andere Räume bedürfen noch der Renovierung. Die Idee wurde geäußert, ob es nicht in Bezug auf dieses Haus und seinen Ausbau zu einer Kooperation mit einer Organisation in Schleswig-Holstein kommen könne, wobei die Perspektive wäre, Ferien für deutsch-russisch gemischte Kindergruppen zu organisieren.

- Wünschen würde man sich ferner die Einrichtung eines Zentrums für die fachgerechte Sterilisierung von Haustieren.
- Dringend benötigt werden nicht zuletzt vergleichsweise kleine Geldbeträge für die Beschaffung von Futtermitteln für jene Zootiere, für die der Verein die Betreuung übernommen hat.
- Mit vergleichbaren Organisationen insbesondere aus Deutschland und Litauen würde man gerne in einen Austausch eintreten und z.B. mehr über Tierschutz und seine gesetzlichen Grundlagen in Deutschland erfahren.

3.9 Weitere zivilgesellschaftliche Organisationen

Im folgenden sind noch einige Organisationen aufgeführt, deren Existenz wir bestätigen können (etwa dadurch, dass RepräsentantInnen dieser Vereinigungen an unserem Seminar teilgenommen haben, → Kap. 1.1.1, → Anhang 5.2), deren Charakter und Arbeit wir aber nicht genauer untersuchen konnten:

1. **Studentische Wissenschaftliche Gesellschaft an der Staatlichen Universität**
Студенческое Научное Общество. Калининградский Госуниверситет
Ansprechpartnerin: Eugenia Andreevna Khvits
Anschrift: Kaliningrad, Tolstikova st, 23-33.
2. **Kaliningrader Regionales Zentrum für Ökologie und Biologie**
Калининградский региональный эколого-биологический центр.
3. **Fonds zur Unterstützung von Unternehmen**
Фонд поддержки бизнеса
Ansprechpartner u. Anschrift: Romualda Spitsyna, Kaliningrad, Barnaulskaya st., 2. Tel. 430865; Mikhailov, Sergei I.
4. **Kaliningrader Sektion der Russischen Bewegung "Mütter gegen Drogen"**
Калининградское региональное отделение Общероссийского общественного движения "Матери против наркотиков"
Ansprechpartner u. Anschrift: Kashnikova, Olga Ivanovna, 236000, Kaliningrad, Sovetsky prospect, 13. Tel. 214857, 215221.
5. **Nordklub**
Нордклуб
Anschrift: Ul. Chekova 8-1, Kaliningrad 236007; Tel.: 21 84 20; Fax: 22 73 71; E-mail: nordclub@baltnet.ru
Ansprechpartnerin: Emelianova, Elena Mikhailovna (Präsidentin), Borodinskaya st. 23, Kaliningrad 236000, . Tel. 57 73 71. Mob. +8 (011) 9 37 25 50
1998 gegründet. Durchführung von Projekten interkultureller Erziehung, Vernetzung mit Ostseeanrainern, insbesondere Schweden (die Mitglieder sind vor allem Menschen aus Kaliningrad, die bereits als Stipendiaten oder Ähnliches länger in Schweden waren). Enge Kooperation mit dem Baltic Institute, Karlskrona, und seiner Außenstelle in Kaliningrad (gleich Anschrift wie oben).

6. Vereinigung der territorialen gesellschaftlichen Selbstverwaltungen und Genossenschaftswohnungen

Ассоциация территориальных общественных самоуправлений и товариществ собственников жилья

Ansprechpartner u. Anschrift: Medvedev, Viktor Alexandrovich, Gen. Sommera st. 44-2, Kaliningrad, 236040, . Tel. 22 80 19.

7. Zentrum für Konfliktstudien

Ansprechpartnerin: Frau Arutiunova, Г.жа Арятюнова.

8. Organisation für Familien mit geistig behinderten Kindern

Anschrift: Ivannikova 3, Kaliningrad, 236040

Ansprechpartnerin: Ludmila Choustova (Leiterin), Tel.: 43 09 95; 21 85 64 (p)

1998 als NGO gegründet. Ziel ist die Integration in die Gesellschaft; Einrichtung von Schulen; Freizeitgestaltung, Elternhilfe; Interesse an Partnerorganisationen aus Weißrussland, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Polen, Schweden.

9. Indian Club "Speaking Water"

Anschrift: Batanicheskaya ul. 2, Kaliningrad 236006

Ansprechpartner: Nika Samoshko (Biologielehrerin), Tel.: 46 13 21; Fax: 46 44 86; E-mail: nika@mail.ru

1995 als gesellschaftliche Organisation gegründet, 30 Kinder zwischen 10 und 18 Jahren, 1 Lehrer. Umwelterziehung anknüpfend an das Wertesystem der Ureinwohner Amerikas. Umweltaktionen, Abfall, Internationales Sommerlager mit russischen, deutschen und dänischen Teenagern. Interesse an Partnern aus Weißrussland, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Russland, Schweden

10. Regionale gesellschaftliche Kinder- und Jugendorganisation der Behinderten "Maria"

Калининградская региональная детско молодежная общественная организация инвалидов "Мария"

Anschrift: Beressovoja ul. 8-10; Tel. 41 055 28; 21 42 71; Fax: 47 455 16

Ansprechpartnerin: Zoya Grigorjeva Kotchetkova.

1998 gegründet. Vertretung der Interessen körperbehinderter Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien, Bemühungen um die Gründung eines Rehabilitations- und Behandlungszentrums; Aufklärungsarbeit, Hilfe bei der Ausbildung, Finanzielle Unterstützung; Durchführung von Seminaren und Kursen zu Themen wie: "Mutterschaft und Kindheit", "Schönheit und Langlebigkeit", "Psychologie des Familienlebens".

4. Zivilgesellschaftliche Kooperation mit Kaliningrad: Leitlinien und Handlungsoptionen

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Duma der Oblast Kaliningrad haben mit ihrem Memorandum der Zusammenarbeit ihren politischen Willen erklärt, die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Beziehungen zwischen Kaliningrad und Schleswig-Holstein zu unterstützen und die parlamentarische Zusammenarbeit mit NGOs zu intensivieren. Die Ausgangsbedingungen dafür, diese Ziele auch umzusetzen, sind vorhanden. Hier wie dort gibt es eine breite und in sich differenzierte Zivilgesellschaft mit NGOs, deren Themen, Anliegen und Arbeitsweisen viele Gemeinsamkeiten haben. Trotz aller absehbaren praktischen Schwierigkeiten könnten nahezu alle zivilgesellschaftlichen Akteure in Schleswig-Holstein grundsätzlich Partner in Kaliningrad finden, wenn sie dies wollen. Gleiches gilt auch umgekehrt.

Im abschließenden Kapitel unseres Berichtes geben wir einige Hinweise und Anregungen darauf, was unseres Erachtens getan werden kann, um die Ziele des parlamentarischen Memorandums einzulösen. Wir formulieren zunächst einige Grundregeln, die u.E. einen partnerschaftlichen Ansatz zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit auszeichnen (→ Kap. 4.1). Es folgen Leitlinien für die Ausgestaltung konkreter Aktivitäten der Zusammenarbeit (→ Kap. 4.2). Sodann rekapitulieren wir Wünsche und Bedürfnisse, die Seitens der Kaliningrader zivilgesellschaftlichen NGOs mit Blick auf eine mögliche Kooperation artikuliert wurden (→ Kap. 4.3), um schließlich eine Palette von möglichen Handlungsoptionen für unterschiedliche Akteure zu skizzieren (→ Kap. 4.4).

4.1 Grundregeln

Die Antwort auf die Frage, wie die zivilgesellschaftliche Kooperation entwickelt werden kann und welchen Beitrag die Parlamente dazu leisten können, erfordert es konzeptionell, einen partnerschaftlichen Ansatz zu finden, der unterschiedliche Interessen vermittelt, im Sinne einer friedlichen Entwicklung vernünftig erscheint, und sich für erfahrungsgestützte Korrekturen offen hält. In einem *partnerschaftlichen Ansatz zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit* geht es nicht um den Export oder Import von Ideen, sondern um einen wechselseitigen Austausch. Dieser kann eher gelingen, wenn die folgenden *Regeln* beachtet werden:

1. Die von den handelnden Menschen gemachten Erfahrungen und Sichtweisen sowie die von ihnen identifizierten Probleme müssen wechselseitig anerkannt und beachtet werden. Die Einhaltung dieser Regel setzt voraus, dass die Möglichkeiten wachsen, die jeweils eigenen Erfahrungen zu artikulieren und mitzuteilen.
2. Der Erhalt der Vielfalt und Vielschichtigkeit der Aktivitäten und Akteure muss gewährleistet bleiben. Diese Regel erlaubt es, viele Menschen mit gemein-

samen inhaltlichen Interessen themenzentriert und bedürfnisorientiert zusammenzubringen. Ein Teil der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit wird über politiknahe NGOs vermittelt sein. Wichtig ist, dass diese Aktivitäten die Entfaltungschancen der machtschwachen, in größerer Distanz zum politischen System agierenden, häufig unbequemen, aber unverzichtbaren kleinen Initiativen nicht erdrücken, sondern stützen. Je dialogfähiger die Akteure untereinander sind, um so stärker können sie innerhalb eines Netzwerkes von Kooperationen zivilgesellschaftliche Funktionen erfüllen.

Regeln partnerschaftlicher Zusammenarbeit	
Wechselseitige Anerkennung der Erfahrungen und Sichtweisen	Vielfalt und Vielschichtigkeit der Aktivitäten
Wahrnehmung der kontextbedingten Differenzen	Ausbau vorhandener und Öffnung neuer Wege

3. Die Erkenntnis, dass die zivilgesellschaftlichen NGOs in Kaliningrad und Schleswig-Holstein in vieler Hinsicht mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind, darf weder über die Tatsache der wechselseitigen Fremdheit, noch die Unterschiede in den Spezifika der Themenbereiche, noch über die asymmetrische Einhaltung europäischer Standards hinwegtäuschen und nicht über die Kluft zwischen den Lebensverhältnissen auf beiden Seiten. Zusammenarbeit wird konstruktiver, wenn die Differenzen, die aus dem unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Kontext entstehen, beiderseits berücksichtigt werden.
4. Eine Förderung und Intensivierung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit wird an den bisherigen Erfahrungen mit dem Austausch und der Begegnung von SchülerInnen, Studierenden und PraktikantInnen anknüpfen, sie ausbauen und diesen Pfad mit zivilgesellschaftlichen Inhalten anreichern. Neue Wege partnerschaftlicher Zusammenarbeit müssen jedoch für diejenigen Themenbereiche zivilgesellschaftlichen Engagements gefunden werden, die in Kaliningrad/Russland als "ordnungspolitisch" relevant wahrgenommen werden. Hier ist es in besonderem Maße erforderlich, sich mit einzelnen Sachfragen in Kaliningrad vertraut zu machen, artikulierte Sorgen und Wünsche zu reflektieren und zusammen mit den Partnern Handlungsperspektiven zu entwerfen, die transparent sind, nicht missverstanden werden können und sich am Ziel einer friedlichen gesamteuropäischen Entwicklung orientieren.

4.2 Leitlinien

In der nächsten Stufe der Konkretisierung möchten wir auf der Grundlage unserer Beobachtungen vor Ort anregen, bei der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Kaliningrad folgende sechs Leitlinien zu beachten:

1. *Friedensgebot*: Die Förderung und Intensivierung einer Vielfalt von zivilgesellschaftlichen Kooperationsbeziehungen sollte explizit deutlich machen, dass sie sich als Teil einer Politik versteht, die dem Frieden in der Ostseeregion dient, in diesem Sinne den gesamteuropäischen Kontext im Auge behält und möglichst auf ihn ausstrahlt, sich also vom Gedanken der europäischen Integration (im Unterschied zur reinen EU-Integration und –Erweiterung) leiten lässt. Im Sinne eines solchen Friedensgebots und in Konkretisierung des zuvor skizzierten Ansatzes partnerschaftlicher Zusammenarbeit wäre ein "Code of Conduct" (→ Kap. 4.4) nützlich. Zudem sollten deutsch-russische NGO-Kooperationen wo immer und so weit wie möglich in einen multilateralen Zusammenhang, vorzugsweise die entstehenden Netzwerke der Ostseeregion, eingebunden werden.
2. *Erfahrungen*: Das Rad muss nicht neu erfunden werden. Bei der Intensivierung der NGO-Zusammenarbeit können und sollten die einschlägigen Erfahrungen, die NGOs innerhalb und außerhalb Schleswig-Holsteins und Kaliningrads bereits gemacht haben, ausgewertet und genutzt werden. Zugleich sind solche Erfahrungen aber auch immer von neuem auf mögliche "Betriebsblindheit" kritisch zu hinterfragen, also konstruktiv weiterzuentwickeln.
3. *Sprachliche Verständigung*: Mangelnde Sprachkompetenz sowohl der NGO-Aktiven in Kaliningrad als auch in Schleswig-Holstein erschwert Zusammenarbeit, aber macht sie nicht unmöglich. Zu achten ist jedoch darauf, dass die geplanten gemeinsamen Vorhaben in Relation zur vorhandenen Verständigungsmöglichkeit stehen. Ferner ist sicherzustellen, dass die Last des Umgangs mit der Sprachbarriere nicht einseitig verteilt ist. So ist es z.B. sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Kaliningrad einfacher (bzw. ggf. billiger), jemanden zu finden, der einen eingehenden fremdsprachigen Brief inhaltlich referierend übersetzt, als jemanden, der einen ausgehenden Brief Wort für Wort in eine Fremdsprache übertragen muss; also schreibt ggf. jeder seine Briefe in seiner Sprache und erwartet nicht, in dieser Briefe zu erhalten. Vor Ort in Kaliningrad stehen für persönliche Gespräche kostengünstige Dolmetscher zur Verfügung.
4. *Umgang mit Geld*: Für keine Aktivität in Kaliningrad wird annähernd so viel Geld benötigt, wie für eine vergleichbare Unternehmung in Schleswig-Holstein. Oder anders formuliert: in Kaliningrad kann, richtig kalkuliert und richtig eingesetzt, mit wenig Geld viel erreicht werden. Kostenlos ist aber auch dort nichts und es ist angesichts der ökonomischen Gesamtlage nur allzu ver-

ständig, dass viele Menschen, Institutionen und NGOs auf "Westgeld" hoffen, solche, die es explizit beantragen, ernsthaft verdienen, offen ausweisen, korrekt abrechnen und insgesamt seinem Zweck zuführen, und solche, die dies nur bedingt tun bzw. die am Rande mitverdienen wollen. Eine Unterscheidung ist von außen kaum möglich; Belege (Rechnungen, Quittungen) besagen wenig, der persönliche Eindruck vom potentiellen Partner und das dann entstandene eigene Gefühl von seiner Verlässlichkeit, der Kontinuität und Ernsthaftigkeit seines Engagements schon mehr. In dieser Situation ist es zuerst sinnvoll, sich zu vergegenwärtigen, dass auch in Deutschland viel weniger NGOs ausschließlich ehrenamtlich arbeiten, als einem das im ersten Anlauf bewusst ist. Sodann ist es hilfreich, einen eigenen kalkulatorischen Maßstab für Finanzgespräche zu entwickeln, indem man sich ein unabhängiges Bild davon verschafft, was in Kaliningrad wie viel kostet, wenn der "Kunde" kein Hartwährungsbesitzer ist. Schließlich ist es sinnvoll, kleine Geldtransfers als Spende zu betrachten, über deren Verwendung nicht Rechenschaft abgelegt werden muss, während etwas größere Geldsummen an Projekte gebunden sein sollten, die ein vorzeigbares und damit nachprüfbares Resultat haben, während große Summen nur in Tranchen nach Vorlage von Zwischenergebnissen fließen sollten.

5. *Direkte Kontakte:* Die politischen Institutionen in Kaliningrad sind daran interessiert, dass Kooperationen, insbesondere wenn relevante Geldbeträge im Spiel sind, über sie abgewickelt bzw. kaliningrader Partner durch sie vermittelt werden (→ Kap. 2.2.1). Die Motive dafür sind vielfältig und zum Teil auch legitim. Die Gefahr ist dennoch, dass politisch nicht genehme Positionen/Organisationen ausgegrenzt werden, Abhängigkeiten und gespaltene Zuständigkeiten wachsen, die Transparenz der Mittelverwendung leidet und die Kooperationen nicht zur Stärkung der Autonomie von Gesellschaft gegenüber Politik beitragen. Auch bezogen auf dieses Problem sollte man sich jedoch zunächst vergegenwärtigen, dass es auch in Deutschland in großem Umfang Organisationen gibt, die zentrale zivilgesellschaftliche Funktionen erfüllen, gleichwohl politiknah arbeiten und/oder mit staatlichen Stellen kooperieren. Geachtet werden sollte aber darauf, sich Partnerorganisationen auf der Basis eines persönlichen Eindrucks und nach Erkundigung bei unabhängigen Dritten auszuwählen und nicht den einfacheren Weg zu gehen, sie sich durch die internationalen Kontaktstellen der "Machtstrukturen" vermitteln zu lassen. Zudem gilt mit Nachdruck alles, was oben über das Problem "Geld" gesagt wurde, sofern man nicht Gefahr laufen möchte, staatliche Politik und kommunale Aufgabenerfüllung statt die Entwicklung von Zivilgesellschaft zu fördern.
6. *Prioritäre Formen:* Konferenzen, Trainingsseminare, Workshops und ähnliche Veranstaltungen können einen sinnvollen und – im Rahmen umfassenderer Projekte oder als Einstieg in eine längere Zusammenarbeit – notwendigen Beitrag zur Stärkung von Zivilgesellschaft darstellen. Die Nachfrage nach solchen Veranstaltungen ist hoch; viele NGOs machen entsprechende Vor-

schläge. Dies kann jedoch auch daran liegen, dass sie sich andere Formen der Zusammenarbeit bislang nicht vorstellen können. Aufwand und möglicher Ertrag von einmaligen Seminaren und ähnlichen Veranstaltungen sollten in jedem Fall zuvor abgewogen werden. Unseres Erachtens sollte die Zusammenarbeit zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements mit Priorität zwei Richtungen verfolgen: längerfristig angelegte Partnerschaften und (kleinere) punktuelle Aktionen/Förderungen. *Längerfristig angelegte Partnerschaft* kann sich in unterschiedlich intensivem Engagement äußern. Es kann um einen umfassenden und häufigen Austausch, in Schriftform und/oder mittels wechselseitigen Besuchen, gehen, der gemeinsame Arbeitsvorhaben, kontinuierliche Finanzmobilisierung, Weiterbildung und Beratung, d. h. auch Abfolgen von Konferenzen einschließt. Wenn hierzu nicht die Möglichkeit besteht, kann eine "Partnerschaft" aber auch durch kleine, wiederkehrende Gesten des jährlichen oder halbjährlichen Nachfragens und Berichtens über die eigene Arbeit, des gelegentlichen Tipps, der kleinen Spende, ausgefüllt werden. Entscheidend ist die Kontinuität und die Entwicklung von Verlässlichkeit. Bei *punktuellen Aktionen/Förderungen* geht es dagegen um einzelne Aktivitäten, die helfen, Kontinuität aufrecht zu erhalten, wenn die Arbeit ins Stocken gerät, die längerfristige Projekte anregen oder die persönliche Motivation, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren, stützen können. Hierzu eignen sich auch kleinere, symbolische Signale der Anerkennung.

4.3 *Wünsche und Bedürfnisse*

In → Kap. 3 finden sich die Profile aller von uns befragten NGOs wiedergegeben. Wir empfehlen allen LeserInnen der Studie, diese Profile darauf hin zu sichten, welche zivilgesellschaftlichen Akteure in Schleswig-Holstein entsprechend den eigenen Interessen und Arbeitsschwerpunkten als mögliche Kooperationspartner für diese kaliningrader Organisationen in Frage kommen und ggf. diese Akteure zu motivieren, direkte Kontakte mit den jeweiligen NGOs in Kaliningrad aufzunehmen. Ob sich aus solcher Kontaktaufnahme eine Zusammenarbeit oder längere Partnerschaft ergeben kann und soll, wird sich dann herausstellen. Wir möchten nochmals darauf hinweisen, dass unsere Darstellung der NGOs und ihrer Aktivitäten auf Selbstdarstellungen beruht. Bevor größere Arbeitsvorhaben verabredet, Partnerschaften beschlossen werden, halten wir es für erforderlich, dass sich VertreterInnen der jeweiligen Organisationen persönlich kennen lernen und einen eigenen Eindruck von der jeweiligen Arbeit, der Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit des anderen gewinnen. Unsere Organisationsprofile können und sollen das nicht ersetzen, sondern nur erleichtern.

Die meisten befragten NGOs haben sich zu ihren Problemen, die sie gerne überwinden würden, und zu ihren Wünschen und Erwartungen an eine mögliche Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern und Partnerinnen geäußert. Diese

Bedürfnisse haben wir jeweils im letzten Abschnitt der Organisationsprofile vermerkt. Die folgende Übersicht gibt nur eine Auswahl der angesprochenen Wünsche in gestraffter Form wieder.

Aus der Wunschliste kaliningrader NGOs
<ul style="list-style-type: none"> • Einrichtung eines <i>Runden Tisches "Freunde der Kaliningrader Oblast"</i> zur jährlichen Beratung über die Entwicklung der Zusammenarbeit; • <i>Auszeichnung</i> von Menschen aus Kaliningrad, die vorbildlich handeln; • <i>Intensivseminare mit Fachleuten</i> zur Rechtspolitik, der Kontrolle von Verwaltungshandeln, zur politischen Bildung, zu den Ursachen von Drogenmissbrauch, Gewalt und Konflikten in der Familie, Fremdenfeindlichkeit, Möglichkeiten der Zusammenarbeit von NGOs, zu Projektmanagement und Fundraising; • <i>Informationen über Erfahrungen</i> mit Frauenbeauftragten, mit der Jugendarbeit von Parteien, mit Umwelterziehung und Tierschutzgesetzgebung in Deutschland; • Materielle Unterstützung für <i>kommunikationstechnische Ausrüstung</i>; • Ergänzung der parlamentarischen Zusammenarbeit durch eine <i>Vereinbarung der Jugendparlamente</i> und einen gemeinsamen Rundbrief; • Präsentation der NGO-Arbeit im Rahmen einer <i>Ausstellung</i>; • Einladung, am <i>internationalen Markt der Kieler Woche</i> teilzunehmen; • Gründung von <i>internationalen Bürgerorganisationen</i> in Kaliningrad; • Einrichtung eines <i>unabhängigen NGO-Zentrums</i>; • Gründung eines Rechtszentrums mit <i>Datenbank für europäisches Recht</i>; • <i>Informationen in Russisch</i> über Europa und das Russlandbild in Europa; • technische <i>Hilfe</i> zur Ansiedlung von Migranten; • Untersuchung/Erfahrung/Kennenlernen der <i>zivilen Gesellschaft in SH</i> durch kaliningrader Studierende/Forscher/NGOs.

Die protokollierten Wünsche sollten allerdings nicht verabsolutiert werden. Wir vermuten, dass die kaliningrader NGOs im Zuge einer direkten Kontaktaufnahme ihre Wünsche und Bedürfnisse genauer artikulieren können und werden, als ihnen das spontan in den Interviews mit uns möglich war. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass die Organisationen in aller Regel an einer Kontaktaufnahme und partnerschaftlichen Zusammenarbeit auch dann interessiert sind, wenn sie nicht mit einer glatten Erfüllung ihres "Wunschzettels" verbunden ist. Vielfach ist ein Bedarf angemeldet, der nicht oder nur in glücklichen Ausnahmefällen durch einen schleswig-holsteinischen Kooperationspartner befriedigt werden kann. Das sollte nicht vor einer Kontaktaufnahme abschrecken, sofern Interesse an Zusammenarbeit mit einem Akteur der kaliningrader Zivilgesellschaft besteht. Über die Möglichkeiten, Formen und Wege, die artikulierten Wünsche zumindest ansatzweise zu befriedigen, lässt sich im Zuge einer Entfaltung der Kooperation dann genauer gemeinsam beraten. Da wir in unserem Einstiegs-

seminar (→ Kap. 1.1.1) und in den Interviews (→ Kap. 1.1.2) jeweils ausführlich den Hintergrund unserer Studie erläutert haben, wird sich jedenfalls keine der in → Kapitel 3 mit einem Profil vertretenen NGOs wundern, wenn sie Post aus Schleswig-Holstein erhält.

4.4 Handlungsoptionen

Abgesehen von der zuvor genannten Möglichkeit, dass praktisch alle zivilgesellschaftlichen NGOs in Schleswig-Holstein, wenn sie denn wollen, kooperative Beziehungen zu Partnern in Kaliningrad aufnehmen können, sehen wir weitere Möglichkeiten, die Entwicklung der zivilen Gesellschaft in Kaliningrad und die zivilgesellschaftliche Kooperation zu fördern und zu intensivieren. Dabei gehen wir davon aus, dass auch bei den schleswig-holsteinischen Akteuren Entwicklungs- und Veränderungsbedarf besteht, wollen sie für Kaliningrader zu Partnern werden. Je mehr es gelingt, die Zivilgesellschaft und die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Kaliningrad extern abzustützen, um so mehr kann erwartet werden, dass dies auch dazu beiträgt, die zivilgesellschaftliche Arbeit in den westlichen Staaten und in Schleswig-Holstein erfahrungsgestützt weiterzuentwickeln. Transnationale Zusammenarbeit geschieht dann nicht allein aus karitativen Motiven, sondern auch im eigenen Interesse.

Die Vorschläge beziehen sich auf fünf Bereiche:

1. Koordination
2. Verbesserung der Rahmenbedingungen
3. Intensivierung zivilgesellschaftlichen Handelns
4. Verbesserung der Infrastruktur
5. Überprüfung der eingeschlagenen Wege

Die für diese Bereiche gemachten Vorschläge identifizieren jeweils ein Problem, sowie Möglichkeiten, auf dieses Problem konstruktiv zu reagieren. Eine solche Liste ist sicher nicht vollständig. In Klammern geben wir jeweils an, welche Akteure oder Akteursgruppen aus unserer Sicht in erster Linie angesprochen sind. Auch Angaben sind exemplarisch gemeint. Wir haben nicht den Überblick über alle in Frage kommenden Akteure und nicht den Einblick in ihre tatsächlichen Möglichkeiten. Niemand soll sich also ausgeschlossen fühlen, wenn er nicht erwähnt ist, und niemand in die Pflicht genommen, wenn er genannt wird. Wir verstehen die *Liste der Möglichkeiten* und unsere Verweise auf Akteure als eine Vorlage, über die ggf. mit den Genannten, aber eben auch Nicht-Genannten hinsichtlich der Realisierungsbedingungen beraten werden muss. Nicht alle Vorschläge können und müssen realisiert werden. Einige erübrigen sich auch, wenn andere realisiert werden. Wir legen keinen "Master Plan" der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit vor, sondern möchten dazu anregen, sich der Kooperationsaufgabe mit Kreativität zu stellen.

1. Koordination

Problem:

Die Erfahrung in internationaler und transnationaler Kooperation ist, dass die Ziele am besten erreicht werden, wenn unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Kompetenzen zusammenarbeiten, Transparenz über ihre Aktivitäten herstellen und sie mit einander beraten und sich aufeinander abstimmen.

Optionen und Akteure:

- Einrichtung eines "Arbeitskreises Kaliningrad" beim Landtag oder unter dessen Schirmherrschaft als eine Art Clearing-Stelle für die praktische Umsetzung der hier relevanten Ziele des Memorandums; Aufgaben/Zweck: Beratung von Vorschlägen für die Weiterentwicklung der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit, Vermittlung von Anstößen zum Engagement, Gewährleistung von Transparenz, Organisation von Erfahrungsaustausch (→ auch unten); ca. zehn Mitglieder aus Landtag und in Kaliningrad aktiven zivilgesellschaftlichen NGOs des Landes. (Ansiedlung – analog zum Arbeitskreis Städtesolidarität bei der Stadtpräsidentin der Landeshauptstadt Kiel – beim *Landtagspräsidenten*, alternativ beim *Europaausschuss*; ggf. auch Delegation der Federführung an eine andere Institution oder Organisation in Schleswig-Holstein, die über hinreichende Kompetenz und Kapazität verfügt)
- Ausarbeitung eines "Code of Conduct" in deutscher, russischer und englischer Sprache. Er soll zivilgesellschaftlichen Akteuren zur Überprüfung der eigenen Arbeit dienen und gleichzeitig Politik und Gesellschaft Kriterien für die Beurteilung der NGO-Arbeit an die Hand geben. U.a. sollte er eine Selbstverpflichtung zu Transparenz, Gewaltfreiheit, und Dialogorientierung enthalten und sich als Beitrag zu einer "Kultur des Friedens"¹⁴ verstehen. (*Arbeitskreis Kaliningrad*)

2. Verbesserung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlichen Handelns

Problem:

Zivilgesellschaftliches Engagement gerät leicht in eine Motivationskrise. Das gilt unter den schwierigen Lebens- und Wirkungsbedingungen in Kaliningrad in besonders ausgeprägter Weise.

Optionen und Akteure:

- Stiftung und jährliche Vergabe eines "BürgerInnen-Preises" für hervorragendes zivilgesellschaftliches Engagement durch Landtag und Duma an eine Person oder NGO in Kaliningrad oder an ein transnationales Kooperationsprojekt (*Interparlamentarische Zusammenarbeit*).

¹⁴ Die UNESCO hat das Jahr 2000 zum Jahr "Kultur des Friedens" erklärt.

- Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehberichte in Schleswig-Holstein aus dem zivilgesellschaftlichem Leben Kaliningrads und über zivilgesellschaftliche *best practice* dort, wobei es wichtig ist, diese Berichte denen, über die berichtet wird, zur Kenntnis zu bringen (*Medien*).

Problem:

Die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Kräfte für die konstruktive Lösung politischer und gesellschaftlicher Probleme wächst, jedoch bestehen nur vage Vorstellungen darüber, wie die Beziehungen zwischen politischen System und den zivilgesellschaftlichen Kräften so zu regeln sind, dass NGOs ihre Demokratisierungsfunktionen nach innen und Friedensfunktionen nach außen bestmöglich wahrnehmen können. Reflexionswissen ist in Kaliningrad kaum vorhanden.

Optionen und Akteure:

- Information und Aussprache unter den Mitgliedern beider Parlamente über die Bedeutung von ziviler Gesellschaft für die parlamentarische Demokratie, die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit NGOs und über die Bedeutung ihrer Unabhängigkeit (*interparlamentarische Zusammenarbeit*);
- Erörterung von Möglichkeiten der Parlamente, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Handeln beizutragen (z.B. Vereinfachung von Registrierungsanforderungen, Gewährleistung von Beratung) (*interparlamentarische Zusammenarbeit*);
- Wahrnehmung einer Vorbildfunktion für das Verhältnis von Parlament und Zivilgesellschaft durch Hinzuziehung von NGO-VertreterInnen zu interparlamentarischen Gesprächen über einzelne Sachfragen, z.B. in den Bereichen Umwelterziehung, Geschlechtergleichstellung, Migration und Minderheiten, politische Bildung (*Landtag SH / interparlamentarische Zusammenarbeit*);
- Prüfung der Möglichkeiten, zivilgesellschaftliche Inhalte in der Ausbildung von Studierenden an den Hochschulen einzubeziehen. Dazu eignen sich Lehrveranstaltungen, Forschungsarbeiten, Konferenzen. Vom Grundsatz her betrifft dies den gesamten Fächerkanon, insbesondere aber den Bereich der Sozialwissenschaften und die Lehrerausbildung (*Hochschulen in Schleswig-Holstein*).

Problem:

Das Wissen über die Entwicklung der Zivilgesellschaft in Kaliningrad und die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Kooperation hat weiterhin große Lücken (z.B. Bereich Medien, Themenbereich Vergangenheit und Zukunft, Stadt-Land-Gefälle).

Optionen und Akteure:

- Fortschreibung der Explorationsstudie in Form der Suche nach Spuren von Zivilgesellschaft, die sich nicht als NGOs konstituieren, sondern sich in Gestalt zivilgesellschaftlichen Denkens und Handelns einzelner Individuen sowie in institutioneller Praxis ausdrücken (*SCHIFF*);

- Berücksichtigung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und ihren Bedürfnissen im Rahmen von auf Kaliningrad/Russland bezogener wissenschaftlicher Arbeit u.a. in den Forschungsbereichen Konfliktprävention (*SCHIFF*), Migration/Minderheiten (*ECMI*), Recht (*Institut für Osteuropäisches Recht der CAU*).

Problem:

In Kaliningrad gibt es bislang kaum Vorstellungen über die Bedingungen, Motivationen und Arbeitsformen zivilgesellschaftlicher Akteure in Schleswig-Holstein bzw. der Bundesrepublik.

Optionen und Akteure:

- Auslobung eines Stipendiums für eine/n Kaliningrader WissenschaftlerIn / KünstlerIn / Journalist oder Journalistin mit dem Ziel, Aspekte von "Zivilgesellschaft in Schleswig-Holstein" aus russischer Sicht zu erkunden und darzustellen (*Landtag SH in Zusammenarbeit mit dem AK Kaliningrad*);
- Prüfung der Möglichkeit, für russische Austauschstudierende an Hochschulen des Landes einmal pro Semester eine "Exkursion in die Zivilgesellschaft" zu veranstalten oder anderweitig zu helfen, dass sie einen Einblick in die und Kontakte zur NGO-Szene in SH gewinnen, bevor sie wieder nach Russland zurückkehren (*Landeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit den Auslandsämtern der Hochschulen*);
- Einladung von kaliningrader NGO-Aktiven zu Besuchen und Praktika bei schleswig-holsteinischen Akteuren der Zivilgesellschaft, zugleich auch mit der Möglichkeit, in öffentlichen Veranstaltungen über die Situation in Kaliningrad zu informieren (*z.B. amnesty international, Pro Asyl, Europa Union, die Akademien politischer Bildung im Land*)

3. Intensivierung zivilgesellschaftlichen Handelns

Problem:

Die zivilgesellschaftliche Kooperation mit kaliningrader Akteuren verläuft bislang überwiegend bilateral. Unabhängig davon, ob man die Vorbehalte und Bedenken gegen "zu viel" deutsche Aktivitäten in Kaliningrad für berechtigt hält oder nicht, müssen sie beachtet werden.

Optionen und Akteure:

- Stärkung multilateraler Aktivitäten z.B. über Projekte in Kaliningrad, an denen sich NGOs aus Partnerstädten beteiligen. Solche Projekte könnten sich auch auf Fragen beziehen, die in unserer Untersuchung nicht angesprochen werden, gleichwohl hinter den Kulissen präsent sind: Die Zerstörung Kaliningrads im Zweiten Weltkrieg, die Frage der Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit (*Städtepartner Kiel-Coventry in Zusammenarbeit mit z.B. der Ostsee-Akademie in Travemünde oder schleswig-holsteinischen Geschichtswerkstätten*);
- Erarbeitung einer Übersicht über Ansprechpartner/Netzwerke für multilaterale Zusammenarbeit (*Landtag und Europaabteilung StK*)

- Entwicklung einer Initiative, international/ostseeweit die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich mit Kaliningrad befassen bzw. dort engagieren, zu stärken und ein Netzwerk zu bilden (*BSPC, CBSS-Sekretariat, BSSSC*).

Problem:

Die Intensivierung zivilgesellschaftlicher Kooperation setzt voraus, dass mehr zivilgesellschaftliche Gruppen/Organisationen in Schleswig-Holstein Kaliningrad "entdecken" und sich für eine Zusammenarbeit mit Partnern dort interessieren. Das gilt auch umgekehrt.

Optionen und Akteure:

- Ansprache von potentiellen Akteuren in Schleswig-Holstein und Information über das Anliegen (durch Anschreiben, Informationsbroschüre, Veranstaltung) sie zu motivieren, mit einer der NGOs in Kaliningrad Kontakt aufzunehmen, Wünsche und Bedürfnisse einerseits (→ Kap. 4.3) und eigene Möglichkeiten andererseits zu klären und abzustimmen sowie ggf. Verabredungen zu treffen. (*Landtagspräsident/Europaausschuss sowie alle LeserInnen des vorliegenden Berichts*)
- Mit vorstehendem Ziel Organisation einer Informationsveranstaltung für VertreterInnen zivilgesellschaftlicher NGOs (*Freundschaftsgesellschaft West-Ost SH*);

Problem:

Viele Kaliningrader Akteure fühlen sich vom internationalen Austausch abgeschnitten, weil die Aufmerksamkeit der Umwelt sich auf die Zentren Moskau und Sankt Petersburg konzentriert oder Kontakthanfragen von den kaliningrader politischen Institutionen nicht "nach unten" weitervermittelt werden.

Optionen und Akteure:

- Prüfung der Möglichkeiten, zivilgesellschaftlich aktiven Kaliningrader bei Einladungen zu Veranstaltungen in Schleswig-Holstein, insbesondere mit Blick auf Aktivitäten im Bereich Hochschulen/Forschung (Seminare, Konferenzen und Forschungsaufenthalte) zu bevorzugen (*Hochschulen, Institute*);
- Gewährleistung der Teilnahme von KaliningraderInnen an der geplanten Ostsee-Sommerakademie (*SCHIFF*).

4. Verbesserung der Infrastruktur zivilgesellschaftlichen Handelns

Problem:

Eines der größten Hindernisse für die zivilgesellschaftliche Kooperation sind die Sprachprobleme – auch auf Seiten Schleswig-Holsteins. Das betrifft nicht nur die Fähigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure, in russischer Sprache zu kommunizieren. Auch Fähigkeit und Bereitschaft, sich in englischer Sprache auszudrücken, bleibt hinter den Notwendigkeiten zurück, was sich in allen Bereichen der Ost-

seekooperation negativ auswirkt. Noch immer ist die Erwartung groß, dass ausländische Partner deutsch sprechen.

Optionen und Akteure:

- Organisation eines Pools von ÜbersetzerInnen, die bereit sind, im Zusammenhang mit zivilgesellschaftlicher, ehrenamtlicher Kooperation Übersetzungsarbeiten zu übernehmen (*Slawisten/Russisch-Studierende/Russisch-LehrerInnen*);
- Aktion «говорите по русски» ("Sprechen wir Russisch"): kostenlose oder preisgünstige Einführung in die Russische Sprache bzw. Russischunterricht für zivilgesellschaftlich Aktive. Ein solches Angebot macht zum Beispiel der Verein zur Förderung der Partnerschaft zwischen dem Rayon Selenogradsk und dem Kreis Pinneberg seinen Mitgliedern) (*Deutsch-russische Gesellschaft*);
- "Fest der *lingua franca*" oder andere öffentliche, auch symbolische Aktionen, um zum Gebrauch der englischen Sprache zu ermutigen (z.B. pro Jahr eine Plenardebatte des Landtags nur in Englisch). Vielfach bräuchte es nur eines Anstoßes und einiger Vorbilder um den Mut aufzubringen, sich der englischen Sprache zu bedienen.

Problem:

Für viele Projekte zivilgesellschaftlicher Kooperation sind kleinere oder größere Finanzmittel notwendig. Diese zu finden, ist oft schwierig und aufwendig. Selbst Mitglieder des Auswärtigen Amtes sehen sich überfordert, die einschlägigen EU-Richtlinien zu durchschauen.

Optionen und Akteure:

- Erarbeitung eines Wegweisers/Ratgebers mit Hinweisen auf einschlägige Förderprogramme und Haushaltslinien, insbesondere im EU-Bereich, etwa unter Auswertung und Ergänzung des "A Guide to European Union Funding for the Voluntary Sector" (London 1999) unter dem Gesichtspunkt der Förderfähigkeit von zivilgesellschaftlichen Projekten mit kaliningrader Partnern (*Hanse-Office*).
- Gewinnung von Sponsoren für die Finanzierung kleiner Projekte und Zusammenstellung von Ansprechpartnern, ggf. Einrichtung eines Fördertopfes für Kleinprojekte aus Sponsorengeldern (*Landtag / AK Kaliningrad*)
- Motivierung von Stiftungen, die bereits Bezüge zu Russland/Kaliningrad entwickelt haben, dazu, Programme zur Förderung zivilgesellschaftlicher Kooperation aufzulegen (z.B. Zeit-Stiftung, Körber-Stiftung, Werner-Petersen-Stiftung, Stiftung Königsberg, Nikolaus Ehlert Stiftung) (*Landtagspräsident*).

Problem:

Je vielfältiger und intensiver die zivilgesellschaftlichen Kontakte sich entwickeln, um so mehr wächst die Schwierigkeit, einen Überblick zu gewinnen, Erfahrungen auszutauschen und Doppelarbeit zu vermeiden.

Optionen und Akteure:

- Einrichtung einer (ggf. dezentral organisierten) Kontaktstelle (*Deutsch-Russische Gesellschaft in Kooperation mit anderen NGOs*) mit Aufgaben wie:
 - Information über laufende Projekte und Veranstaltungen,
 - Sammlung von Erfahrungsberichten,
 - Verbreitung des "Code of Conduct",
 - Einrichtung einer Homepage mit einschlägigen Selbstdarstellungen und Links,
 - Beratung bzw. Vermittlung von sachkompetenten Personen und Institutionen,
 - Vermittlung von Hilfe bei Sprachproblemen,
 - Stiftung von Email-Freundschaften.

Problem:

Eine der größten Schwierigkeiten für die zivilgesellschaftlichen Akteure in Kaliningrad besteht im Mangel an Ressourcen, die ein effektives problemgerechtes Arbeiten erlauben, sowie an Möglichkeiten der NGOs untereinander, über die Entwicklung der zivilen Gesellschaft in Kaliningrad zu debattieren, und sich über die Entwicklung Kaliningrads im gesamteuropäischen Kontext und die Entwicklung internationaler Rechtsstandards zu informieren.

Optionen und Akteure:

- Prüfung der Möglichkeiten, in Kaliningrad eine Europäische Akademie / eine Europäische Freundschaftsgesellschaft / eine Parlamentarische Gesellschaft als Ort der Information und Diskussion über die Entwicklung Europas (nicht nur des EU-Europas!) und ihrer Bedeutung für Russland und Kaliningrad einzurichten (*Duma, interparlamentarische Zusammenarbeit, Europäische Bewegung SH in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Russischen Haus und anderen Institutionen in Kaliningrad residierenden Institutionen und Personen aus Ostseeanrainer-Ländern*);
- Sondierung der Möglichkeit, mit TACIS-Mitteln ein unabhängiges NGO-Zentrum in Kaliningrad einzurichten, das zivilgesellschaftlichen NGOs Räume, technische Hilfsmittel, Beratung (Fördermöglichkeiten) sowie eine Bibliothek, in der auch ausländische Zeitungen zugänglich sind, zur Verfügung stellt. Dabei können Erfahrungen mit ähnlichen Institutionen in anderen russischen Städten und in anderen Ländern (z.B. Riga) genutzt werden (Vorklärung: *Hanse-Office*, Umsetzung: ein *transnationaler Initiativkreis*);
- Prüfung der Möglichkeiten, im Deutsch- und Englischunterricht für Russen und Russinnen verstärkt Texte zur Europapolitik zu berücksichtigen (*Körberstiftung, Universität, Deutsch-Russisches Haus*);
- Prüfung der Möglichkeit, bei in Kaliningrad angebotenen Computerkursen ein Element "Surfing Civil Society" mit einzuführen, ein "Civil Society Internet-Cafe" einzurichten oder andere Angebote zu entwickeln, über die die Kompetenz zivilgesellschaftlicher Akteure, das Internet zu nutzen, erhöht wird (*Deutsch-Russisches Haus, Kaliningrad Repräsentanz des Baltic Institute*).

5. Überprüfung der eingeschlagenen Wege

Problem:

Mit zunehmender Dichte zivilgesellschaftlicher Kooperation wachsen die Erfahrungen. Der Politische Kontext verändert sich ebenso wie die Zivilgesellschaften, Enttäuschungen bleiben nicht aus; Bedürfnisse und Wünsche und die Möglichkeiten, auf sie zu reagieren, verändern sich.

Optionen und Akteure:

- Durchführung einer Begleitforschung/Evaluation zu den zivilgesellschaftlichen Kooperationsaktivitäten der schleswig-holsteinischen Akteure als mögliches Korrektiv und Grundlage für eine Verbesserung der Bemühungen. (SCHIFF)
- Erstellung eines regelmäßigen Berichts über den Stand zivilgesellschaftlicher Kooperation (State-of-Art-Report) (Federführung: *AK Kaliningrad*);
- Diskussion der Erfahrungen und Perspektiven im Rahmen eines Round-Table-Gesprächs von ParlamentarierInnen und NGO-VertreterInnen aus Schleswig-Holstein und möglichst auch Kaliningrad (*Landtagspräsident*);
- Einmal jährlich als Tages- oder Wochenendseminar eine Zusammenkunft möglichst aller schleswig-holsteinischen Initiativen und Institutionen, die mit Kaliningrad kooperieren, mit dem Ziel, die Vernetzung zu erhöhen, gemeinsam Bilanz zu ziehen, sich in Fragen der Entwicklung in und um Kaliningrad weiterzubilden und Perspektiven zu diskutieren (Wochenendseminar: *Europäische Akademie Sankelmark*; Tagesseminar: *Landtag SH*).

5. Anhang

5.1 Zeitplan der Gespräche in Kaliningrad

Montag, 27. März:

- 10:30 Uhr: *Gebietsduma*; Alexander Songal, (Stellvertr. Leiter der Studienabteilung der Duma; Koordinator der auswärtigen Beziehungen der Duma).
- 11:00 Uhr: *Gebietsduma*; Valery Vitaljevich Frolov (Vizepräsident).
- 12:00 Uhr: *Rathaus*; Andrei Malachenko (Referent für Internationale Beziehungen).
- 18:00 Uhr: *Deutsch-Russisches Haus*; Seminar

Dienstag, 28. März:

- 10:00 Uhr: *Jantar Fonds*, Alexei Ignatiev (Geschäftsführer); Alexander Luchinin, (Zemland-Exima Ltd).
- 13:00 Uhr: *Russische Dockergewerkschaft Kaliningrad* (→ Nr. 12); Michel Tchesalin (Vorsitzender).
- 15:30 Uhr: *"JuLA" – Armee junger Führungspersönlichkeiten* (→ Nr. 27), Alexei Romanov (Vorsitzender); *Selbsthilfenetzwerk "Leben mit HIV/Aids"* (→ Nr. 28), Aleksey (Mitglied des Koordinierungsausschusses); *Kaliningrader regionaler Kinder- und Jugendfonds zur Bekämpfung von HIV und Drogen sucht* (→ Nr. 28), Viktoria Osipenko.
- 17:30 Uhr: *Rathaus*, Dmitry Slepokurov (Referent des Oberbürgermeisters, zuständig für den Kontakt zu NGOs).

Mittwoch, 29. März:

- 09:30 Uhr *Soldatenmütter* des Gebietes Kaliningrad (→ Nr. 03), Maria Bontsler (Vorsitzende), *Kaliningrader regionale gesellschaftlich-politische Bewegung "Ihre Wahl"* (→ Nr. 07), *Gesellschaftliches Demokratiezentrum* (→ Nr. 08), Vladimir Marejev.
- 15:30 Uhr: *Vereinigung der Unternehmerinnen Russland* (→ Nr. 16), Valentina Sosimenko (Vorsitzende und Mitbegründerin der Kaliningrader Gruppe).
- 17:30 Uhr: *Jugendparlament der Oblast Kaliningrad* (→ Nr. 11), Constantin Kuzmichev (Vorsitzender) und andere Mitglieder des Präsidiums, darunter die Duma Abgeordnete Ludmila N. Zelinskaya.
- 18:30 Uhr: *Ökologiebewegung* (→ Nr. 31); Raisa A. Guseva (Vorsitzende und Duma-Abgeordnete), Sergei Olejnikov (Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Kaliningrader Abteilung für Ozeanographie der Russischen Akademie der Wissenschaften).

Donnerstag, 30. März

- 11:00 Uhr: *Baltische Liga der Juristen* (→ Nr. 04); Sergei Naumkin (Rechtsanwalt, Sekretär für internationale Beziehungen).
- 13:00 Uhr: *Menschliche Stimme – Gesellschaft für den Kampf gegen Tierquälerei und für den Schutz herrenloser Tiere* (→ Nr. 34), Alla Palashinskaya (Vorsitzende).
- 17:30 Uhr: *Jugendverband Jabloko* (→ Nr. 25), Vladimir Vladimirovitsch Bondarenko (PR-Manager des Jugendverbandes); Valerij Andrejzev (Vorsitzender der

Partei Jabloko in der Oblast Kaliningrad), Alexander Slisarenko (Vorsitzender der Partei in der Stadt Kaliningrad), Sergei Surovtsev (Mitglied des Jugendverbandes), Alexander L. Perminov (Leiter des Wahlausschusses).

Freitag, 31. März

10:30 Uhr: *Rathaus der Stadt Baltisk*; Victor N. Koshelev (Stellvertretender Bürgermeister, zuständig für Raumplanung und Internationale Beziehungen).

Samstag, 1. April

10:00 Uhr: *Unser Land* (→ Nr. 09); Herman I. Burnayev (Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstandes).

12:30 Uhr: *Zentrum "Jugend für die Freiheit des Wortes"* (→Nr. 26), Lada Syrovatko (Stellvertretende Vorsitzende des Geschäftsführenden Vorstandes), Edvin Zaltsman (Koordinator der archäologischen Ausgrabungsprojekte, Leiter des Archäologischen Museums in der Schule Nr. 10) und zwei weitere Mitglieder des Zentrums.

Montag, 3. April:

10:00 Uhr: *AMISO-Vereinigung der Jugend- und Studentenorganisationen*, (→ Nr. 22); Konstantin Kuzmichev (Vize-Präsident, zuständig für NGO-Kontakte, zugleich: Präsident des Jugendparlaments und Präsident des Clubs Junger Wähler), Elmira Khaymurzina (Vize-Präsidentin, zuständig für Internationale Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit).

12:00 Uhr: *The Baltic Institute of Economics and Finance*, Vitali Zhdanov (Rektor).

14:00 Uhr: *Regionale Strategie – Fonds für politische Studien und soziökonomische Forschung* (→ Nr. 10), Solomon Israelevitch Ginzburg (Geschäftsführer; Berater der Demokratischen Fraktion in der Gebietsduma).

15:30 Uhr: *Vereinigung der Akademikerinnen* (→ Nr. 15), Ass. Prof. Galina V. Gratchyeva (Vorsitzende, zugleich Direktorin des Psychoanalytischen Zentrums) in Anwesenheit von: Georgij Petrovitch Ryzhkov (Rektor) und Boris Grigorjevitch Feldman (Prorektor) der Internationalen Universität Kaliningrad.

Dienstag, 4. April:

10:00 Uhr: *Liga der Wählerinnen* (→ Nr. 14), Irina Gertzik (Vorsitzende des Vorstands; Beraterin bei der Gebietsduma), Ludmila N. Zelinskaya (Stellvertretende Vorsitzende; Duma-Abgeordnete).

11:30 Uhr: Dr. Stefan Stein, Leiter der Vertretung Handelskammer Hamburg und der Außenstelle der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Kaliningrad.

13:30 Uhr: *Kaliningrader Zentrum für Sozialarbeit* (→ Nr. 26), Elena Goubko (Direktorin).

16:00 Uhr: *Umweltgruppe GID* (→ Nr. 32), Ismail Nigmatullin (Mitglied des geschäftsführenden Vorstands), Alexei Golubitsky (Mitglied des geschäftsführenden Vorstands)

Mittwoch, 5. April:

10:00 Uhr: *Schutz der Bürger- und Menschenrechte* (→ Nr. 01), Grigorij Getmanenko (Vorsitzender).

12:30 Uhr: *Zentrum für die Evolution des Menschen und der Natur*, Kobylinskaja, Svetlana Ivanovna.

- 14:30 Uhr *Gebietsduma*; Tatjana Lukicheva (Direktorin der Duma).
- 15:30 Uhr: *Vereinigung Baltische Gemeinschaft* (→ Nr. 19), *Baltischer Migrationsfonds*, (→ Nr. 20), *Versammlung zum Schutz des internationalen Rechts* (Nr. 05): Galina Fokeevna Krivdina (Vorsitzende und Präsidentin).
- 18:00 Uhr: *Bürgerkontrolle* (→ Nr. 02) Stepanov, Vyacheslav Anatolievich, (Vorsitzender der Kontrollkommission), Alex Popov (Mitglied, Journalist bei der Zeitung "Bernstein-Karawane").

Donnerstag, 6. April:

- 12:30 Uhr: *Fonds "Nein zu Aids und Drogen"* (→ Nr. 29), Schofar – Fonds der jüdischen Gemeinde (→ Nr. 21): Alexander Anatolievich Drezin (Arzt und Psychiater, Gründungsmitglied von Schofar, Vorsitzender des Fonds).
- 20:00 Uhr: *Jugend für Demokratie und Reformen*, (→ Nr. 23), Adrianov, Vasilij, (Vorsitzender des Vorstandes).

Freitag, 7. April:

- 10:00 Uhr: DOM – *Fonds zur Unterstützung von Flüchtlingen und Forced Migrants* (→ Nr. 18), Baratov, Rustam Sultanovich (Leiter des Migrationsprogramms), Raspopov, Dmitry Leonidovich (Leiter des Jugendprogrammes), Klochkova, Natalia Valerievna (Büroleiterin).
- 12:00 Uhr: *Internationale Umweltgruppe "EcoDefense!"* (→ Nr. 33), Vladimir Slivjak, (Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Koordinator der Anti-Atom-Kampagne), Korolev, Anatoly (EDV-Betreuer).
- 15:30 Uhr: *Deutsch-Russisches Haus*, Dr. Henke (Direktor)
- 19:00 Uhr: *Stiftung Königsberg*, Andreas Wendler (Vertreter der Stiftung in Kaliningrad).

5.2 Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Einstiegsseminars (nach Organisationen)

1. Studentische Wissenschaftliche Gesellschaft. Staatliche Universität Kaliningrad / *Студенческое Научное Общество. Калининградский Госуниверситет.*
 - Khvits, Eugenia Andreevna; Kaliningrad, Tolstikova st, 23-33.
2. Gruppe "EcoDefense!" / *Группа "Экозащита"* (→ Nr. 33).
 - Koroleva, Alexandra Eugenievna and Anatoly, Kaliningrad, Leninsky prospect, 157-11. Tel. 448443.
 - Kucheneva, Galina Georgievna, Tel. 461321, 279572.
3. Kaliningrader Regionales Zentrum für Ökologie und Biologie / *Калининградский региональный эколого-биологический центр.*
 - k.A.
4. Frauenbewegung für eine humane Gesellschaft / *вижение женщин за гуманное общество.*
 - Chernykh, Svetlana Alexeevna, Kaliningrad, Barnaulskaya st., 2. Tel. 430865.
 - Sorokina, Alexandra Nikolaevna, Kaliningrad, Sergeeva st., 2.
5. Fonds zur Unterstützung von Unternehmen / *Фонд поддержки бизнеса.*
 - Spitsyna, Romualda, Kaliningrad, Barnaulskaya st., 2. Tel. 430865.
 - Mikhailov, Sergei I.

6. Gesellschaft für den Kampf gegen Tierquälerei und für den Schutz herrenloser Tiere "Menschliche Stimme" / *Общество по борьбе с жестоким обращением с животными и защите бездомных животных "Человеческий голос"*. (→Nr. 34)
 - Palashinskaya, Alla Feodorovna, Kaliningrad, Leonova st., 70-1. Tel. 272839.
7. Kaliningrader Vereinigung der Unternehmerinnen Russlands / *Ассоциация женщин-предпринимателей России, Калининградское отделение* (→ Nr. 16)
 - Zosimenko, Valentina Gennadievna, Kaliningrad, Mira prosp., 106-1. Tel. 273264 Fax 472709.
8. Vereinigung der Akademikerinnen / *Ассоциация женщин с университетским образованием* (→ Nr.16).
 - Gracheva, Galina Vladimirovna, Kaliningrad, Serpukhovsky pereulok, 8-12. Tel. 442836, 218226.
9. Liga der Wählerinnen / *Лига избирательниц Калининградской области* (→ Nr 14)
 - Dmitrieva, Olga Vladimirovna, Kaliningrad, Gen. Galitskogo st., 31-13. Tel. 462918, 551075. E-mail: respublikaolga@usa.net
 - Gertsik, Irina Mikhailovna, Gen. Galitskogo st. 31-13. Tel. 462918, 228413.
 - Zelinskaya, Liudmila Nikolaevna, Kirova st. 17, Tel. 228413, E-mail: zelinkaya@duma.kaliningrad.org
10. Kaliningrader Sektion der Russischen Bewegung "Mütter gegen Drogen" / *Калининградское региональное отделение Общероссийского общественного движения "Матери против наркотиков"*.
 - Kashnikova, Olga Ivanovna, 236000, Kaliningrad, Sovetsky prospect, 13. Tel. 214857, 215221.
11. Kaliningrader Gesellschaftliche Bewegung "Soldatenmütter" / *Калининградское региональное общественное движение "Солдатские матери"* (→ Nr.03.)
 - Bontsler, Maria Vladimirovna, 236040, Chernyakhovskogo st., 78-2. Tel. 462509.
12. Kaliningrader gesellschaftliche und politische Bewegung "Ihre Wahl" / *Калининградское региональное общественно-политическое движение "Ваш выбор"* (→ Nr.07).
 - Marejev, Vladimir Alexandrovich, 236040, Chernyakhovskogo st., 78-2. Tel. 462509.
13. Nordklub / *Нордклуб*.
 - Emelianova, Elena Mikhailovna, 236000, Borodinskaya st., 23. Tel. 577371. Mob. +8 (011) 9372550. E-mail: nordclub@baltnet.ru
 - Mednis, Natalia Voldemarvna.
 - Emelianov, Igor Vladimirovich.
14. Kaliningrader regionale gesellschaftliche Organisation "Zentrum 'Jugend für die Freiheit des Wortes'" / *Калининградская региональная молодежная общественная организация "Молодежь за свободу слова"* (→ Nr.23).
 - Dementiev, Iliya Olegovich, 236000, Kaliningrad, Sovetsky prospect, 31-9. Tel. 554126; E-mail: krmoo@mail.ru.
 - Syrovatko, Lada Viktorovna, Tel.fax. 215968.; E-mail: krmoo@mail.ru
15. Zentrum für die Evolution des Menschen und der Natur / *Центр эволюции человека и природы*.
 - Kobylinskaya, Svetlana Ivanovna, Tel. 412184.
 - Baidzhanova, Tatiana Georgievna, Tel. 260402.
 - Nikofoforova, Tatiana Alexeevna, Tel. 464747.
16. Gesellschaft der Wähler der Kaliningrader Oblast "Unser Land" / *Общество избирателей Калининградской области "Наш край"* (→ Nr. 09).

- Burnaev, German Ivanovich, 236000, Kaliningrad, a/ya 597. Tel./fax 212180. E-mail: intergrad@mail.ru
 - Bessarabov, Oleg Valentinovich, Tel./Fax 360806.
17. Kaliningrader regionale Jugendorganisation Armee junger Führungspersönlichkeiten "JuLA" / *Калининградская региональная детско-молодежная организация "Юная лидерская армия"* (→ Nr. 27)
- Romanov, Alexander Vasilievich, Kaliningrad, Moskovsky prospect, 165-37. Tel. 452944. Fax 424340; E-mail: romanoff@inbox.ru.
18. Kaliningrader regionaler Kinder- und Jugendfonds zur Bekämpfung von HIV und Drogensucht / *Калининградский региональный фонд сопротивления ВИЧ и наркомании* (→ Nr. 28).
- Osipenko, Viktoria Eugenievna, Kaliningrad, Moskovsky prospect, 160, room 10. Tel. 446107. Fax. 469587.
19. Kaliningrader Jugendverband "Jabloko" / *Калининградский молодежный союз "Яблоко"* (Nr. 25).
- Orlov Konstantin Viktorovich, Kaliningrad, Bogdan Khmel'nitsky st., 42-36. Tel./fax 474469. E-mail: apple14@mail.ru
 - Riumina, Helen Eugenievna, Kaliningrad, Solnetchny blvrd., 20-60. Tel. 361075. E-mail: riumina@mail.ru
 - Kirichenko, Marina Igorevna, Kaliningrad, Rakitnaya 3-2. Tel. 218661.
 - Bondarenko, Vladimir Vladimirovich, 236011, Kaliningrad, Batal'naya st., 75-118. Tel./Fax 393698. E-mail: bondarenko@aport.ru
20. Russische Gewerkschaft der Seeleute. Regionaler Zweig / *Всероссийский профсоюз моряков, Калининградское региональное отделение* (→ Nr. 12).
- Mamontov, Vadim Vladimirovich, Kaliningrad, Rotko st., 2. Tel./fax 448937. E-mail: happy@gazinter.net
21. Russische Dockergewerkschaft, Komitee im Kaliningrader Seehafen / *Российский профсоюз докеров, портовый комитет Калининградского морского торгового порта* (→ Nr. 12).
- Tchesalin, Michel Yurievich, Kaliningrad, Internationalnaya st., 17-13. Tel. 572284, 410075.
22. Kaliningrader regionale Jugendorganisation "Ökologische Gruppe GID" / *Калининградская региональная молодежная общественная организация "Экологическая группа "Гид"* (Nr. 32).
- Nigmatullin, Ismail Tchingizovich, 236006, Kaliningrad, Botanicheskaya st., 2. Tel./fax 464486. E-mail: guideinfo@mail.ru
 - Golubitsky, Alexey Viktorovich, 236006, Kaliningrad, Gen. Pavlova st., 14-38. Tel. 454257. E-mail: guideinfo@mail.ru
23. Vereinigung der territorialen gesellschaftlichen Selbstverwaltungen und Genossenschaftswohnungen / *Ассоциация территориальных общественных самоуправлений и товариществ собственников жилья.*
- Medvedev, Viktor Alexandrovich, 236040, Kaliningrad, Gen. Sommera st., 44-2. Tel. 228019.